LUDWIG MISES

LIBERALISMUS

JENA, GUSTAV FISCHER

STORAGE-ITEM
MAIN LIBRARY

LPA-A73F
U.B.C. LIBRARY

THE LIBRARY

THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA

Gift of

H. R. MacMillan

Feb. 1928.

Ludwig Mises

Liberalismus

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1927

Alle Rechte, einschließlich Übersetzungsrecht, vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung 1

1. Der Liberalismus 1
2. Die materielle Wohlfahrt 3
3. Der Rationalismus 5
4. Das Ziel des Liberalismus 6
5. Liberalismus und Kapitalismus 9
6. Die psychischen Wurzeln des Antiliberalismus 12

I. Die Grundlagen liberaler Politik 16

1. Eigentum 16
2. Freiheit 18
3. Frieden 20
4. Gleichheit 24
5. Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse . . . 27
6. Das Sondereigentum und die Ethik 29
7. Der Staat und die Regierung 31
8. Demokratie 34
9. Kritik der Gewalttheorie 37
10. Das Argument des Faszismus 41
11. Die Grenzen der Regierungstätigkeit. 46
12. Toleranz 48
13. Der Staat und das antisoziale Verhalten 50

II. Liberale Wirtschaftspolitik 53

1. Die Organisation der Volkswirtschaft 53
2. Das Sondereigentum und seine Kritiker. 56
3. Das Sondereigentum und die Regierung 60
4. Die Undurchführbarkeit des Sozialismus 62
5. Der Interventionismus. 67
6. Der Kapitalismus als die einzig mögliche Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen 75
7. Kartelle und Monopole und der Liberalismus 80
8. Bureaukratisierung 85

III. Liberale Außenpolitik 93
1. Die Staatsgrenzen 93
2. Das Selbstbestimmungsrecht 95
3. Die politischen Grundlagen des Friedens 98
4. Nationalismus 104
5. Imperialismus 107
6. Kolonialpolitik 110
7. Freihandel 115
8. Freizügigkeit 120
9. Die Vereinigten Staaten von Europa 125
10. Der Völkerbund 130
11. Rußland 133

IV. Der Liberalismus und die politischen Parteien 136
1. Der „Doktrinarismus" der Liberalen 136
2. Die politischen Parteien 138
3. Die Krise des Parlamentarismus und die Idee des Stände- oder Wirtschaftsparlaments 148
4. Die Sonderinteressenparteien und der Liberalismus 153
5. Parteipropaganda und Parteiapparat 156
6. Die Partei des Kapitals? 159

V. Die Zukunft des Liberalismus 164

Anhang 169
1. Zur Literatur des Liberalismus 169
2. Zur Terminologie „Liberalismus" 172

Einleitung.

1. Der Liberalismus.

Die Philosophen, Soziologen und Nationalökonomen des 18. und des beginnenden 19. Jahrhunderts haben ein politisches Programm ausgearbeitet, das zuerst in England und in den Vereinigten Staaten, dann auf dem europäischen Kontinent und schließlich auch in anderen Teilen der bewohnten Welt mehr oder weniger zur Richtschnur der praktischen Politik gemacht wurde. Ganz durchgeführt wurde dieses Programm nirgends und zu keiner Zeit. Selbst in England, das man als die Heimat des Liberalismus und als das liberale Musterland bezeichnet, ist es nie gelungen, alle Forderungen des Liberalismus durchzusetzen. Vollends in der übrigen Welt hat man immer nur Teile des liberalen Programms übernommen, andere nicht minder wichtige Teile aber entweder von vornherein zurückgewiesen oder doch wenigstens nach kurzer Zeit wieder verleugnet. Man kann eigentlich nur mit einiger Übertreibung davon sprechen, daß die Welt einmal eine liberale Ära durchgemacht hat. Seine volle Wirkung hat der Liberalismus nie entfalten können.

Immerhin hat die leider nur zu kurze und allzu beschränkte Dauer der Herrschaft liberaler Ideen hingereicht, um das Antlitz der Erde zu verändern. Eine großartige ökonomische Entwicklung setzte ein. Die Entfesselung der menschlichen Produktivkräfte hat die Menge der Unterhaltsmittel vervielfacht. Am Vorabend des Weltkrieges, der selbst schon das Ergebnis jahrelangen scharfen Kampfes gegen den liberalen Geist war und der eine Zeit noch schärferer Bekämpfung der liberalen Grundsätze einleitet, war die Welt unvergleichlich dichter bewohnt, als sie es je vorher gewesen war, und jeder einzelne dieser Bewohner konnte unvergleichlich besser leben, als es in früheren Jahrhunderten möglich gewesen war. Der Wohlstand, den der Liberalismus geschaffen hatte, hat die Kindersterblichkeit, die in früheren Jahrhunderten schonungslos gewütet hatte, beträchtlich herabgesetzt und durch Verbesserung der

Lebensbedingungen die durchschnittliche Lebensdauer verlängert. Dieser Wohlstand floß nicht nur einer engen Schichte von Auserwählten zu. Am Vorabend des Weltkrieges lebte der Arbeiter in den europäischen Industriestaaten, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in den überseeischen Dominions Englands besser und schöner als noch vor nicht allzulanger Zeit der Edelmann. Er konnte nicht nur nach Wunsch essen und trinken, er konnte seinen Kindern eine bessere Erziehung geben, er konnte, wenn er wollte, am geistigen Leben seines Volkes teilnehmen, und er konnte, wenn er Begabung und Kraft genug besaß, ohne Schwierigkeiten in die höheren Schichten aufsteigen. Unter den Männern, die an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide standen, waren gerade in den Ländern, die im Liberalismus am weitesten gegangen waren, nicht die in der Überzahl, die schon durch ihre Geburt von reichen und hochgestellten Eltern bevorzugt worden waren, sondern die, die sich aus eigener Kraft, von den Umständen begünstigt, aus engen Verhältnissen hinaufgearbeitet hatten. Die Schranken, die in alter Zeit Herren und Knechte geschieden hatten, waren gefallen. Es gab nur noch gleichberechtigte Bürger. Niemand wurde wegen seiner Volkszugehörigkeit, wegen seiner Gesinnung, wegen seines Glaubens zurückgesetzt oder gar verfolgt. Man hatte im Innern mit den politischen und religiösen Verfolgungen aufgehört, und im Äußeren begannen die Kriege seltener zu werden. Schon sahen Optimisten das Zeitalter des ewigen Friedens anbrechen.

Es ist anders gekommen. Dem Liberalismus waren im 19. Jahrhundert heftige und starke Gegner erwachsen, denen es gelungen ist, einen großen Teil der liberalen Errungenschaften wieder rückgängig zu machen. Die Welt will heute vom Liberalismus nichts mehr wissen. Außerhalb Englands ist die Bezeichnung „Liberalismus“ geradezu geächtet; in England gibt es zwar noch „Liberale“, doch ein großer Teil von ihnen sind es nur dem Namen nach, in Wahrheit sind sie eher gemäßigte Sozialisten. Die Regierungsgewalt liegt heute allenthalben in den Händen der antiliberalen Parteien. Das Programm des Antiliberalismus hat den großen Weltkrieg entfesselt und die Völker dazu gebracht, sich gegenseitig durch Ein- und Ausfuhrverbote, durch Zölle, durch Wanderungsverbote und durch ähnliche Maßnahmen abzusperren. Es hat im Innern der Staaten zu sozialistischen Experimenten geführt, deren Ergebnis Minderung der Produktivität der Arbeit und damit Mehrung von Not und Elend war. Wer seine Augen nicht absichtlich schließt, muß überall die Anzeichen einer nahenden Katastrophe der Weltwirtschaft erkennen. Der Antiliberalismus steuert einem allgemeinen Zusammenbruch der Gesittung entgegen.

Will man wissen, was Liberalismus ist und was er anstrebt, dann darf man sich nicht etwa einfach an die Geschichte um Auskunft wenden und dem nachforschen, was die liberalen Politiker angestrebt und was sie durchgeführt haben. Denn nirgends ist es dem Liberalismus gelungen, sein Programm so durchzusetzen, wie er es beabsichtigt hatte.

Aber auch die Programme und Handlungen jener Parteien, die sich heute liberal nennen, können uns über den wahren Liberalismus keinen Aufschluß geben. Es wurde schon erwähnt, daß selbst in England unter Liberalismus heute etwas verstanden wird, was viel mehr Ähnlichkeit mit dem Torysmus und mit dem Sozialismus hat als mit dem alten Programm der Freihändler. Wenn es Liberale gibt, die es mit ihrem Liberalismus vereinbar finden, selbst für die Verstaatlichung der Bahnen, der Bergwerke und anderer Unternehmungen oder gar für Schutzzölle einzutreten, so erkennt man unschwer, daß hier von der Sache nur noch der Namen übriggeblieben ist.

Ebensowenig kann es heute genügen, den Liberalismus aus den Schriften seiner großen Begründer zu studieren. Der Liberalismus ist keine abgeschlossene Lehre, er ist kein starres Dogma; er ist das Gegenteil von all dem: er ist die Anwendung der Lehren der Wissenschaft auf das gesellschaftliche Leben der Menschen. Und so wie Nationalökonomie, Soziologie und Philosophie seit den Tagen David Humes, Adam Smiths, David Ricardos, Jeremy Benthams und Wilhelm Humboldts nicht still gestanden sind, so ist die Lehre des Liberalismus, mag auch der Grundgedanken unverändert geblieben sein, heute eine andere als sie in den Tagen jener Männer gewesen war. Seit vielen Jahren hat es niemand mehr unternommen, Sinn und Wesen der liberalen Lehre zusammenfassend darzustellen. Darin mag unser Versuch, eine solche Darstellung zu wagen, seine Rechtfertigung finden.

2. Die materielle Wohlfahrt.

Der Liberalismus ist eine Lehre, die ganz und gar auf das Verhalten der Menschen in dieser Welt gerichtet ist. Er hat in letzter Linie nichts anderes im Auge als die Förderung der äußeren, der materiellen Wohlfahrt der Menschen und kümmert sich unmittelbar nicht um ihre inneren, um ihre seelischen und metaphysischen Bedürfnisse. Er verspricht den Menschen auch nicht Glück und Zufriedenheit, sondern nichts anderes als möglichst reichliche Befriedigung aller jener Wünsche, die durch Bereitstellung von Dingen der Außenwelt befriedigt werden können.

Diese rein äußerliche und materialistische Einstellung auf Irdisches und Vergängliches ist dem Liberalismus vielfach zum Vorwurf gemacht

worden. Das Leben des Menschen, meint man, gehe nicht in Essen und Trinken auf. Es gebe höhere und wichtigere Bedürfnisse als Speise und Trank, Wohnung und Kleidung. Auch der größte irdische Reichtum könne dem Menschen kein Glück geben, lasse sein Inneres, seine Seele, unbefriedigt und leer. Es sei der schwerste Fehler des Liberalismus gewesen, daß er dem tieferen und edleren Streben des Menschen nichts zu bieten gewußt habe.

Doch die Kritiker, die so sprechen, zeigen damit nur, daß sie von diesem Höheren und Edleren eine sehr unvollkommene und sehr materialistische Vorstellung haben. Mit den Mitteln, die der menschlichen Politik zur Verfügung stehen, kann man wohl die Menschen reich oder arm machen, aber man kann nie dazu gelangen, sie glücklich zu machen und ihr innerstes und tiefstes Sehnen zu befriedigen. Da versagen alle äußeren Hilfsmittel. Alles, was die Politik machen kann, ist, die äußeren Ursachen von Schmerz und Leid beheben; sie kann ein System fördern, das die Hungernden sättigt, die Nackten kleidet und die Obdachlosen behaust. Aber Glück und Zufriedenheit hängen nicht an Nahrung, Kleidung und Wohnung, sondern vor allem an dem, was der Mensch in seinem Innern hegt. Nicht aus Geringschätzung der seelischen Güter richtet der Liberalismus sein Augenmerk ausschließlich auf das Materielle, sondern weil er der Überzeugung ist, daß das Höchste und Tiefste im Menschen durch äußere Regelung nicht berührt werden können. Er sucht nur äußeren Wohlstand zu schaffen, weil er weiß, daß der innere, der seelische Reichtum dem Menschen nicht von außen kommen kann, sondern nur aus der eigenen Brust. Er will nichts anderes schaffen als die äußeren Vorbedingungen für die Entfaltung des inneren Lebens. Und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der in verhältnismäßigem Wohlstand lebende Bürger des 20. Jahrhunderts leichter seine seelischen Bedürfnisse befriedigen kann als etwa der Bürger des 10. Jahrhunderts, den die Sorge um notdürftige Fristung des Daseins und die Gefahren, die ihm von Feinden drohten, nicht zur Ruhe kommen ließen.

Wer freilich mit den Anhängern mancher asiatischen und mancher christlichen Sekten des Mittelalters auf dem Standpunkt der völligen Askese steht, wer die Bedürfnislosigkeit und Armut der Vögel im Walde und der Fische im Wasser als Ideal für das menschliche Verhalten hinstellt, dem freilich können wir nichts erwidern, wenn er dem Liberalismus materialistische Einstellung vorwirft. Wir können ihn nur bitten, uns ungestört unserer Wege gehen zu lassen, wie auch wir ihn nicht hindern, nach seiner Fasson selig zu werden. Möge er sich ruhig in seiner Klause von Welt und Menschheit abschließen.

Die weitaus überwiegende Masse unserer Zeitgenossen hat für die asketischen Ideale kein Verständnis. Wer aber einmal den Grundsatz der asketischen Lebensführung verwirft, der kann dem Liberalismus aus seinem Streben nach äußerer Wohlfahrt keinen Vorwurf machen.

3. Der Rationalismus.

Man pflegt es dem Liberalismus weiter zum Vorwurf zu machen, daß er rationalistisch sei. Er wolle alles vernünftig regeln und verkenne dabei, daß im menschlichen Dasein die Gefühle und überhaupt das Irrationale — das Unvernünftige — einen großen Spielraum einnehmen und wohl auch einnehmen müssen.

Nun, der Liberalismus verkennt ganz und gar nicht, daß die Menschen auch unvernünftig handeln. Würden die Menschen ohnehin immer vernünftig handeln, dann wäre es wohl überflüssig, sie zu ermahnen, in ihrem Handeln die Vernunft zur Richtschnur zu nehmen. Der Liberalismus sagt nicht: die Menschen handeln immer klug, sondern: sie sollten — in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse — stets klug handeln. Und das Wesen des Liberalismus ist gerade das, daß er die Vernunft in der Politik zu der Geltung bringen will, die man ihr unbestritten auf allen anderen Gebieten menschlichen Handelns einräumt.

Wenn jemand seinem Arzte, der ihm vernünftige — d. h. hygienische — Lebensweise empfiehlt, zur Antwort gibt: „Ich weiß, daß Ihre Ratschläge vernünftig sind; meine Gefühle verbieten es mir aber, sie zu befolgen; ich will eben — mag es auch unvernünftig sein — gerade das tun, was meiner Gesundheit schädlich ist“, dann wird es wohl kaum jemand geben, der dem Lob spenden wird. Was immer wir auch im Leben anfangen, um ein Ziel, das wir uns gesetzt haben, zu erreichen, wir werden trachten, es vernünftig zu tun. Wer Eisenbahngeleise übersetzen will, wird dafür nicht gerade den Augenblick wählen, da ein Zug über die Übergangsstelle fährt; wer einen Knopf annähen will, wird es vermeiden, mit der Nadel in den Finger zu stechen. Auf jedem Gebiete seiner Betätigung hat der Mensch eine Kunstlehre — Technik — ausgebildet, die zeigt, wie man zu verfahren hat, wenn man nicht unvernünftig sein will. Allgemein wird anerkannt, daß man gut daran tut, sich die Technik anzueignen, die man im Leben brauchen kann, und wer sich auf ein Gebiet begibt, dessen Technik er nicht beherrscht, wird Stümper gescholten.

Nur in der Politik soll es, meint man, anders sein. Hier soll nicht die Vernunft entscheiden, sondern Gefühle und Impulse. Über die Frage, wie man es anstellen muß, um für die Abend- und Nachtstunden gute

Beleuchtung zu schaffen, wird im allgemeinen nur mit Vernunftgründen gesprochen. Sobald man aber in der Erörterung zu dem Punkt gelangt, bei dem zu entscheiden ist, ob die Beleuchtungsanlage von Privaten oder von der Stadt betrieben werden soll, will man die Vernunft nicht länger gelten lassen; hier soll das Gefühl, soll die Weltanschauung, soll — kurz gesagt — die Unvernunft den Ausschlag geben. Wir fragen vergebens: warum?

Die Einrichtung der menschlichen Gesellschaft nach einem möglichst zweckmäßigen Schema ist eine ganz prosaische und nüchterne Sache, nicht anders, als etwa die Erbauung einer Bahn oder die Erzeugung von Tuch oder von Möbeln. Die Staats- und Regierungsangelegenheiten sind zwar wichtiger als alle anderen Fragen der menschlichen Betätigung, weil die gesellschaftliche Ordnung die Grundlage für alles Übrige abgibt und gedeihliches Wirken eines jeden einzelnen nur in einer zweckmäßig gebildeten Gemeinschaft möglich ist. Aber wie hoch sie auch stehen mögen, sie bleiben Menschenwerk und sind daher nach den Regeln der menschlichen Vernunft zu beurteilen. Wie in allen übrigen Dingen unseres Handelns, so ist auch in Dingen der Politik Mystik nur von Übel. Unser Fassungsvermögen ist sehr beschränkt; wir dürfen nicht hoffen, jemals die letzten und tiefsten Weltgeheimnisse zu entschleiern. Doch der Umstand, daß wir über Sinn und Zweck unseres Daseins nie ins Klare kommen können, hindert uns nicht, Vorkehrungen zu treffen, um ansteckenden Krankheiten auszuweichen und uns zweckmäßig zu kleiden und zu ernähren, und er soll uns nicht hindern, die Gesellschaft so zu gestalten, daß die irdischen Ziele, die wir anstreben, am zweckmäßigsten erreicht werden können. Auch Staat und Rechtsordnung, Regierung und Verwaltung sind nicht zu hoch, zu gut, zu vornehm, als daß wir sie nicht in den Kreis unseres vernünftigen Denkens ziehen sollten. Die Probleme der Politik sind Probleme der gesellschaftlichen Technik, und ihre Lösung muß auf demselben Wege und mit denselben Mitteln versucht werden, die uns bei der Lösung anderer technischer Aufgaben zur Verfügung stehen: durch vernünftige Überlegung und durch Erforschung der gegebenen Bedingungen. Alles, was der Mensch ist und was ihn über das Tier hinaushebt, dankt er der Vernunft. Warum sollte er gerade in der Politik auf den Gebrauch der Vernunft verzichten und sich dunkeln und unklaren Gefühlen und Impulsen anvertrauen?

4. Das Ziel des Liberalismus.

Weit verbreitet ist die Meinung, der Liberalismus unterscheide sich von anderen politischen Richtungen dadurch, daß er die Interessen eines

Teiles der Gesellschaft — der Besitzenden, der Kapitalisten, der Unternehmer — über die Interessen der anderen Schichten stelle und vertrete. Diese Behauptung ist ganz und gar verkehrt. Der Liberalismus hat immer das Wohl des Ganzen, nie das irgendwelcher Sondergruppen im Auge gehabt. Das wollte die berühmte Formel der englischen Utilitarier: „Das größte Glück der größten Zahl" in einer allerdings nicht sehr geschickten Weise ausdrücken. Geschichtlich war der Liberalismus die erste politische Richtung, die dem Wohle aller, nicht dem besonderer Schichten dienen wollte. Vom Sozialismus, der ebenfalls vorgibt, das Wohl aller anzustreben, unterscheidet sich der Liberalismus nicht durch das Ziel, dem er zustrebt, sondern durch die Mittel, die er wählt, um dieses letzte Ziel zu erreichen.

Wenn jemand behauptet, daß der Erfolg liberaler Politik die Begünstigung von Sonderinteressen bestimmter Schichten der Gesellschaft sei oder sein müsse, so ist das eine Frage, über die sich immerhin sprechen läßt. Es ist eine der Aufgaben, die sich unsere Darstellung des liberalen Programms setzt, zu zeigen, daß dieser Vorwurf in keiner Weise gerechtfertigt ist. Aber man kann denjenigen, der ihn erhebt, nicht von vornherein der Illoyalität zeihen; es mag sein, daß er seine — unserer Auffassung nach unrichtige — Behauptung im besten Glauben aufstellt. In jedem Fall gibt, wer in dieser Weise gegen den Liberalismus auftritt, zu, daß die Absichten des Liberalismus lauter sind und daß er nichts anderes will, als das, was er zu wollen behauptet.

Ganz anders steht es mit jenen Kritikern des Liberalismus, die dem Liberalismus vorwerfen, daß er nicht der Allgemeinheit, sondern den Sonderinteressen einzelner Schichten dienen will. Sie sind illoyal und unwissend zugleich. Indem sie diese Kampfweise wählen, zeigen sie, daß sie sich innerlich der Schwäche ihrer eigenen Sache wohl bewußt sind. Sie greifen zu den vergifteten Waffen, weil sie anders keinen Erfolg erhoffen können.

Wenn der Arzt dem Kranken, der nach einer ihm schädlichen Speise begehrt, die Verkehrtheit seines Wunsches zeigt, wird niemand so töricht sein zu sagen: „Der Arzt will nicht das Wohl des Kranken; wer dem Kranken wohl will, muß ihm den Genuß der schmackhaften Speise vergönnen." Jedermann wird es verstehen, daß der Arzt dem Kranken empfiehlt, auf die Annehmlichkeit, die der Genuß der schädlichen Speise gewährt, zu verzichten, um die Schädigung des Körpers zu meiden. Doch im gesellschaftlichen Leben will man es anders haben. Wenn der Liberale bestimmte volkstümliche Maßnahmen widerrät, weil er von ihnen schädliche Folgen erwartet, dann schilt man ihn volksfeindlich und preist den

Demagogen, der ohne Rücksicht auf die späteren schädlichen Folgen das empfiehlt, was im Augenblick zu nützen scheint.

Das vernünftige Handeln unterscheidet sich vom unvernünftigen Handeln dadurch, daß es vorläufige Opfer bringt; diese vorläufigen Opfer sind nur Scheinopfer, da sie durch den Erfolg, der später eintritt, aufgewogen werden. Wer die wohlschmeckende, aber ungesunde Speise meidet, bringt bloß ein vorläufiges, ein scheinbares Opfer; der Erfolg — das Nichteintreten der Schädigung — zeigt, daß er nicht verloren, sondern gewonnen hat. Doch um so zu handeln, braucht es Einsicht in die Folgen des Handelns. Das macht sich der Demagoge zunutze. Er tritt dem Liberalen, der das vorläufige Scheinopfer fordert, entgegen, schilt ihn hartherzig und volksfeindlich. Sich selbst rühmt der Demagoge als Menschen- und Volksfreund. Er weiß die Herzen der Zuhörer zu Tränen zu rühren, wenn er seine Vorschläge durch den Hinweis auf Not und Elend empfiehlt.

Die antiliberale Politik ist Kapitalaufzehrungspolitik. Sie empfiehlt, die Gegenwart auf Kosten der Zukunft reichlicher zu versorgen. Das ist ganz dasselbe, was sich in dem Falle des Kranken, von dem wir gesprochen haben, begibt; in beiden Fällen steht einem reichlicheren Genuß im Augenblick schwerer Nachteil in der Zukunft gegenüber. Wenn man angesichts dieses Dilemmas davon spricht, daß Hartherzigkeit gegen Philanthropie steht, dann ist man unehrlich und verlogen. Dieser unser Vorwurf richtet sich nicht nur gegen die Politiker des Alltags und gegen die Presse der antiliberalen Parteien. Nahezu alle „sozialpolitischen" Schriftsteller haben sich dieser unehrlichen Kampfweise bedient.

Daß es Not und Elend in der Welt gibt, ist kein Argument gegen den Liberalismus, wie die Beschränktheit des durchschnittlichen Zeitungslesers anzunehmen gewillt ist. Der Liberalismus will ja gerade Not und Elend beseitigen und hält die Mittel, die er vorschlägt, für die einzig tauglichen zur Erreichung dieses Zieles. Wer glaubt, daß er einen besseren oder auch nur einen anderen Weg zu diesem Ziele kennt, der möge es beweisen. Aber die Behauptung, daß die Liberalen nicht das Wohl aller Glieder der Gesellschaft, sondern das einer Sondergruppe anstreben, ersetzt diesen Beweis keineswegs.

Die Tatsache, daß es Not und Elend gibt, wäre selbst dann kein Beweis gegen den Liberalismus, wenn die Welt heute liberale Politik befolgen würde; noch immer bliebe ja die Frage offen, ob nicht bei anderer Politik mehr Not und Elend herrschen würden. Angesichts des Umstandes, daß heute überall durch antiliberale Politik das Funktionieren der Einrichtung des Sondereigentums gehemmt und behindert wird, ist

es natürlich ganz verkehrt, daraus, daß in der Gegenwart nicht alles so ist, wie man es wünschen würde, irgend etwas gegen die Richtigkeit der liberalen Grundsätze schließen zu wollen. Was Liberalismus und Kapitalismus geleistet haben, erkennt man, wenn man die Gegenwart mit den Zuständen des Mittelalters oder der ersten Jahrhunderte der Neuzeit vergleicht. Was sie leisten könnten, wenn man sie nicht stören würde, kann man nur durch theoretische Überlegungen erschließen.

5. Liberalismus und Kapitalismus.

Eine Gesellschaft, in der die liberalen Grundsätze durchgeführt sind, pflegen wir die kapitalistische Gesellschaft zu nennen, und den Gesellschaftszustand als Kapitalismus zu bezeichnen. Da wir überall in der Wirtschaftspolitik nur mehr oder weniger Annäherung an den Liberalismus haben, so gibt uns der Zustand, der heute in der Welt herrscht, nur ein unvollkommenes Bild von dem, was vollausgebildeter Kapitalismus bedeuten und leisten könnte. Aber immerhin ist es durchaus gerechtfertigt, unser Zeitalter das Zeitalter des Kapitalismus zu nennen, weil alles das, was den Reichtum unserer Zeit geschaffen hat, auf die kapitalistischen Institutionen zurückzuführen ist. Nur dem, was von liberalen Ideen in unserer Gesellschaft lebendig ist, was unsere Gesellschaft an Kapitalismus enthält, danken wir es, daß die große Masse unserer Zeitgenossen eine Lebenshaltung führen kann, die hoch über der steht, die noch vor wenigen Menschenaltern dem Reichen und besonders Begünstigten möglich war.

Die übliche demagogische Phrase stellt das freilich ganz anders dar. Hört man sie, dann könnte man glauben, daß alle Fortschritte der Produktionstechnik ausschließlich einer schmalen Schichte zugute kommen, wohingegen die Massen immer mehr und mehr verelenden. Es bedarf aber nur eines kurzen Augenblickes der Überlegung, um zu erkennen, daß die Ergebnisse aller technischen und industriellen Neuerungen sich in einer Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung der Massen auswirken. Alle Großindustrien, die Endprodukte erzeugen, arbeiten unmittelbar, alle Industrien, die Halbfabrikate und Maschinen erzeugen, mittelbar für das Wohl der breiten Massen. Die großen industriellen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte haben, geradeso wie die großen industriellen Umwälzungen des 18. Jahrhunderts, die man mit einem nicht gerade glücklich gewählten Worte als „industrielle Revolution“ bezeichnet, in erster Linie eine bessere Befriedigung des Massenbedarfes bewirkt. Die Entwicklung der Konfektionsindustrie, der mechanischen Schuhwarenerzeugung und der Lebensmittelindustrie sind ihrer ganzen Natur nach den breitesten

Massen zugute gekommen; sie haben es bewirkt, daß die Massen heute weit besser genährt und gekleidet sind als je vorher. Aber die Massenerzeugung sorgt nicht nur für Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern auch für andere Bedürfnisse der großen Menge. Die Presse ist geradeso Massenindustrie wie die Filmindustrie, und selbst die Theater und ähnliche Kunststätten werden von Tag zu Tag mehr zu Stätten des Massenbesuches.

Nichtsdestoweniger verbindet man heute, dank einer die Tatsachen auf den Kopf stellenden eifrigen Agitation der antiliberalen Parteien, mit den Begriffen Liberalismus und Kapitalismus die Vorstellung wachsender Verelendung und um sich greifender Pauperisierung der Welt. Zwar konnte es aller Demagogie nicht ganz gelingen, die Ausdrücke liberal und Liberalismus so zu entwerten, wie sie es gerne gewünscht hätte. Man kann sich schließlich nicht darüber hinwegsetzen, daß in diesen Ausdrücken, ungeachtet aller Bemühungen der antiliberalen Agitation, etwas mitschwingt von dem, was jeder gesunde Mensch empfindet, wenn er das Wort Freiheit hört. Die antiliberale Agitation verzichtet daher darauf, das Wort Liberalismus zu viel in den Mund zu nehmen und zieht es vor, die Schändlichkeiten, die sie dem System andichtet, in Verbindung mit dem Ausdruck Kapitalismus zu bringen. Bei dem Worte Kapitalismus schwingt die Vorstellung eines hartherzigen Kapitalisten mit, der an nichts anderes denkt als an seine Bereicherung, sei sie auch nur durch die Ausbeutung der Mitmenschen möglich. Daß eine wahrhaft liberal organisierte kapitalistische Gesellschaftsordnung so beschaffen ist, daß für den Unternehmer und Kapitalisten der Weg zum Reichtum ausschließlich über die bessere Versorgung seiner Mitmenschen mit dem, was sie selbst zu benötigen glauben, führt, wird den wenigsten bewußt, wenn sie sich die Vorstellung vom Kapitalisten bilden. Statt von Kapitalismus zu sprechen, wenn man die gewaltigen Fortschritte in der Lebenshaltung der Massen erwähnt, spricht die antiliberale Agitation von Kapitalismus immer nur dann, wenn sie irgendeine jener Erscheinungen erwähnt, die nur möglich wurden, weil der Liberalismus zurückgedrängt wurde. Daß der Kapitalismus den weiten Massen ein schmackhaftes Genuß- und Nahrungsmittel in der Gestalt des Zuckers zur Verfügung gestellt hat, wird nicht gesagt. Von Kapitalismus wird in Verbindung mit dem Zucker nur dann gesprochen, wenn in einem Lande durch ein Kartell der Zuckerpreis über den Weltmarktpreis erhöht wird. Als ob dies bei Durchführung der liberalen Grundsätze überhaupt denkbar wäre! Im liberal verwalteten Staat, in dem es keine Zölle gibt, wären auch keine Kartelle, die den Preis einer Ware über den Weltmarktpreis hinauftreiben können, denkbar.

Der Gedankengang, auf dem die antiliberale Demagogie dazu gelangt, alle Ausschreitungen und bösen Konsequenzen der antiliberalen Politik gerade dem Liberalismus und Kapitalismus in die Schuhe zu schieben, ist folgender: Man geht davon aus, die Behauptung aufzustellen, die liberalen Grundsätze bezwecken Förderung der Interessen der Kapitalisten und Unternehmer gegen die Interessen der übrigen Schichten der Bevölkerung; Liberalismus sei eine Politik zugunsten der Reichen gegen die Armen. Nun sieht man, daß zahlreiche Unternehmer und Kapitalisten unter gewissen Voraussetzungen für Schutzzölle, andere wieder, nämlich die Erzeuger von Waffen, für Kriegsrüstungen eintreten, und man ist schnell bei der Hand, dies als kapitalistische Politik zu erklären. In Wahrheit liegt die Sache ganz anders. Der Liberalismus ist keine Politik im Interesse irgendeiner Sonderschicht, sondern eine Politik im Interesse der Gesamtheit. Es ist daher nicht richtig, daß die Unternehmer und Kapitalisten irgendein besonderes Interesse hätten, für den Liberalismus einzutreten. Ihr Interesse, für den Liberalismus einzutreten, ist genau dasselbe, das jeder andere Mensch hat. Es mag sein, daß in einem einzelnen Fall das Sonderinteresse einiger Unternehmer oder Kapitalisten sich mit dem Programm des Liberalismus deckt; aber immer stehen die Sonderinteressen anderer Unternehmer oder Kapitalisten dagegen. So einfach liegen die Dinge überhaupt nicht, wie die, die überall „Interessen“ und „Interessenten“ wittern, es sich vorstellen. Daß z. B. ein Staat Eisenzölle einführt, kann man nicht „einfach“ aus dem Umstande erklären, daß dies den Eisenindustriellen nützt. Es gibt im Lande auch anders Interessierte, auch unter den Unternehmern, und jedenfalls sind die Nutznießer des Eisenzolles eine verschwindende Minderheit. Auch Bestechung kann es nicht gewesen sein, denn auch die Bestochenen können nur eine Minderheit sein, und dann: warum bestechen nur die einen, die Schutzzöllner, nicht auch ihre Gegner, die Freihändler? Die Ideologie, die den Schutzzoll möglich macht, schaffen eben weder die „Interessenten“ noch die von ihnen Gekauften, sondern die Ideologen, die der Welt die Ideen geben, nach denen alles sich richtet.

In unserem Zeitalter, in dem die antiliberalen Ideen herrschen, denken alle antiliberal, so wie vor hundert Jahren die meisten liberal gedacht haben. Wenn viele Unternehmer heute für Schutzzölle eintreten, so ist das eben nichts anderes als die Gestalt, die der Antiliberalismus bei ihnen annimmt. Mit Liberalismus hat es nichts zu tun.

6. Die psychischen Wurzeln des Antiliberalismus.

Es kann nicht die Aufgabe der Ausführungen dieses Buches sein, die Probleme der gesellschaftlichen Kooperation anders als mit den Argumenten der Vernunft zu erörtern. Mit Rationalismus kann man freilich nicht bis zu dem Sitze des Widerstandes gegen den Liberalismus gelangen; dieser Widerstand geht nämlich nicht von der Vernunft aus, sondern von krankhafter seelischer Einstellung: von Ressentiment und von einem neurasthenischen Komplex, den man nach dem französischen Sozialisten Fourier-Komplex nennen könnte.

Vom Ressentiment, dem neidischen Übelwollen, ist nicht viel zu sagen. Ressentiment ist im Spiele, wenn man jemand ob seiner günstigeren Verhältnisse so sehr haßt, daß man bereit ist, selbst schwere Nachteile auf sich zu nehmen, wenn nur auch der Verhaßte dabei zu Schaden kommt. Gar manche, die den Kapitalismus bekämpfen, wissen sehr wohl, daß ihre Lage unter jedem anderen Wirtschaftssystem weniger günstig sein wird; sie treten aber in voller Erkenntnis dieses Umstandes für eine Reform, z. B. für den Sozialismus ein, weil sie hoffen, daß auch der von ihnen beneidete Reiche darunter leiden wird. Oft und oft kann man von Sozialisten die Äußerung hören, auch materielle Not werde in der sozialistischen Gesellschaft leichter zu tragen sein, weil man das Bewußtsein haben werde, niemand habe es besser.

Mit dem Ressentiment kann man allenfalls noch durch vernünftige Erörterungen fertig werden. Es ist schließlich nicht allzuschwer, dem von Ressentiment erfüllten Mann klar zu machen, daß es doch für ihn nicht darauf ankommen kann, die Lage seiner besser gestellten Mitmenschen zu verschlechtern, sondern darauf, seine eigene zu verbessern.

Viel schwerer ist es, gegen den Fourier-Komplex anzukämpfen. Hier liegt eine schwere Erkrankung des Nervensystems, eine Neurose vor, die mehr die Psychologie interessieren sollte als die Politiker. Doch man kann an ihr heute nicht vorübergehen, wenn man die Probleme der modernen Gesellschaft untersucht. Bedauerlicherweise haben sich die Ärzte bisher kaum noch mit den Aufgaben befaßt, die ihnen der Fourier-Komplex bietet; selbst Freud, der große Meister der Seelenforschung, und seine Schule haben in ihrer Neurosenlehre diese Dinge kaum beachtet, wenn man es auch der Psychoanalyse danken muß, daß sie den Weg, der allein zur Erkenntnis dieser Zusammenhänge führt, aufgespürt hat.

Kaum einer unter Millionen erreicht im Leben das, was er angestrebt hat. Der Erfolg bleibt selbst für den vom Glück Begünstigten weit

hinter dem zurück, was ehrgeizige Tagträume in der Jugend hoffen ließen. An tausend Widerständen zerschellen Pläne und Wünsche, und die eigene Kraft erweist sich zu schwach, um das zu vollbringen, was ihr der Geist zum Ziel gesetzt hat. Das Versagen der Hoffnungen, das Mißlingen der Entwürfe, die eigene Unzulänglichkeit den gestellten und selbstgesetzten Aufgaben gegenüber sind jedermanns größtes und schmerzlichstes Erlebnis, sind das typische Menschenschicksal.

Auf zweifache Art kann der Mensch auf dieses Schicksal reagieren. Den einen Weg weist die Lebensweisheit Goethes. „Wähntest du etwa, ich sollte das Leben hassen, in Wüsten fliehen, weil nicht alle Blütenträume reiften?“ ruft sein Prometheus. Und Faust erkennt im „höchsten Augenblick“, daß „der Weisheit letzter Schluß“ sei: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß“. Solchem Willen und Geist kann kein irdisches Mißgeschick etwas anhaben; wer das Leben nimmt, wie es ist, und sich nie von ihm niederwerfen läßt, bedarf nicht des Trostes durch eine Lebenslüge, zu der sein gebrochenes Selbstbewußtsein flüchtet. Wenn der ersehnte Erfolg sich nicht einstellt, wenn Schicksalsschläge das mühsam in langer Arbeit Erreichte im Handumdrehen vernichten, dann vervielfacht er seine Anstrengungen. Er kann dem Unheil ins Auge schauen, ohne zu zagen.

Der Neurotiker kann das Leben in seiner wahren Gestalt nicht ertragen. Es ist ihm zu roh, zu grob, zu schlecht. Um es sich erträglich zu gestalten, will er nicht wie der Gesunde „allen Gewalten zum Trutz sich erhalten“; das wäre seiner Schwäche fremd. Er flüchtet in eine Wahnidee. Die Wahnidee ist, nach Freud, „selbst etwas Erwünschtes, eine Art Tröstung“; sie ist gekennzeichnet durch „ihre Resistenz gegen logische und reale Angriffe“. Es genügt daher keineswegs, sie dem Kranken durch überzeugende Beweise ihrer Unsinnigkeit ausreden zu wollen; um zu genesen, muß der Kranke selbst sie überwinden, er muß verstehen lernen, warum er die Wahrheit nicht ertragen will und zum Wahne seine Zuflucht nahm.

Nur die Neurosenlehre vermag den Erfolg zu erklären, der dem Fourierismus zuteil wurde, dem aberwitzigen Produkt eines schwer kranken Gehirns. Es ist nicht hier der Platz, um Fouriers Psychose durch Anführung von Stellen aus seinen Schriften zu belegen; diese Dinge haben nur für den Psychiater Interesse und etwa noch für Leute, denen die Lektüre der Erzeugnisse einer lüsternen Phantasie Genuß bereiten mag. Doch das ist festzustellen, daß der Marxismus dort, wo er genötigt ist, das Gebiet der gespreizten dialektischen Phrase und der Verhöhnung und Verleumdung der Gegner zu verlassen und einige spärliche sachliche

Ausführungen zu machen, nie etwas anderes vorzubringen weiß als Fourier, der „Utopist“. Auch der Marxismus kann das Bild der sozialistischen Gesellschaft nicht anders konstruieren als durch zwei schon von Fourier gemachte Annahmen, die aller Erfahrung und aller Vernunft widersprechen. Auf der einen Seite die Annahme, daß das „materielle Substrat“ der Produktion, das „ohne Zutun des Menschen von Natur vorhanden ist“, so reichlich zur Verfügung steht, daß mit ihm nicht gewirtschaftet werden muß; daraus ergibt sich dann der Glauben an eine „praktisch schrankenlose Steigerung der Produktion“. Auf der anderen Seite die Annahme, daß im sozialistischen Gemeinwesen die Arbeit „aus einer Last eine Lust“, ja, daß sie „das erste Lebensbedürfnis“ werden wird. Wo alle Güter im Überfluß zur Hand sind und die Arbeit Lust ist, kann man freilich unschwer das Schlaraffenland einrichten.

Der Marxismus glaubt von der Höhe seines „wissenschaftlichen Sozialismus“ voll Verachtung auf die Romantiker und die Romantik blicken zu dürfen. In Wahrheit verfährt er nicht anders als diese; auch er räumt die Hindernisse, die der Verwirklichung seiner Wünsche im Wege stehen, nicht beiseite, sondern begnügt sich damit, sie in seinen Phantasien verschwinden zu lassen.

Im Leben des Neurotikers kommt der Lebenslüge eine doppelte Aufgabe zu. Sie tröstet über den Mißerfolg und stellt kommende Erfolge in Aussicht. In dem Falle des sozialen Mißerfolges, der uns hier allein angeht, liegt der Trost in dem Glauben, daß das Nichterreichen der angestrebten hohen Ziele nicht der eigenen Unzulänglichkeit, sondern der Mangelhaftigkeit der gesellschaftlichen Ordnung zuzuschreiben ist. Von dem Umsturz der Gesellschaftsordnung erhofft der Unbefriedigte den Erfolg, den ihm die bestehende Ordnung vorenthalten hat. Da ist es nun ganz vergebens, ihm begreiflich zu machen, daß der geträumte Zukunftsstaat undurchführbar ist und daß die arbeitsteilige Gesellschaft anders als auf Grundlage des Sondereigentums an den Produktionsmitteln nicht bestehen kann. Der Neurotiker klammert sich an seine Lebenslüge, und wenn er vor die Wahl gestellt wird, entweder ihr oder dem logischen Denken zu entsagen, zieht er es vor, die Logik zu opfern. Denn das Leben wäre ihm unerträglich ohne den Trost, den er in der sozialistischen Idee findet. Sie zeigt ihm, daß die Fehler, die seinen Mißerfolg verschuldet haben, nicht in seiner Person, sondern in dem Gang der Welt liegen, hebt damit sein gesunkenes Selbstbewußtsein und befreit ihn vom quälenden Minderwertigkeitsgefühl. Wie der gläubige Christ das Mißgeschick, das ihm auf Erden widerfuhr, leichter hinnehmen konnte, weil er an eine Fortsetzung der individuellen Existenz in einem besseren

Jenseits hoffte, in dem die, die auf Erden die Ersten gewesen waren, die Letzten sein werden und die Letzten die Ersten, so ward für den modernen Menschen der Sozialismus zum Elixier gegen irdisches Ungemach. Doch wenn der Glauben an Unsterblichkeit, Vergeltung im Jenseits und Auferstehung einen Ansporn zu tugendhaftem Wandel im Diesseits bildete, so ist die Wirkung der sozialistischen Verheißung eine ganz andere. Sie legt keine anderen Pflichten auf als die, für die Parteipolitik des Sozialismus einzutreten; aber sie gibt Erwartungen und Ansprüche.

Bei diesem Charakter der sozialistischen Ideen ist es begreiflich, daß jeder Einzelne ihrer Anhänger vom Sozialismus gerade das erwartet, was ihm versagt geblieben ist. Die sozialistischen Schriftsteller versprechen nicht nur Reichtum für Alle, sondern auch Liebesglück, volle Entwicklung der seelischen und körperlichen Persönlichkeit, Entfaltung großer künstlerischer und wissenschaftlicher Fähigkeiten usf. für Alle. Trotzki hat erst vor kurzem in einer Schrift die Behauptung aufgestellt, in der sozialistischen Gesellschaft werde „der menschliche Durchschnitt" sich „bis zum Niveau eines Aristoteles, Goethe, Marx erheben". Das sozialistische Paradies wird das Reich der Vollendung sein, bevölkert von lauter restlos glücklichen Übermenschen. Alle sozialistischen Schriften sind voll von solchem Unsinn. Doch es ist gerade dieser Unsinn, der ihnen die meisten Anhänger wirbt.

Man kann nicht jeden, der am Fourier-Komplex leidet, zum Arzt senden, damit er durch Psychoanalyse geheilt werde. Dem stünde schon die ungeheure Zahl der davon Betroffenen entgegen. Hier kann kein anderes Mittel helfen als die Behandlung des Übels durch den Kranken selbst. Er muß durch Selbsterkenntnis lernen, sein Schicksal zu tragen, ohne nach einem Sündenbock zu suchen, auf den er alle Schuld laden kann, und er muß versuchen, die Grundgesetze der gesellschaftlichen Kooperation der Menschheit zu verstehen.

I. Die Grundlagen liberaler Politik.

1. Eigentum.

Die menschliche Gesellschaft ist die Vereinigung der Menschen zu gemeinsamem Handeln. Gemeinsames nach dem Grundsatz der Arbeitsteilung gerichtetes Handeln hat nämlich gegenüber dem isolierten Handeln einzelner Menschen den Vorzug höherer Ergiebigkeit. Wenn eine Anzahl Menschen nach dem Grundsatz der Arbeitsteilung gemeinschaftlich ihr Handeln einrichten, dann erzeugen sie unter im übrigen gleichen Verhältnissen nicht nur soviel, als die Summe dessen ausmachen würde, was sie einzeln handelnd erzeugt hätten, sondern bedeutend mehr. Auf dieser höheren Ergiebigkeit der arbeitsteilig verrichteten Arbeit beruht die ganze menschliche Gesittung. Durch die Arbeitsteilung unterscheidet sich der Mensch von den Tieren. Die Arbeitsteilung hat den schwachen, in physischer Kraft den meisten Tieren gegenüber zurückstehenden Menschen zum Beherrscher der Erde und zum Schöpfer der Wunderwerke der Technik gemacht. Ohne Arbeitsteilung wären wir heute in keiner Beziehung weiter als unsere Vorfahren vor tausend oder zehntausend Jahren.

Die menschliche Arbeit für sich allein ist nicht imstande, unser Wohlbefinden zu mehren. Sie muß, um fruchtbar zu werden, auf die von der Natur zur Verfügung gestellte Erde und die Stoffe und Kräfte der Erde angewendet werden. Der Boden und alle Stoffe und Kräfte, die er birgt und trägt, und die menschliche Arbeit sind die beiden Produktionsfaktoren, aus deren sinnvollem Zusammenwirken alle die Brauchbarkeiten hervorgehen, die der Befriedigung unserer äußeren Bedürfnisse dienen. Um zu produzieren, muß man über Arbeit und über sachliche Produktionsfaktoren verfügen, sowohl über uns roh von der Natur zur Verfügung gestellte und meist an den Boden gebundene Güter und Kräfte als auch über diejenigen Zwischenprodukte, die schon früher geleistete menschliche Arbeit aus diesen primären natürlichen Produktionsfaktoren

geschaffen hat. In der Sprache der Nationalökonomie unterscheiden wir darnach drei Produktionsfaktoren: die Arbeit, den Boden und das Kapital. Unter Boden ist alles zu verstehen, was uns von der Natur auf, unter und über der Erdoberfläche, im Wasser und in der Luft an Stoffen und Kräften zur Verfügung steht, unter Kapitalgütern alle aus dem Boden mit Hilfe menschlicher Arbeit erzeugten Zwischenprodukte, die der weiteren Produktion dienen sollen, wie Maschinen, Werkzeuge, Halbfabrikate aller Art u. dgl. m.

Wir wollen zunächst zwei verschiedene Ordnungen der menschlichen arbeitsteiligen Kooperationen betrachten: die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende und die auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhende. Diese wird Sozialismus oder Kommunismus genannt, jene Liberalismus oder auch, seit sie im 19. Jahrhundert eine die ganze Welt umspannende Organisation der Arbeitsteilung geschaffen hat, Kapitalismus. Die Liberalen behaupten, daß die einzig durchführbare Ordnung des menschlichen Zusammenwirkens in der arbeitsteiligen Gesellschaft das Sondereigentum an den Produktionsmitteln ist. Sie behaupten, daß der Sozialismus als ganzes, alle Produktionsmittel umfassendes System undurchführbar ist und daß seine Anwendung in bezug auf einen Teil der Produktionsmittel zwar nicht unmöglich ist, aber dazu führt, daß die Ergiebigkeit der Arbeit herabgesetzt wird, so daß er nicht nur keinen höheren Reichtum schaffen könnte, sondern im Gegenteil Reichtum vermindernd wirken müßte.

Das Programm des Liberalismus hätte also, in ein einziges Wort zusammengefaßt, zu lauten: Eigentum, das heißt: Sondereigentum an den Produktionsmitteln (denn für die genußfertigen Güter ist das Sondereigentum eine selbstverständliche Sache und wird auch von den Sozialisten und Kommunisten nicht bestritten). Alle anderen Forderungen des Liberalismus ergeben sich aus dieser Grundforderung.

Im Programm des Liberalismus mag man aber zweckmäßigerweise neben dem Wort „Eigentum“ auch die Worte „Freiheit“ und „Frieden“ voranstellen. Es geschieht dies nicht etwa darum, weil das ältere Programm des Liberalismus sie meist neben dem Wort Eigentum angeführt hat. Wir sagten ja schon, daß das Programm des heutigen Liberalismus über das des alten Liberalismus hinausgewachsen ist, daß es auf tieferer und besserer Einsicht in den Zusammenhang der Dinge beruht, da es sich die Fortschritte, die die Wissenschaft der letzten Jahrzehnte gemacht hat, zu Nutzen machen kann. Nicht darum, weil Freiheit und Frieden vielen älteren Liberalen als gleichgeordnete Grundgedanken des Liberalismus und nicht nur als die Folgerung aus dem einen Grund-

gedanken des Sondereigentums an den Produktionsmitteln erschienen, wären sie im Programm voranzustellen, sondern nur darum, weil sie ganz besonders heftig von den Gegnern des Liberalismus angefeindet wurden und man durch ihre Fortlassung nicht den Anschein erwecken sollte, als hätte man die Berechtigung der Einwendungen, die gegen sie erhoben wurden, in irgend einer Weise anerkannt.

2. Freiheit.

Daß der Gedanke der Freiheit für alle uns ganz in Fleisch und Blut übergegangen ist, so daß man ihn die längste Zeit gar nicht anzuzweifeln wagte, daß man von der Freiheit immer nur mit höchster Anerkennung zu sprechen pflegte und daß es erst Lenin vorbehalten blieb, sie ein „bürgerliches Vorurteil" zu nennen, das ist, was man heute vielfach schon vergessen hat, ein Erfolg des Liberalismus. Von der Freiheit kommt ja auch der Namen des Liberalismus her, und der Namen der Gegenpartei der Liberalen lautete ursprünglich — beide Bezeichnungen kamen in den spanischen Verfassungskämpfen der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts auf — die „Servilen".

Vor dem Aufkommen des Liberalismus haben selbst edle Philosophen, Religionsstifter und Priester, die vom besten Willen beseelt waren, und ihr Volk wahrhaft liebende Staatsmänner die Sklaverei eines Teiles der Menschheit als eine gerechte, allgemein nützliche und geradezu wohltätige Einrichtung angesehen. Es gebe, meinte man, von Natur aus Menschen und Völker, die zur Freiheit, und solche, die zur Unfreiheit bestimmt seien. Und nicht nur die Herren dachten so, sondern auch ein großer Teil der Sklaven. Sie nahmen die Knechtschaft nicht nur hin, weil sie sich der überlegenen Gewalt der Herren fügen mußten, sondern sie fanden in ihr auch ein Gutes: der Sklave sei der Sorge um den Erwerb des täglichen Brotes enthoben, da der Herr genötigt ist, für seine notwendigsten Bedürfnisse aufzukommen. Als der Liberalismus im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts daran ging, die Leibeigenschaft und Untertänigkeit der bäuerlichen Bevölkerung in Europa und die Sklaverei der Neger in den überseeischen Kolonien abzuschaffen, da haben sich nicht wenige aufrichtige Menschenfreunde dagegen ausgesprochen. Die unfreien Arbeiter seien an die Unfreiheit gewöhnt und empfänden sie nicht als unangenehme Last; sie seien zur Freiheit gar nicht reif und würden nicht wissen, welchen Gebrauch sie von ihr machen sollten. Der Fortfall der Sorge des Herrn werde sie schwer schädigen, sie würden nicht imstande sein, so zu wirtschaften, daß sie immer über das zum Leben Notwendige verfügen, und würden

bald in Not und Elend geraten. Durch die Befreiung würden sie auf der einen Seite also nichts gewinnen, was für sie von wirklichem Werte sei, auf der anderen Seite aber würden sie in ihrem materiellen Fortkommen ernstlich geschädigt werden. Das Erstaunliche war, daß man diese Ansichten auch von zahlreichen Unfreien, die man befragte, vernehmen konnte. Um solchen Anschauungen entgegenzutreten, glaubten viele Liberale, die doch immerhin nur Ausnahmeerscheinungen darstellenden Fälle, in denen die leibeigenen Bauern und Sklaven grausam mißhandelt worden waren, verallgemeinern und mitunter selbst übertreibend darstellen zu müssen. Doch solche Ausschreitungen waren keineswegs die Regel; es gab wohl vereinzelte Ausschreitungen, und daß es sie gab, war auch Grund für die Beseitigung dieses Systems. Die Regel aber war doch eine menschliche und milde Behandlung der Knechte durch die Herren.

Wenn man denen, die die Beseitigung der Unfreiheit nur aus allgemein philanthropischen Erwägungen befürworteten, entgegenhielt, die Beibehaltung des Systems liege auch im Interesse der Knechte, so wußten sie darauf nichts Rechtes zu erwidern. Denn diesem Einwand zugunsten der Unfreiheit gegenüber gibt es nur ein Argument, das alle anderen schlägt und auch geschlagen hat: daß nämlich die freie Arbeit unverhältnismäßig ergiebiger sei als die von Unfreien verrichtete Arbeit. Der unfreie Arbeiter hat kein Interesse daran, seine Kräfte ernstlich anzuspannen. Er arbeitet so viel und so eifrig, als erforderlich ist, um jenen Strafen zu entgehen, die auf Nichteinhaltung eines Mindestmaßes von Arbeit gesetzt sind. Der freie Arbeiter aber weiß, daß er um so besser antlohnt wird, je mehr seine Arbeit leistet. Er spannt seine Kräfte voll en, um sein Einkommen zu erhöhen. Man vergleiche doch etwa die Anforderungen, die die Bedienung eines modernen Dampfpfluges an den Arbeiter stellt mit dem verhältnismäßig kleinen Aufwand an Intelligenz, Kraft und Fleiß, die für den leibeigenen Pflüger Rußlands noch vor zwei Menschenaltern als ausreichend befunden wurden. Nur die freie Arbeit kann jene Leistungen vollbringen, die man vom modernen Industriearbeiter verlangen muß.

Verschrobene Querköpfe mögen also nur immerfort die Erörterung darüber fortspinnen, ob alle Menschen zur Freiheit bestimmt und für die Freiheit reif seien. Sie mögen fortfahren, zu behaupten, daß es Rassen und Völker gebe, deren von der Natur vorgezeichnetes Los die Knechtschaft sei, und daß die Herrenvölker die Pflicht hätten, die Knechte in ihrer Unfreiheit festzuhalten. Der Liberale will ihre Argumente gar nicht widerlegen, weil seine Beweisführung zugunsten der Freiheit für

alle ohne Unterschied ganz anders geartet ist. Wir Liberalen behaupten gar nicht, daß Gott oder die Natur alle Menschen zur Freiheit bestimmt hätte, schon darum nicht, weil wir über die Absichten Gottes und der Natur nicht unterrichtet sind und es grundsätzlich vermeiden, Gott und die Natur in den Streit um irdische Dinge hereinzuziehen. Was wir allein behaupten, ist das, daß die Freiheit aller Arbeiter jenes Arbeitssystem ist, das die größte Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit gewährleistet, und daß sie sohin im Interesse aller Bewohner der Erde gelegen sei. Wir bekämpfen die Unfreiheit der Arbeiter nicht, obgleich sie den „Herren" nützlich sei, sondern weil wir überzeugt sind, daß sie allen Gliedern der menschlichen Gesellschaft, also auch den „Herren", in letzter Linie Schaden bringt. Hätte die Menschheit an der Unfreiheit eines Teiles oder gar aller Arbeiter festgehalten, dann wäre die großartige Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte, die die letzten 150 Jahre gebracht haben, nicht möglich gewesen. Wir hätten keine Eisenbahnen, keine Kraftwagen, keine Flugzeuge, keine Dampfer, keine elektrische Kraft- und Lichterzeugung, keine chemische Großindustrie, wie die alten Griechen und Römer sie bei aller Genialität nicht hatten. Es genügt, dies nur zu erwähnen, damit jedermann erkenne, daß auch die früheren Herren von Sklaven oder Leibeigenen allen Grund haben, mit der Entwicklung der Dinge nach Aufhebung der Unfreiheit der Arbeiter zufrieden zu sein. Ein europäischer Arbeiter lebt heute unter günstigeren und angenehmeren äußeren Verhältnissen als einst der Pharao von Ägypten, trotzdem dieser über Tausende von Sklaven gebot und jener nichts anderes hat, um seine Wohlfahrt zu fördern, als die Kraft und die Geschicklichkeit seiner Hände. Könnte man einen Nabob von anno dazumal in die Verhältnisse versetzen, unter denen heute ein einfacher Mann lebt, er würde ohne Zaudern erklären, daß sein Leben ärmlich gewesen sei im Vergleich mit dem, das auch der bescheidene Bürger unserer Zeit führen kann.

Das ist die Frucht der freien Arbeit, daß sie allen mehr Reichtum zu schaffen vermag als die unfreie Arbeit einst den Herren geboten hat.

3. Frieden.

Es gibt edle Menschen, die den Krieg verabscheuen, weil er Tod und Wunden bringt. Wir können nicht umhin, die Menschenliebe, die in diesem Argument steckt, zu bewundern. Doch das philanthropische Moment scheint viel oder alles von seiner Kraft zu verlieren, wenn wir die Ausführungen der Anhänger und Befürworter des Krieges vernehmen. Die leugnen gar nicht, daß der Krieg auch Schmerz und Leid

bringt. Doch sie meinen, daß der Krieg und nur der Krieg imstande ist, die Menschheit weiter zu bringen. Der Krieg sei der Vater aller Dinge, sagt ein griechischer Philosoph, und Tausende haben es ihm nachgesprochen. Der Mensch verdorre im Frieden, nur der Krieg erwecke in ihm die schlummernden Fähigkeiten und Kräfte und führe ihn zum Höchsten. Würde der Krieg ausgerottet werden, dann würde die Menschheit in Schlaffheit und Mattheit verkommen.

Es ist schwer oder gar unmöglich, gegen diese Beweisführung der Kriegsfreunde aufzukommen, wenn man gegen den Krieg nichts anderes geltend zu machen weiß als das, daß er Opfer verlangt. Denn die Anhänger des Krieges sind doch eben der Meinung, daß diese Opfer nicht umsonst dargebracht werden, und daß der Preis des Einsatzes wert sei. Wenn es wirklich wahr sein sollte, daß der Krieg der Vater aller Dinge ist, dann sind die Menschenopfer, die er kostet, notwendig, um die allgemeine Wohlfahrt und den Fortschritt der Menschheit zu fördern. Man mag die Opfer wohl beklagen, man mag auch trachten ihre Zahl herabzusetzen, doch man darf darum den Krieg nicht abschaffen und den ewigen Frieden herbeiführen wollen.

Die liberale Kritik der Kriegstheorie unterscheidet sich aber grundsätzlich von der der Philanthropen; sie geht davon aus, daß nicht der Krieg, sondern der Frieden der Vater aller Dinge ist. Das, was die Menschheit allein vorwärts bringt und sie vom Tier unterscheidet, ist die gesellschaftliche Kooperation. Die Arbeit allein ist es, die aufbaut, reich macht und damit die äußeren Grundlagen für inneres Gedeihen des Menschen legt. Der Krieg zerstört nur, er kann nie aufbauen. Den Krieg, den Mord, die Zerstörung und Vernichtung haben wir mit den reißenden Tieren des Waldes gemein, die aufbauende Arbeit ist unsere menschliche Eigenart. Der Liberale verabscheut den Krieg nicht wie der Philanthrop, obwohl er nützliche Folgen haben soll, sondern weil er nur schädliche Folgen hat.

Der philanthropische Friedensfreund tritt an den Mächtigen heran und sagt ihm: „Führe keinen Krieg, wenn du auch Aussicht hast, durch einen Sieg deine eigene Wohlfahrt zu fördern. Sei edel und großmütig und verzichte auf den dir winkenden Sieg, wenn es dir auch ein Opfer, den Entgang eines Gewinnes bedeutet.“ Der Liberale denkt anders. Er ist der Überzeugung, daß der siegreiche Krieg auch für den Sieger ein Übel ist, daß Frieden immer noch besser ist als Sieg. Er verlangt vom Starken keine Opfer, sondern nur das, daß er sein wahres Interesse erfasse und verstehen lerne, daß der Frieden auch für ihn, den Starken, ebenso vorteilhaft ist wie für den Schwächeren.

Wenn ein friedliebendes Volk von einem kriegslustigen Gegner angegriffen wird, dann muß es sich zur Wehr setzen und alles tun, den Ansturm der Feinde abzuwehren. Wenn in einem solchen Kriege von denen, die um ihre Freiheit und um ihr Leben kämpfen, Heldentaten vollbracht werden, so sind sie lobenswert, und mit Recht preist man die Mannhaftigkeit und Tapferkeit solcher Kämpfer. Hier sind Kühnheit, Unerschrockenheit, Todesverachtung lobenswert, weil sie im Dienste eines guten Zweckes stehen. Aber man hat den Fehler begangen, diese soldatischen Tugenden als absolute Tugenden hinzustellen, als Eigenschaften, die an und für sich gut sind, ohne Rücksicht auf den Zweck, in dessen Dienst sie stehen. Teilt man diese Meinung, so muß man folgerichtig auch die Kühnheit, Unerschrockenheit und Todesverachtung des Räubers als edle Tugend anerkennen. Doch in Wahrheit gibt es nichts, was an und für sich gut oder böse ist; gut und böse werden menschliche Handlungen immer nur durch den Zweck, dem sie dienen, und die Folgen, die sie nach sich ziehen. Auch Leonidas wäre nicht der Anerkennung wert, die wir ihm zollen, wäre er nicht als Verteidiger seiner Heimat gefallen, sondern als Führer einer Angriffsarmee, die ein friedliches Volk seiner Freiheit und seines Besitzes berauben wollte.

Die Schädlichkeit des Krieges für die Entwicklung der menschlichen Zivilisation ergibt sich klar für jeden, der den Nutzen der Arbeitsteilung erkannt hat. Die Arbeitsteilung macht aus dem Menschen, der sich selbst genug ist, das von den Mitmenschen abhängige *ζῶον πολιτικόν*, das Gesellschaftswesen, von dem Aristoteles sprach. Wenn ein Tier gegen das andere, ein in Wildheit lebender Mensch gegen den anderen feindselig auftreten, dann ändert sich dadurch nichts an den wirtschaftlichen Voraussetzungen und Grundlagen ihrer Existenz. Wenn aber in einer Gemeinschaft, die die Arbeit unter ihre Mitglieder verteilt hat, ein Streit ausbricht, der durch feindliche Handlungen ausgetragen werden soll, dann steht die Sache anders. Hier sind die einzelnen in ihrer Verrichtung spezialisiert; sie sind nicht mehr imstande, unabhängig zu leben, weil sie auf die gegenseitige Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Selbstgenügsame Landwirte, die auf ihren Höfen alles das erzeugen, was sie und ihre Familien zum Leben brauchen, können sich gegenseitig befehden. Doch wenn in einem Dorf eine Parteiung entsteht und auf der einen Seite der Schmied und auf der anderen Seite der Schuhmacher stehen, so muß die eine Partei an Schuhen, die andere an Werkzeugen und Waffen Mangel leiden. Der Bürgerkrieg zerstört so die Arbeitsteilung, weil er jede Gruppe zwingt, sich an der Arbeit ihrer Parteigenossen Genüge sein zu lassen. Hat man die Möglichkeit solcher Feindseligkeiten im Auge, dann

wird man von vornherein die Arbeitsteilung sich nicht so stark entwickeln lassen dürfen, daß man dann, im Falle es wirklich zum Kampf kommt, Mangel leidet. Die Entfaltung der Arbeitsteilung ist nur soweit möglich, als die Gewähr ewigen friedlichen Zusammenlebens geboten ist. Die Arbeitsteilung kann sich nur unter dem Schutze eines gewährleisteten Friedens entwickeln. Wo diese Voraussetzung fehlt, überschreitet die Arbeitsteilung nicht die Grenzen des Dorfes oder nicht einmal die des einzelnen Familienhauses. Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land — daß nämlich die Bauern der umliegenden Dörfer in die Stadt Getreide, Vieh, Milch und Butter liefern und von den Städtern gewerbliche Erzeugnisse eintauschen — setzt schon voraus, daß wenigstens innerhalb der einzelnen Landschaften der Frieden gesichert ist. Soll die Arbeitsteilung das Gebiet eines ganzen Volkes umfassen, so müssen Bürgerkriege außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegen; soll sie die ganze Welt umspannen, so muß ewiger Frieden zwischen den Völkern gesichert sein.

Jedem Zeitgenossen müßte es als platter Widersinn erscheinen, wenn sich eine moderne Großstadt, etwa London oder Berlin, darauf einrichten wollte, gegen die Bewohner der angrenzenden Teile des flachen Landes Krieg zu führen. Doch viele Jahrhunderte lang haben die Städte Europas auch diese Möglichkeit ins Auge gefaßt und sich wirtschaftlich darauf eingestellt. Es gab Städte, deren Befestigungsanlagen von vornherein so gebaut waren, daß sie im Notfalle mit Hilfe von Viehhaltung und Getreidebau innerhalb der Stadtmauern eine Zeitlang durchhalten konnten.

Noch im Anfang des 19. Jahrhunderts zerfiel der weitaus größere Teil der bewohnten Erde in eine Reihe von kleinen Wirtschaftsgebieten, die sich im großen und ganzen selbst genügten. Selbst in den höher entwickelten Teilen Europas wurde der Bedarf eines Landstriches zum größeren Teile durch die Produktion im Landstrich selbst gedeckt. Der Handel, der über das enge Gebiet der Nachbarschaft hinausging, war verhältnismäßig gering und umfaßte im großen und ganzen nur solche Waren, die wegen der klimatischen Verhältnisse im Lande selbst nicht erzeugt werden konnten. In dem weitaus größeren Teile der Welt wurde aber nahezu der ganze Bedarf eines Dorfbewohners durch die Produktion des Dorfes selbst gedeckt. Für diese Dorfbewohner bedeutete eine durch den Krieg eingetretene Störung in den Handelsbeziehungen überhaupt keine wirtschaftliche Beeinträchtigung. Aber auch die Bewohner der fortgeschritteneren Teile Europas litten darunter nicht allzu stark. Wenn die Kontinentalsperre, die Napoleon I. über Europa verhängte, um die englischen und die nur durch Vermittlung Englands erreichbaren

überseeischen Waren auszuschließen, auch schärfer durchgeführt worden wäre, so hätte sie dem Kontinentalbewohner keine allzu fühlbaren Entbehrungen auferlegt. Wohl hätte er auf Kaffee und Zucker, auf Baumwolle und Baumwollwaren, auf Gewürze und manche seltenen Hölzer verzichten müssen; aber all diese Dinge spielten im Haushalt der weiten Schichten damals eine nur untergeordnete Rolle.

Die Dichte der weltwirtschaftlichen, der internationalen Beziehungen ist ein Produkt des Liberalismus und Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Durch sie erst wurde die weitgehende Spezialisierung der modernen Produktion und damit die großartige Vervollkommnung der Technik ermöglicht. Um den englischen Arbeiter in seinem Haushalt mit all dem zu versehen, was er gebrauchen und verbrauchen will, wirken alle Länder der fünf Weltteile zusammen. Tee für den Frühstückstisch liefern Japan oder Ceylon, Kaffee Brasilien oder Java, den Zucker Westindien, das Fleisch Australien oder Argentinien, den Wein Spanien oder Frankreich; die Wolle kommt aus Australien, die Baumwolle aus Amerika oder Ägypten, die Häute für das Leder aus Indien oder Rußland usf. Und im Austausch dafür gehen englische Waren in die ganze Welt, in die fernsten und entlegensten Dörfer und Gehöfte. Diese Entwicklung war nur möglich und denkbar, weil man die Vorstellung, es könnte je wieder zu großen Kriegen kommen, seit dem Sieg der liberalen Ideen nicht mehr ernst nahm. Zur Zeit der höchsten Blüte des Liberalismus hielt man allgemein Kriege zwischen den Angehörigen der weißen Rasse für immerdar als abgetan.

Doch es kam anders. Die liberalen Ideen und Programme wurden durch Sozialismus, Nationalismus, Protektionismus, Imperialismus, Etatismus, Militarismus verdrängt. Hatten Kant und Humboldt, Bentham und Cobden das Lob des ewigen Friedens verkündet, so kamen jetzt Männer, die nicht müde wurden, den Krieg und den Bürgerkrieg zu preisen. Und sie hatten nur allzubald Erfolg. Das Ende war der Große Krieg, der unserer Zeit eine Art Anschauungsunterricht für das Problem der Unverträglichkeit des Krieges mit der Arbeitsteilung gegeben hat.

4. Gleichheit.

Nirgends ist der Unterschied, der in der Argumentation zwischen dem älteren Liberalismus und dem neuen Liberalismus besteht, klarer und leichter aufzuweisen als beim Problem der Gleichheit. Die von den Ideen des Naturrechtes und der Aufklärung geleiteten Liberalen des 18. Jahrhunderts forderten Gleichheit der politischen und bürgerlichen Rechte für jedermann, weil sie davon ausgingen, daß die Menschen gleich

seien. Gott habe alle Menschen gleich geschaffen, sie mit gleichen Grundkräften und Anlagen ausgestattet, ihnen allen den Odem seines Geistes eingeblasen. Alle Unterschiede zwischen den Menschen seien nur künstlicher Art, seien das Produkt gesellschaftlicher, menschlicher, also vergänglicher Einrichtungen. Das Unvergängliche am Menschen, sein Geist, sei aber unzweifelhaft von der gleichen Art bei arm und reich, hoch und nieder, weiß und farbig.

Nun steht aber nichts auf so schwachen Füßen wie die Behauptung von der angeblichen Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. Die Menschen sind durchaus ungleich. Selbst zwischen Geschwistern bestehen die größten Verschiedenheiten der körperlichen und geistigen Eigenschaften. Die Natur wiederholt sich nicht in ihren Schöpfungen, sie erzeugt keine Dutzendware, sie hat keine Typenfabrikation. Der Mensch, der aus ihrer Werkstatt hervorgeht, trägt den Stempel des Individuellen, des Einzigartigen, des Nichtwiederkehrenden an sich. Die Menschen sind nicht gleich, und die Forderung gleicher Behandlung durch die Gesetze kann keineswegs etwa damit begründet werden, daß Gleichen auch die gleiche Behandlung gebühre.

Für die gleiche Behandlung aller Menschen durch das Gesetz sprechen zwei verschiedene Gesichtspunkte. Von dem einen sprachen wir, als wir die Gründe auseinandersetzten, die gegen die persönliche Unfreiheit von Menschen sprechen. Um die höchste erreichbare Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit zu erzielen, bedarf es freier Arbeiter, weil nur der freie Arbeiter, der die Früchte seiner eigenen Betätigung im Lohne genießt, seine Kräfte so anspannt, als er nur kann. Der zweite Gesichtspunkt, der für die Gleichheit vor dem Gesetze spricht, ist der der Erhaltung des gesellschaftlichen Friedens. Daß jede Störung der friedlichen Entwicklung vermieden werden muß, wurde ja schon gezeigt. Nun aber ist wohl kaum möglich, den Frieden dauernd aufrecht zu erhalten in einer Gesellschaft, in der die Rechte und Pflichten der einzelnen Schichten verschieden sind. Wer einem Teil der Bevölkerung Rechte verweigert, muß immer darauf gefaßt sein, daß die Entrechteten sich zum Angriff auf die Bevorrechteten zusammenschließen. Standesprivilegien müssen verschwinden, damit die Kämpfe um Standesvorrechte aufhören.

Es ist daher ganz und gar unberechtigt, an der Art und Weise, wie der Liberalismus sein Gleichheitspostulat verwirklicht hat, auszusetzen, daß sie nur Gleichheit vor dem Gesetz und keine wahre Gleichheit geschaffen hat. Die Menschen wirklich gleich zu machen, reicht alle menschliche Kraft nicht aus. Die Menschen sind und bleiben ungleich. Nüchterne Zweckmäßigkeitserwägungen, wie die es sind, die wir oben angeführt

haben, sprechen dafür, sie vor dem Gesetz gleich zu behandeln. Mehr hat der Liberalismus nicht gewollt. Und mehr konnte er nicht wollen. Es geht über menschliche Kraft hinaus, einen Neger weiß zu machen. Aber man kann dem Neger dieselben Rechte verleihen wie dem Weißen und ihm damit die Möglichkeit bieten, bei gleichen Leistungen auch dasselbe zu erreichen.

Nun aber kommen die Sozialisten und sagen, es genüge nicht, die Menschen vor dem Gesetz gleich zu machen, man müsse ihnen auch das gleiche Einkommen zuweisen, um sie wirklich gleich zu machen. Es genüge nicht, die Privilegien der Geburten und des Standes abzuschaffen, man müsse ganze Arbeit machen und das größte und wichtigste Privileg, nämlich das, das das Eigentum gewährt, beseitigen. Dann erst werde das liberale Programm ganz verwirklicht sein, und so führe der folgerichtige Liberalismus schließlich zum Sozialismus, zur Beseitigung des Sondereigentums einzelner an den Produktionsmitteln.

Ein Privileg ist eine Einrichtung zugunsten eines einzelnen oder eines bestimmten Kreises von Menschen auf Kosten der Wohlfahrt der übrigen Menschen. Das Privileg besteht, obwohl es den einen — vielleicht der Mehrheit — schadet und niemand nützt als denen, zu deren Gunsten es geschaffen ist. Im Feudalstaat des Mittelalters war die Gerichtsbarkeit das erbliche Amt bestimmter Feudalherren. Sie waren Richter, weil sie das Richteramt geerbt hatten, ohne Rücksicht darauf, ob sie die Fähigkeiten und Charaktereigenschaften besaßen, die zum Richteramt tauglich machen; und in ihren Augen war dieses Amt nichts weiter als eine ergiebige Einnahmequelle. Hier war das Richteramt ein Privileg einer Schichte von hochgeborenen Herren.

Wenn aber, wie in den modernen Staaten, die Richter immer aus dem Kreis derjenigen Männer entnommen werden, die über Rechtskenntnis und Rechtserfahrung verfügen, so liegt darin kein „Privileg" der Juristen. Die Bevorzugung der Juristen erfolgt nämlich nicht um der Juristen willen, sondern um des öffentlichen Wohles willen, weil man der Meinung ist, daß Rechtsgelehrsamkeit die unumgängliche Voraussetzung für die Bekleidung des Richteramtes ist. Die Frage, ob eine Einrichtung als Privilegierung einer bestimmten Gruppe, Schichte oder Person anzusehen ist oder nicht, ist also nicht darnach zu entscheiden, ob sie dieser Gruppe, Schichte oder Person Vorteile bringt oder nicht, sondern darnach, wie ihr Nutzen für die Allgemeinheit zu beurteilen ist. Daß auf einem die See befahrenden Schiff ein Mann Kapitän ist und daß die anderen seine untergebene Schiffsmannschaft bilden, ist dem Kapitän sicherlich ein Vorteil. Doch ist es kein Vorrecht, kein Privileg des Kapitäns,

wenn er die Fähigkeit besitzt, das Schiff im Sturm zwischen Klippen hindurch zu führen und damit nicht nur sich, sondern der ganzen Mannschaft nützlich zu werden.

Um zu prüfen, ob eine Einrichtung als ein Sonderrecht, als ein Privileg eines einzelnen oder einer Schichte anzusehen ist, darf man sich nicht die Frage vorlegen, ob sie diesem einzelnen oder diesen Schichten nützt, sondern nur die, ob sie der Allgemeinheit nützlich ist. Wenn wir zum Schlusse gelangen, daß das Sondereigentum an den Produktionsmitteln allein eine gedeihliche Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ermöglicht, dann ist es klar, daß dies nichts anderes ist als die Feststellung, daß das Sondereigentum kein Privileg der Eigentümer ist, sondern eine gesellschaftliche Einrichtung zum Nutzen und Frommen aller, mag sie auch dabei einzelnen besonders angenehm und nützlich sein.

Der Liberalismus spricht sich nicht im Interesse der Besitzer für die Aufrechterhaltung des Eigentums aus. Er will nicht das Sondereigentum darum erhalten, weil er es nicht ohne Verletzung der Rechte der Eigentümer aufheben könnte. Würde er die Beseitigung des Sondereigentums für nützlich im Interesse der Allgemeinheit halten, dann würde er für seine Aufhebung eintreten ohne Rücksicht darauf, ob er dadurch die Eigentümer schädigt. Die Beibehaltung des Sondereigentums aber liegt im Interesse aller Schichten der Gesellschaft. Auch der Arme, der nichts sein Eigen nennt, lebt in unserer Gesellschaftsordnung unverhältnismäßig besser als er in einer Gesellschaft leben würde, die sich unfähig erweisen würde, auch nur einen Bruchteil von dem zu erzeugen, was in unserer Gesellschaftsordnung erzeugt wird.

5. Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse.

Das, was an unserer Gesellschaftsordnung am meisten der Kritik ausgesetzt ist, ist die Tatsache der Ungleichheit der Verteilung des Einkommens und des Vermögens. Es gibt Reiche und Arme, es gibt sehr Reiche und sehr Arme. Und es liegt nahe, hier an einen Ausweg zu denken: an die gleichmäßige Verteilung der Güter.

Gegen diesen Vorschlag ist zunächst die Einwendung zu machen, daß dadurch nicht viel geholfen wäre, weil die Zahl der Minderbemittelten im Vergleich zu der der Reichen ungeheuer groß sei, so daß jeder einzelne von einer solchen Verteilung nur einen recht unbedeutenden Zuwachs an Wohlfahrt zu erwarten habe. Das ist wohl richtig; das Argument ist aber nicht vollständig. Die Befürworter der Gleichheit der Ein-

kommensverteilung übersehen nämlich den wichtigsten Punkt: daß nämlich die Summe dessen, was verteilt werden kann, das jährliche Produkt der gesellschaftlichen Arbeit, nicht unabhängig ist von der Art und Weise, in der verteilt wird. Daß das Produkt heute so groß ist, ist nicht eine natürliche oder technische, von allen sozialen Tatsachen unabhängige Erscheinung, sondern durchaus die Folge unserer gesellschaftlichen Einrichtungen. Nur weil unsere Gesellschaftsordnung die Ungleichheit des Eigentums kennt, nur weil sie jeden anspornt, soviel als möglich und mit dem geringsten Aufwand an Kosten zu erzeugen, verfügt die Menschheit heute über die Summe von jährlichem Reichtum, den sie nun verzehren kann. Würde man diesen Antrieb beseitigen, so würde man die Ergiebigkeit der Produktion so sehr herabdrücken, daß die Kopfquote des Einkommens bei gleichmäßiger Verteilung tief unter das fallen würde, was selbst der Ärmste heute erhält.

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung hat aber noch eine zweite Funktion, die ebenso wichtig ist wie die erwähnte. Sie ermöglicht nämlich den Luxus der Reichen.

Über den Luxus ist sehr viel Törichtes gesagt und geschrieben worden. Gegen den Luxusverbrauch ist eingewendet worden, daß es ungerecht sei, daß die einen Überfluß genießen sollen, wenn die anderen dabei darben. Dieses Argument scheint etwas für sich zu haben. Doch es scheint nur so. Denn wenn es sich herausstellen sollte, daß dem Luxus eine Funktion im Dienste des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen zukommt, dann wird es ganz hinfällig. Das aber wollen wir zu zeigen suchen.

Unsere Beweisführung zugunsten des Luxus ist freilich nicht die, die man mitunter zu hören bekommt, daß er nämlich Geld unter die Leute bringt. Würden die Reichen keinen Luxus treiben, sagt man, so hätten die Armen kein Einkommen. Das ist geradezu dumm. Denn gebe es keinen Luxus, dann würden eben Kapital und Arbeit, die sonst zur Erzeugung von Luxusgütern Verwendung finden, andere Güter erzeugen, Massenverbrauchsartikel, notwendige Artikel anstatt der „überflüssigen".

Um sich von der gesellschaftlichen Bedeutung des Luxus eine richtige Vorstellung zu machen, muß man zunächst erkennen, daß der Begriff des Luxus ein durchaus relativer ist. Luxus ist eine Lebensweise, die sich von der der großen Masse abhebt. Die Vorstellung von dem, was Luxus ist, ist daher durchaus an die Zeit gebunden. Vieles von dem, was uns heute als notwendig erscheint, erschien einst als Luxus. Als im Mittelalter eine vornehme Byzantinerin, die einen venetianischen Dogen geheiratet

hatte, sich beim Speisen anstatt der Finger eines goldenen Instrumentes bediente, das man als Vorläufer unserer Gabel bezeichnen kann, da hielten die Venetianer dies für einen gottlosen Luxus, daß sie es nur gerecht fanden, als die Dame von einer fürchterlichen Krankheit befallen wurde; das müsse, meinten sie, die gerechte Strafe Gottes für solche naturwidrige Ausschweifung sein. Vor zwei oder drei Menschenaltern galt selbst in England ein Badezimmer im Hause als Luxus; heute hat es in England wohl jedes Haus eines besseren Arbeiters. Vor 35 Jahren gab es noch keinen Kraftwagen; vor 20 Jahren war der Besitz eines solchen Wagens ein Zeichen besonders luxuriöser Lebensführung; heute hat in den Vereinigten Staaten auch der Arbeiter seinen Fordwagen. So ist nämlich der Gang der Wirtschaftsgeschichte: der Luxus von heute ist das Bedürfnis von morgen. Aller Fortschritt tritt zuerst als Luxus der wenigen Reichen ins Leben, um dann nach einiger Zeit das selbstverständliche notwendige Bedürfnis aller zu werden. Der Luxus gibt dem Konsum und der Industrie die Anregungen, Neues zu erfinden und einzuführen. Er ist eine der dynamischen Einrichtungen unseres Wirtschaftslebens. Nur ihm verdanken wir den Fortschritt und die Neuerungen, die schrittweise Hebung des Lebensstandes aller Kreise der Bevölkerung.

Der reiche Müßiggänger, der sein Leben ohne Arbeit nur genießend verbringt, ist wohl den meisten von uns keine sympathische Erscheinung. Doch auch er erfüllt eine Funktion im Leben des gesellschaftlichen Organismus. Sein Luxus wirkt beispielgebend; er weckt bei der Menge neue Bedürfnisse und gibt der Industrie die Anregung, diese Bedürfnisse der Menge zu befriedigen. Es gab eine Zeit, da konnten nur reiche Leute sich den Luxus leisten, fremde Länder zu besuchen. Schiller hat die Schweizer Berge, die er im Tell besungen hat, nie gesehen, trotzdem sie seiner schwäbischen Heimat benachbart sind. Goethe hat weder Paris, noch Wien, noch London je besucht. Heute aber reisen Hunderttausende, und bald werden Millionen reisen.

6. Das Sondereigentum und die Ethik.

Indem wir die gesellschaftliche Funktion und Notwendigkeit des Sondereigentums an den Produktionsmitteln und damit auch der Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensverteilung behaupten und zu beweisen suchen, führen wir auch zugleich den Beweis für die sittliche Berechtigung des Sondereigentums und der auf ihm beruhenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Moral ist die Rücksichtnahme auf die gesellschaftliche Notwendigkeit,

die von jedem einzelnen Mitglied der Gesellschaft verlangt werden muß. Ein isoliert lebender Mensch hat keine moralischen Regeln zu befolgen. Er kann, was ihm Nutzen bringt, ruhig tun, ohne darauf achten zu müssen, ob er nicht damit andere schädigt. Doch der in der Gesellschaft lebende Mensch muß bei all seinem Tun und Lassen nicht nur auf seinen unmittelbaren Nutzen Rücksicht nehmen, sondern auch auf die Notwendigkeit, in jeder Handlung die Gesellschaft als solche zu bejahen. Denn das Leben des einzelnen in der Gesellschaft ist nur durch die Gesellschaft möglich, und jeder einzelne würde auf das schwerste geschädigt werden, wenn die gesellschaftliche Organisation des Lebens und der Produktion in die Brüche gehen würde. Indem die Gesellschaft vom einzelnen fordert, daß er in all seinem Tun und Lassen auf sie Rücksicht nehme, daß er also auf eine Handlung verzichten soll, die ihm zwar Nutzen bringt, aber das gesellschaftliche Leben schädigen würde, verlangt sie nicht, daß er fremden Interessen ein Opfer bringe. Denn das Opfer, das sie ihm auferlegt, ist nur ein vorläufiges Opfer, die Hingabe eines unmittelbaren kleineren Vorteiles, um dafür einen weitaus größeren mittelbaren Vorteil einzutauschen. Der Fortbestand der Gesellschaft als Vereinigung der Menschen zur gemeinsamen Arbeit und Lebensführung liegt im Interesse jedes einzelnen; wer einen augenblicklichen Vorteil aufopfert, um den Fortbestand der Gesellschaft nicht zu gefährden, der opfert einen kleineren Vorteil einem größeren.

Man hat den Sinn dieser Rücksichtnahme auf die gesellschaftlichen Gesamtinteressen vielfach mißverstanden. Man hat geglaubt, daß ihr sittlicher Wert in der Tatsache des Opfers, des Verzichtes auf einen unmittelbaren Genuß liegt, und hat nicht sehen wollen, daß nicht das Opfer, sondern der Zweck, dem das Opfer dient, das sittlich Wertvolle ist. So konnte es geschehen, daß man im Opfer, im Verzicht an und für sich, einen sittlichen Wert erblicken wollte. Doch Opfern ist nur dann sittlich, wenn es einem sittlichen Zweck dient. Es ist ein himmelweiter Unterschied zwischen dem, der sein Gut und Blut an eine gute Sache wagt, und dem, der sie ohne Nutzen für die Gesellschaft opfert.

Alles, was der Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung dient, ist sittlich, alles, was sie schädigt, ist unsittlich. Wenn wir mithin dazu gelangen, eine Einrichtung als der Gesellschaft nützlich zu erklären, kann man uns nicht mehr entgegenhalten, sie wäre unsittlich. Man kann unter Umständen verschiedener Meinung darüber sein, ob eine Einrichtung der Gesellschaft nützt oder ihr schadet. Doch wenn man sie einmal nützlich befunden hat, darf man sie nicht mehr damit bekämpfen,

daß sie aus irgendeinem unerklärlichen Grunde als unsittlich verworfen werden müßte.

7. Der Staat und die Regierung.

Die Befolgung des Sittengesetzes ist im mittelbaren Interesse jedes einzelnen gelegen, weil jedermann daran interessiert ist, daß die gesellschaftliche Kooperation der Menschen aufrechterhalten wird; doch sie legt jedem ein Opfer auf, wenn auch nur ein vorläufiges Opfer, das durch einen größeren Gewinn mehr als aufgewogen wird. Aber um dies zu erkennen, bedarf es einer gewissen Einsicht in den Zusammenhang der Dinge, und um sich nach dieser Erkenntnis zu richten, bedarf es einer gewissen Willensstärke. Wem die Erkenntnis fehlt oder wer zwar die Erkenntnis hat, aber nicht die nötige Willenskraft, um von ihr Gebrauch zu machen, ist nicht in der Lage, das Sittengesetz freiwillig zu befolgen. Es liegt hier die Sache nicht anders als bei der Befolgung der hygienischen Regeln, nach denen sich der einzelne im Interesse seiner eigenen Wohlfahrt richten sollte. Es kann geschehen, daß jemand sich einer gesundheitsschädlichen Ausschweifung, etwa dem Genusse von narkotischen Giften, hingibt, sei es, weil er die Folgen nicht kennt, sei es, weil er die Folgen für weniger nachteilig hält als den Verzicht auf den augenblicklichen Genuß, sei es, weil ihm die erforderliche Willensstärke fehlt, sich in seinem Verhalten nach seiner Erkenntnis zu richten. Es gibt Leute, die es für richtig halten, daß die Gesellschaft solche Personen, die ihr Leben und ihre Gesundheit durch unvernünftiges Handeln gefährden, zwangsweise auf den rechten Weg leite. Sie befürworten, daß man Trunksüchtige und Morphinisten zwangsweise von ihren Lastern abhalte, um sie zur Gesundheit und zum Wohlbefinden zu zwingen. Auf die Streitfrage, ob dies zweckmäßig sei oder nicht, wollen wir erst später eingehen. Denn das, um was es sich für uns hier handelt, ist etwas ganz anderes. Wenn die Frage auftaucht, ob man Leute, die durch ihr Handeln den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, zwingen soll, sich so zu verhalten, daß sie die Gesellschaft nicht schädigen, dann stehen ganz andere Gesichtspunkte zur Erörterung. Der Trinker und der Morphinist schädigen durch ihr Verhalten nur sich; derjenige, der die moralischen Regeln für menschliches Zusammenleben verletzt, schädigt nicht nur sich, sondern alle. Würden die Menschen, die den Fortbestand der gesellschaftlichen Zusammenarbeit wünschen und sich darnach verhalten, darauf verzichten müssen, solchen Gesellschaftsschädlingen gegenüber Gewalt und Zwang zur Anwendung zu bringen, um sie davon abzuhalten, die Gesellschaftsordnung zu untergraben, dann würde jedes gesellschaft-

liche Zusammenleben unmöglich werden. Eine kleine Anzahl unsozialer Individuen, d. h. Menschen, die nicht geneigt oder imstande sind, die vorläufigen Opfer, die die Gesellschaft von ihnen fordert, zu bringen, könnten alle Gesellschaft unmöglich machen. Ohne Zwang- und Gewaltanwendung gegen die Gesellschaftsfeinde müßte gesellschaftliches Zusammenleben unmöglich werden.

Die gesellschaftliche Einrichtung, die durch Anwendung von Zwang und Gewalt die gesellschaftsschädlichen Leute dazu bringt, sich an die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu halten, nennen wir Staat, die Regeln, nach denen dabei vorgegangen wird, Recht und die Organe, die die Handhabung des Zwangsapparates besorgen, Regierung.

Es gibt freilich eine Sekte, die glaubt, man könnte auf jede Art von Zwangsordnung ohne Gefahr verzichten und die Gesellschaft ganz auf der freiwilligen Befolgung der Sittengesetze aufbauen. Die Anarchisten halten Staat, Rechtsordnung und Regierung für überflüssige Einrichtungen in einer Gesellschaftsordnung, die wirklich dem Wohle aller dient und nicht nur den Sonderinteressen einiger Privilegierter. Nur weil unsere Gesellschaftsordnung das Sondereigentum an den Produktionsmitteln kennt, sei es notwendig, Zwang und Gewalt zu ihrem Schutze anzuwenden. Würde man aber das Sondereigentum beseitigen, dann würde jeder ohne Ausnahme von selbst die Regeln befolgen, die die gesellschaftliche Zusammenarbeit erfordert.

Daß diese Auffassung, soweit sie den Charakter des Sondereigentums an den Produktionsmitteln betrifft, verfehlt ist, wurde schon erwähnt. Sie ist aber auch sonst durchaus unhaltbar. Der Anarchist bestreitet mit Recht nicht, daß jede Form menschlichen Zusammenwirkens in der arbeitsteiligen Gesellschaft die Befolgung irgendwelcher Regeln verlangt, die insofern dem einzelnen nicht immer leicht fällt, als sie ihm ein zwar nur vorläufiges, aber doch immerhin ein augenblickliches Opfer auferlegt. Er fehlt aber darin, daß er annimmt, daß alle ohne Ausnahme geneigt sein werden, diese Regeln freiwillig zu befolgen. Es gibt Magenleidende, die ganz genau wissen, daß der Genuß einer bestimmten Speise ihnen schon nach kurzer Zeit schwere, ja kaum erträgliche Schmerzen bereiten wird, die aber nichtsdestoweniger nicht imstande sind, auf den Genuß des leckeren Gerichtes zu verzichten. Kann man, ohne ganz in Absurdität zu geraten, annehmen, daß in der anarchischen Gesellschaft jeder einzelne mehr Voraussicht und mehr Willenskraft aufbringen wird, trotzdem doch die Zusammenhänge des Gesellschaftslebens nicht so leicht zu durchschauen sind wie die physiologische Wirkung einer Speise und trotzdem die Folgen sich nicht so

schnell und vor allem nicht so fühlbar für den Übeltäter selbst einstellen? Sollte es in der anarchischen Gesellschaft ganz ausgeschlossen sein, daß jemand aus Nachlässigkeit ein brennendes Streichholz so fortwirft, daß ein Brand entsteht, oder aus Zorn, Eifersucht oder Rache einem Mitmenschen ein Übel zufügt? Der Anarchismus verkennt die wahre Natur des Menschen; er wäre nur durchführbar in einer Welt von Engeln und Heiligen.

Liberalismus ist nicht Anarchismus; Liberalismus hat mit Anarchismus nicht das geringste zu tun. Der Liberalismus ist sich darüber ganz klar, daß ohne Zwanganwendung der Bestand der Gesellschaft gefährdet wäre, und daß hinter den Regeln, deren Befolgung notwendig ist, um die friedliche menschliche Kooperation zu sichern, die Androhung der Gewalt stehen muß, soll nicht jeder einzelne imstande sein, den ganzen Gesellschaftsbau zu zerstören. Man muß in der Lage sein, den, der das Leben, die Gesundheit oder persönliche Freiheit anderer Menschen oder das Sondereigentum nicht achten will, mit Gewalt dazu zu bringen, sich in die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu fügen. Das sind die Aufgaben, die die liberale Lehre dem Staat zuweist: Schutz des Eigentums, der Freiheit und des Friedens.

Der deutsche Sozialist Ferdinand Lassalle hat die Beschränkung der Aufgaben der Regierung auf diesen Kreis dadurch ins Lächerliche zu ziehen gesucht, daß er den nach den Ideen der Liberalen eingerichteten Staat den „Nachtwächterstaat" genannt hat. Doch es ist nicht einzusehen, warum der Nachtwächterstaat lächerlicher oder schlechter sein sollte als der Staat, der sich mit der Sauerkrautzurichtung, mit der Fabrikation von Hosenknöpfen oder mit der Herausgabe von Zeitungen befaßt. Um die Wirkung zu verstehen, die Lassalle mit seinem Witzworte in Deutschland erzielte, muß man sich vor Augen halten, daß die Deutschen seiner Zeit noch den viel regierenden Staat des fürstlichen Despotismus nicht vergessen hatten, und daß sie unter der Herrschaft der Hegelschen Philosophie standen, die den Staat zu einem göttlichen Wesen erhoben hatte. Wenn man mit Hegel den Staat als „die selbstbewußte sittliche Substanz", als „das an und für sich Allgemeine, das Vernünftige des Willens" ansah, dann mußte man es freilich als Blasphemie ansehen, daß jemand die Aufgaben des Staates auf den Nachtwächterdienst beschränken wollte.

Nur so kann man es verstehen, wie man dazu gelangen konnte, dem Liberalismus „Staatsfeindlichkeit" oder Haß gegen den Staat vorzuwerfen. Wenn ich der Ansicht bin, daß es nicht zweckmäßig sei, der Regierung die Aufgabe zuzuweisen, Eisenbahnen, Gastwirtschaften oder Bergwerke zu betreiben, dann bin ich kein „Feind des Staates".

Ich bin es ebensowenig, wie man mich etwa einen Feind der Schwefelsäure nennen darf, weil ich der Ansicht bin, daß Schwefelsäure, so nützlich sie auch für viele Zwecke sein mag, weder zum Trinken noch zum Waschen der Hände geeignet sei.

Es ist falsch, die Stellung des Liberalismus zum Staat dahin zu umschreiben, daß der Liberalismus das Gebiet staatlicher Betätigungsmöglichkeiten einschränken will und daß er Tätigkeit des Staates in bezug auf das Wirtschaftsleben grundsätzlich verabscheue. Von all dem ist keine Rede. Die Stellung des Liberalismus zum Problem der staatlichen Aufgaben ergibt sich daraus, daß er für das Sondereigentum an den Produktionsmitteln eintritt. Wenn man das Sondereigentum an den Produktionsmitteln will, so kann man natürlich nicht wollen, daß Gemeineigentum an den Produktionsmitteln besteht, d. h. daß die Regierung und nicht die einzelnen Eigentümer über die Produktionsmittel verfügen. In der Forderung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln liegt daher schon eine ganz scharfe Umschreibung der Aufgaben, die dem Staat zugewiesen werden.

Die Sozialisten pflegen mitunter dem Liberalismus Mangel an Folgerichtigkeit vorzuwerfen. Es sei, behaupten sie, unlogisch, die staatliche Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiete nur auf den Schutz des Eigentums einzuschränken. Es sei nicht abzusehen, warum, wenn der Staat nicht schon vollkommen neutral bleiben soll, seine Intervention auf den Eigentumsschutz beschränkt bleiben müßte. Diese Deduktion hätte nur einen Sinn, wenn der Liberalismus eine über den Schutz des Eigentums hinausgehende Betätigung der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete aus grundsätzlicher Abneigung gegen staatliche Betätigung ablehnen würde. Das aber ist keineswegs der Fall. Der Grund der Ablehnung einer weiteren Betätigung des Staates ist eben nur der, daß damit das Sondereigentum an den Produktionsmitteln faktisch beseitigt würde. Im Sondereigentum aber erblickt der Liberale das zweckmäßigste Prinzip der Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

8. Demokratie.

Der Liberalismus ist somit weit entfernt davon, die Notwendigkeit eines Staatsapparates, einer Rechtsordnung und einer Regierung zu bestreiten. Es ist ein arges Mißverständnis, ihn irgendwie in Verbindung mit den Ideen des Anarchismus zu bringen. Für den Liberalen ist der staatliche Verband zwischen den Menschen eine unbedingte Notwendigkeit, denn dem Staat obliegen die wichtigsten Aufgaben: Schutz des

Sondereigentums und des Friedens, in dem allein das Sondereigentum seine Wirkungen zu entfalten vermag.

Daraus ergibt sich ohne weiteres, wie der Staat eingerichtet sein muß, der dem Ideal der Liberalen entspricht. Er muß nicht nur das Sondereigentum beschützen können; er muß auch so eingerichtet sein, daß der ruhige friedliche Gang der Entwicklung nie durch Bürgerkrieg, Revolution oder Putsche gestört wird.

Aus der vorliberalen Zeit her spukt in vielen Köpfen noch die Vorstellung von einer besonderen Vornehmheit und Würde der Tätigkeit, die mit der Ausübung der Regierungshandlungen verbunden ist. In Deutschland genossen bis in die jüngste Zeit, ja genießen selbst noch heute öffentliche Beamte ein Ansehen, das den Beruf der Staatsdiener zum angesehensten gemacht hat. Das gesellschaftliche Ansehen eines jungen Assessors oder Leutnants übertraf das eines in Ehren und Arbeit grau gewordenen Geschäftsmannes oder Anwaltes bei weitem. Schriftsteller, Gelehrte und Künstler, deren Ruf und Ruhm weit über das deutsche Volk hinausgedrungen waren, genossen in ihrer Heimat nur jene Achtung, die ihrem oft nicht gerade hohen Range in der bürokratischen Hierarchie entsprach. Es gibt keinen vernünftigen Grund für diese Überschätzung der Tätigkeit in den Schreibstuben der Behörden. Sie ist Atavismus, ein Überbleibsel aus jener Zeit, da der Bürger den Fürsten und seine Knechte fürchten mußte, weil er jeden Augenblick von ihnen ausgeplündert wurde. An und für sich ist es durchaus nicht schöner, edler oder ehrenvoller, seine Tage in einer Amtsstube mit der Erledigung von Akten zu verbringen, als etwa im Zeichensaal einer Maschinenfabrik zu arbeiten. Der Steuereinnehmer hat keine vornehmere Beschäftigung als jene, die damit beschäftigt sind, den Reichtum unmittelbar zu schaffen, von dem in Form von Steuern ein Teil abgeschöpft wird, um den Aufwand des Regierungsapparates zu bestreiten.

Auf dieser Vorstellung von der besonderen Vornehmheit und Würde der Regierungstätigkeit ist die pseudo-demokratische Theorie von der Staatsverwaltung aufgebaut. Diese Lehre hält es für unwürdig, sich von anderen regieren zu lassen. Ihr Ideal ist daher eine Verfassung, in der das ganze Volk regiert und verwaltet. Das hat es freilich nie gegeben, kann es nie geben und wird es nie geben, auch nicht in Verhältnissen eines Kleinstaates. Man hat geglaubt, in den griechischen Städterepubliken des Altertums und in den kleinen schweizerischen Gebirgskantonen die Verwirklichung dieses Ideals gefunden zu haben. Auch das war ein Irrtum. In Griechenland hat nur ein Teil der Bevölkerung, die freien Bürger, an der Regierung teilgenommen; die Metöken und die Sklaven waren

daran nicht beteiligt. In den Schweizer Kantonen werden und wurden noch gewisse Angelegenheiten rein lokalen Charakters in der Verfassungsform der unmittelbaren Demokratie erledigt; alle über den Kreis des engen Gebietes hinausgehenden Angelegenheiten verwaltet jedoch der Bund, dessen Regierung keineswegs dem Ideal der unmittelbaren Demokratie entspricht.

Es ist durchaus nicht eines Mannes unwürdig, sich von anderen regieren zu lassen. Auch die Regierung und Verwaltung, die Handhabung der Polizeivorschriften und ähnlicher Verfügungen erfordern Spezialisten: Berufsbeamte und Berufspolitiker. Das Prinzip der Arbeitsteilung macht auch vor den Aufgaben der Regierung nicht Halt. Man kann nicht gleichzeitig Maschinenbauer und Polizeimann sein. Es tut meiner Würde, meiner Wohlfahrt und meiner Freiheit keinen Eintrag, daß ich nicht selbst Polizeimann bin. Es ist ebensowenig undemokratisch, wenn einige Leute die Aufgaben des Sicherheitsdienstes für alle anderen besorgen, als wenn einige Leute die Erzeugung von Schuhen für alle anderen übernehmen. Es ist nicht der geringste Grund vorhanden, gegen Berufspolitiker und gegen Berufsbeamte aufzutreten, wenn nur die Einrichtungen des Staates demokratisch sind. Demokratie aber ist ganz etwas anderes als das, was sich die Romantiker der unmittelbaren Demokratie vorstellen.

Die Handhabung der Regierung durch eine Handvoll von Leuten — und die Regierenden befinden sich den Regierten gegenüber immer ebenso in der Minderheit, wie die Erzeuger von Schuhen gegenüber den Verbrauchern von Schuhen — ist darauf aufgebaut, daß die Regierten mit der Art und Weise, wie die Regierung gehandhabt wird, einverstanden sind. Die Regierten mögen die Regierungsweise nur als das kleinere Übel oder als ein unvermeidliches Übel auffassen, doch sie müssen der Ansicht sein, daß eine Änderung des bestehenden Zustandes keinen Zweck habe. Hat sich aber einmal bei der Mehrheit der Regierten die Überzeugung durchgesetzt, daß es notwendig und möglich sei, die Regierungsweise zu ändern, an die Stelle des alten Systems und der alten Personen ein neues System und neue Personen zu setzen, dann sind auch die Tage der alten Regierung gezählt. Die Mehrheit wird die Macht haben, auch gegen den Willen der alten Regierung mit Gewalt das durchzusetzen, was sie will. Auf die Dauer kann sich keine Regierung halten, wenn sie nicht die öffentliche Meinung für sich hat, wenn nicht die Regierten der Ansicht sind, daß die Regierung gut sei. Den Zwang, den die Regierung anwendet, um Widerspenstige gefügig zu machen, kann sie nur solange mit Erfolg anwenden, als sie nicht die Mehrheit geschlossen gegen sich hat.

Es gibt also bei jeder Art der Verfassung ein Mittel, um wenigstens schließlich und endlich die Regierung von dem Willen der Beherrschten abhängig zu machen: den Bürgerkrieg, die Revolution, den Putsch. Doch gerade diese Auswege will der Liberalismus vermeiden. Eine dauernde Aufwärtsbewegung der Wirtschaft ist nicht möglich, wenn der friedliche Gang der Geschäfte immer wieder durch innere Kämpfe unterbrochen wird. Ein politischer Zustand wie der, in dem England sich zur Zeit der Kämpfe der beiden Rosen befand, würde das moderne England in wenigen Jahren in das tiefste und entsetzlichste Elend stürzen. Nie wäre der moderne Stand der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht worden, wenn es nicht gelungen wäre, den Bürgerkrieg auszuschalten. Eine Revolution, wie es die französische von 1789 war, hat große Opfer an Gut und Blut gekostet; die moderne Wirtschaft könnte solche Erschütterungen nicht mehr vertragen; die Bevölkerung einer modernen Großstadt müßte unter einer revolutionären Bewegung, die ihr etwa die Zufuhr der Nahrungsmittel und der Kohle abschneiden und die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser unterbinden könnte, so entsetzlich leiden, daß schon die Befürchtung, daß solche Unruhen ausbrechen könnten, das großstädtische Leben lahmlegen müßte.

Hier ist es, wo die gesellschaftliche Funktion der Demokratie einsetzt. Demokratie ist jene Verfassungsform eines Staates, die die Anpassung der Regierung an die Wünsche der Regierten ohne gewaltsame Kämpfe ermöglicht. Wenn im demokratischen Staatswesen die Regierung nicht mehr so geführt wird, wie es die Mehrheit der Bevölkerung haben will, dann braucht es keinen Bürgerkrieg, um jene Männer in die Ämter zu bringen, die so zu arbeiten gewillt sind, wie es die Mehrheit will. Der Wahlapparat und der Parlamentarismus sorgen schon dafür, daß sich der Regierungswechsel glatt und reibungslos, ohne Gewaltanwendung und ohne Blutvergießen vollzieht.

9. Kritik der Gewalttheorie.

Die Vorkämpfer der Demokratie im 18. Jahrhundert haben zugunsten der Demokratie angeführt, daß nur die Fürsten und Minister sittlich verderbt, unverständig und schlecht seien. Das Volk aber sei durchaus gut, rein und edel und habe auch die geistigen Gaben, um das Richtige stets zu erkennen und durchzuführen. Das ist natürlich alles Unsinn, nicht weniger Unsinn als die Schmeicheleien der Höflinge, die ihren Fürsten alle guten und edlen Eigenschaften zuschrieben. Das Volk ist die Gesamtheit der einzelnen Bürger und Bürgerinnen, und wenn

nicht jeder einzelne klug und edel ist, dann sind es alle zusammen auch nicht.

Da die Menschheit mit so hochgespannten Erwartungen in das Zeitalter der Demokratie eintrat, war es nicht erstaunlich, daß sich bald eine Enttäuschung bemerkbar machte. Man fand unschwer heraus, daß die Demokratie zumindest ebensoviele Fehler begehe als die Monarchen und Aristokraten begangen hatten. Die Vergleiche, die man zwischen den Männern zog, die die Demokratie an die Spitze der Regierung stellte, und jenen, die die Kaiser und Könige aus eigener Machtvollkommenheit an die Spitze gestellt hatten, fielen durchaus nicht zugunsten der neuen Machthaber aus. Der Franzose pflegt zu sagen, die Lächerlichkeit töte. Nun, die Demokratie war durch ihre Staatsmänner überall bald lächerlich. Die Staatsmänner des alten Regimes hatten eine gewisse edle Haltung zur Schau getragen. Die neuen, die sie ersetzten, machten sich durch ihr Benehmen verächtlich. Nichts hat in Deutschland und Österreich der Demokratie mehr Schaden gebracht als die hohle Aufgeblasenheit und dummdreiste Eitelkeit, mit der sich nach dem Sturze des Kaiserreiches die zur Macht gelangten sozialdemokratischen Führer benahmen.

Überall, wo die Demokratie ans Ruder gelangt war, kam daher bald eine Lehre auf, die diese Verfassung grundsätzlich verwirft. Es habe keinen Sinn, wurde gesagt, die Mehrheit herrschen zu lassen. Die Besten sollen regieren, mögen sie auch in der Minderheit sein. Das scheint so klar und einleuchtend zu sein, daß die Anhängerschaft der antidemokratischen Richtungen aller Art mehr und mehr im Zunehmen begriffen ist. Je verächtlicher sich die Männer erwiesen, die die Demokratie an die Spitze gestellt hatte, desto mehr wuchs die Zahl der Gegner der Demokratie.

Doch die antidemokratische Lehre leidet unter schweren Denkfehlern. Was heißt denn: der Beste oder die Besten? Die polnische Republik hat an ihre Spitze einen Klaviervirtuosen gestellt, weil sie ihn wohl für den besten Polen der Zeit hielt. Doch die Eigenschaften, die ein Staatsleiter haben muß, sind von jenen eines Musikers wohl sehr verschieden. Man kann dem Ausdruck „der Beste“ im Munde der Gegner der Demokratie wohl keine andere Bedeutung unterschieben als die: der oder die Männer, die für die Führung der Regierungsgeschäfte am geeignetsten sind, mögen sie vielleicht auch von Musik wenig oder nichts verstehen. Aber daraus ergibt sich dann gleich die politische Frage, wer denn der Geeignetste sei? War Disraeli oder war Gladstone der am besten Geeignete? Der Tory sah in jenem, der Whig in diesem den Besten. Wer soll darüber entscheiden, wenn nicht die Mehrheit?

Und da gelangen wir denn zu dem entscheidenden Punkt aller antidemokratischen Lehren — mögen sie nun von Abkömmlingen der alten Aristokratie und Anhängern der erblichen Fürsten ausgehen oder von den Syndikalisten, Bolschewiken und Sozialisten — zur Lehre von der Gewalt. Die antidemokratische Lehre verficht das Recht einer Minderheit, sich mit Gewalt zu Beherrschern des Staates und der Mehrheit zu machen. Die sittliche Rechtfertigung dieses Vorganges liege, meint man, in der Kraft, die Herrschaft wirklich zu ergreifen. Daran eben erkenne man die Besten, die allein zum Herrschen und Befehlen Berufenen, daß sie die Fähigkeit hätten, sich wider den Willen der Mehrheit zu deren Herren aufzuschwingen. Hier deckt sich die Lehre der action française mit jener der Syndikalisten, die Lehre Ludendorffs und Hitlers mit jener Lenins und Trotzkis.

Man kann für und wider diese Lehren viele Einwände geltend machen, die verschiedene Beurteilung erfahren werden, je nach der Weltanschauung und religiösen Gesinnung des einzelnen, also lauter Argumente, über die eine Einigung kaum erzielt werden kann. Es steht nicht dafür, alle diese Argumente anzuführen und zu erörtern, denn sie geben nicht den Ausschlag. Entscheidend kann nur eine Erwägung sein, die auf das Grundargument zugunsten der Demokratie zurückgreift.

Wenn jede Gruppe, die glaubt, mit Gewalt sich zum Herrn der übrigen aufschwingen zu können, berechtigt sein sollte, den Versuch zu unternehmen, dann muß man sich auf eine ununterbrochene Reihe von Bürgerkriegen gefaßt machen. Ein solcher Zustand ist aber mit dem Stand der Arbeitsteilung, wie wir ihn heute erreicht haben, nicht vereinbar. Die moderne arbeitsteilige Wirtschaft kann nur im ständigen Frieden aufrecht erhalten werden. Wenn wir uns auf die Möglichkeit ständigen Bürgerkrieges und innerer Kämpfe einrichten müßten, dann müßten wir die Arbeitsteilung wieder so weit zurückschrauben, daß zumindest jede Landschaft, wenn nicht jedes Dorf annähernd autark wird, d. h. ohne Zufuhr von außen eine Zeitlang selbständig sich ernähren und erhalten kann. Das würde einen so ungeheueren Rückgang der Ergiebigkeit der Arbeit bedeuten, daß die Erde nur einen Bruchteil jener Menschenzahl ernähren könnte, die heute auf ihr lebt. Das antidemokratische Ideal führt zu einer Wirtschaftsordnung, wie sie das Mittelalter und das Altertum kannten. Jede Stadt, jedes Dorf, ja jeder einzelne Wohnsitz waren befestigt und zur Verteidigung eingerichtet, jede Landschaft in der Versorgung mit Gütern möglichst unabhängig von den übrigen Teilen der Erde.

Auch der Demokrat ist der Meinung, daß die Besten herrschen sollen.

Doch er glaubt, daß die Eignung eines Mannes oder einer Anzahl von Männern zur Herrschaft sich besser dadurch erweist, daß es ihnen gelingt, ihre Mitbürger von ihrer Befähigung zum Herrscheramt zu überzeugen, so daß sie ihnen freiwillig die Besorgung der Regierungsgeschäfte überlassen, als dadurch, daß sie durch Gewalt die anderen zur Anerkennung ihrer Ansprüche zwingen. Wem es nicht gelingt, durch die Kraft seiner Argumente und durch das Vertrauen, das seine Person einflößt, die Führerstelle zu erlangen, der darf sich nicht darüber beschweren, daß seine Mitbürger ihm andere vorziehen.

Es gibt, das soll und darf nicht geleugnet werden, eine Situation, in der die Verlockung, von den demokratischen Grundsätzen des Liberalismus abzuweichen, sehr groß wird. Wenn einsichtsvolle Männer sehen, daß ihr Volk oder alle Völker der Welt sich auf einem Weg befinden, der zum Untergang führt, und wenn sie nicht imstande sind, ihre Mitbürger eines Besseren zu belehren, dann mag in ihnen die Idee auftauchen, daß es nur recht und billig sei, wenn sie sich zur Rettung Aller eines jeden wie immer gearteten Mittels bedienen dürfen, wofern es nur ein brauchbares Mittel ist und zum gewünschten Ziele führt. Dann mag der Gedanke einer Diktatur der Besten, einer Gewalt- und Minderheitsherrschaft im Interesse Aller, auftauchen und Anhänger finden. Doch die Gewalt ist niemals ein Mittel, um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Die Tyrannei einer Minderheit kann nie Bestand haben, es sei denn, daß es der Minderheit gelingt, die Mehrheit von der Notwendigkeit oder zumindest Nützlichkeit ihrer Herrschaft zu überzeugen. Dann aber braucht es nicht erst der Gewalt, um die Herrschaft der Minderheit zu sichern.

Dafür, daß sich auf die Dauer auch mit der rücksichtslosesten Gewaltpolitik keine Herrschaft erhalten läßt, bietet die Geschichte genug schlagende Beispiele. Wir wollen aber nur eines, das jüngste und wohl am besten bekannte, herausgreifen. Als die Bolschewiken die Herrschaft in Rußland an sich rissen, waren sie eine kleine Minderheit und ihr Programm fand kaum bei einem Bruchteil des russischen Volkes Zustimmung. Denn die große Masse des russischen Volkes wollte von der Sozialisierung des Grundbesitzes nichts wissen; was sie anstrebte, war die Aufteilung des Grundbesitzes unter die „ländliche Armut", wie die Bolschewiken diesen Teil der Landbevölkerung nennen. Und dieses Programm der Landbevölkerung, nicht das der marxistischen Führer, wurde durchgesetzt. Um an der Macht zu bleiben, haben Lenin und Trotzki diese Agrarreform nicht nur anerkannt, sondern sie geradezu zu ihrem eigenen Programm gemacht, das sie gegen alle Angriffe des In- und Auslandes zu verteidigen bemüht waren. Dadurch haben die Bolschewiken

das Zutrauen der großen Masse der russischen Bevölkerung erworben. Seit der Durchführung der Landverteilung herrschen die Bolschewiken nicht mehr gegen den Willen der großen Masse der Bevölkerung, sondern mit ihrer Zustimmung und mit ihrer Unterstützung. Es gab für sie nur die beiden Möglichkeiten: entweder auf ihr Programm oder auf die Herrschaft zu verzichten. Sie haben jenes gewählt und blieben am Ruder. Die dritte Möglichkeit, durch Gewalt gegen den Willen der großen Masse ihr Programm durchzusetzen, bestand ganz und gar nicht. Die Bolschewiken konnten, wie jede entschlossene und gut geführte Minderheit, wohl durch Gewalt die Herrschaft an sich reißen und kurze Zeit behalten; auf die Dauer aber hätten sie sie ebensowenig bewahren können wie jede andere Minderheit. Die verschiedenen „weißen" Unternehmungen sind alle daran gescheitert, daß sie die Masse des russischen Volkes gegen sich hatten. Doch angenommen, sie hätten zu einem Erfolg geführt, dann hätten auch die Sieger den Wunsch der großen Masse der russischen Bevölkerung achten müssen. Es wäre ihnen unmöglich geworden, an der Tatsache der vollzogenen Landaufteilung nachträglich etwas zu ändern und den Gutsherren das Geraubte wieder zurückzuerstatten.

Eine dauerhafte Regierungsmacht kann nur eine Gruppe aufrichten, die auf die Zustimmung der Beherrschten rechnen kann. Wer die Welt nach seinem Sinne regiert sehen will, muß trachten, die Herrschaft über die Geister zu erlangen. Es ist unmöglich, die Menschen gegen ihren Willen auf die Dauer einem System untertan zu machen, das sie ablehnen. Wer es mit Gewalt versucht, wird schließlich scheitern und durch die Kämpfe, die sein Beginnen hervorruft, mehr Unheil stiften, als eine noch so schlechte Regierung, die sich auf die Zustimmung der Regierten stützt, anrichten kann. Man kann die Menschen nicht gegen ihren Willen glücklich machen.

10. Das Argument des Faszismus.

War auch der Liberalismus nirgends ganz durchgedrungen, soviel hatte er doch im 19. Jahrhundert erreicht, daß einige der wichtigsten liberalen Grundsätze unbestritten anerkannt wurden. Vor 1914 mußten selbst die verbohrtesten und verbissensten Gegner des Liberalismus manche liberale Grundsätze gelten lassen. Selbst in Rußland, wohin kaum schwache Strahlen des Liberalismus gedrungen waren, mußten die Anhänger der zarischen Despotie bei der Verfolgung ihrer Gegner Rücksicht nehmen auf die liberalen Auffassungen Europas, und während des Weltkrieges haben in den kriegführenden Ländern die Kriegsparteien

sich in der Bekämpfung der inneren Gegner bei allem ihrem Eifer einer gewissen Mäßigung befleißen müssen.

Erst als die marxistischen Sozialdemokraten die Oberhand gewonnen hatten und die Herrschaft antraten in der Meinung, daß das Zeitalter des Liberalismus und des Kapitalismus endgültig überwunden sei, fielen die letzten Rücksichten, die man noch geglaubt hatte, auf die liberale Ideologie nehmen zu müssen. Für die Parteien der III. Internationale gibt es kein Mittel, das ihnen im Kampfe für die Erreichung ihrer Ziele nicht erlaubt erscheint. Jeder, der nicht bedingungslos alle ihre Auffassungen als das allein Richtige anerkennt und mit ihnen durch dick und dünn geht, ist nach ihrer Meinung dem Tode verfallen, und sie zögern nicht, ihn und seine ganze Familie, die unmündigen Kinder mit eingeschlossen, zu vertilgen, wenn und wo sie dazu physisch die Möglichkeit haben.

Das rückhaltlose Bekenntnis zur Vernichtung des Gegners und die Morde, die im Dienste dieser Taktik vollbracht wurden, haben eine Gegenbewegung ausgelöst. Den nichtkommunistischen Gegnern des Liberalismus fiel es auf einmal wie Schuppen von den Augen. Sie hatten bis dahin geglaubt, daß man selbst im Kampfe mit einem verhaßten Gegner gewisse Grundsätze des Liberalismus noch beachten müsse. Sie hatten, wenn auch widerwillig, Mord und Totschlag aus der Liste der Mittel des politischen Kampfes streichen müssen, sie hatten sich in der Verfolgung gegnerischer Schriften und in der Unterdrückung des gesprochenen Wortes vielen Beschränkungen unterwerfen müssen. Nun auf einmal sahen sie, daß Gegner aufgestanden waren, die diese Rücksichten nicht kannten, denen jedes Mittel gut genug war, um den Widersacher zu bekämpfen. Die militaristischen und nationalistischen Gegner der III. Internationale fühlten sich vom Liberalismus hintergangen. Der Liberalismus, meinten sie, sei ihnen in den Arm gefallen, als sie, solange es noch möglich war, zum Streiche gegen die revolutionären Parteien ausholen wollten. Hätte sie nicht der Liberalismus daran gehindert, so hätten sie, meinen sie, die revolutionären Bestrebungen im Keime blutig erstickt. Nur durch die Duldung, die sie, in ihrer Willenskraft durch eine, wie sich nachträglich herausgestellt habe, überflüssige Rücksichtnahme auf die liberalen Prinzipien geschwächt, den revolutionären Ideen gewährt haben, hätten sich diese entfalten können. Wäre ihnen schon vor Jahren der Gedanke gekommen, daß es zulässig sei, rücksichtslos jeden Versuch revolutionärer Bewegung niederzuwerfen, so hätte es niemals zu den Erfolgen kommen können, die die III. Internationale seit 1917 erzielt hat. Denn sie meinen, daß wenn es schon auf das Schießen und Fechten ankommt, sie selbst die zielsichereren Schützen und gewandteren Fechter wären.

Die Grundidee dieser Bewegungen, denen man nach der geschlossensten und großartigsten unter ihnen, der italienischen, wohl im allgemeinen die Bezeichnung Faszismus beilegen darf, ist also die, daß sie sich im Kampfe gegen die III. Internationale derselben Mittel bedienen wollen, die die III. Internationale im Kampfe gegen ihre Gegner bedenkenlos verwendet. So wie die III. Internationale die Gegner und ihre Ideen so auszurotten sucht wie der Hygieniker den Pestbazillus, so wie sie der Meinung ist, daß kein Vertrag, den sie mit dem Gegner geschlossen hat, sie selbst binde, und wie sie jedes Verbrechen und jede Lüge und Verleumdung im Kampfe für zulässig erachtet, so wollen dies, im Prinzipe wenigstens, auch die Faszisten tun. Daß sie sich dabei nicht so ganz von der Rücksichtnahme auf gewisse liberale Vorstellungen und Ideen und gewisse altüberlieferte Moralvorschriften freizumachen verstehen wie etwa die russischen Bolschewiken, ist nur darauf zurückzuführen, daß sie doch unter Völkern wirken, bei denen man die Erinnerung an einige Jahrtausende Kulturentwicklung nicht mit einem Schlage ausrotten kann, und nicht unter den Barbarenvölkern zu beiden Seiten des Ural, deren Verhältnis zur menschlichen Zivilisation nie ein anderes gewesen ist als das von Wald- und Wüstenräubern, die von Zeit zu Zeit Raubzüge in das Land der Zivilisierten unternehmen, um dort etwas zu ergattern. Dieser Unterschied bewirkt es, daß der Faszismus sich niemals in einer solchen Weise von der Macht der Ideen des Liberalismus zu befreien vermögen wird, wie es die Bolschewiken in Rußland vermocht haben. Nur unter dem frischen Eindruck der von den Anhängern der Sowjets verübten Morde und Untaten konnten Deutsche und Italiener die Erinnerung an die überkommenen Schranken des Rechtes und der Moral ausschalten und den Elan zu blutiger Gegenaktion finden. Die Taten der Faszisten und der ihnen entsprechenden anderen Parteien waren Reflex- und Affekthandlungen, hervorgerufen durch die Empörung über die Taten der Bolschewiken und Kommunisten. Sowie der erste Zorn verraucht war, lenkte ihre Politik in gemäßigtere Bahnen ein und wird voraussichtlich immer mehr Mäßigung an den Tag legen.

Aber wie weit auch diese Mäßigung, die durch den im Unterbewußtsein noch immer fortwirkenden Einfluß der überkommenen liberalen Anschauungen hervorgerufen ist, auch gehen mag, man darf nicht verkennen, daß der Übergang der Rechtsparteien zur faszistischen Taktik zeigt, daß der Kampf gegen den Liberalismus Erfolge gezeitigt hat, die man noch vor Kurzem für ganz undenkbar gehalten hätte. Es gibt genug Menschen, die das Vorgehen der Faszisten billigen, weil die faszistischen Parteien, mag ihr wirtschaftspolitisches Programm auch durchaus anti-

liberal und ihre Politik auch durchaus interventionistisch sein, weit davon entfernt sind, jene sinn- und hemmungslose Zerstörungspolitik zu betreiben, die die Kommunisten zu den ärgsten Feinden der menschlichen Zivilisation stempelt. Es gibt wieder andere, die in voller Erkenntnis der Übel, die die faszistische Wirtschaftspolitik mit sich bringt, den Faszismus im Vergleiche mit dem Bolschewismus und Sowjetismus zumindest als das kleinere Übel ansehen. Doch die Mehrzahl seiner offenen und versteckten Anhänger und Bewunderer schätzt an ihm gerade das gewaltsame Auftreten.

Nun ist ja wohl nicht zu bestreiten, daß man sich gegen gewaltsame Angriffe nicht anders als mit Gewalt zur Wehr setzen kann. Gegen die Waffen der Bolschewiken müssen wieder Waffen gebraucht werden, und es wäre verfehlt, Mördern gegenüber Schwäche zu zeigen. Das haben auch die Liberalen nie in Abrede gestellt. Was die liberale Taktik von der faszistischen scheidet, ist nicht die Auffassung über die Notwendigkeit, bewaffneten Angreifern mit den Waffen Widerstand zu leisten, sondern die grundsätzliche Einschätzung der Rolle, die der Gewalt im Machtkampfe zukommt. Die große Gefahr, die von Seite des Faszismus in der Innenpolitik droht, liegt in dem ihn erfüllenden Glauben an die durchschlagende Wirkung der Gewalt. Man müsse, um sicheren Erfolg zu ernten, durchdrungen von dem Willen zum Siege, stets gewaltsam vorgehen, ist sein oberster Grundsatz. Wie aber, wenn auch der Gegner, gleichfalls von dem Willen zu siegen beseelt, ebenso gewaltsam auftritt? Dann kommt es zum Kampf, zum Bürgerkrieg. Schließlich und endlich werden aus solchen Kämpfen die an Zahl Stärkeren als Sieger hervorgehen. Auf die Dauer wird es einer Minderzahl — und bestehe sie auch aus den Tüchtigeren und Tatkräftigeren — kaum gelingen können, sich der Überzahl zu erwehren. Die entscheidende Frage bleibt also stets die, wie verschafft man seiner eigenen Partei die Mehrheit? Das aber ist eine rein geistige Angelegenheit, das kann nur mit den Waffen des Geistes, nie durch Gewalt erreicht werden. Bloßer Gebrauch gewaltsamer Unterdrückungsmethoden ist der ungeeignetste Weg, um der eigenen Sache Anhänger zuzuführen. Die rohe — d. h. nicht durch geistige Argumente vor der öffentlichen Meinung gerechtfertigte — Anwendung von Gewalt führt nur denen, die man so bekämpfen will, neue Freunde zu. In dem Kampfe der Gewalt mit der Idee siegt immer die Idee.

Der Faszismus kann heute triumphieren, weil die allgemeine Entrüstung über die Schandtaten der Sozialisten und Kommunisten ihm die Sympathien weiter Kreise verschafft hat. Doch wenn erst einmal der frische Eindruck der bolschewikischen Untaten verblaßt sein wird,

dann wird das sozialistische Programm von Neuem seine Anziehungskraft auf die Massen ausüben. Denn der Faszismus tut nichts anderes zu seiner Bekämpfung als Verfolgung der Ideen und derer, die sie verbreiten; wollte er den Sozialismus wirklich bekämpfen, dann müßte er ihm mit Ideen entgegentreten. Es gibt aber nur eine Idee, die man dem Sozialismus wirksam entgegenstellen kann: die des Liberalismus.

Man hat oft gesagt, daß man durch nichts eine Sache mehr fördere als dadurch, daß man für sie Märtyrer schaffe. Das ist nur ungefähr richtig. Was die Sache der Verfolgten stärkt, ist nicht das Märtyrium ihrer Anhänger, sondern der Umstand, daß man sie durch Gewalt und nicht durch geistige Waffen bekämpft. Die gewaltsame Unterdrückung ist immer das Eingeständnis der Unfähigkeit, mit den besseren, weil allein den Enderfolg versprechenden Waffen des Geistes anzutreten. Das ist der Grundfehler, an dem der Faszismus krankt und an dem er schließlich zugrundegehen wird. Der Sieg des Faszismus in einer Reihe von Ländern ist nur eine Episode in der langen Reihe von Kämpfen um das Eigentumsproblem. Die nächste Episode wird ein Erfolg des Kommunismus sein. Über den endlichen Ausgang der Kämpfe aber wird nicht durch Waffen, sondern durch Ideen entschieden werden. Die Ideen sind es, die die Menschen zu Kampfgruppen formieren und ihnen die Waffen in die Hand drücken; die Ideen bestimmen, gegen wen und für wen von den Waffen Gebrauch gemacht wird. Sie allein und nicht die Waffen geben in letzter Linie den Ausschlag.

Soviel über die innerpolitische Stellung des Faszismus. Daß er außenpolitisch durch das Bekenntnis zum Gewaltprinzip im Verhältnis von Volk zu Volk eine endlose Reihe von Kriegen hervorrufen muß, die die ganze moderne Gesittung vernichten müssen, bedarf keiner weiteren Ausführung. Der Fortbestand und die Fortentwicklung der wirtschaftlichen Kultur der Gegenwart verlangen Sicherung des Friedens zwischen den Völkern. Die Völker aber können sich nicht vertragen, wenn sie von einer Ideologie beherrscht werden, die glaubt, durch Gewalt allein die Stellung des eigenen Volkes im Kreise der Völker sichern zu können.

Es kann nicht geleugnet werden, daß der Faszismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen voll von den besten Absichten sind und daß ihr Eingreifen für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet hat. Das Verdienst, das sich der Faszismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben. Doch die Politik, die im Augenblick Rettung gebracht hat, ist nicht von der Art, daß das dauernde Festhalten an ihr Erfolg versprechen könnte. Der Faszismus war ein Notbehelf des Augenblicks; ihn als mehr anzusehen, wäre ein verhängnisvoller Irrtum.

11. Die Grenzen der Regierungstätigkeit.

Nach liberaler Auffassung besteht die Aufgabe des Staatsapparates einzig und allein darin, die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit, der Freiheit und des Sondereigentums gegen gewaltsame Angriffe zu gewährleisten. Alles, was darüber hinausgeht, ist von Übel. Eine Regierung, die, statt ihre Aufgabe zu erfüllen, darauf ausgehen wollte, selbst das Leben und die Gesundheit, die Freiheit und das Eigentum anzutasten, wäre natürlich ganz schlecht.

Doch die Macht ist, wie Jacob Burckhardt sagt, böse an sich, gleichviel wer sie ausübe. Sie verführt zum Mißbrauch. Nicht nur absolute Fürsten und Aristokratien, auch die in der Demokratie herrschenden Massen neigen nur allzu leicht zu Ausschreitungen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind Handel und Erzeugung von alkoholischen Getränken verboten. Die übrigen Staaten gehen nicht so weit, doch bestehen nahezu überall Beschränkungen für den Verkauf von Opium, Kokain und ähnlichen Rauschgiften. Man erachtet es allgemein als eine Aufgabe der Gesetzgebung und Verwaltung, den einzelnen vor sich selbst zu schützen. Selbst diejenigen, die sonst im allgemeinen gegen eine Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Obrigkeit Bedenken vorbringen, halten es für durchaus richtig, daß die Freiheit des Individuums in dieser Hinsicht beschränkt werde, und meinen, daß nur verblendeter Doktrinarismus sich gegen solche Verbote aussprechen könnte. Die Zustimmung, die diese Eingriffe der Obrigkeit in das Leben des einzelnen finden, ist so allgemein, daß die grundsätzlichen Gegner des Liberalismus gerne in der Weise argumentieren, daß sie von der angeblich unbestrittenen Anerkennung der Notwendigkeit solcher Verbote ausgehen und folgern, daß völlige Freiheit von Übel und daß irgendwie eine Beschränkung des Individuums durch die bevormundende Obrigkeit von nöten sei. Die Frage könne dann nicht die sein, ob die Obrigkeit das Individuum beschränken, sondern nur die, wieweit sie in dieser Beschränkung gehen soll.

Darüber nun, daß alle diese Rauschgifte schädlich sind, ist kein Wort zu verlieren. Die Streitfrage, ob selbst geringe Mengen von Alkohol schädlich sind oder ob erst der Mißbrauch alkoholischer Getränke Schädigungen herbeiführt, ist hier nicht zu besprechen. Es steht fest, daß Alkoholismus, Kokainismus und Morphinismus fürchterliche Feinde des Lebens, der Gesundheit und der Arbeits- und Genußfähigkeit des Menschen sind, und der Utilitarier wird sie darum als Laster bezeichnen. Aber damit ist noch lange nicht bewiesen, daß die Obrigkeit zur Unter-

drückung dieser Laster durch Handelsverbote einschreiten muß. Es ist weder klargestellt, ob das Eingreifen der Obrigkeit geeignet ist, diese Laster wirklich zu unterdrücken, noch auch, ob nicht, selbst wenn dieser Erfolg erzielt werden sollte, andere Gefahren heraufbeschworen werden, die nicht weniger arg sind als Alkoholismus und Morphinismus.

Wer von der Verderblichkeit des Genusses oder übermäßigen Genusses dieser Gifte überzeugt ist, den hindert auch der Umstand, daß die Erzeugung und der Handel durch den Staat nicht behindert werden, nicht daran, enthaltsam oder mäßig zu leben. Die Frage ist nur die, ob die überzeugten Gegner des Genusses der schädlichen Gifte denen, die nicht ihrer Ansicht sind, oder nicht genug Willenskraft haben, um enthaltsam oder mäßig zu leben, den Genuß durch obrigkeitliche Maßnahmen unmöglich machen sollen oder nicht. Diese Frage darf nicht ausschließlich im Hinblick auf die von allen vernünftigen Leuten erkannten Übel Alkoholismus, Morphinismus, Kokainismus u. dgl. behandelt werden. Denn wenn grundsätzlich der Mehrheit der Staatsangehörigen das Recht zugestanden wird, einer Minderheit die Art und Weise, wie sie leben soll, vorzuschreiben, dann ist es nicht möglich, bei dem Genusse von Alkohol, Morphium, Opium, Kokain und ähnlichen Giften Halt zu machen. Warum soll das, was für diese Gifte gilt, nicht auch von Nikotin, Coffein und ähnlichen Giften gelten? Warum soll nicht überhaupt der Staat vorschreiben, welche Speisen genossen werden dürfen, und welche, weil schädlich, gemieden werden müssen? Auch beim Sport pflegen viele mehr zu tun als ihre Kraft ihnen erlaubt. Warum soll nicht auch hier der Staat eingreifen? Die wenigsten Menschen wissen in ihrem Liebesleben Maß zu halten, und besonders schwer scheint es Alternden zu fallen, einzusehen, daß sie einmal hier Schluß machen oder zumindest mäßig werden sollten. Soll nicht auch hier der Staat eingreifen? Noch schädlicher als alle diese Genüsse aber, werden viele sagen, ist die Lektüre von schlechten Schriften. Soll man einer auf die niedrigsten Instinkte des Menschen spekulierenden Presse gestatten, die Seele zu verderben? Soll man die Schaustellung unzüchtiger Bilder, die Aufführung schmutziger Theaterstücke, kurz alle die Verlockungen zur Unsittlichkeit nicht hindern? Und ist nicht die Verbreitung falscher Lehren über das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen und Völker ebenso schädlich? Soll man gestatten, daß Menschen zum Bürgerkrieg und zum Krieg gegen das Ausland hetzen? Und soll man es zulassen, daß die Achtung vor Gott und der Kirche durch Schmähschriften und Schmähreden untergraben wird? Wir sehen, sobald wir den Grundsatz der Nichteinmischung des Staatsapparates in alle Fragen der Lebenshaltung des einzelnen

aufgeben, gelangen wir dazu, das Leben bis ins Kleinste zu regeln und zu beschränken. Die persönliche Freiheit des einzelnen wird aufgehoben, er wird zum Sklaven des Gemeinwesens, zum Knecht der Mehrheit. Man braucht sich gar nicht auszumalen, wie solche Befugnisse von böswilligen Machthabern mißbraucht werden könnten. Schon die vom besten Willen erfüllte Handhabung derartiger Befugnisse müßte die Welt in einen Friedhof des Geistes verwandeln. Aller Fortschritt der Menschheit vollzog sich stets in der Weise, daß eine kleine Minderheit von den Ideen und Gebräuchen der Mehrheit abzuweichen begann, bis schließlich ihr Beispiel die anderen zur Übernahme der Neuerung bewog. Wenn man der Mehrheit das Recht gibt, der Minderheit vorzuschreiben, was sie denken, lesen und tun soll, dann unterbindet man ein für alle Male allen Fortschritt.

Man wende ja nicht ein, daß doch die Bekämpfung des Morphinismus und die Bekämpfung „schlechter" Schriften ganz verschiedene Dinge seien. Diese Verschiedenheit besteht nur darin, daß das eine Verbot auch die Zustimmung von Leuten findet, die dem anderen nicht zustimmen wollen. In den Vereinigten Staaten haben die Methodisten und Fundamentalisten gleich nach der Durchführung des Alkoholverbots den Kampf zur Unterdrückung der Entwicklungsgeschichte aufgenommen, und schon ist es gelungen, in einer Anzahl von Staaten der Union den Darwinismus aus der Schule zu verdrängen. Im Rußland der Sowjets ist jede freie Meinungsäußerung unterdrückt. Ob ein Buch erlaubt ist oder nicht, hängt von dem freien Ermessen einer Anzahl von ungebildeten und kulturlosen Fanatikern ab, die mit der Leitung der zuständigen Abteilung des Regierungsapparates betraut wurden.

Die Neigung unserer Zeitgenossen, obrigkeitliche Verbote zu fordern, sobald ihnen etwas nicht gefällt, und die Bereitwilligkeit, sich solchen Verboten selbst dann zu unterwerfen, wenn sie mit ihrem Inhalt durchaus nicht einverstanden sind, zeigt, daß der Knechtsinn ihnen noch tief in den Knochen steckt. Es wird langer Jahre der Selbsterziehung bedürfen, bis aus dem Untertan der Bürger geworden sein wird. Ein freier Mensch muß es ertragen können, daß seine Mitmenschen anders handeln und anders leben, als er es für richtig hält, und muß es sich abgewöhnen, sobald ihm etwas nicht gefällt, nach der Polizei zu rufen.

12. Toleranz.

Der Liberalismus ist ganz und gar auf irdisches Leben und irdisches Treiben abgestellt. Das Reich der Religion aber ist nicht von dieser Welt. So könnten beide, Liberalismus und Religion, nebeneinander bestehen,

ohne daß ihre Kreise sich berühren. Daß es doch zu einem Zusammenstoße der beiden kommen mußte, war nicht Schuld des Liberalismus. Er ist aus seinem Kreise nicht herausgetreten, er ist nicht in das Gebiet des Glaubens und der Weltanschauung eingedrungen. Doch er fand die Kirche als politische Macht vor, die mit dem Anspruche auftrat, nicht nur das Verhältnis des Menschen zum Jenseits zu regeln, sondern auch die irdischen Dinge so einzurichten, wie es ihr gut schien. Hier mußte ein Kampf ausgefochten werden.

Der Sieg, den der Liberalismus in diesem Kampfe davongetragen hat, war so gewaltig, daß die Kirchen Ansprüche, die sie seit Jahrtausenden nachdrücklich vertreten hatten, ein für allemal aufgeben mußten. Ketzerverbrennungen, Verfolgungen durch Glaubensgerichte, Religionskriege gehören heute der Geschichte an. Niemand kann es mehr verstehen, daß man stille Leute, die innerhalb ihrer vier Wände ihrer Andacht so nachgingen, wie sie es für richtig hielten, vor Gericht zerrte, einkerkerte, marterte, verbrannte. Aber wenn auch keine Scheiterhaufen mehr ad majorem Dei gloriam angezündet werden, es blieb noch genug Unduldsamkeit bestehen.

Der Liberalismus aber muß unduldsam sein gegen jegliche Art von Unduldsamkeit. Wenn man in dem friedlichen Zusammenarbeiten aller Menschen das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung sieht, kann man es nicht zulassen, daß der Frieden durch Priester und Zeloten gestört werde. Der Liberalismus verkündet Duldsamkeit für jeglichen Glauben und jegliche Weltanschauung nicht aus Gleichgültigkeit gegen diese „höheren“ Dinge, sondern aus der Überzeugung heraus, daß über allem und jedem die Sicherung des Friedens innerhalb der Gesellschaft stehen muß. Und weil er Duldung aller Meinungen und aller Kirchen und Sekten verlangt, muß er alle in ihre Schranken zurückweisen, wenn sie mit Intoleranz hervortreten. In einer auf friedlicher Kooperation beruhenden Gesellschaftsordnung ist kein Raum für den Anspruch der Kirchen, den Unterricht und die Erziehung der Jugend an sich zu reißen. Alles darf und muß den Kirchen verstattet bleiben, was ihre Anhänger ihnen aus freien Stücken gewähren; nichts darf ihnen erlaubt werden in bezug auf Personen, die mit ihnen nichts zu schaffen haben wollen.

Man kann es kaum verstehen, wie diese Grundsätze dem Liberalismus unter den Kirchengläubigen Gegner verschaffen können. Wenn sie es der Kirche unmöglich machen, mit eigener Gewalt oder mit der sich zur Verfügung stellenden Gewalt des Staatsapparates Proselyten zu machen, so schützen sie sie doch auch andererseits gegen derartige Zwangspropaganda durch andere Kirchen und Sekten. Was der Liberalis-

mus der Kirche auf der einen Seite nimmt, gibt er ihr auf der anderen Seite wieder. Auch der Glaubenseifrige muß zugeben, daß der Liberalismus dem Glauben nichts nimmt von dem, was sein Gebiet ist.

Auch die Kirchen und Sekten, die dort, wo sie die Oberhand haben, sich in Verfolgung der Andersdenkenden nicht genug tun können, fordern dort, wo sie sich in der Minderheit sehen, für sich zumindest Duldung. Diese Toleranzforderung hat mit der liberalen Forderung nach Toleranz aber auch nicht das Mindeste gemein. Der Liberalismus fordert Toleranz aus Grundsatz und nicht aus Opportunität. Er fordert Duldung auch offenbar unsinniger Lehren, wahnwitzigen Irrglaubens und kindlich-blöden Aberglaubens. Er fordert Duldung für Lehren und Meinungen, die er als der Gesellschaft schädlich und verderblich erachtet, für Richtungen, die er zu bekämpfen nicht müde wird. Denn das, was ihn veranlaßt, Duldung zu fordern und zu gewähren, ist nicht die Rücksicht auf den Inhalt der zu duldenden Lehre, sondern die Erkenntnis, daß nur die Duldung den gesellschaftlichen Friedenszustand schaffen und bewahren kann, ohne den die Menschheit in die Unkultur und in die Armut längstverflossener Jahrhunderte zurückfallen müßte.

Den Kampf gegen das Dumme, das Unsinnige, das Irrige, das Böse führt der Liberale mit den Waffen des Geistes und nicht mit roher Gewalt und Unterdrückung.

13. Der Staat und das antisoziale Verhalten.

Der Staat ist Zwangs- und Unterdrückungsapparat. Das gilt nicht nur vom „Nachtwächterstaat", sondern geradeso auch von jedem anders gebauten Staatswesen, ganz besonders auch vom sozialistischen Staat. Alles, was der Staat ist und vermag, ist Zwang und Gewaltanwendung. Das Verhalten, das dem Bestande der Gesellschaftsordnung gefährlich ist, zu unterdrücken, ist das Um und Auf aller Staatstätigkeit; im sozialistischen Gemeinwesen tritt dazu auch noch überdies die Verfügung über die Produktionsmittel.

Die nüchterne Logik der Römer hat diesen Tatbestand symbolisch ausgedrückt, indem sie Beil und Rutenbündel als Sinnbild des Staates annahm. Abstruser Mystizismus, der sich Philosophie nannte, hat in der Neuzeit das Möglichste getan, um den Sachverhalt zu verdunkeln. Für Schelling ist der Staat das unmittelbare und sichtbare Bild des absoluten Lebens, eine Stufe der Offenbarung des Absoluten, der Weltseele. Er besteht nur um seiner selbst willen, und seine Wirksamkeit geht nur auf Erhaltung der Substanz als der Form seiner Existenz. Für Hegel offenbart sich in dem Staate die absolute Vernunft, realisiert sich in ihm

der objektive Geist. Er ist der zu einer organischen Wirklichkeit entwickelte sittliche Geist, die Wirklichkeit und die sittliche Idee als der offenbare, sich selbst deutliche, substantielle Wille. Die Epigonen der idealistischen Philosophie überboten noch ihre Meister in Staatsvergottung und Staatsanbetung. Man kommt freilich der Wahrheit auch nicht näher, wenn man, durch diese und ähnliche Lehren gereizt, mit Nietzsche den Staat das kälteste aller kalten Ungeheuer nennt. Der Staat ist weder kalt noch warm, denn er ist ein abstrakter Begriff, in dessen Namen lebendige Menschen — die Organe des Staates, die Regierung — handeln. Alle Staatstätigkeit ist menschliches Handeln, Übel von Menschen, Menschen zugefügt. Der Zweck — Erhaltung der Gesellschaft — rechtfertigt das Handeln der Staatsorgane, aber die zugefügten Übel werden von denen ,die darunter leiden, nichtsdestoweniger als Übel empfunden.

Das Übel, das der Mensch dem Mitmenschen zufügt, schädigt beide, nicht nur den, den es trifft, sondern auch den, der es tut. Nichts verderbt so sehr, wie Arm des Gesetzes sein, Menschen leiden machen. Des Untertans Teil ist Ängstlichkeit, Knechtsinn und Liebdienerei; doch des Herrschers und seiner Büttel Selbstgerechtigkeit, Dünkel und Überhebung sind auch nicht besser.

Der Liberalismus sucht das Verhältnis des Beamten zum Staatsbürger zu entgiften. Er folgt dabei freilich nicht den Spuren jener Romantiker, die das antisoziale Verhalten dessen, der das Gesetz übertritt, in Schutz nehmen und nicht nur die Richter und Polizisten, sondern auch die gesellschaftliche Ordnung als solche anklagen. Daß Staatsgewalt und Strafgericht Einrichtungen sind, die die Gesellschaft unter keinen Umständen je wird entbehren können, will und kann der Liberalismus nicht bestreiten. Doch der Zweck der Strafe liegt für ihn allein darin, der Gesellschaft gefährliches Verhalten so weit als nur möglich auszuschalten. Die Strafe soll nicht Rache und nicht Vergeltung sein. Der Übeltäter sei dem Gesetz verfallen, doch nicht dem Haß und dem Sadismus der Richter, der Polizisten und der stets lynchlustigen Masse.

Das Ärgste an der Zwangsgewalt, die sich zu ihrer Rechtfertigung auf den „Staat" beruft, ist das, daß sie, weil notwendigerweise letztlich immer auf die Zustimmung der Mehrheit gestützt, sich stets gegen das aufkeimende Neue wendet. Die menschliche Gesellschaft kann die Staatsorganisation nicht entbehren, aber aller Fortschritt der Menschheit hat sich gegen den Staat und seine Zwangsgewalt durchsetzen müssen. Kein Wunder, daß alle, die der Menschheit Neues zu bringen hatten, auf Staat und Gesetze nicht gut zu sprechen waren. Die unverbesserlichen Staatsmystiker und Staatsanbeter mögen ihnen das übelnehmen; die Liberalen

werden es begreifen, wenn sie es auch nicht billigen können. Doch jeder Liberale muß sich dagegen kehren, wenn man aus dieser verständlichen Abneigung gegen alles Büttel- und Schergenwesen heraus in übertriebener Selbstschätzung das Recht des Individuums verkündet, sich gegen den Staat aufzulehnen. Gewaltsamer Widerstand gegen die Staatsgewalt ist das letzte Mittel, um Unterdrückung der Mehrheit durch die Minderheit zu brechen. Die Minderheit, die ihren Ideen zum Siege verhelfen will, muß trachten, durch die Macht geistiger Mittel zur Mehrheit zu werden. Der Staat muß so eingerichtet sein, daß der einzelne auf seinem Boden und im Rahmen des durch seine Gesetze gegebenen Spielraumes sich frei bewegen kann. Der Staatsbürger darf nicht so beengt sein, daß er, wenn er anders denkt als die Träger des Staatsapparates, nur die Wahl hat, entweder unterzugehen oder den Staatsapparat zu zertrümmern.

II. Liberale Wirtschaftspolitik.

1. Die Organisation der Volkswirtschaft.

Das Zusammenwirken der einzelnen in der arbeitsteiligen Gesellschaft kann man sich in verschiedener Weise vorstellen. Wir können fünf Systeme der Organisation der Gesellschaft unterscheiden: das System des Sondereigentums an den Produktionsmitteln, das wir in seiner entwickelten Form als Kapitalismus bezeichnen, das System des Sondereigentums an den Produktionsmitteln mit periodischer Einziehung allen Güterbesitzes und darauf folgender Neuverteilung, das System des Syndikalismus, das System des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, das unter dem Namen Sozialismus oder Kommunismus bekannt ist, und schließlich das System des Interventionismus.

Die Geschichte des Systems des Sondereigentums an den Produktionsmitteln fällt mit der Geschichte der Entwicklung der Menschheit vom tierischen Zustand zur Höhe der modernen Gesittung zusammen. Die Gegner des Sondereigentums haben sich bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß es in den Uranfängen der menschlichen Gesellschaft noch kein volles Sondereigentum gegeben habe, weil ein Teil des genutzten Grund und Bodens periodischen Neuverteilungen unterzogen worden sei. Sie haben aus dieser Feststellung, daß das Sondereigentum „nur eine historische Kategorie" sei, die Folgerung ableiten wollen, daß man es ohne Schaden wieder beseitigen könne. Der logische Fehler, der in dieser Beweisführung steckt, ist zu offenkundig, als daß man sich mit ihm näher befassen müßte. Daß es in grauer Vorzeit gesellschaftliche Kooperation auch ohne volles Sondereigentum gegeben hat, kann nicht das geringste dafür beweisen, daß man auch auf höheren Kulturstufen ohne Sondereigentum auskommen könnte. Wenn die Geschichte in dieser Frage überhaupt etwas beweisen könnte, so könnte es nur das sein, daß es nie und nirgends Völker gegeben hat, die sich ohne Sondereigentum über drückendste Not und halbtierische Wildheit erhoben haben.

Die älteren Gegner des Systems des Sondereigentums an den Produktionsmitteln bekämpften nicht das Sondereigentum als solches, sondern lediglich die Ungleichheit der Eigentumsverteilung. Sie empfahlen zur Beseitigung der Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse das System periodischer Neuaufteilung der gesamten Gütermassen oder zumindest des für jene Zeit nahezu allein in Betracht kommenden Produktionsmittels, des Bodens. In den Ländern zurückgebliebener Kultur, in denen primitive landwirtschaftliche Produktion vorherrscht, ist dieses Ideal der gleichmäßigen Aufteilung des Besitzes noch heute lebendig; man pflegt es — nicht gerade zutreffend, da es mit Sozialismus nichts zu tun hat — Agrarsozialismus zu nennen. Die russische Revolution des Bolschewismus, die als sozialistische begonnen hatte, hat in der Landwirtschaft nicht den Sozialismus — das Gemeineigentum am Boden —, sondern den Agrarsozialismus durchgeführt. In großen Teilen des übrigen Osteuropa ist die Aufteilung des landwirtschaftlichen Großgrundeigentums an Kleinbauern unter dem Namen Agrarreform das Ideal einflußreicher politischer Parteien. Es ist überflüssig, sich mit diesem System näher auseinanderzusetzen. Daß sein Erfolg nur in der Herabminderung des Ertrages der menschlichen Arbeit besteht, wird kaum bestritten. Nur dort, wo die Landwirtschaft noch in primitivster Form betrieben wird, kann man die Produktivitätsminderung, die durch die Verteilung eintritt, verkennen. Daß die Zerschlagung eines modern eingerichteten Meierhofes unsinnig ist, wird jeder zugeben. An die Übertragung des Teilungsprinzipes auf die Industrie oder das Verkehrswesen ist überhaupt nicht zu denken. Eine Eisenbahn, ein Walzwerk, eine Maschinenfabrik können nicht aufgeteilt werden. An die Durchführung der periodischen Neuaufteilung des Eigentums könnte man nur schreiten, wenn man vorerst die ganze auf der Grundlage des unbehinderten und unbeschränkten Sondereigentums ausgestaltete arbeitsteilige Volkswirtschaft wieder zerschlägt und zum tauschlosen Nebeneinanderbestehen von selbstgenügsam wirtschaftenden Bauernhöfen zurückkehrt.

Die Idee des Syndikalismus stellt den Versuch dar, das Ideal der gleichmäßigen Verteilung des Eigentums den Verhältnissen der modernen Großbetriebe anzupassen. Der Syndikalismus will das Eigentum an den Produktionsmitteln weder einzelnen noch der Gesellschaft übertragen, sondern den in dem betreffenden Betriebe oder Produktionszweig beschäftigten Arbeitern[1]). Da nun in den verschiedenen Produktionszweigen das Ver-

[1]) Der Syndikalismus als Ziel und als soziales Ideal darf nicht verwechselt werden mit dem Syndikalismus als Taktik der in den Gewerkschaften vereinten

hältnis, in dem die sachlichen und die persönlichen Produktionsfaktoren kombiniert werden, nicht dasselbe ist, würde auf diesem Wege keineswegs Gleichheit der Besitzverteilung erreicht werden können. Von vornherein schon wird in einigen Erwerbszweigen der Arbeiter eine größere Besitzausstattung empfangen als in anderen. Nun denke man erst an die Schwierigkeiten, die durch die immerfort in der Wirtschaft gegebene Notwendigkeit, Kapital und Arbeit zwischen den Produktionszweigen zu verschieben, entstehen müssen. Wird es möglich sein, einem Produktionszweig Kapital zu entziehen, um einen anderen damit reicher auszustatten? Wird es möglich sein, Arbeiter aus einem Produktionszweig abzuziehen, um sie in einen anderen zu versetzen, in dem die Kapitalausstattung pro Kopf des Arbeiters geringer ist? Die Unmöglichkeit solcher Verschiebungen charakterisiert das syndikalistische Gemeinwesen als den Gipfel des Widersinns und der sozialen Unzweckmäßigkeit. Nehmen wir aber an, daß es über den einzelnen Gruppen eine Zentralgewalt gibt, die berechtigt ist, solche Verschiebungen vorzunehmen, dann haben wir nicht mehr Syndikalismus vor uns, sondern Sozialismus. In der Tat ist der Syndikalismus als Ziel so widersinnig, daß nur Wirrköpfe, die die Probleme nicht genügend durchdacht haben, es gewagt haben, für ihn grundsätzlich einzutreten.

Sozialismus und Kommunismus ist jene Organisation der Gesellschaft, bei der das Eigentum — die Verfügungsgewalt über alle Produktionsmittel — der Gesellschaft, das ist dem Staat als dem gesellschaftlichen Zwangsapparat, zusteht. Es ist für die Beurteilung des Sozialismus gleichgültig, in welcher Weise die Verteilung der Sozialdividende vor sich geht, ob sie gleichmäßig erfolgt oder nach irgendwelchen anderen Grundsätzen. Auch das ist nicht entscheidend, ob der Sozialismus durch eine formelle Übertragung des Eigentums aller Produktionsmittel an den gesellschaftlichen Zwangsapparat, den Staat, ins Werk gesetzt wird oder ob das Eigentum dem Namen nach den Eigentümern belassen wird und die Sozialisierung darin liegt, daß alle „Eigentümer" über die in ihren Händen befindlichen Produktionsmittel nur gemäß den ihnen vom Staate erteilten Weisungen zu verfügen berechtigt sind. Wenn die Regierung entscheidet, was und wie erzeugt werden soll, und an wen und zu welchem „Preis" veräußert werden soll, dann besteht nur noch

---

Arbeiterschaft (der „action directe" der französischen Syndikalisten). Der Syndikalismus als Taktik kann wohl als Kampfweise zur Verwirklichung des syndikalistischen Gesellschaftsideals dienen, aber er kann auch anderen, mit diesem Ideal unvereinbaren Zielen dienstbar gemacht werden; man kann z. B. — und dies will ein Teil der französischen Syndikalisten — mit der syndikalistischen Taktik den Sozialismus anstreben.

dem Namen nach Sondereigentum; in Wahrheit ist alles Eigentum bereits vergesellschaftet, denn die Triebfeder des wirtschaftlichen Handelns ist nicht mehr das Gewinnstreben der Unternehmer und Eigentümer, sondern die Notwendigkeit, eine auferlegte Pflicht zu erfüllen und Befehlen zu gehorchen.

Schließlich muß noch vom Interventionismus gesprochen werden. Nach einer weit verbreiteten Meinung gibt es zwischen Sozialismus und Kapitalismus in der Mitte eine dritte Möglichkeit gesellschaftlicher Organisation: das System des durch isolierte obrigkeitliche Befehle (Eingriffe) regulierten, kontrollierten und geleiteten Sondereigentums.

Von dem System der periodisch wiederkehrenden Neuaufteilung des Eigentums und vom System des Syndikalismus wird im folgenden nicht gesprochen werden. Diese beiden Systeme stehen überhaupt nicht in der Erörterung; kein irgendwie ernstzunehmender Mann setzt sich für sie ein. Wir haben uns nur mit Sozialismus, Interventionismus und Kapitalismus zu befassen.

2. Das Sondereigentum und seine Kritiker.

Das Leben der Menschen ist nicht pures Glück, die Erde ist kein Paradies. Daran tragen nicht die gesellschaftlichen Einrichtungen schuld, aber man pflegt sie dafür verantwortlich zu machen. Die Grundlage unserer und aller menschlicher Gesittung ist das Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Wer die moderne Zivilisation kritisieren will, setzt daher beim Sondereigentum an. Alles, was dem Kritiker nicht gefällt, wird dem Sondereigentum zur Last gelegt, ganz besonders auch jene Übelstände, die ihren Ursprung gerade darin haben, daß man das Sondereigentum in mannigfacher Hinsicht beschränkt und beengt hat, so daß es sich sozial nicht voll auswirken kann.

Das gewöhnliche Verfahren pflegt das zu sein, daß der Kritiker sich ausmalt, wie schön alles wäre, wenn es nach ihm ginge. Er löscht in Gedanken jeden seinem eigenen Willen entgegenwirkenden Willen anderer dadurch aus, daß er sich selbst oder einen genau dasselbe Wollenden als unumschränkten Gebieter der Welt setzt. Jeder, der das Recht des Stärkeren predigt, hält sich selbst für den Stärkeren; wer die Einrichtung der Sklaverei befürwortet, denkt nie daran, daß er selbst Sklave sein könnte; wer den Gewissenszwang fordert, fordert ihn gegen andere und nicht gegen sich; wer für oligarchische Staatseinrichtung eintritt, zählt sich selbst zur Oligarchie, und wer für den aufgeklärten Despotismus oder für die Diktatur schwärmt, ist unbescheiden genug, sich selbst im Tagtraum die Rolle des aufgeklärten Despoten oder Diktators zuzuweisen

oder zumindest zu erwarten, daß er selbst der Despot des Despoten oder der Diktator des Diktators wird. So wie sich niemand in die Lage des Schwächeren, des Unterdrückten, des Vergewaltigten, des negativ Privilegierten, des rechtlosen Untertanen wünscht, so wünscht sich auch niemand in den Sozialismus anders als in der Rolle des Generaldirektors oder des Inspirators des Generaldirektors. In dem Traum- und Wunschgebilde des Sozialismus gibt es ja kein anderes Leben, das wert wäre, gelebt zu werden.

Das Schrifttum hat für dieses Räsonnement des Tagträumers ein festes Schema geschaffen in der üblichen Gegenüberstellung von Rentabilität und Produktivität. Man stellt dem, was sich in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung abspielt, in Gedanken das gegenüber, was sich — den Wünschen des Kritikers entsprechend — in der ideellen sozialistischen Gesellschaftsordnung vollziehen würde; alles, was von diesem Idealbild abweicht, wird als unproduktiv bezeichnet. Daß privatwirtschaftliche Rentabilität und volkswirtschaftliche Produktivität sich nicht decken, galt lange Zeit als der schwerste Vorwurf gegen das System des Kapitalismus. Erst in den letzten Jahren hat die Erkenntnis immer mehr und mehr um sich gegriffen, daß in der Mehrzahl der Fälle, die hier genannt werden, das sozialistische Gemeinwesen gar nicht anders handeln könnte als im kapitalistischen Gemeinwesen gehandelt wird. Aber auch dort, wo der behauptete Gegensatz tatsächlich besteht, geht es nicht so ohne weiteres an, anzunehmen, daß das, was die sozialistische Gesellschaftsordnung tun würde, das schlechthin Richtige ist, und daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung immer zu verurteilen sei, wenn sie von dem abweicht. Der Begriff der Produktivität ist durch und durch subjektiv, er kann nie den Ausgangspunkt einer objektiven Kritik abgeben.

Es hat daher wenig Wert, sich damit zu befassen, was unser Tagtraum-Diktator spintisiert; in seinem Traumbild sind alle dienstwillig und gehorsam, bereit, seine Befehle pünktlich und genau zu vollziehen. Aber eine andere Frage ist es, wie es damit in einem nicht bloß geträumten, sondern lebenden sozialistischen Gemeinwesen ausschauen müßte. Die Annahme, es könnte schon die gleichmäßige Verteilung des Gesamtertrages, den die kapitalistische Wirtschaft Jahr für Jahr erzielt, unter alle Mitglieder der Gesellschaft ausreichen, um jedem einzelnen ein auskömmliches Dasein zu sichern, ist, wie einfache statistische Berechnungen zeigen, falsch. Auf diesem Wege könnte mithin die sozialistische Gesellschaftsordnung kaum eine merkliche Hebung der Lebenshaltung der Massen erzielen. Wenn sie Wohlstand, ja Reichtum für alle in Aussicht stellt, so kann dies nur unter der Annahme geschehen, daß die Arbeit

in der sozialistischen Gesellschaftsordnung ergiebiger sein wird als sie es in der kapitalistischen ist, und daß die sozialistische Gesellschaftsordnung eine Menge von überflüssigen, mithin unproduktiven Ausgaben wird sparen können.

Was nun zunächst diesen zweiten Punkt betrifft, so denkt man an den Fortfall aller jener Spesen, die durch die Kosten des Vertriebs der Ware, durch Wettbewerb und Kundenwerbung entstehen. Es ist klar, daß für solche Ausgaben in einem sozialistischen Gemeinwesen kein Raum ist. Doch man darf nicht vergessen, daß auch der sozialistische Verteilungsapparat nicht unwesentliche Kosten bereiten wird, vielleicht größere Kosten als der einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aber nicht darin liegt das Ausschlaggebende zur Beurteilung der Bedeutung dieser Auslagen. Der Sozialist nimmt ohne weiteres als selbstverständlich an, daß in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Ergiebigkeit der Arbeit mindestens dieselbe sein wird wie in der kapitalistischen Gesellschaft, und sucht zu beweisen, daß sie größer sein werde. Aber das erste ist gar nicht so selbstverständlich, wie der Sozialismus zu meinen scheint. Die Menge dessen, was in der kapitalistischen Gesellschaft produziert wird, ist nicht unabhängig von der Art, in der die Produktion vor sich geht. Daß in jedem einzelnen Stadium jeglicher Produktion das Sonderinteresse der in ihr beschäftigten Personen mit der Ergiebigkeit der gerade vor sich gehenden Teilarbeit auf das innigste verknüpft ist, ist von ausschlaggebender Bedeutung. Nur weil jeder Arbeiter seine Kräfte aufs höchste anspannen muß, weil sein Lohn durch das Ergebnis seiner Arbeit bestimmt wird, und jeder Unternehmer bestrebt sein muß, billiger, d. h. mit einem geringeren Aufwand von Kapital und Arbeit, zu erzeugen als die Konkurrenten, hat die kapitalistische Wirtschaft jene Reichtümer hervorbringen können, die ihr zu Gebote stehen. Es heißt die Dinge von der Froschperspektive ansehen, wenn man an den vermeintlich zu hohen Kosten des kapitalistischen Absatzapparates Anstoß nimmt. Wer dem Kapitalismus vorwirft, daß er verschwende, weil es in belebten Geschäftsstraßen viele Krawattenläden und noch mehr Tabakläden gibt, sieht eben nicht, daß diese Verkaufsorganisation nur die letzte Auswirkung eines Produktionsapparates ist, der die höchste Ergiebigkeit der Arbeit verbürgt. Alle Fortschritte der Produktion sind nur erzielt worden, weil es diesem Apparat eigentümlich ist, immer Fortschritte zu machen. Nur weil alle Unternehmer beständig im Wettbewerb stehen und schonungslos ausgemerzt werden, wenn sie nicht in der rentabelsten Weise erzeugen, wird immerfort an der Verbesserung und Ausgestaltung der Produktionsmethoden gearbeitet. Würde dieser Anreiz fortfallen,

dann gebe es in der Erzeugung keinen Fortschritt mehr und in der Durchführung der überkommenen Methoden keine Wirtschaftlichkeit. Es ist daher ganz verkehrt, die Frage zu stellen, wieviel man ersparen könnte, wenn die Spesen der Kundenwerbung fortfallen würden. Man muß fragen, wieviel erzeugt werden könnte, wenn der Wettbewerb der Erzeuger fortfiele. Die Antwort auf diese Frage kann nicht zweifelhaft sein.

Die Menschen können nur verzehren, wenn sie arbeiten, und nur soviel verzehren, als ihre Arbeit hervorgebracht hat. Es ist nun das charakteristische Merkmal der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß sie diesen Antrieb zur Arbeit auf jedes einzelne Glied in der Gesellschaft überträgt, jeden einzelnen zur höchsten Arbeitsleistung anspannt und so Höchstergebnisse erzielt. In der sozialistischen Gesellschaftsordnung würde dieser unmittelbare Zusammenhang zwischen der Arbeit des einzelnen und dem, was ihm zugute kommt, fehlen. Der Antrieb zur Arbeit würde nicht in dem Ertrag der eigenen Arbeit, sondern in dem Befehl der Obrigkeit, zu arbeiten, und im eigenen Pflichtgefühl liegen. Der exakte Beweis, warum diese Organisation der Arbeit undurchführbar ist, wird in einem späteren Abschnitt gebracht werden.

Dasjenige, was an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immerfort getadelt wird, ist der Umstand, daß die Eigentümer der Produktionsmittel eine Vorzugstellung einnehmen. Sie können leben, ohne zu arbeiten. Wenn man die Gesellschaftsordnung vom individualistischen Standpunkt betrachtet, dann muß man darin einen schweren Mangel des Systems erblicken. Warum soll der eine es besser haben als der andere? Wer aber die Dinge nicht vom Standpunkt der einzelnen Personen betrachtet, sondern vom Standpunkt der Gesamtheit, der findet, daß die Besitzenden ihre angenehme Stellung nur unter der Bedingung bewahren können, daß sie einen der Gesellschaft unentbehrlichen Dienst leisten. Der Eigentümer kann seine bevorzugte Stellung nur dadurch erhalten, daß er die Produktionsmittel in die gesellschaftlich wichtigste Verwendung überführt. Tut er das nicht — legt er seinen Besitz schlecht an — dann erleidet er Verluste und wird bald, wenn er nicht noch rechtzeitig umkehren und einlenken kann, aus seiner Vorzugstellung rücksichtslos verdrängt. Er hört auf Eigentümer zu sein, und andere, die dafür besser geeignet sind, treten an seine Stelle. Die Verfügung über die Produktionsmittel haben in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer diejenigen, die dafür am besten geeignet sind, und sie müssen, ob sie wollen oder nicht, stets darauf bedacht sein, die Produktionsmittel so zu verwenden, daß sie den höchsten Ertrag bringen.

3. Das Sondereigentum und die Regierung.

Alle politischen Machthaber, alle Regierungen, alle Könige und alle republikanischen Obrigkeiten sind stets dem Sondereigentum abhold gewesen. Aller politischen Gewalt wohnt die Tendenz inne, sich schrankenlos auszuwirken und das Gebiet ihres Einflußbereiches soweit als möglich auszudehnen. Alles zu beherrschen, keinen Spielraum zu lassen, in dem sich die Dinge frei ohne Eingreifen der Obrigkeit vollziehen können, das ist das Ziel, dem jeder Machthaber heimlich zustrebt. Diesem Streben tritt nun das Sondereigentum entgegen. Das Sondereigentum schafft eine staatsfreie Sphäre des Individuums, es setzt dem Auswirken des obrigkeitlichen Willens Schranken, es läßt neben und gegen die politische Macht andere Mächte aufkommen. Das Sondereigentum wird damit zur Grundlage aller staats- und gewaltfreien Lebensbetätigung, zum Pflanz- und Nährboden der Freiheit, der Autonomie des Individuums und in weiterer Folge aller fortschreitenden Entwicklung des Geistigen und des Materiellen. In diesem Sinne hat man das Eigentum als die Grundbedingung der Entwicklung des Individuums bezeichnet, eine Formulierung, der man nur mit vielen Vorbehalten zustimmen kann, weil die übliche Gegenüberstellung von Individuum und Gesamtheit, von individualistischen und kollektivistischen Ideen und Zielen oder gar von individualistischer und universalistischer Wissenschaft ein leeres Schlagwort ist.

Niemals hat es daher eine politische Gewalt gegeben, die freiwillig darauf verzichtet hätte, das Sondereigentum an den Produktionsmitteln in seiner freien Entfaltung und Auswirkung zu behindern. Regierungen dulden das Sondereigentum, wenn sie dazu genötigt werden, aber sie anerkennen es nicht freiwillig in Erkenntnis seiner Notwendigkeit. Selbst liberale Politiker haben gewöhnlich, wenn sie zur Herrschaft gelangt waren, die liberalen Grundsätze mehr oder weniger zurückgestellt. Die Tendenz zur Unterdrückung des Sondereigentums, zum Mißbrauch der politischen Macht und zur Mißachtung aller staatsfreien Sphären ist in der Psyche der Gewalthaber zu tief begründet, als daß sie freiwillig davon lassen könnten. Eine liberale Regierung ist eine contradictio in adjecto. Regierungen müssen zum Liberalismus durch die Macht der einmütigen Volksüberzeugung gezwungen werden; darauf, daß sie freiwillig liberal sein könnten, ist nicht zu rechnen.

Man begreift ohne weiteres, was in einer Gesellschaft, die aus lauter ungefähr gleich reichen Bauern gebildet wird, die politischen Machthaber zur Anerkennung der Eigentumsrechte der Untertanen nötigt. Jeder

Versuch, das Eigentumsrecht zu verkürzen, würde hier sofort auf eine geschlossene Front aller Untertanen gegen die Regierung stoßen und so deren Sturz herbeiführen. In einer Gesellschaft, in der es nicht nur Landwirtschaft, sondern auch Gewerbe und besonders auch Großbetrieb und Großbesitz im Gewerbe, im Bergbau und im Verkehrswesen gibt, liegen die Dinge aber wesentlich anders. In einer solchen Gesellschaft ist es den politischen Gewalten durchaus möglich, gegen das Sondereigentum einzuschreiten. Ja, politisch ist nichts vorteilhafter für eine Regierung als der Kampf gegen das Sondereigentum, da die große Masse leicht gegen die Besitzenden aufgestachelt werden kann. Es war daher seit jeher die Idee aller absoluten Monarchen, aller Despoten und Tyrannen, sich mit dem „Volk" gegen die Schichten der Besitzenden zu verbünden. Die Idee des Cäsarismus lag nicht nur dem zweiten napoleonischen Kaisertum zugrunde. Auch der preußische Obrigkeitsstaat der Hohenzollern hat die von Lassalle im preußischen Verfassungsstreit in die deutsche Politik gesetzte Idee aufgenommen, zum Kampf gegen das liberale Bürgertum die Arbeitermassen durch etatistische und interventionistische Politik zu gewinnen; das war der Grundgedanken des „sozialen Königtums", das Schmoller und seine Schule gepriesen haben.

Allen Anfeindungen zum Trotz hat sich aber die Einrichtung des Sondereigentums erhalten. Die Gegnerschaft aller politischen Machthaber, die Bekämpfung durch Literaten und Moralisten, durch Kirchen und Religionen, die tief in den Neidinstinkten verankerte Feindseligkeit der Massen haben nicht vermocht, das Sondereigentum abzuschaffen. Jeder Versuch, an Stelle des Sondereigentums eine andere Ordnung der Produktion und Verteilung treten zu lassen, hat sich immer schnell selbst ad absurdum geführt. Man hat erkennen müssen, daß es ohne Sondereigentum nicht geht, und ist, wenn auch widerwillig, zu ihm zurückgekehrt. Man hat aber dabei niemals zugeben wollen, daß der Grund dieses Zurückgreifens auf die Einrichtung des freien Sondereigentums an den Produktionsmitteln darin zu suchen ist, daß eine sinnvolle Ordnung der menschlichen Wirtschaft und des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen überhaupt anders als auf dieser Grundlage ganz undurchführbar ist. Man hat sich nicht entschließen können, sich von der liebgewordenen Ideologie zu trennen, das Sondereigentum sei ein Übel, dessen man nur leider zurzeit noch nicht entraten könne, weil die Menschen noch nicht sittlich hoch genug stünden. Indem die Regierungen — freilich gegen ihre Absicht und gegen die inneren Impulse einer jeden Machtorganisation — sich mit dem Eigentum abfanden, hielten sie — nicht nur nach außen hin, sondern auch in ihrer eigenen Denkungsart — doch

an der eigentumsfeindlichen Ideologie fest und meinten, daß sie nur aus Schwäche oder aus Rücksicht auf die Interessen mächtiger Gruppen von dem an sich richtigen Grundsatz der Eigentumsfeindlichkeit abgehen.

4. Die Undurchführbarkeit des Sozialismus.

Man pflegt den Sozialismus gewöhnlich darum für undurchführbar zu halten, weil man meint, den Menschen fehlten die sittlichen Eigenschaften, die die sozialistische Gesellschaftsordnung verlange. Es sei zu befürchten, daß in der sozialistischen Gesellschaftsordnung die meisten Menschen nicht jenen Eifer in der Besorgung der ihnen übertragenen Geschäfte und Arbeiten an den Tag legen werden, den sie in der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung aufbringen. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung weiß jeder einzelne, daß die Frucht seiner Arbeit ihm selbst zufällt, daß sein Einkommen wächst oder sinkt, je nachdem der Ertrag seiner Arbeit größer oder kleiner ist. In der sozialistischen Gesellschaftsordnung werde jeder einzelne denken, daß es auf seine Arbeitsleistung weniger ankomme, da ihm doch ein aliquoter Teil des Gesamtertrages der Arbeit aller zukommt, die Höhe dieses Gesamtertrages aber durch den Ausfall, der aus der Lässigkeit eines Mannes entspringt, nicht merklich beeinträchtigt werden könne. Wenn solche Gesinnung, wie zu befürchten ist, allgemein wird, dann werde die Ergiebigkeit der Arbeit im sozialistischen Gemeinwesen sehr beträchtlich sinken.

Der Einwand, der damit gegen den Sozialismus erhoben wird, ist durchaus begründet, aber er trifft nicht den Kern der Sache. Wäre es im sozialistischen Gemeinwesen möglich, den Ertrag der Arbeit eines jeden einzelnen Genossen mit der gleichen Schärfe zu ermitteln, in der dies die Wirtschaftsrechnung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besorgt, dann wäre die Durchführbarkeit des Sozialismus nicht von dem guten Willen jedes einzelnen Genossen abhängig; die Gesellschaft wäre in der Lage, die Beteiligung der einzelnen Genossen am Ertrage der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit innerhalb gewisser Grenzen nach der Höhe der von ihnen geleisteten produktiven Beiträge abzustufen. Daß in einer sozialistischen Gesellschaft in der Wirtschaft überhaupt nicht gerechnet werden kann, das macht jeden Sozialismus undurchführbar.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gibt es in der Rentabilitätsrechnung eine Richtschnur, die dem einzelnen anzeigt, ob die Unternehmung, die er betreibt, überhaupt unter den gegebenen Verhältnissen zu betreiben ist und ob sie in der Weise betrieben wird, wie sie

am zweckmäßigsten, d. h. mit dem geringsten Aufwand an Mitteln betrieben werden kann. Wenn ein Unternehmen sich als unrentabel erweist, so heißt das: es gibt Unternehmungen, die die Rohstoffe, Halbfabrikate und die Arbeit, die in ihm verwendet werden, einem vom Standpunkt der Konsumenten dringenderen und wichtigeren Zweck oder aber dem gleichen Zweck in wirtschaftlicherer Weise (d. h. mit geringerem Aufwand von Kapital und Arbeit) zuführen. Wenn z. B. die handwerksmäßige Weberei sich als unrentabel herausgestellt hat, so bedeutet dies: in der mechanischen Weberei bringen das verwendete Kapital und die verwendete Arbeit höheren Ertrag, es ist mithin unwirtschaftlich, an einer Produktionsweise festzuhalten, wo der gleiche Aufwand von Kapital und Arbeit geringeren Ertrag abwirft.

Wird ein neues Unternehmen geplant, so kann man im voraus berechnen, ob es überhaupt und in welcher Weise es rentabel gemacht werden kann. Hat man etwa die Absicht, eine Eisenbahnlinie zu erbauen, so kann man, indem man Schätzungen über den zu erwartenden Verkehr und die Fähigkeit dieses Verkehres, Frachtsätze zu zahlen, anstellt, berechnen, ob es lohnt, Kapital und Arbeit in das Unternehmen zu stecken. Stellt es sich heraus, daß der Bahnbau keine Rentabilität verspricht, so heißt das soviel wie: es gibt andere, dringendere Verwendung für das Kapital und die Arbeit, die der Bahnbau kosten würde; die Welt ist noch nicht reich genug, um diesen Bahnbau leisten zu können. Aber die Wert- und Rentabilitätsrechnung gibt nicht nur den Ausschlag, wenn die Frage auftaucht, ob ein bestimmtes Unternehmen überhaupt zu beginnen sei oder nicht; sie kontrolliert jeden einzelnen Schritt, den ein Unternehmer macht.

Die kapitalistische Wirtschaftsrechnung, die uns allein rationelle Produktion ermöglicht, beruht auf der Geldrechnung. Nur weil es für alle Waren und Dienstleistungen auf dem Markt Preise gibt, die in Geld ausgedrückt werden, können die verschiedenartigsten Güter und Arbeitsleistungen in eine einheitliche Rechnung eingehen. Die sozialistische Gesellschaftsordnung, bei der alle Produktionsmittel in dem Eigentum der Gesamtheit stehen, die demgemäß keinen Marktverkehr und keinen Austausch von Produktivgütern und -diensten kennt, kann auch keinen Geldpreis für Güter höherer Ordnung und für die Arbeitsleistung kennen. In ihr müßte daher das Mittel der rationellen Betriebsführung, die Wirtschaftsrechnung, fehlen. Denn die Wirtschaftsrechnung kann ohne einen gemeinsamen Nenner, auf den alle verschiedenartigen Güter und Dienstleistungen zurückgeführt werden, nicht bestehen.

Man stelle sich einmal einen ganz einfachen Fall vor. Bei einem

Eisenbahnbau sind mehrere Linienführungen denkbar. Zwischen A und B liegt z. B. ein Berg. Man kann die Bahn über den Berg führen, man kann sie um den Berg herumführen und man kann sie in einem Tunnel durch den Berg durchführen. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist es ein Leichtes, zu berechnen, welche Linie am rentabelsten ist. Man ermittelt die Baukosten, die jede der drei Linien erfordern würde, und die Differenz der Betriebskosten, die der Verkehr auf jeder von ihr erfordern wird. Aus diesen Größen ist dann unschwer festzustellen, welche Strecke die rentabelste sein wird. Für die sozialistische Gesellschaftsordnung wären solche Rechnungen nicht durchführbar. Denn sie hätte keine Möglichkeit, die verschiedenartigen Qualitäten und Mengen von Gütern und von Arbeit, die hier in Betracht kommen, auf ein einheitliches Maß zu reduzieren. Vor den gewöhnlichen und alltäglichen Problemen, die die Wirtschaftsführung bietet, würde die sozialistische Gesellschaftsordnung ratlos dastehen, da sie keine Möglichkeit hätte, rechnerische Kalkulation vorzunehmen.

Die kapitalistische Produktionsweise mit weit ausgreifenden Produktionsumwegen, wie wir sie kennen und der wir allein jenen Wohlstand verdanken, der es möglich macht, daß auf der Erde heute viel mehr Menschen leben als in der vorkapitalistischen Zeit, erfordert die Geldrechnung, die der Sozialismus nicht kennen kann. Vergebens haben sich sozialistische Schriftsteller bemüht, zu zeigen, wie man auch ohne die Geld- und Preisrechnung auskommen könnte. Alle ihre Versuche in dieser Hinsicht sind gescheitert.

Die Leitung einer sozialistischen Gesellschaft wäre also vor eine Aufgabe gestellt, die sie unmöglich lösen könnte. Sie wäre nicht imstande, zu entscheiden, welche von den unzähligen möglichen Verfahrensweisen die rationellste ist. So würde die sozialistische Wirtschaft zu einem Chaos werden, in dem schnell und unaufhaltsam eine allgemeine Verarmung und ein Zurücksinken in die Primitivität unserer Vorfahren eintreten müßten.

Das folgerichtig bis ans Ende durchgeführte sozialistische Ideal würde uns eine Gesellschaftsordnung bescheren, in der alle Produktionsmittel im Eigentum der Volksgesamtheit stehen. Die Produktion liegt ganz in der Hand der Regierung, der gesellschaftlichen Zentralgewalt. Sie allein bestimmt dann, was und wie erzeugt werden und in welcher Weise das gebrauchsfertige Produkt zur Verteilung gelangen soll. Es ist ziemlich nebensächlich, ob wir uns diesen sozialistischen Zukunftsstaat demokratisch oder anders eingerichtet vorstellen. Auch ein demokratisch geordnetes sozialistisches Staatswesen müßte einen straff organisierten

Beamtenkörper darstellen, bei dem jedermann, von der obersten Spitze abgesehen, Beamter und Gehorchender ist, mag er auch auf der anderen Seite als Wähler an der Bildung des zentralen Willens in irgendeiner Weise mitwirken.

Wir dürfen ein derartiges sozialistisches Staatswesen nicht mit den noch so großen Staatsbetrieben vergleichen, die wir in den letzten Jahrzehnten in Europa, besonders in Deutschland und in Rußland, haben entstehen sehen. Alle diese Staatsbetriebe bestehen nämlich neben dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Sie stehen mit Unternehmungen, die Kapitalisten besitzen und führen, im Austauschverkehr und empfangen von diesen Betrieben mannigfache Anregungen, die ihren Betrieb beleben. Staatsbahnen z. B. werden von ihren Lieferanten, den Fabriken von Lokomotiven, Wagen, Signalanlagen und anderen Betriebsmitteln, mit den Einrichtungen versehen, die sich anderwärts im kapitalistischen Eisenbahnbetrieb bewährt haben. Von hier aus empfangen sie den Antrieb, Neuerungen durchzuführen, um sich dem Fortschritt der Technik und der Wirtschaftsweise anzupassen, der um sie herum vor sich geht.

Es ist bekannt, daß die staatlichen und städtischen Betriebe im großen und ganzen versagt haben, daß sie teuer und unzweckmäßig arbeiten und Zuschüsse aus Steuergeldern in Anspruch nehmen müssen, um sich nur überhaupt erhalten zu können. Dort freilich, wo der öffentliche Betrieb eine Monopolstellung einnimmt — wie es z. B. meist bei den städtischen Verkehrs- und Beleuchtungsanlagen der Fall ist —, müssen sich die schlechten Geschäftserfolge nicht immer in einem sichtbaren finanziellen Mißerfolg der Gebarung äußern. Es kann unter Umständen die Möglichkeit vorhanden sein, sie dadurch zu verdecken, daß man unter Ausnützung der dem Monopolisten zustehenden Möglichkeit, den Preis für Produkte und Darbietungen dieser Unternehmungen soweit erhöht, daß sie trotz unwirtschaftlicher Betriebsführung noch rentabel sind. Die Minderergiebigkeit der sozialistischen Produktionsweise äußert sich hier nur anders und ist nicht so leicht zu erkennen wie sonst; im Wesen aber bleibt die Sache dieselbe.

Doch alle diese Versuche sozialistischer Betriebsführung von Unternehmungen geben uns keine Anhaltspunkte dafür, zu beurteilen, was es bedeuten würde, wenn das sozialistische Ideal der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel erreicht werden sollte. Im sozialistischen Zukunftsstaat, in dem es nur noch Sozialismus, nicht auch noch neben dem Sozialismus freie Betätigung von Privateigentümern geben wird, wird den Leitern der sozialistischen Wirtschaft jenes Richtmaß fehlen, das

der Markt und die Marktpreise für alle Wirtschaft abgeben. Dadurch, daß auf dem Markte, auf dem alle Güter und Dienstleistungen zum Austausch gelangen, sich Austauschrelationen für jedes Gut feststellen lassen, die in Geld ausgedrückt werden, gibt es in der auf dem Privateigentum beruhenden Gesellschaftsordnung die Möglichkeit, durch Rechnung das Ergebnis alles wirtschaftlichen Tun und Lassen zu kontrollieren. Jede wirtschaftliche Tätigkeit läßt sich durch die Buchhaltungs- und Rentabilitätsrechnung auf ihre gesellschaftliche Ergiebigkeit prüfen. Es wird noch zu zeigen sein, daß die Mehrzahl der öffentlichen Betriebe von der Rentabilitätsrechnung nicht den Gebrauch machen kann, den das private Unternehmen macht. Doch immerhin gibt die Geldrechnung auch dem Staats- und Gemeinunternehmen noch gewisse Anhaltspunkte zur Orientierung über Erfolg oder Mißerfolg. Einer vollkommen sozialistischen Wirtschaftsordnung wird diese Möglichkeit gänzlich fehlen, da es in ihr kein Privateigentum an den Produktionsmitteln, daher auch keinen Austausch von Produktionsmitteln auf dem Markte und mithin weder Geldpreise noch Geldrechnung geben kann. Die Generalleitung einer rein sozialistischen Gesellschaft wird daher kein Mittel in der Hand haben, um die Aufwendungen, die jede einzelne Produktion erfordert, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Durch die Gegenüberstellung von verschiedenartigen Naturalausgaben und Naturalersparungen vermag man hier nicht zum Ziele zu kommen. Wenn man keine Möglichkeit hat, Arbeitsstunden verschieden qualifizierter Arbeit, Eisen, Kohle, Baumaterial jeder Art, Maschinen und andere Dinge, die Bau und Betrieb von Unternehmungen erfordern, auf einen gemeinsamen Ausdruck zu bringen, dann kann man die Rechnung nicht durchführen. Kalkulation ist nur möglich, wenn man alle in Betracht kommenden Güter auf Geld zurückzuführen vermag. Gewiß, die Geldrechnung hat ihre Unvollkommenheiten und ihre schweren Mängel, aber wir haben eben nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen; für die praktischen Zwecke des Lebens reicht die Geldrechnung eines gesunden Geldwesens immerhin aus. Verzichten wir auf sie, dann wird jeder Wirtschaftskalkul schlechthin unmöglich.

Das ist der entscheidende Einwand, den der Nationalökonom gegen die Möglichkeit sozialistischer Gesellschaftsordnung erhebt: daß sie nämlich auf jene geistige Arbeitsteilung Verzicht leisten muß, die in der Mitwirkung aller Unternehmer, Kapitalisten, Grundbesitzer und Arbeiter als Produzenten und als Konsumenten an der Bildung der Marktpreise liegt. Ohne sie aber ist Rationalität, d. i. Rechenbarkeit der Wirtschaft, nicht denkbar.

5. Der Interventionismus.

Das sozialistische Ideal beginnt nun doch immer mehr Anhänger zu verlieren. Die eindringlichen nationalökonomischen und soziologischen Untersuchungen der Probleme des Sozialismus, die die Undurchführbarkeit der sozialistischen Ideen gezeigt haben, sind nicht ohne Eindruck geblieben, und die Mißerfolge, mit denen die sozialistischen Experimente allenthalben geendet haben, haben selbst die Enthusiasten stutzig gemacht. Allmählich beginnt man wieder zu begreifen, daß die Gesellschaft das Sondereigentum nicht entbehren kann. Doch die jahrzehntelangen Anfeindungen, denen das System des Sondereigentums an den Produktionsmitteln ausgesetzt war, haben eine derartige Voreingenommenheit gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung hinterlassen, daß man sich trotz der Erkenntnis der Unzulänglichkeit und Undurchführbarkeit des Sozialismus nicht entschließen kann, offen zuzugestehen, daß man zu den liberalen Anschauungen über das Eigentumsproblem zurückkehren muß. Man gibt zwar zu, daß das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, der Sozialismus, überhaupt oder doch wenigstens für die Gegenwart undurchführbar sei, aber man erklärt andererseits, daß auch das uneingeschränkte Sondereigentum an den Produktionsmitteln der Gesellschaft schädlich sei. So will man ein Drittes schaffen, einen Gesellschaftszustand, der in der Mitte zwischen Sondereigentum an den Produktionsmitteln auf der einen Seite und gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln auf der anderen Seite liegen soll. Man will das Sondereigentum an den Produktionsmitteln bestehen lassen, man will aber das Handeln der Eigentümer der Produktionsmittel — die Verfügungen der Unternehmer, Kapitalisten und Bodenbesitzer — durch obrigkeitliche Gebote und obrigkeitliche Verbote regulieren, kontrollieren und leiten. Man schafft so das Idealbild eines regulierten Verkehrs, eines durch obrigkeitliche Normen beschränkten Kapitalismus, eines Sondereigentums, das durch Eingriffe der Obrigkeit seiner angeblich schädlichen Begleiterscheinungen entkleidet wird.

Man kann den Sinn und das Wesen dieses Systems am besten kennen lernen, wenn man sich an einigen Beispielen die Wirkungen, die die Eingriffe der Obrigkeit haben müssen, klargemacht hat. Die entscheidenden Eingriffe, um die es sich handelt, gehen darauf aus, Preise von Gütern oder Dienstleistungen anders festzusetzen, als der unbehinderte Markt sie bilden würde.

Bei dem Preisstande, der sich auf dem unbehinderten Markte bildet oder, falls nicht die Obrigkeit die Freiheit der Preisbildung unterbunden

hätte, bilden würde, werden die Produktionskosten durch den Erlös gedeckt. Wird von der Obrigkeit ein niedrigerer Preis anbefohlen, dann bleibt der Erlös hinter den Kosten zurück. Die Händler und Erzeuger werden daher, wenn es sich nicht um Waren handelt, die durch die Aufbewahrung eine schnelle Wertverminderung erleiden, vom Verkauf absehen, um die Ware für günstigere Zeiten aufzubewahren, etwa in der Erwartung, daß die obrigkeitliche Verfügung bald wieder rückgängig gemacht wird. Will die Obrigkeit nicht, daß der Erfolg ihrer Verfügung der sei, daß die betroffene Ware überhaupt aus dem Verkehr verschwindet, dann kann sie sich nicht darauf beschränken, den Preis festzusetzen; sie muß gleichzeitig auch schon verfügen, daß alle vorhandenen Vorräte zum vorgeschriebenen Preis verkauft werden.

Aber auch das genügt nicht. Zu dem ideellen Marktpreis hätten Angebot und Nachfrage sich gedeckt. Nun, da durch obrigkeitliche Verfügung der Preis niedriger festgelegt wurde, ist die Nachfrage gestiegen, während das Angebot unverändert blieb. Die vorhandenen Vorräte reichen nicht aus, um alle, die den vorgeschriebenen Preis aufzuwenden bereit sind, voll zu befriedigen. Ein Teil der Nachfrage wird unbefriedigt bleiben. Der Marktmechanismus, der sonst Nachfrage und Angebot durch Veränderung des Preisstandes zur Deckung bringt, spielt nicht mehr. Nun müssen Personen, die bereit wären, den von der Obrigkeit vorgeschriebenen Preis anzulegen, unverrichteter Dinge den Markt verlassen. Diejenigen, die früher am Platze waren oder irgendwelche persönliche Beziehungen zu den Verkäufern auszunützen verstehen, haben bereits den ganzen Vorrat erworben; die anderen haben das Nachsehen. Will die Obrigkeit diese Folge ihres Eingriffes, die doch ihren Absichten zuwiderläuft, vermeiden, dann muß sie zur Preistaxe und zum Verkaufszwang auch noch die Rationierung hinzufügen. Eine obrigkeitliche Vorschrift bestimmt, wieviel Ware an jeden einzelnen Bewerber zum vorgeschriebenen Preis abgegeben werden darf.

Doch sind die im Augenblick des Eingriffs der Obrigkeit schon vorhandenen Vorräte einmal aufgebraucht, dann ergibt sich ein ungleich schwierigeres Problem. Da die Erzeugung bei Verkauf zu dem von der Obrigkeit vorgeschriebenen Preis nicht mehr rentabel ist, wird sie eingeschränkt oder ganz eingestellt. Will die Obrigkeit die Erzeugung weiter fortsetzen lassen, dann muß sie die Produzenten verpflichten, zu erzeugen, und sie muß zu diesem Zwecke auch die Preise der Rohstoffe und der Halbfabrikate und die Arbeitslöhne festlegen. Diese Verfügungen dürfen sich aber nicht nur auf den einen oder die wenigen Produktionszweige beschränken, die man regeln will, weil man ihre Produkte für

besonders wichtig erachtet. Sie müssen alle Produktionszweige umfassen, sie müssen die Preise aller Güter und jeglichen Arbeitslohn, das Verhalten aller Unternehmer, Kapitalisten, Grundbesitzer und Arbeiter regeln. Würden sie einige Produktionszweige freilassen, so würden Kapital und Arbeit in sie abströmen, und das Ziel, das die Obrigkeit mit ihrem ersten Eingriff erreichen wollte, würde verfehlt werden. Die Obrigkeit will doch, daß gerade der Produktionszweig, den sie wegen der Wichtigkeit, die sie seinen Erzeugnissen beilegt, mit der besonderen Regelung bedacht hat, auch reichlich besetzt werde. Es läuft ihrer Absicht durchaus zuwider, daß man ihn — gerade infolge des Eingriffes — vernachlässige.

Man sieht also deutlich: der von der Obrigkeit versuchte Eingriff in das Getriebe der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsordnung verfehlt den Zweck, den seine Urheber durch ihn erreichen wollen; er ist — im Sinne seiner Urheber — nicht nur zwecklos, sondern geradezu zweckwidrig, weil er das „Übel", das durch ihn bekämpft werden soll, noch ganz gewaltig vermehrt. Ehe die Preistaxe erlassen wurde, war die Ware — nach der Meinung der Obrigkeit — zu teuer; nun verschwindet sie vom Markte. Das aber hat die Obrigkeit, die die Ware dem Verbraucher billiger zugänglich machen wollte, nicht beabsichtigt. Im Gegenteil: von ihrem Standpunkte muß der Mangel, die Unmöglichkeit, sich die Ware zu beschaffen, als das größere, als das weitaus größere Übel erscheinen. In diesem Sinne kann man von dem Eingriff der Obrigkeit sagen, daß er sinn- und zweckwidrig ist, und von dem System der Wirtschaftspolitik, das mit solchen Eingriffen arbeiten will, daß es undurchführbar und undenkbar ist, daß es der wirtschaftlichen Logik widerspricht.

Will die Obrigkeit die Dinge nicht dadurch wieder ins Geleise bringen, daß sie von ihrem Eingriff absteht, indem sie die Preistaxe wieder aufhebt, dann muß sie dem ersten Schritt weitere folgen lassen. Zum Befehl, keinen höheren Preis als den vorgeschriebenen zu fordern, müssen nicht nur der Befehl, die Vorräte zu verkaufen, und die Rationierung hinzutreten, sondern auch Preistaxen für die Güter höherer Ordnung und Lohntarife, und schließlich Arbeitszwang für Unternehmer und Arbeiter. Und diese Vorschriften dürfen sich nicht auf einen oder einige wenige Produktionszweige beschränken, sondern sie müssen alle Zweige der Produktion umfassen. Es gibt eben keine andere Wahl als die: entweder von Eingriffen in das Spiel des Marktes abzusehen oder aber die gesamte Leitung der Produktion und der Verteilung an die Obrigkeit zu übertragen. Entweder Kapitalismus oder Sozialismus; ein Mittelding gibt es nicht.

Der Mechanismus des geschilderten Vorganges ist allen denen, die die Versuche der Regierungen während des Krieges und der Inflation, die Preise obrigkeitlich festzusetzen, erlebt haben, nicht fremd. Jedermann weiß es heute, daß der Erfolg der obrigkeitlichen Preissatzungen kein anderer war als der, die davon betroffenen Waren vom Markte verschwinden zu lassen. Wo immer auch mit behördlichen Preissatzungen vorgegangen wird, ist der Erfolg derselbe. Wenn z. B. die Obrigkeit die Mietzinse für Wohnungen begrenzt, so stellt sich sofort Wohnungsmangel ein. In Österreich hat die sozialdemokratische Partei die Mietzinse praktisch aufgehoben. Die Folge ist, daß z. B. in der Stadt Wien, trotzdem die Bevölkerung seit Kriegsbeginn nicht unbeträchtlich zurückgegangen ist, und trotzdem durch die Gemeinde mittlerweile viele Tausende neuer Wohnungen hergestellt worden sind, viele Tausende von Personen nicht imstande sind, ein Unterkommen zu finden.

Nehmen wir noch ein zweites Beispiel, den Mindestlohn oder die Lohntaxe.

Wird das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht durch Maßregeln der Gesetzgebung oder durch Gewaltmaßnahmen der Gewerkschaften beeinflußt, dann ist der Lohn, der für jede Art von Arbeit vom Unternehmer entrichtet wird, gerade so hoch wie der Wertzuwachs, den die toten Materialien durch diese Arbeit erfahren. Der Lohn kann nicht höher stehen, weil sonst der Unternehmer seine Rechnung nicht mehr findet und daher genötigt wäre, die Produktion, die nicht lohnt, einzustellen. Er kann aber ebensowenig tiefer stehen, weil die Arbeiter sich dann anderen Geschäftszweigen zuwenden würden, in denen sie besser entlohnt werden, so daß der Unternehmer die Produktion aus Arbeitermangel einzustellen gezwungen wäre.

Es gibt also stets in der Volkswirtschaft einen Lohnsatz, bei dem alle Arbeiter Beschäftigung und jeder Unternehmer, der eine bei diesem Lohnsatz noch rentable Unternehmung ins Werk setzen wollte, die gesuchten Arbeiter findet. Diesen Lohnsatz pflegt die Nationalökonomie den statischen oder natürlichen Lohn zu nennen. Er steigt, wenn bei sonst gleichbleibenden Umständen die Zahl der Arbeiter abnimmt, er sinkt, wenn bei sonst gleichbleibenden Umständen die verfügbare Menge des Kapitals, für das in der Produktion Verwendung gesucht wird, abnimmt. Man muß dabei beachten, daß es nicht ganz genau ist, wenn man einfach vom „Lohn“ und von der „Arbeit“ spricht. Die Arbeitsleistungen sind in Qualität und Quantität (pro Zeiteinheit gerechnet) sehr verschieden und so auch der Arbeitslohn.

Würde die Volkswirtschaft nie den stationären Zustand verlassen,

dann würde es auf dem durch keine Eingriffe von Regierungen und von Zwang ausübenden Gewerkschaften behinderten Arbeitsmarkte keine Arbeitslose geben. Doch der stationäre Zustand der Gesellschaft ist bloß ein gedankliches Hilfsmittel unserer nationalökonomischen Theorie, das unserem Denken notwendig ist, um sich durch den Kontrast die Vorgänge zu veranschaulichen, die sich in der Volkswirtschaft abspielen, die uns wirklich umgibt und in der wir leben. Das Leben ist — wir dürfen ruhig sagen glücklicherweise — niemals auf dem Ruhepunkte. Es gibt in der Volkswirtschaft nie Stillstand, sondern immerfort Veränderungen, Bewegung, Neues und noch nicht oder anders Dagewesenes. Es gibt daher immer Produktionszweige, die aufgelassen oder eingeschränkt werden, weil sich der Bedarf von ihren Produkten abgewendet hat, und Produktionszweige, die erweitert werden oder gar ganz neu aufgenommen werden. Wenn wir allein an die letzten Jahrzehnte denken, so können wir sogleich eine ganze Anzahl von Industrien aufzählen, die neu aufgekommen sind: z. B. die Automobilindustrie, die Flugzeugindustrie, die Filmindustrie, die Kunstseidenindustrie, die Konservenindustrie, der Turbinenbau, die Funkindustrie. Diese Industriezweige beschäftigen heute Millionen von Arbeitern, die sie nur zum Teile aus dem Volkszuwachs geschöpft haben; ein Teil kam aus Produktionszweigen, die eingeschränkt wurden, und noch mehr aus solchen, die vermöge verbesserter Technik nun mit weniger Arbeitern auszukommen vermögen.

Mitunter mögen sich die Veränderungen, die in dem Verhältnis der einzelnen Produktionszweige vor sich gehen, so langsam abspielen, daß kein Arbeiter zur Umstellung und zum Übertritt in eine neue Tätigkeit genötigt wird; nur die neu in das Erwerbsleben eintretenden jungen Leute wenden sich in höherem Maße den neuen oder den sich vergrößernden Industriezweigen zu. Im allgemeinen aber vollzieht sich in der mit schnellen Schritten fortschreitenden und den Wohlstand der Menschen mehrenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Fortschritt viel schneller, als daß er den einzelnen die Notwendigkeit, sich ihm anzupassen, ersparen könnte. Wenn vor zweihundert Jahren oder mehr ein junger Bursch ein Gewerbe erlernte, so konnte er damit rechnen, daß er sein Leben lang das Gewerbe so werde ausüben, wie er es erlernt hatte, ohne daß ihm sein Konservatismus Schaden bringen konnte. Heute ist das anders. Auch der Arbeiter muß sich den wechselnden Bedingungen anpassen, muß Neues dazulernen oder umlernen. Er muß aus Arbeitszweigen, die nicht mehr die frühere Zahl von Arbeitern benötigen, ausscheiden und sich einem anderen zuwenden, der neu entstanden ist oder der mehr Arbeiter braucht als früher. Aber auch wenn er in seiner

alten Branche bleibt, muß er Neues lernen, wenn es die Verhältnisse erfordern.

Dies alles tritt dem Arbeiter in der Gestalt der Lohnveränderungen entgegen. Wenn ein Geschäftszweig verhältnismäßig zu viele Arbeiter beschäftigt, dann kommt es zu Arbeiterentlassungen, und die Entlassenen haben es nicht leicht, neue Arbeit in demselben Geschäftszweig zu finden. Der Druck, den die Entlassenen auf den Arbeitsmarkt ausüben, drückt in diesem Zweig der Produktion den Lohn. Das veranlaßt nun die Arbeiter, sich um Arbeit in jenen Produktionszweigen umzusehen, die neue Arbeiter an sich ziehen wollen und daher bereit sind, höhere Löhne zu zahlen.

Daraus ergibt sich nun klar und deutlich, was geschehen kann, um den Wunsch des Arbeiters nach Arbeit und nach hohem Arbeitslohn zu befriedigen. Über den Stand, den die Arbeitslöhne im allgemeinen auf dem durch keine Eingriffe der Regierung oder anderer gesellschaftlicher Gewalten behinderten Markte einnehmen würden, kann man allgemein den Lohn nicht hinauftreiben, ohne bestimmte Nebenwirkungen auszulösen, die dem Arbeiter nicht erwünscht sein können. Man kann in einem einzelnen Produktionszweig oder in einem einzelnen Lande den Arbeitslohn hinauftreiben, wenn man Zuzug von Arbeitern aus anderen Produktionszweigen oder aus dem Auslande verbietet. Solche Lohnerhöhungen gehen auf Kosten der Arbeiter, deren Zuzug ferngehalten wird. Deren Lohn ist nun niedriger, als es der wäre, den sie erzielen könnten, wenn ihre Freizügigkeit nicht behindert wäre. Die Lohnbesserung der einen geht also auf Kosten der anderen. Dieser Politik der Sperrung des Zuzugs können sich die Arbeiter nur in jenen Ländern und Produktionszweigen bedienen, die an verhältnismäßigem Arbeitermangel leiden. In einem Produktionszweig oder in einem Lande, in dem dies nicht der Fall ist, kann den Lohn nur eines heben: eine Steigerung der allgemeinen Produktivität der Arbeit, etwa durch Vermehrung des zur Verfügung stehenden Kapitals oder durch Verbesserung des technischen Produktionsprozesses.

Wenn nun aber die Regierung durch ein Gesetz Mindestlöhne festsetzt, die über dem Niveau des statischen oder natürlichen Lohnes liegen, dann müssen die Unternehmer finden, daß sie eine Anzahl von Geschäften, die bei dem niedrigen Stand der Löhne noch rentabel waren, nun nicht mehr mit Erfolg durchzuführen in der Lage sind. Sie werden also die Produktion einschränken und die Arbeiter entlassen. Die Folge einer künstlich, d. h. von außen her auf den Markt kommenden Lohnerhöhung, ist daher Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Nun wird wohl heute im allgemeinen nicht in größerem Umfang versucht, ein Mindestmaß der Löhne durch Gesetze festzulegen. Doch die Machtstellung, die die Gewerkschaften einnehmen, hat es ihnen ermöglicht, solche Mindestlöhne festzulegen. Daß die Arbeiter sich zum Zwecke der Verhandlungen mit den Unternehmern zu Verbänden zusammenschließen, ist eine Sache, die an und für sich noch nicht geeignet ist, Störungen im Ablauf der Markterscheinungen hervorzurufen. Auch daß die Arbeiter mit Erfolg für sich das Recht in Anspruch nehmen, eingegangene Verträge ohne weiteres zu brechen und die Arbeit niederzulegen, hätte weiter keine Störung des Arbeitsmarktes zur Folge. Das, was eine neue Lage auf dem Arbeitsmarkt schafft, ist der Streik- und Koalitionszwang, der heute in den meisten europäischen Industriestaaten besteht. Da die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nichtorganisierten Arbeitern die Zulassung zur Arbeit verweigern und da sie im Falle des Streikes durch offene Gewalt verhindern, daß andere Arbeiter an Stelle der im Ausstande befindlichen treten, wirken die Lohnforderungen, die sie an die Unternehmer stellen, geradeso, wie ein Regierungsgesetz über Mindestlöhne wirken würde. Denn der Unternehmer muß sich, wenn er nicht den ganzen Betrieb stillegen lassen will, der Forderung der Gewerkschaft fügen. Er muß Löhne zahlen, bei denen der Umfang der Produktion eingeschränkt werden muß, weil das mit höheren Kosten erzeugte Produkt keinen Absatz in demselben Ausmaße finden kann, wie das mit niedrigeren Kosten erzeugte. So wird der durch die Gewerkschaft erzwungene höhere Lohn zur Ursache der Arbeitslosigkeit.

Der Umfang und die Zeitdauer der aus dieser Ursache entstandenen Arbeitslosigkeit sind nun ganz andere als die jener Arbeitslosigkeit, die aus den immerfort vor sich gehenden Verschiebungen in der Nachfrage nach Arbeitskraft entspringt. Wenn die Arbeitslosigkeit nur darin ihre Ursache hat, daß die industrielle Entwicklung Fortschritte gemacht hat, dann kann sie weder großen Umfang annehmen noch zu einer dauernden Einrichtung werden. Die in einem Produktionszweig überschüssig werdenden Arbeiter finden bald ein Unterkommen in den neu auftretenden oder in den sich erweiternden Produktionszweigen. Wenn Freizügigkeit der Arbeiter besteht, und wenn der Übertritt aus einem Gewerbe in das andere nicht durch gesetzliche und andere ähnliche Hindernisse erschwert ist, vollzieht sich die Anpassung an die neuen Verhältnisse nicht allzu schwer und ziemlich rasch. Durch Ausgestaltung der Arbeitsvermittlung vermag man übrigens manches dazu beizutragen, um die Bedeutung dieser Arbeitslosigkeit noch stärker herabzudrücken.

Doch die Arbeitslosigkeit, die aus dem Eingreifen von Gewaltfaktoren

in das Spiel des Arbeitsmarktes entspringt, ist keine vorübergehende und immer wieder verschwindende Einrichtung. Sie ist unheilbar, solange die Ursache, die sie hervorgebracht hat, weiter fortbesteht, d. h., solange das Gesetz oder die Gewalt der Gewerkschaft es verhindern, daß der Lohn durch den Druck der arbeitsuchenden Arbeitslosen auf jenes Niveau wieder herabgedrückt wird, das er ohne Einschreiten der Regierung oder der Gewerkschaft eingenommen hätte, auf den Satz, auf dem schließlich alle Arbeitsuchenden auch Arbeit finden.

Werden den Arbeitslosen von der Regierung oder von den Arbeitervereinen Unterstützungen gewährt, so kann das Übel nur vergrößert werden. Handelt es sich um Arbeitslosigkeit, die aus den dynamischen Veränderungen der Volkswirtschaft herrührt, dann erzielt die Arbeitslosenunterstützung nur den Erfolg, daß sie die Anpassung der Arbeiter an die neuen Verhältnisse hinausschiebt. Der Arbeitslose, den man unterstützt, hält es nicht für notwendig, sich nach einem neuen Beruf umzusehen, wenn er im alten kein Unterkommen mehr findet; zumindest läßt er mehr Zeit verstreichen, bis er den Übergang zu einem neuen Beruf oder den Wechsel des Arbeitsortes vornimmt oder den Lohn, den er fordert, auf den Satz ermäßigt, zu dem er Arbeit finden könnte. Man kann, wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht allzu niedrig bemessen ist, sagen: solange Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, kann die Arbeitslosigkeit nicht schwinden.

Handelt es sich aber um Arbeitslosigkeit, die durch die künstliche Erhöhung des Lohnniveaus infolge Eingreifens der Regierung oder des von ihr geduldeten Zwangsapparates der Gewerkschaften hervorgerufen wurde, dann kommt es darauf an, wer ihre Lasten zu tragen hat, ob es die Unternehmer oder die Arbeiter sind. Der Staat, die Regierung, die Gemeinde tragen ja niemals die Lasten, sie bürden sie entweder dem Unternehmer oder dem Arbeiter oder auch jedem zum Teil auf. Haben die Arbeiter die Lasten zu tragen, dann werden sie ganz oder doch zum Teil um die Frucht der künstlichen Lohnsteigerung gebracht; es kann auch sein, daß sie mehr an diesen Lasten zu tragen haben, als ihnen die künstliche Lohnsteigerung einbringt. Dem Unternehmer kann die Last der Arbeitslosenunterstützung etwa in der Weise aufgebürdet werden, daß er eine Abgabe für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung zu zahlen hat, die nach der von ihm ausgezahlten Lohnsumme bemessen wird. In diesem Fall wirkt die Arbeitslosenunterstützung, da sie die Kosten der Arbeitskraft erhöht, genau so wie eine weitere Erhöhung des Lohnes über das statische Niveau: die Rentabilität der Verwendung von Arbeitskraft wird eingeschränkt und damit die Zahl jener Arbeiter,

die noch rentabel verwendet werden können, vermindert. Die Arbeitslosigkeit wächst also weiter, eine Schraube ohne Ende. Die Unternehmer können aber zu den Lasten der Arbeitslosenunterstützung auch durch eine Steuer herangezogen werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeiter von ihrem Gewinn oder von ihrem Vermögen erhoben wird. Auch in diesem Fall wirkt sie in der Richtung weiterer Steigerung der Arbeitslosigkeit. Denn wenn Kapital aufgezehrt oder doch zumindest die Neubildung von Kapital verlangsamt wird, dann werden caeteris paribus die Bedingungen für die Beschäftigung von Arbeitskräften ungünstiger[1]).

Daß man die Arbeitslosigkeit nicht dadurch bekämpfen kann, daß man auf Staatskosten öffentliche Arbeiten ausführen läßt, die sonst unterblieben wären, ist klar. Die Mittel, die hier aufgewendet werden, müssen durch Steuern oder Anleihen aus jener Verwendung, die sie sonst gefunden hätten, herausgezogen werden. Man kann auf diesem Wege die Arbeitslosigkeit in einem Produktionszweig nur soweit mildern, als man sie in einem anderen erhöht.

Von welcher Seite immer wir den Interventionismus betrachten, es zeigt sich stets, daß er zu einem Erfolg führt, den seine Urheber und Befürworter nicht beabsichtigt haben, und daß er von deren Standpunkt selbst als sinn- und zweckwidrig, als unsinnige Politik erscheinen muß.

6. Der Kapitalismus als die einzig mögliche Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen.

Jede Prüfung der verschiedenen denkbaren Gestaltungsmöglichkeiten einer arbeitsteiligen Gesellschaft muß immer wieder zu demselben Ergebnis kommen: es gibt für die arbeitsteilige Gesellschaft nur die Wahl zwischen Gemeineigentum und Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Alle Zwischenformen sind widersinnig und müssen sich in der Durchführung als zweckwidrig erweisen. Wenn man nun weiter erkennt, daß auch der Sozialismus undurchführbar ist, dann kann man sich der Erkenntnis, daß der Kapitalismus die einzige durchführbare Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen in einer arbeitsteiligen menschlichen Gesellschaft ist, nicht entziehen. Dieses Ergebnis der theoretischen Untersuchung wird den Historiker und den Geschichtsphilosophen nicht

[1]) Auch wenn gleichzeitig in der ganzen Welt und in allen Produktionszweigen der Lohn künstlich durch Eingriffe der Regierung oder des Zwanges der Gewerkschaften erhöht wird, sind die Folgen nur Kapitalaufzehrung und in weiterer Folge schließlich doch wieder Lohnsenkung. Darüber habe ich mich in den im Anhang verzeichneten Schriften ausführlich geäußert.

überraschen können. Wenn der Kapitalismus trotz der Gegnerschaft, die er stets bei der Masse und bei den Regierungen gefunden hat, sich durchgesetzt hat, wenn er nicht genötigt war, anderen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die sich bei Theoretikern und Praktikern viel größerer Sympathie erfreut haben, Platz zu machen, dann kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß es eben eine andere Möglichkeit der Gesellschaftsordnung überhaupt nicht gibt.

Es bedarf wohl keiner weiteren Erklärung, warum es uns nicht möglich ist, zu den mittelalterlichen Formen der gesellschaftlichen Wirtschaft zurückzukehren. Das Mittelalter hat auf dem Boden, der von den europäischen Kulturvölkern bewohnt wird, nur einen Bruchteil jener Volksmenge ernährt, die heute in diesen Landstrichen wohnt, und es hat jedem einzelnen viel weniger an Sachgütern zur Deckung seiner Bedürfnisse zur Verfügung gestellt, als die kapitalistische Produktionsform dem modernen Menschen gibt. An eine Rückkehr zum Mittelalter ist nicht zu denken, wenn man sich nicht dazu entschließt, die Bevölkerung vorerst auf den zehnten oder zwanzigsten Teil ihres gegenwärtigen Standes zurückzuschrauben, und noch überdies jedem einzelnen eine Genügsamkeit zur Pflicht macht, von der sich der moderne Mensch keine Vorstellung machen kann. Obzwar alle jene Schriftsteller, die die Rückkehr zum Mittelalter oder, wie sie sagen, zu einem „neuen" Mittelalter als das einzig anstrebenswerte soziale Ideal hinstellen, der kapitalistischen Zeit vor allem ihre materialistische Gesinnung und Denkweise vorwerfen, sind sie selbst viel stärker in materialistischer Denkweise verstrickt, als sie glauben. Denn nichts anderes als gröbster Materialismus ist es, wenn man, wie viele von diesen Schriftstellern, der Meinung ist, die menschliche Gesellschaft könnte nach Rückkehr zu den mittelalterlichen Formen der Wirtschaft und staatlichen Ordnung alle technischen Hilfsmittel der Produktion, die der Kapitalismus geschaffen hat, beibehalten und damit der menschlichen Arbeit jene hohe Stufe der Ergiebigkeit bewahren, die sie in der kapitalistischen Zeit gewonnen hat. Die Produktivität der kapitalistischen Produktionsweise ist das Ergebnis der kapitalistischen Denkungsart und der kapitalistischen Einstellung der Menschen zur Wirtschaft und nur insofern ein Ergebnis der modernen Technik, als eben aus dem kapitalistischen Geist mit Notwendigkeit die Entfaltung der Technik folgen mußte. Es gibt kaum etwas Widersinnigeres als den Grundsatz der materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx: „Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten". Um den Gedanken der Dampfmühle entstehen zu lassen und um die Voraussetzungen

zu schaffen, die diesen Gedanken verwirklichen ließen, hat es der kapitalistischen Gesellschaft bedurft. Der Kapitalismus hat die Technik geschaffen, und nicht die Technik den Kapitalismus. Doch nicht weniger widersinnig ist die Vorstellung, als könnte man die technisch-materielle Ausstattung unserer Wirtschaft beibehalten, wenn man die geistigen Grundlagen, auf der sie beruht, beseitigt hat. Man kann die Wirtschaft nicht rationalistisch weiterbetreiben, wenn einmal die ganze Denkungsart wieder auf Traditionalismus und Autoritätsglauben umgestellt worden ist. Der Unternehmer, das bewegende Element der kapitalistischen Gesellschaft und damit auch der modernen Technik, ist in einer Umgebung von lediglich auf die Beschaulichkeit der Lebensführung Bedachten nicht denkbar.

Wenn man jede andere Gesellschaftsform als die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende als unmöglich bezeichnet, so ergibt es sich von selbst, daß das Sondereigentum als die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenschlusses und Zusammenwirkens von Menschen aufrechterhalten bleiben muß und daß man jeden Versuch, es zu beseitigen, energisch bekämpfen muß. In diesem Sinne verteidigt der Liberalismus die Einrichtung des Sondereigentums gegen jeglichen Versuch, sie zu beseitigen. Wenn man die Liberalen daher Apologeten des Sondereigentums nennt, so ist dies durchaus berechtigt, denn das griechische Wort Apologet bedeutet soviel wie Verteidiger. Man sollte freilich den fremden Ausdruck meiden und sich mit dem schlichten deutschen Ausdruck begnügen. Denn für viele schwingt in den Ausdrücken „Apologie“ und „Apologet“ die Vorstellung mit, daß das, was hier verteidigt wird, ungerecht ist.

Weit wichtiger aber als die Zurückweisung der Unterstellung, die in dem Gebrauche dieser Ausdrücke liegt, ist eine andere Feststellung: daß nämlich die Einrichtung des Sondereigentums gar keine Verteidigung, Rechtfertigung, Begründung oder Erklärung bedarf. Die Gesellschaft bedarf des Sondereigentums, um bestehen zu können, und da die Menschen der Gesellschaft bedürfen, müssen sie am Sondereigentum festhalten, um nicht ihre Interessen, die Interessen aller zu schädigen. Denn die Gesellschaft kann nur auf Grundlage des Sondereigentums bestehen. Wer für das Sondereigentum eintritt, tritt für die Erhaltung des gesellschaftlichen Zusammenschlusses der Menschheit, für die Erhaltung der menschlichen Kultur und Zivilisation ein. Er ist Apologet und Verteidiger der Gesellschaft, der Kultur und der Zivilisation, und weil er diese Ziele will, muß er auch das einzige Mittel, das zu ihnen führt, das Sondereigentum, wollen und verteidigen.

Wer für das Sondereigentum an den Produktionsmitteln eintritt, behauptet auch ganz und gar nicht, daß die auf dem Sondereigentum beruhende kapitalistische Gesellschaftsordnung vollkommen ist. Vollkommenheit gibt es auf Erden nicht. Auch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mag dem einen oder dem anderen dies oder jenes, vieles oder gar alles nicht recht gefallen. Aber sie ist eben die einzig denkbare und mögliche Gesellschaftsordnung. Man kann trachten, eine oder die andere Einrichtung zu ändern, wofern man dadurch nicht das Wesen und die Grundlage der Gesellschaftsordnung, das Eigentum, berührt. Doch im großen und ganzen müssen wir uns mit dieser Gesellschaftsordnung abfinden, weil es eben keine andere geben kann.

Auch in der „Natur" mag uns manches nicht gefallen. Aber wir können das Wesen der Naturvorgänge nicht ändern. Wenn z. B. jemand meint — und es gibt welche, die es behauptet haben —, daß die Art und Weise, in der der Mensch Nahrung aufnimmt, seinem Körper einverleibt und verdaut, widerlich ist, so kann man mit ihm nicht streiten. Wohl aber muß man ihm sagen: es gibt nur diesen Weg oder den Hungertod. Ein Drittes gibt es nicht. So ist es auch mit dem Eigentum: entweder oder, entweder Sondereigentum an den Produktionsmitteln oder Hunger und Elend für alle.

Die Gegner des Liberalismus pflegen seine wirtschaftspolitische Auffassung in der Regel als Optimismus zu bezeichnen. Das ist von ihnen entweder als Vorwurf oder als höhnische Charakterisierung der liberalen Denkungsweise gedacht.

Wenn man mit der Kennzeichnung der liberalen Lehre als Optimismus etwa meint, der Liberalismus behaupte, die kapitalistische Welt sei die beste aller Welten, so ist dies nichts als barer Unsinn. Für eine durchaus wissenschaftlich begründete Ideologie wie die des Liberalismus steht die Frage, ob die kapitalistische Gesellschaftsordnung gut oder schlecht ist, ob man eine bessere denken könnte oder nicht, und ob man sie von irgendwelchen philosophischen oder metaphysischen Gesichtspunkten zu verwerfen habe oder nicht, überhaupt nicht zur Erörterung. Der Liberalismus geht von den reinen Wissenschaften Nationalökonomie und Soziologie aus, die innerhalb ihres Systems keine Wertung kennen, die nichts darüber aussagen, was sein soll, was gut und was schlecht ist, sondern nur das feststellen, was ist und wie es ist. Wenn uns diese Wissenschaften zeigen, daß von allen denkbaren Möglichkeiten gesellschaftlicher Organisation nur eine, nämlich die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung, existenzfähig ist, weil alle anderen denkbaren Gesellschaftsordnungen undurchführbar

sind, so ist dies durchaus nichts, was die Bezeichnung Optimismus rechtfertigen könnte. Daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung lebens- und wirkungsfähig ist, ist eine Feststellung, die nichts mit Optimismus zu tun hat.

Freilich, die Gegner des Liberalismus stehen auf dem Standpunkt, daß diese Gesellschaftsordnung sehr schlecht sei. Soweit diese Feststellung ein Werturteil enthält, ist sie natürlich jeglicher Erörterung, die über höchst subjektive und daher durchaus unwissenschaftliche Urteile hinausgehen würde, unzugänglich. Soweit sie jedoch begründet wird mit einer verkehrten Erfassung der Vorgänge innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, können Nationalökonomie und Soziologie sie berichtigen. Auch das ist nicht Optimismus. Ganz abgesehen von allem anderen hätte auch die Aufdeckung noch so vieler Mängel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für die Probleme der gesellschaftlichen Politik nicht die geringste Bedeutung, solange es nicht gelingt, zu zeigen, daß eine andere Gesellschaftsordnung nicht etwa besser, sondern überhaupt wirkungsfähig wäre. Das ist aber nicht gelungen. Es ist der Wissenschaft gelungen, zu zeigen, daß jede der Gesellschaftskonstruktionen, an die man als Ersatz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung denken könnte, in sich selbst widerspruchsvoll und sinnwidrig ist, so daß sie jene Wirkung nicht entfalten könnte, die sie im Sinne ihrer Befürworter zu entfalten hätte.

Wie wenig berechtigt es ist, hier von Optimismus und Pessimismus zu sprechen und wie sehr die Kennzeichnung des Liberalismus als Optimismus darauf ausgeht, durch Hereintragen außerwissenschaftlicher Gefühlsmomente eine dem Liberalismus ungünstige Stimmung zu schaffen, zeigt am besten der Umstand, daß man ja mit ebensoviel Recht auch Optimisten diejenigen nennen könnte, die der Meinung sind, daß die Konstruktion eines sozialistischen oder eines interventionistischen Gemeinwesens durchführbar wäre.

Die große Masse der Schriftsteller, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen befassen, pflegt keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, ohne auf die kapitalistische Gesellschaft sinnlose und kindische Angriffe zu häufen und entweder Sozialismus oder Interventionismus oder gar Agrarsozialismus und Syndikalismus als herrliche Einrichtungen in begeisterten Worten zu preisen. Auf der anderen Seite gab es einige wenige Schriftsteller, die, wenn auch in viel gemäßigteren Worten, das Lob der kapitalistischen Gesellschaftsordnung angestimmt haben. Man mag, wenn man will, diesen Schriftstellern die Bezeichnung Optimisten des Kapitalismus beilegen. Aber wenn man das tut, dann müßte man mit tausendfach

größerem Rechte jenen antiliberalen Schriftstellern die Bezeichnung Hyperoptimisten des Sozialismus, des Interventionismus, des Agrarsozialismus und des Syndikalismus beilegen. Daß dies nicht geschieht, sondern daß lediglich liberalen Schriftstellern, wie etwa Bastiat, die Bezeichnung Optimist beigelegt wird, zeigt, daß es sich hier gar nicht um den Versuch einer wissenschaftlichen Klassifikation, sondern um nichts anderes als um eine parteipolitische Verzerrung handelt.

Nochmals: Was der Liberalismus behauptet, ist gar nicht das, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung von irgendeinem Gesichtspunkte betrachtet gut sei. Was er sagt, ist lediglich nur das, daß zur Erreichung der Ziele, die den Menschen vorschweben, nur die kapitalistische Gesellschaftsordnung geeignet ist und daß die Gesellschaftskonstruktionen des Sozialismus, des Interventionismus, des Agrarsozialismus und des Syndikalismus undurchführbar sind. Neurastheniker, die diese Wahrheit nicht vertragen konnten, haben die Nationalökonomie darum eine unselige Wissenschaft genannt. Aber die Nationalökonomie und die Soziologie sind darum, weil sie die Welt zeigen, wie sie wirklich ist, ebensowenig unselig wie es andere Wissenschaften sind, etwa die Mechanik, weil sie die Undurchführbarkeit des Perpetuum Mobile, oder die Biologie, weil sie das Vergehen der Lebewesen lehrt.

7. Kartelle und Monopole und der Liberalismus.

Die Gegner des Liberalismus behaupten, die Voraussetzungen liberaler Politik seien gegenwärtig nicht mehr gegeben. Der Liberalismus wäre durchführbar gewesen, als in jedem einzelnen Produktionszweige viele Betriebe mittleren Umfangs in scharfem Wettbewerb standen. Nun, da überall Trusts, Kartelle und andere Monopolbetriebe den Markt beherrschen, sei es um den Liberalismus so wie so geschehen. Nicht die Politik habe ihn beseitigt, sondern eine in den Entwicklungsnotwendigkeiten der freien Wirtschaft selbst gelegene Tendenz.

Die Arbeitsteilung spezialisiert die Wirtschaft. Dieser Prozeß steht nicht still, solange die wirtschaftliche Entwicklung fortschreitet. Es ist noch gar nicht lange her, da gab es Maschinenfabriken, die alle Arten von Maschinen erzeugten. Heute ist eine Maschinenfabrik, die sich nicht ausschließlich auf die Erzeugung bestimmter Maschinen beschränkt, nicht mehr konkurrenzfähig. Mit dem Fortschreiten der Spezialisierung muß der Kreis, den die einzelne Unternehmung versorgt, wachsen. Der Abnehmerkreis einer Tuchfabrik, die nur einige wenige Tuchsorten erzeugt, muß größer sein als der eines Tuchwebers, der alle Arten von Tuch webt. Unzweifelhaft geht die Entwicklung dahin, bei fortschreitender

Spezialisierung der Produktion auf jedem einzelnen Gebiet Unternehmungen entstehen zu lassen, deren Absatzgebiet die ganze Welt umfaßt. Wenn man nicht durch zollpolitische und andere antikapitalistische Maßnahmen der Entwicklung entgegentritt, so wird es dazu kommen, daß in jedem Produktionszweig verhältnismäßig wenige oder gar nur ein einziges Unternehmen bestehen, die darauf ausgehen, in höchster Spezialisierung zu erzeugen und die ganze Welt zu versorgen.

Heute sind wir allerdings von diesem Zustand weit entfernt, da die Politik aller Staaten darauf gerichtet ist, aus der Einheit der Weltwirtschaft kleine Gebiete herauszuschneiden, in denen unter dem Schutze von Zöllen und anderen Maßnahmen, die denselben Erfolg anstreben, Unternehmungen, die auf dem freien Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig wären, künstlich erhalten oder gar erst ins Leben gerufen werden. Abgesehen von den handelspolitischen Gesichtspunkten wird zugunsten dieser Politik, die gegen die Konzentration der Unternehmungen gerichtet ist, geltend gemacht, daß sie allein es verhindert habe, daß die Verbraucher von monopolistischen Organisationen der Erzeuger ausgebeutet werden. Um die Stichhaltigkeit dieses Arguments zu untersuchen, wollen wir annehmen, daß die Entwicklung der Arbeitsteilung auf der ganzen Welt bereits so sehr fortgeschritten ist, daß die Erzeugung jedes einzelnen Artikels in einem einzigen Unternehmen vereinigt ist, so daß der Verbraucher als Käufer immer nur einem einzigen Verkäufer gegenübertritt. Bei solchen Zuständen, meint eine schlecht durchdachte ökonomische Theorie, würden die Produzenten in der Lage sein, die Preise nach Belieben hoch zu halten, übermäßige Gewinne zu erzielen und dadurch die Lebenshaltung der Verbraucher beträchtlich zu verschlechtern. Man kann unschwer erkennen, daß diese Vorstellung ganz und gar verkehrt ist. Monopolpreise können, wenn sie nicht durch bestimmte staatliche Eingriffe ermöglicht werden, nur auf Grund der Verfügung über Bodenschätze und Bodenkräfte dauernd gefordert werden. Ein vereinzeltes Monopol der Verarbeitung, das höhere Gewinne erzielt, als sonst erzielt werden, würde zur Schaffung von Konkurrenzunternehmungen anregen, durch deren Wettbewerb das Monopol gebrochen und Preise und Gewinne wieder auf das allgemeine Maß zurückgeführt werden müßten. Allgemein aber können Monopole der verarbeitenden Gewerbe nicht werden, da bei jedem gegebenen Stand der Mittel einer Wirtschaft die Gesamtmenge des in der Produktion tätigen Kapitals und der verfügbaren Arbeitskräfte, mithin also auch die Größe des Sozialproduktes gegeben sind. In einem einzelnen oder in einer Anzahl von Produktionszweigen könnte die Verwendung von Kapital

und Arbeit vermindert werden, um bei geringerer Erzeugung die Preise pro Produkteinheit und den Gesamtgewinn des oder der Monopolisten höher zu halten. Die damit freiwerdenden Kapitalien und Arbeitskräfte würden dann in einen anderen Produktionszweig strömen. Wird aber in allen Produktionszweigen der Versuch gemacht, die Produktion zu beschränken, um höhere Preise zu erzielen, so werden Arbeiter und Kapitalien zunächst freigesetzt, die dann, weil billiger ausgeboten, verstärkten Anreiz zur Errichtung neuer Unternehmungen geben, die die Monopolstellung der anderen wieder brechen müssen. Die Vorstellung eines Universalkartells und eines Universalmonopols der verarbeitenden Industrie ist daher ganz und gar unvollziehbar.

Echte Monopole können nur begründet werden durch die Verfügung über Bodenschätze und Bodenkräfte. Da der Gedanke, daß die gesamte landwirtschaftlich benutzbare Bodenfläche der Welt zu einem Weltmonopol zusammengefaßt werden könnte, wohl nicht weiter erörtert werden muß, kommen hier bloß die Monopole, die aus der Verfügung über das Vorkommen von nutzbaren Mineralien entstehen, in Betracht. Bei einigen minderwichtigen Mineralien gibt es dergleichen schon, und es ist immerhin denkbar, daß einmal auch bei anderen Mineralien ähnliches versucht und mit Erfolg durchgeführt wird. Das würde bedeuten, daß die Besitzer dieser Bergwerke und Gruben eine erhöhte Bodenrente beziehen, und daß die Verbraucher den Verbrauch einschränken und für den teuerer gewordenen Stoff Ersatz suchen. Ein Weltmonopol des Erdöls würde zu erhöhter Inanspruchnahme der Wasserkräfte, der Kohle usw. führen. Vom weltwirtschaftlichen Standpunkt und sub specie aeternitadis betrachtet würde das bedeuten, daß wir mit den kostbaren Stoffen, die wir nur abbauen, aber nicht ersetzen können, sparsamer umgehen als wir es sonst täten, und so den kommenden Geschlechtern mehr davon überliefern als bei monopolfreier Wirtschaft der Fall wäre.

Das Schreckgespenst des Monopols, das immer wieder hervorgeholt wird, wenn man von der freien wirtschaftlichen Entwicklung spricht, braucht uns nicht zu beunruhigen. Die Weltmonopole, die wirklich durchführbar sind, könnten nur einige wenige Artikel der Urproduktion betreffen. Ob ihre Wirkung eine günstige oder ungünstige ist, vermag man nicht so ohne weiteres zu entscheiden. Für die Volkswirte, die sich bei der Betrachtung volkswirtschaftlicher Probleme von Neidinstinkten nicht freizumachen wissen, erscheinen diese Monopole schon darum als verderblich, weil sie den Besitzern erhöhten Gewinn bringen müßten. Wer unvoreingenommen die Dinge betrachtet, wird finden, daß sie zur sparsameren Verwendung der in beschränkter Menge der Menschheit zur

Verfügung stehenden Bodenschätze führen. Wenn man den Monopolisten den Gewinn neidet, so kann man ihn ohne Gefahr, und ohne irgendwelche nachteilige volkswirtschaftliche Folgen erwarten zu müssen, durch eine Besteuerung der Bergwerksrente in die öffentlichen Kassen fließen lassen.

Von diesen Weltmonopolen unterscheiden sich die nationalen und internationalen Monopole, die heute praktische Bedeutung haben, grundsätzlich dadurch, daß sie nicht aus der Entwicklungstendenz der sich selbst überlassenen Wirtschaft entstehen, sondern daß sie Produkte der antiliberalen Wirtschaftspolitik sind. Nahezu alle Versuche, den Markt eines bestimmten Artikels monopolistisch zu beeinflussen, sind nur möglich, weil Zölle den Weltmarkt in kleine nationale Märkte zerlegen. Daneben kommen nur noch jene Kartelle in Betracht, die Besitzer bestimmter Bodenschätze zu bilden vermögen, weil sie durch die Höhe der Transportkosten im engeren Umkreis ihres Standortes einen Schutz gegen den Wettbewerb anderer Produktionsstätten finden.

Ein grundsätzlicher Fehler, den man bei der Beurteilung der Wirkungen der Trusts, der Kartelle und der einen Markt mit einem Artikel allein versorgenden Unternehmungen begeht, kommt zum Ausdrucke, wenn man von der „Beherrschung" des Marktes und vom „Preisdiktat" durch den Monopolisten spricht. Der Monopolist beherrscht weder den Markt, noch ist er in der Lage, die Preise zu diktieren. Von Beherrschung des Marktes oder von Preisdiktat könnte man nur dann sprechen, wenn der Artikel, um den es sich handelt, im wahrsten und strengsten Sinne des Wortes existenznotwendig und durch kein Surrogat ersetzbar wäre. Diese Voraussetzung trifft bekanntlich bei keinem Artikel zu. Es gibt kein wirtschaftliches Gut, von dessen Besitz Sein oder Nichtsein des Kauflustigen abhängig wäre. Das, was die Bildung des Monopolpreises von der Bildung des Konkurrenzpreises unterscheidet, ist der Umstand, daß es dem Monopolisten bei Zutreffen ganz bestimmter Voraussetzungen möglich ist, durch den Absatz einer geringeren Menge zu höherem Preise (diesen Preis nennen wir den Monopolpreis) einen höheren Gewinn zu erzielen als durch den Absatz zu dem Preis, der sich auf dem Markt einstellen würde, falls mehrere Verkäufer in Wettbewerb stünden (Konkurrenzpreis). Die erwähnte Voraussetzung ist die, daß der Konsum auf eine Preissteigerung nicht so stark mit Einschränkung der Nachfrage reagiert, daß bei dem verminderten Absatz zu höheren Preisen kein grösserer Gesamtgewinn zu erzielen ist. Ist es nun tatsächlich möglich, eine Monopolstellung auf dem Markte zu erlangen und durch Erhöhung des Preises auf den Monopolpreis auszunützen, dann ergeben sich in dem be-

treffenden Industriezweig höhere als die durchschnittlichen Gewinne. Selbst wenn ungeachtet dieser höheren Gewinne neue Unternehmungen der gleichen Art nicht errichtet werden, weil man etwa befürchten muß, daß sich die neuen Betriebe nach Herabdrückung des Monopolpreises auf den Konkurrenzpreis nicht entsprechend rentieren werden, muß man damit rechnen, daß verwandte Industrien, die mit verhältnismäßig geringem Aufwand die Produktion des kartellierten Artikels aufzunehmen in der Lage sind, als Konkurrenten auftreten, und jedenfalls werden die Surrogatindustrien gleich zur Stelle sein, um durch Erweiterung der Produktion die günstige Lage auszunützen. Aus allen diesen Gründen ergibt sich, daß Monopole der verarbeitenden Industrie, die nicht auf der monopolistischen Verfügung über bestimmte Rohstoffvorkommen beruhen, außerordentlich selten sind. Wo sie vorkommen, sind sie immer nur ermöglicht worden durch bestimmte Maßnahmen der Gesetzgebung, durch Patente und ähnliche Rechte, durch Zoll- und steuerrechtliche Bestimmungen und durch das Konzessionssystem. Man hat vor ein oder zwei Jahrzehnten von dem Transportmonopol der Eisenbahnen gesprochen. Es sei dahingestellt, wie weit dieses Monopol auf dem Konzessionssystem beruht hat. Heute wird man im allgemeinen von ihm nicht mehr viel Aufhebens machen. Der Kraftwagen und das Flugzeug sind gefährliche Konkurrenten der Eisenbahnen geworden. Aber auch schon vor dem Aufkommen dieser Konkurrenten gab es in der Möglichkeit der Benützung des Wasserweges eine bestimmte Grenze, über die hinaus in zahlreichen Verkehrsrelationen die Eisenbahnen mit ihren Tarifen nicht schreiten durften.

Wenn heute vielfach davon gesprochen wird, daß eine wesentliche Voraussetzung des liberalen Ideals der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die Monopolbildung beseitigt worden sei, so ist das nicht nur eine arge Übertreibung, sondern Verkennung der Tatsachen. Wie immer man auch das Monopolproblem drehen und wenden will, immer wird man darauf zurückkommen, daß Monopolpreise nur dann möglich sind, wenn es sich um die Verfügung über Bodenkräfte bestimmter Art handelt oder wenn Gesetzgebung und Verwaltung die Voraussetzung für die Monopolbildung schaffen. In der wirtschaftlichen Entwicklung an sich ist, mit Ausnahme des Bergbaues und verwandter Produktionszweige, von einer Tendenz zur Ausschaltung des Wettbewerbes nicht die Rede. Wenn man gegen den Liberalismus einwendet, daß die Bedingungen des Wettbewerbes, wie sie zur Zeit der klassischen Nationalökonomie und der Anfänge der liberalen Ideen bestanden haben, nicht mehr gegeben seien, so ist dies in keiner Weise berechtigt. Es genügt, einige Forderungen des Liberalismus (Freihandel im Binnenverkehr und im Verkehr

mit dem Auslande) durchzuführen, um die Bedingungen wieder herzustellen.

8. Bureaukratisierung.

Noch in einem anderen Sinne pflegt man davon zu sprechen, daß die Voraussetzungen des liberalen Gesellschaftsideals heute nicht mehr gegeben seien. In den Großbetrieben, die durch den Fortschritt der Arbeitsteilung notwendig geworden sind, müsse immer mehr und mehr der Personenapparat wachsen. Diese Betriebe würden daher in ihrer Geschäftsführung dem Staatsbetrieb mit seiner von niemand mehr als vom Liberalismus gescholtenen Bureaukratie immer ähnlicher. Von Tag zu Tag würden sie schwerfälliger und Neuerungen unzugänglicher. Die Auslese für die leitenden Stellungen erfolge nicht mehr nach der Tüchtigkeit und Bewährung im Geschäfte, sondern nach formalen Gesichtspunkten, nach der Vorbildung, nach dem Dienstalter und häufig nach persönlichen Beziehungen unsachlicher Art. Damit schwinde schließlich das, was die private Unternehmung gegenüber der öffentlichen ausgezeichnet habe. Wenn es zur Zeit der liberalen Klassiker auch berechtigt gewesen sei, gegen den freie Initiative und Arbeitsfreude unterbindenden Staatsbetrieb aufzutreten, so sei dies heute nicht mehr der Fall, wo in den privaten Unternehmungen nicht weniger bureaukratisch, pedantisch und formalistisch verfahren werde als im öffentlichen Betrieb.

Um die Stichhaltigkeit dieser Einwände prüfen zu können, muß man sich zunächst darüber klar werden, was eigentlich unter Bureaukratie und bureaukratischer Geschäftsführung zu verstehen sei, und worin sich diese von Kaufmannschaft und kaufmännischer Geschäftsführung unterscheiden. Der Gegensatz von Kaufmannsgeist und Bureaukratengeist ist die Übertragung ins Geistige des Gegensatzes zwischen Kapitalismus — Sondereigentum an den Produktionsmitteln — und Sozialismus — Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Wer über Produktionsmittel verfügt, die sein Eigentum sind, oder die ihm von den Eigentümern gegen Entgelt geliehen wurden, muß stets darauf bedacht sein, die Produktionsmittel so zu verwenden, daß der unter den gegebenen Verhältnissen dringendste gesellschaftliche Bedarf durch sie befriedigt wird. Tut er dies nicht, dann arbeitet er mit Verlust und wird in seiner Eigentümer- und Unternehmerstellung zunächst beschränkt und schließlich aus ihr ganz verdrängt. Er hört auf, Eigentümer und Unternehmer zu sein und muß in den Kreis jener zurücktreten, die lediglich ihre Arbeitskraft zu verkaufen in der Lage sind und nicht die Aufgabe haben, die Produktion in die — im Sinne der Verbraucher — richtigen

Wege zu leiten. In der Kapitals- und Rentabilitätsrechnung, die das Um und Auf der kaufmännischen Buchführung und Kalkulation bildet, besitzen Unternehmer und Kapitalisten ein Verfahren, das es ihnen ermöglicht, mit der höchsten erreichbaren Genauigkeit ihr Tun und Lassen bis in alle Einzelheiten zu kontrollieren und womöglich an jeder einzelnen Handlung — am einzelnen Geschäftsvorfall — zu sehen, welche Wirkungen sie auf den Gesamterfolg des Unternehmens ausüben wird. In Geld Buchführen und Rechnen ist so das wichtigste geistige Rüstzeug des kapitalistischen Unternehmers, und kein Geringerer als Goethe hat es ausgesprochen, daß die doppelte Buchhaltung „eine der schönsten Erfindungen des menschlichen Geistes" sei. Das konnte Goethe sagen, weil er frei war von jenem Ressentiment, das die kleinen Literaten stets gegen den Geschäftsmann hegen. Der Chorus dieser Kleinen wiederholt immer wieder, daß Geldrechnung und Geldgebarung das schändlichste sind, was es auf Erden gibt.

Geldrechnung, Buchhaltung, Kalkulation und Betriebsstatistik geben selbst in dem größten und verwickeltsten Betrieb die Möglichkeit, den Erfolg jeder einzelnen Abteilung genau zu überprüfen. Dadurch wird es möglich, auch die Tätigkeit der einzelnen Abteilungsleiter in ihrer Bedeutung für den Gesamterfolg des Unternehmens zu beurteilen. So erhält man eine feste Richtschnur für die Behandlung der einzelnen Abteilungsleiter; man weiß, was sie wert sind und wie hoch man sie entlohnen darf. Der Aufstieg zu höheren und verantwortungsvolleren Stellungen führt über den unzweifelhaft nachgewiesenen Erfolg im engeren Wirkungskreis. Und wie man die Tätigkeit der Abteilungsleiter an der Hand der Betriebsrechnung zu kontrollieren vermag, kann man auch die Tätigkeit des Unternehmens auf jedem einzelnen Gebiet seiner Gesamtbetätigung und die Wirkung bestimmter organisatorischer und ähnlicher Maßnahmen überprüfen.

Es gibt freilich Grenzen für diese exakte Kontrolle. Innerhalb der Abteilung kann man Erfolg oder Mißerfolg der Tätigkeit des einzelnen nicht mehr in der Weise erfassen wie den des Abteilungsleiters. Es gibt ferner Abteilungen, deren Beitrag zur Gesamtleistung nicht rechnungsmäßig erfaßt werden kann; was ein Studienbureau, ein Rechtsbureau, ein Sekretariat, ein statistischer Dienst u. dgl. leisten, kann nicht in der Weise ermittelt werden, in der etwa die Leistung eines bestimmten Verkaufs- oder Erzeugungsdienstes ermittelt wird. Jenes muß der schätzungsweisen Beurteilung durch die zuständigen Abteilungsleiter, dies wieder der durch die Gesamtleitung des Unternehmens überlassen bleiben, und kann ihnen auch ruhig überlassen werden, da die verhältnismäßige Über-

sichtlichkeit der Verhältnisse es zuläßt und die Beurteiler (Abteilungsleitungen und Gesamtleitung) an der Richtigkeit der Beurteilung dadurch interessiert sind, daß das Erträgnis der ihnen überantworteten Geschäfte auf ihr persönliches Einkommen rückwirkt.

Den Gegensatz zu diesem in jeder seiner Lebensäußerungen durch die Rentabilitätsrechnung kontrollierten Unternehmen bildet der Apparat der öffentlichen Verwaltung. Ob ein Richter — und was vom Richter gilt, gilt in gleicher Weise von jedem Verwaltungsbeamten der Hoheitsverwaltung — seinen Aufgaben besser oder schlechter nachgekommen ist, kann keine Rechnung zeigen. Es gibt keine Möglichkeit, an irgendwelchen objektiven Merkmalen festzustellen, ob ein Bezirk oder ein Ressort gut oder schlecht, teuer oder billig verwaltet werden. Bei der Beurteilung der Tätigkeit der Beamten der öffentlichen Verwaltung ist daher dem freien Ermessen und mithin auch der Willkür Tür und Tor geöffnet. Auch die Frage, ob ein Amt notwendig sei, ob in ihm zu viel oder zu wenig Angestellte tätig sind und ob seine Einrichtung zweckmäßig oder unzweckmäßig ist, kann immer nur entschieden werden nach Gesichtspunkten, die die Beimengung von Unsachlichkeit gestatten. Nur auf einem einzigen Feld der öffentlichen Verwaltung gibt es ein unzweifelhaftes Kriterium des Erfolges und des Mißerfolges: auf dem der Kriegführung. Aber auch hier ist nur das Ob des Erfolges gewiß. Die Frage, wieweit die Verteilung der Machtverhältnisse schon vor Beginn der Kämpfe die Entscheidung festgelegt hatte, und wieviel von dem Ausgang der Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit und dem Verhalten der Führer und der Zweckmäßigkeit der getroffenen Einrichtungen zuzuschreiben ist, kann nicht streng und genau beantwortet werden. Es sind schon Feldherren als Sieger gefeiert worden, die alles getan haben, um dem Gegner den Sieg zu erleichtern, und den Erfolg nur Umständen verdanken, die stärker waren als die Fehler, die sie selbst gemacht haben. Und es sind mitunter Besiegte verdammt worden, deren Genialität alles geleistet hatte, um die unabwendbare Niederlage fernzuhalten.

Der Leiter eines privatwirtschaftlichen Unternehmens gibt den Angestellten, denen er selbständige Aufgaben überweist, einen einzigen Auftrag mit: nach höchster Rentabilität zu streben. In diesem Auftrag ist alles enthalten, was er ihnen zu sagen hat, und die Buchführung ermöglicht es, leicht und sicher festzustellen, inwieweit sie ihm entsprochen haben. Der Leiter eines bureaukratischen Amtes befindet sich in einer ganz anderen Lage. Er vermag seinen Untergebenen Aufträge zu erteilen über das, was sie zu tun haben, doch ob die Mittel, die sie zur Erzielung dieses Erfolges aufwenden, in einem richtigen Verhältnis zu dem

Erfolg stehen, vermag er nicht nachzuprüfen. Wenn er nicht in allen ihm unterstellten Ämtern und Bureaus allgegenwärtig ist, vermag er nicht zu beurteilen, ob nicht die Erzielung desselben Erfolges mit einem geringeren Aufwand von Arbeit und Sachgütern möglich gewesen wäre. Davon, daß auch der Erfolg selbst sich nicht ziffernmäßig messen, sondern lediglich ungefähr bewerten läßt, sei hier gar nicht gesprochen. Denn wir betrachten ja die Dinge nicht vom Gesichtspunkte der Verwaltungstechnik und ihrer Auswirkung nach außen hin, sondern wir untersuchen lediglich ihre Rückwirkung auf den inneren Betrieb des bureaukratischen Apparates; uns beschäftigt daher der Erfolg lediglich in seinem Verhältnis zu den gemachten Aufwendungen. Weil nun für die Feststellung dieses Verhältnisses die rechnerische Ermittlung nach Art der kaufmännischen Buchführung undenkbar ist, muß der Leiter eines bureaukratischen Apparates seinen Untergebenen Weisungen an die Hand geben, deren Befolgung zur Pflicht gemacht wird. In diesen Weisungen ist in schematischer Weise Vorsorge getroffen für die Abwicklung des gewöhnlichen und regelmäßigen Ganges der Geschäfte. Für alle außerordentlichen Fälle aber muß, bevor Auslagen gemacht werden, die Weisung der vorgesetzten Behörde eingeholt werden, ein schleppendes und wenig zweckmäßiges Verfahren, zu dessen Gunsten man eben nur das eine anführen kann, daß es das einzig mögliche ist. Denn würde man jedem untergeordneten Organ, jedem Abteilungsleiter, jeder Zweigstelle das Recht geben, jene Auslagen zu machen, die sie für notwendig erachten, dann würde man die Kosten der Verwaltung ins Unermeßliche steigern. Darüber, daß das System höchst mangelhaft ist und wenig befriedigt, darf man sich nicht täuschen. Viele Ausgaben werden bewilligt, die überflüssig sind, und viele Ausgaben, die notwendig wären, unterbleiben, weil es eben dem bureaukratischen Apparat infolge seiner Eigentümlichkeiten nicht gegeben ist, sich den Verhältnissen so anzupassen, wie der kaufmännische es kann.

Die Bureaukratisierung äußert ihre Wirkung vor allem an ihrem Träger, dem Bureaukraten. Im privatwirtschaftlichen Unternehmen ist die Einstellung einer Arbeitskraft nicht Gnadenverleihung, sondern Geschäft, bei dem beide Teile, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, ihre Rechnung finden. Der Arbeitgeber muß trachten, die Arbeitskraft so hoch zu bezahlen, als der Arbeitsleistung entspricht. Täte er es nicht, dann läuft er Gefahr, den Arbeiter an einen besser zahlenden Konkurrenten abtreten zu müssen. Der Arbeitnehmer muß trachten, den Platz so auszufüllen, daß er seines Lohnes wert ist, um nicht die Stelle zu verlieren. Da die Anstellung keine Gunst ist, sondern ein Geschäft, muß

der Angestellte nicht darum besorgt sein, daß man ihn aus Mißgunst entlassen könnte. Denn der Unternehmer, der einen brauchbaren und seines Lohnes würdigen Angestellten aus Mißgunst entläßt, schädigt nur sich und nicht den Arbeiter, der eine andere entsprechende Verwendung finden wird. Es liegt auch nicht die geringste Schwierigkeit vor, die Befugnis, Arbeitskräfte einzustellen oder zu entlassen, dem Abteilungsleiter zu übertragen, denn da jeder Abteilungsleiter genötigt ist, unter dem Drucke der Kontrolle, die Buchführung und Kalkulation über seine Tätigkeit ausüben, auf die höchste Rentabilität seiner Abteilung zu sehen, muß er im eigenen Interesse darauf bedacht sein, die besten Arbeitskräfte in ihr festzuhalten. Wenn er aus Mißgunst jemand entläßt, den er nicht hätte entlassen sollen, wenn sein Handeln von persönlichen und nicht von sachlichen Rücksichten getragen gewesen ist, dann muß er es selber büßen. Es muß schließlich sein Schaden werden, wenn der Erfolg der von ihm geleiteten Abteilung beeinträchtigt wird. So gestaltet sich die Einordnung des persönlichen Produktionsfaktors, der Arbeit, in den Produktionsprozeß reibungslos. Ganz anders ist es im bureaukratischen Betrieb. Da hier die produktive Mitwirkung der einzelnen Abteilung und mithin auch der einzelnen Arbeitskraft, selbst wenn sie in leitender Stellung tätig ist, am Erfolg nicht ermittelt werden kann, so ist der Gunst und der Mißgunst sowohl bei der Anstellung als auch bei der Bezahlung Tür und Tor geöffnet. Daß bei Beamten- und Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienste die Fürsprache von einflußreichen Personen mitzuwirken hat, ist nicht auf eine besondere Schlechtigkeit derer zurückzuführen, die die Stellen zu besetzen haben, sondern eben auf die Tatsache, daß von vornherein jeder objektive Maßstab für die Besetzung fehlt. Gewiß sollen die Tüchtigsten angestellt werden, aber die Frage ist eben, wer der Tüchtigste ist. Wenn dies so einfach festzustellen wäre wie die Frage, was ein Eisendreher oder Schriftsetzer dem Unternehmen wert ist, so wäre die Sache in schönster Ordnung. Da dem nicht so ist, macht sich Willkür breit. Um dieser Willkür möglichst enge Grenzen zu ziehen, sucht man sie durch die Aufstellung von formalen Bedingungen für die Anstellung und Beförderung im Dienste zu beschränken. Man bindet die Erlangung bestimmter Stellen an einen bestimmten Bildungsgrad, an die erfolgreiche Ablegung von Prüfungen und an durch eine bestimmte Zeit fortgesetzte Betätigung in anderen Stellungen; man macht die Beförderung im Dienste von dem Dienstalter abhängig. Dies alles kann natürlich nicht im geringsten einen Ersatz schaffen für die Unmöglichkeit, den besten verfügbaren Mann für jeden Posten durch das Mittel der Rentabilitätsrechnung ausfindig zu machen.

Es hieße offene Türen einrennen, wollte man erst noch besonders ausführen, daß Schulbesuch, Prüfungen und Dienstalter nicht im geringsten die Gewähr dafür bieten, daß die Auslese richtig sei. Im Gegenteil! Dieses System schließt von vornherein aus, daß kraftvolle und tüchtige Persönlichkeiten an die Stelle kommen, die ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechend wäre. Nie noch ist auf dem Wege des vorgeschriebenen Lehrweges und Dienstganges eine wertvolle Persönlichkeit an die Spitze eines Departements gelangt. Selbst in dem beamtenfrommen Deutschland wird der Ausdruck „ein korrekter Beamter" angewendet, um auszudrücken, daß es sich um eine mark- und kraftlose Persönlichkeit, wenn auch von anständiger Gesinnung, handle.

Das charakteristische Merkmal des bureaukratischen Betriebes ist mithin das, daß ihm die Richtschnur der Rentabilitätsrechnung zur Beurteilung des Geschäftserfolges in seinem Verhältnis zum Aufwand fehlt und daß er daher genötigt ist, zur — wenn auch höchst unvollkommenen Wettmachung dieses Mangels — die Abwicklung der Geschäfte und die Einstellung des Personals an formale Vorschriften zu binden. Alle Übel, die man dem bureaukratischen Betrieb nachsagt, seine Starrheit, seine Erfindungsarmut und seine Hilflosigkeit gegenüber Problemen, die im kaufmännischen Leben leicht gelöst werden, sind die Folge dieses einen Grundmangels. Solange die Tätigkeit des Staatsapparates auf jenes enge Gebiet beschränkt bleibt, das ihm der Liberalismus zuweist, können sich die Nachteile des Bureaukratismus allerdings nicht allzusehr bemerkbar machen. Zum großen Problem der gesamten Wirtschaft werden sie erst in dem Augenblick, in dem der Staat — und dasselbe gilt natürlich auch von Gemeinden und Kommunalverbänden — dazu übergeht, Produktionsmittel zu vergesellschaften und sich selbst aktiv in der Produktion oder gar im Handel zu betätigen.

Wird der öffentliche Betrieb nur unter dem Gesichtspunkte höchster Rentabilität geführt, dann kann er freilich, solange noch die überwiegende Zahl der Betriebe im Sondereigentum steht und mithin noch Marktverkehr besteht und Marktpreise gebildet werden, von der Rentabilitätsrechnung in Geld Gebrauch machen. Was ihn in seiner Entfaltung und Wirksamkeit behindert, ist allein der Umstand, daß seine Leiter — Organe des Staates — am Erfolg oder Mißerfolg der Geschäfte nicht in der Weise interessiert sind, in der dies bei privaten Unternehmungen der Fall ist. Man kann daher dem Leiter nicht die freie Entscheidung über einschneidende Maßregeln überlassen; da er den Verlust, der sich unter Umständen als Folge seiner Geschäftspolitik ergeben könnte, nicht trägt, könnte seine Geschäftsführung allzu leicht geneigt sein, Wagnisse einzugehen, die ein

wahrhaft verantwortlicher — weil am Verlust beteiligter — Leiter nicht auf sich nehmen würde. Man muß daher seine Befugnisse irgendwie beschränken. Gleichviel nun, ob man ihn an starre Normen oder an die Beschlüsse eines Kontrollkollegiums oder an die Zustimmung einer vorgesetzten Behörde bindet, die Gebarung des Betriebes erhält in jedem Fall jene Schwerfälligkeit und jenen Mangel an Anpassungsfähigkeit, die den öffentlichen Betrieb überall von Mißerfolg zu Mißerfolg geführt haben.

Doch es wird im allgemeinen nur selten vorkommen, daß ein öffentlicher Betrieb auf nichts anderes als auf Rentabilität hinarbeitet und alle übrigen Gesichtspunkte beiseite läßt. In der Regel wird vom öffentlichen Betrieb verlangt, daß er auf bestimmte „volkswirtschaftliche“ und andere Gesichtspunkte Rücksicht nehme. Man fordert etwa, daß er bei der Beschaffung und beim Verkaufe die inländische Erzeugung gegenüber der ausländischen bevorzuge; von Eisenbahnen wird verlangt, daß sie in der Tariferstellung im Dienste bestimmter handelspolitischer Interessen tätig seien, daß sie Linien bauen und betreiben, die nicht rentabel gestaltet werden können, um die Wirtschaft eines bestimmten Gebietes zur Entwicklung zu bringen, daß sie wieder andere Linien aus strategischen und sonstigen Gründen betreiben. Wenn nun solche Momente in die Geschäftsführung hineinspielen, dann ist jede Kontrolle durch die Rentabilitätsrechnung ausgeschlossen. Wenn der Staatsbahndirektor, der einen ungünstigen Jahresabschluß vorlegt, in der Lage ist zu sagen: die mir anvertrauten Bahnstrecken haben freilich, unter dem Gesichtspunkte der privatwirtschaftlichen Rentabilität betrachtet, ungünstig gearbeitet, aber man darf nicht vergessen, daß sie volkswirtschaftlich, nationalpolitisch, militärpolitisch und unter manchen anderen Gesichtspunkten noch vieles geleistet haben, was in die Rentabilitätsrechnung nicht eingeht, so ist es klar, daß unter solchen Umständen die Rentabilitätsrechnung jeglichen Wert für die Beurteilung des Geschäftserfolges verloren hat, so daß der Betrieb — auch abgesehen von anderen in derselben Richtung wirkenden Umständen — notwendigerweise genau so bureaukratisch geführt werden muß wie etwa die Verwaltung eines Gefängnisses oder eines Steueramtes.

Ein lediglich nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführtes, d. h. auf höchste Rentabilität hinarbeitendes Privatunternehmen kann, auch wenn es noch so groß ist, niemals bureaukratisch werden. Das strenge Festhalten am Rentabilitätsprinzip ermöglicht es auch dem größten Betrieb, für jeden Geschäftsvorfall und für die Tätigkeit jeder Abteilung die Bedeutung für den Gesamterfolg mit voller Schärfe zu ermitteln. Solange die Unternehmungen nur auf den Gewinn sehen, bleiben

sie von allen Schäden der Bureaukratisierung bewahrt. Die Bureaukratisierung von im Sondereigentum stehenden Unternehmungen, die wir heute allenthalben feststellen können, kommt lediglich daher, daß der Interventionismus ihnen für die Betriebsführung Gesichtspunkte aufdrängt, die ihnen, wären sie in ihren Entschließungen unabhängig, fern liegen würden. Wenn ein Unternehmen Rücksicht nehmen muß auf politische Vorurteile und Empfindlichkeiten aller Art, weil es sonst durch die Staatsorgane in jeder Hinsicht schikaniert werden könnte, dann verliert es schnell den sicheren Boden der Rentabilitätsrechnung. Es gibt z. B. in den Vereinigten Staaten unter den der public utility dienenden Unternehmungen solche, die zur Vermeidung von Konflikten mit der öffentlichen Meinung und der durch sie beeinflußten Legislative, Judikatur und Verwaltung Katholiken, Juden, Atheisten, Darwinisten, Neger, Iren, Deutsche, Italiener und alle frisch Eingewanderten grundsätzlich nicht anstellen. Die im interventionistischen Staatswesen für jedes Unternehmen bestehende Notwendigkeit, sich zur Vermeidung schwerer Nachteile den Wünschen der Staatsgewalt zu fügen, hat es bewirkt, daß solche und andere den Rentabilitätszielen der Unternehmungen fremde Gesichtspunkte die Geschäftsführung immer mehr beeinflussen. Damit schwindet die Bedeutung der exakten Kalkulation und Buchführung, und die Unternehmungen beginnen immer mehr die unsachliche, an Formalprinzipien orientierte Gebarungsweise öffentlicher Betriebe anzunehmen; sie werden bureaukratisiert.

Die Bureaukratisierung der Geschäftsführung großer Unternehmungen ist mithin keineswegs das Ergebnis einer in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft gelegenen Notwendigkeit. Sie ist nichts als eine Folgeerscheinung der interventionistischen Politik. Würden Staat und andere gesellschaftliche Gewalten die Unternehmungen nicht behindern, dann könnten auch die größten Betriebe genau so kaufmännisch arbeiten wie die kleinen.

III. Liberale Außenpolitik.

1. Die Staatsgrenzen.

Innere Politik und auswärtige Politik sind dem Liberalen kein Gegensatz, und die oft aufgeworfene und eingehend erörterte Frage, ob die außenpolitischen Erwägungen den innerpolitischen vorzugehen haben oder diese jenen, ist in seinen Augen müßig. Denn der Liberalismus umspannt in seinem politischen Konzept von vornherein die ganze Welt, und dieselben Ideen, die er im kleinsten Kreis zu verwirklichen sucht, hält er auch für die große Weltpolitik für richtig. Wenn der Liberale Außenpolitik und Innenpolitik unterscheidet, so tut er es nur, um den großen Aufgabenkreis der Politik zweckmäßig unterzuteilen und zu gliedern, keineswegs aber etwa darum, weil er der Meinung wäre, daß in der auswärtigen Politik andere Grundsätze zu gelten hätten als in der inneren.

Das Ziel der inneren Politik des Liberalismus ist auch das seiner auswärtigen Politik: Frieden. So wie im Innern der Staaten so strebt der Liberalismus auch im Verkehr zwischen den Staaten friedliches Zusammenwirken an. Der Ausgangspunkt des liberalen Denkens ist die Erkenntnis des Wertes und der Wichtigkeit menschlicher Kooperation, und alles, was der Liberalismus plant und ins Werk setzen will, dient der Erhaltung des gegenwärtig erreichten Standes und dem weiteren Ausbau der wechselseitigen Kooperation der Menschen. Als letztes Ideal schwebt dabei immer der Gedanken einer vollständigen Kooperation der ganzen Menschheit vor, die sich friedlich und ohne Reibungen abwickelt. Das Denken des Liberalen hat immer das Ganze der Menschheit im Auge und nicht nur Teile, es haftet nicht an engen Gruppen, es endet nicht an den Grenzen des Dorfes, der Landschaft, des Staates und des Erdteils. Es ist ein kosmopolitisches, ein ökumenisches Denken, ein Denken, das alle Menschen und die ganze Erde umspannt. Der Liberalismus ist in diesem Sinne Humanismus, der Liberale Weltbürger, Kosmopolit.

Kosmopolitismus ist heute, da die antiliberalen Ideen die Welt beherrschen, in den Augen der Massen ein Vorwurf. Es gibt in Deutschland übereifrige Patrioten, die es den großen deutschen Dichtern, besonders Goethe, nicht verzeihen können, daß ihr Denken und Fühlen nicht national beschränkt, sondern kosmopolitisch gerichtet war. Man meint, daß zwischen den Interessen der Nation und jenen der Menschheit ein unüberbrückbarer Gegensatz bestehe, und daß derjenige, der sein Sinnen und Trachten auf das Wohl der Menschheit als Ganzes richtet, notwendigerweise die Interessen seines eigenen Volkes hintansetzt. Nichts ist verkehrter als diese Auffassung. So wenig wie derjenige, der auf das Wohl des ganzen deutschen Volkes hinarbeitet, damit die Interessen seiner engeren Heimat schädigt, so wenig schädigt ein Deutscher, der auf das Wohl der ganzen Menschheit hinarbeitet, seine Volksgenossen, d. s. die Mitmenschen, die ihm durch Sprache und Nachbarschaft und vielfach auch durch Abstammung und geistige Gemeinschaft näherstehen, in ihren besonderen Interessen. Denn so wie der einzelne daran interessiert ist, daß das engere Gemeinwesen, in dem er lebt, blühe und gedeihe, so ist er auch in demselben Maße an dem Gedeihen der ganzen Welt interessiert.

Die nationalistischen Chauvinisten, die behaupten, daß zwischen den Interessen der einzelnen Völker unüberbrückbare Gegensätze bestehen, und die Politik darauf abstellen wollen, das eigene Volk über alle anderen Völker zu erheben, auch wenn dies nicht anders als durch Gewaltanwendung geschehen kann, pflegen mit der größten Emphase die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Zusammenhaltes innerhalb der einzelnen Völker und Staaten zu verkünden. Je schärfer sie die Notwendigkeit des Kampfes nach außen hin betonen, desto schärfer verlangen sie Einheit im Innern des Volkes. Dieser Forderung der Einigkeit im Innern tritt nun der Liberale keineswegs entgegen. Im Gegenteil! Die Forderung des Friedens im Innern der Nationen ist ein Postulat, das, aus der Idee des Liberalismus geboren, erst durch die Kraft, die die liberalen Ideen im 18. Jahrhundert zu erlangen wußten, zur Herrschaft gelangt ist. Bevor die liberalen Ideen mit ihrer unbedingten Hochschätzung des Friedens auf den Plan getreten waren, haben sich die Völker nicht darauf beschränkt, Kriege mit anderen Völkern zu führen; auch im Innern der Völker gab es beständig Streit und Zank und blutigen Hader. Noch im 18. Jahrhundert standen bei Culloden Briten gegen Briten im Kampfe. Noch im 19. Jahrhundert wurde in Deutschland von Preußen gegen Österreich Krieg geführt, wobei auf jeder Seite noch andere deutsche Staaten mitkämpften. Damals sah Preußen nichts Böses darin, an der

Seite Italiens gegen das deutsche Österreich zu kämpfen, und 1870 hat es nur der schnelle Gang der Ereignisse verhindert, daß Österreich an der Seite der Franzosen in den Kampf gegen Preußen und seine Verbündeten trat. Viele der Siege, auf die die preußische Armee stolz ist, waren Siege, die preußische Truppen über die Truppen anderer deutscher Staaten davongetragen haben. Erst der Liberalismus hat die Völker gelehrt, sich im Innern zu vertragen, wie er sie lehren will, auch nach außen hin Frieden zu halten.

Das entscheidende unwiderlegbare Argument gegen den Krieg holt der Liberalismus aus der Tatsache der internationalen Arbeitsteilung. Die Arbeitsteilung überschreitet schon lange die Grenzen der politischen Gemeinschaft. Kein Kulturvolk befriedigt heute seine Bedürfnisse selbstgenügsam unmittelbar durch eigene Produktion. Alle Völker sind darauf angewiesen, Waren aus dem Ausland zu beziehen und durch die Ausfuhr von eigenen Erzeugnissen zu bezahlen. Die Unterbindung des internationalen Warenaustausches würde die Menschheit kulturell schwer schädigen, würde den Wohlstand, ja die Existenzgrundlage von Millionen und Millionen Menschen untergraben. In einem Zeitalter, in dem die Völker wechselseitig auf die Erzeugnisse ausländischer Produktion angewiesen sind, können Kriege nicht mehr geführt werden. Da ein Krieg, den ein in die internationale Arbeitsteilung verflochtenes Volk führt, durch Unterbindung der Zufuhren entschieden werden kann, muß eine Politik, die auf die Möglichkeit eines Krieges Rücksicht nehmen will, darauf bedacht sein, die nationale Wirtschaft selbstgenügsam zu machen, d. h. sie muß schon im Frieden dahin streben, daß die internationale Arbeitsteilung an den Grenzen des eigenen Staates Halt macht. Wollte Deutschland aus der internationalen Arbeitsteilung ausscheiden und darnach streben, alle seine Bedürfnisse durch heimische Erzeugung unmittelbar zu befriedigen, so würde es das jährliche Gesamtprodukt der deutschen Arbeit verkleinern und so den Wohlstand, die Lebenshaltung und das Kulturniveau des deutschen Volkes beträchtlich herabdrücken.

2. Das Selbstbestimmungsrecht.

Es wurde schon gezeigt, daß Frieden im Innern eines Staates nur dann bestehen kann, wenn eine demokratische Staatsverfassung die Gewähr dafür bietet, daß die Anpassung des herrschenden Systems an den Willen der Staatsbürger sich reibungslos vollziehen kann. Es braucht nichts anderes als die folgerichtige Durchführung derselben Prinzipien, um auch den Frieden zwischen den Völkern zu sichern.

Die älteren Liberalen dachten, daß die Völker von Natur aus fried-

fertig seien und daß nur die Fürsten den Krieg wollen, um durch Eroberung von Provinzen ihre Macht und ihren Reichtum zu mehren. Sie meinten daher, daß es genüge, die Fürstenherrschaft durch vom Volke abhängige Regierungen zu ersetzen, um den dauernden Frieden zu sichern. Zeigt es sich dann im Volksstaate, daß die Staatsgrenzen, wie sie im Zuge der Geschichte geworden sind und im Augenblicke des Überganges zum Liberalismus bestehen, nicht mehr dem Staatswillen der Staatsangehörigen entsprechen, dann müssen sie gemäß den Ergebnissen von den Willen der Bürger zum Ausdruck bringenden Volksabstimmungen friedlich verändert werden. Es muß die Möglichkeit bestehen, daß die Staatsgrenzen verlegt werden, wenn der Wille der Bewohner eines Landesteiles, sich einem anderen Staate anzuschließen als dem, dem sie gerade angehören, sich deutlich kundgegeben hat. Im 17. und 18. Jahrhundert haben die russischen Zaren weite Gebiete ihrem Reiche einverleibt, deren Bevölkerung niemals den Wunsch gehabt hatte, dem russischen Staate anzugehören. Auch wenn das russische Reich eine vollkommen demokratische Verfassung durchgeführt hätte, wären die Wünsche der Bewohner dieser Ländergebiete nicht befriedigt gewesen, weil sie überhaupt nicht den Wunsch hatten, mit den Russen zusammen einem gemeinschaftlichen Staatsverbande anzugehören. Ihre demokratische Forderung war: los vom russischen Reich, Bildung eines selbständigen polnischen, finnischen, lettischen, litauischen usw. Staatswesens. Daß diese Forderungen und ähnliche Wünsche anderer Völker (z. B. Italiener, Deutsche in Schleswig-Holstein, Slaven und Magyaren im Habsburgerreich), nicht anders befriedigt werden konnten als durch Krieg, war die wichtigste Ursache aller Kriege, die in Europa seit dem Wiener Kongreß geführt wurden.

Das Selbstbestimmungsrecht in bezug auf die Frage der Zugehörigkeit zum Staate bedeutet also: wenn die Bewohner eines Gebietes, sei es eines einzelnen Dorfes, eines Landstriches oder einer Reihe von zusammenhängenden Landstrichen, durch unbeeinflußt vorgenommene Abstimmungen zu erkennen gegeben haben, daß sie nicht in dem Verband jenes Staates zu bleiben wünschen, dem sie augenblicklich angehören, sondern einen selbständigen Staat bilden wollen oder einem anderen Staate zuzugehören wünschen, so ist diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Nur dies allein kann Bürgerkriege, Revolutionen und Kriege zwischen den Staaten wirksam verhindern.

Man mißversteht dieses Selbstbestimmungsrecht, wenn man es als „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ bezeichnet. Es handelt sich nicht um das Selbstbestimmungsrecht einer national geschlossenen Einheit, sondern es handelt sich darum, daß die Bewohner eines jeden Ge-

bietes darüber zu entscheiden haben, welchem Staatsverband sie angehören wollen. Noch ärger ist das Mißverständnis, wenn man das Selbstbestimmungsrecht als „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" gar dahin verstanden hat, daß es einem Nationalstaate das Recht gebe, Teile der Nation, die einem anderen Staatsgebiet angehören, wider ihren Willen aus ihrem Staatsverband loszulösen und dem eigenen Staat einzuverleiben. Die italienischen Faszisten leiten aus dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen die Forderung ab, den Kanton Tessin und Teile anderer Kantone von der Schweiz loszulösen und mit Italien zu vereinigen, auch wenn die Bewohner dieser Kantone dies gar nicht wünschen. Ähnlich ist die Stellung eines Teiles der Alldeutschen zur deutschen Schweiz und zu den Niederlanden.

Das Selbstbestimmungsrecht, von dem wir sprechen, ist jedoch nicht Selbstbestimmungsrecht der Nationen, sondern Selbstbestimmungsrecht der Bewohner eines jeden Gebietes, das groß genug ist, einen selbständigen Verwaltungsbezirk zu bilden. Wenn es irgend möglich wäre, jedem einzelnen Menschen dieses Selbstbestimmungsrecht einzuräumen, so müßte es geschehen. Nur weil dies nicht durchführbar ist, da die staatliche Verwaltung eines Landstrichs aus zwingenden verwaltungstechnischen Rücksichten einheitlich geordnet sein muß, ist es notwendig, das Selbstbestimmungsrecht auf den Mehrheitswillen der Bewohner von Gebieten einzuschränken, die groß genug sind, um in der politischen Landesverwaltung als räumliche Einheiten aufzutreten.

Daß das Selbstbestimmungsrecht, soweit es wirksam war und überall, wo man es hätte wirksam werden lassen, im 19. und im 20. Jahrhundert zur Bildung von Nationalstaaten und zur Zerschlagung der Nationalitätenstaaten geführt hat oder geführt hätte, entsprang dem freien Willen der zur Entscheidung in der Volksabstimmung Berufenen. Die Bildung von Staaten, die alle Angehörigen einer Nation umfassen, war das Ergebnis des Selbstbestimmungsrechtes, nicht sein Zweck. Wenn ein Volksteil sich in staatlicher Selbständigkeit oder im Staatsverbande mit Angehörigen anderer Völker wohler fühlt als im nationalen Einheitsstaat, kann man wohl versuchen, ihn durch Werbung für die Ideologie des nationalen Einheitsstaates zu gewinnen, um seine politischen Wünsche umzugestalten. Wenn man aber gegen seinen Willen sein politisches Schicksal unter Berufung auf das höhere Recht der Nation bestimmen will, dann verletzt man das Selbstbestimmungsrecht nicht anders als durch irgendeine andere Form von Unterdrückung. Eine Aufteilung der Schweiz unter Deutschland, Frankreich und Italien wäre, auch wenn sie genau nach der Sprachgrenze vor sich gehen würde, eine ebenso

krasse Verletzung des Selbstbestimmungsrechts wie es einst die Teilung Polens war.

3. Die politischen Grundlagen des Friedens.

Nach den Erfahrungen, die der Weltkrieg gebracht hat, dürfte die Erkenntnis von der Notwendigkeit des immerwährenden Friedens wohl mehr und mehr zum Gemeingut aller werden. Es wird aber noch immer nicht beachtet, daß ewiger Frieden nur durch restlose und allgemeine Durchführung des liberalen Programms erreicht werden kann, und daß der Weltkrieg nichts anderes war als die natürliche und notwendige Folge der antiliberalen Politik der letzten Jahrzehnte.

Ein unsinniges und gedankenloses Schlagwort macht den Kapitalismus für die Entstehung des Krieges verantwortlich. Man sieht deutlich den Zusammenhang zwischen der Schutzzollpolitik und der Entstehung des Krieges und glaubt, freilich in arger Unkenntnis der Dinge, den Schutzzoll mit dem Kapitalismus ohne weiteres identifizieren zu dürfen. Man vergißt dabei, daß man noch vor kurzem dem Kapitalismus (dem „Finanzkapital", der „goldenen Internationale" und dem „Handelskapital") vorgeworfen hat, daß er vaterlandslos sei und sich gegen die Notwendigkeit des Schutzzolles stemme. Man vergißt, daß man noch vor kurzem in allen nationalistischen Schriften heftige Angriffe gegen das internationale Kapital lesen konnte, dem Kriegsscheu und Friedensfreundlichkeit zum Vorwurf gemacht wurden. Ganz töricht ist es, für den Ausbruch des Krieges die Rüstungsindustrie verantwortlich zu machen. Die Rüstungsindustrie ist entstanden und zu beträchtlicher Größe emporgewachsen, weil die krieglüsternen Regierungen und Völker nach Waffen verlangten. Es wäre gar zu absurd, annehmen zu wollen, daß die Völker sich aus Gefälligkeit für die Kanonenfabriken der imperialistischen Politik zugewendet hätten. So wie jede andere Industrie so entstand auch die Rüstungsindustrie, um ein Bedürfnis zu befriedigen. Hätten die Völker es vorgezogen, statt Geschosse und Sprengmittel andere Dinge zu beziehen, dann hätten die Fabrikanten diese erzeugt und nicht jene.

Man kann annehmen, daß der Wunsch nach Frieden heute allgemein ist. Aber die Völker sind nicht im Klaren darüber, welche Voraussetzungen erforderlich sind, um den Frieden zu sichern.

Damit der Frieden nicht gestört werde, muß man das Interesse am Kriegführen beseitigen. Man muß eine Ordnung aufrichten, die Völkern und Volksteilen Lebensverhältnisse schafft, mit denen sie soweit zufrieden sind, daß sie nicht zum Verzweiflungsmittel des Krieges greifen.

Der Liberale geht nicht darauf aus, den Krieg durch Sittensprüche und Predigten abzuschaffen. Er sucht in der Gesellschaft Bedingungen zu schaffen, die die Kriegsursachen beseitigen.

Die erste Voraussetzung dieser Art ist das Sondereigentum. Wenn das Sondereigentum auch im Kriege hochgehalten werden muß, wenn der Sieger nicht berechtigt ist, sich das Sondereigentum der Privatleute anzueignen, und die Aneignung des öffentlichen Eigentums keine große Bedeutung hat, weil überall Sondereigentum an den Produktionsmitteln besteht, dann entfällt bereits ein wichtiger Grund zum Kriegführen. Das ist aber noch lange nicht genug, um den Frieden zu sichern. Man muß, um das Selbstbestimmungsrecht nicht zur Farce werden zu lassen, die politischen Einrichtungen so treffen, daß der Übergang eines Gebietes von einer Staatshoheit in die andere möglichst geringe Bedeutung besitzt, so daß durch ihn niemand zu Schaden kommt oder Gewinn erzielt. Man macht sich keine richtige Vorstellung davon, was dazu erforderlich ist. Es ist daher notwendig, es an einigen Beispielen klar darzustellen.

Man nehme eine Sprachen- und Nationalitätenkarte Mittel- oder Osteuropas zur Hand und beachte, wie oft z. B. im nördlichen und westlichen Böhmen die Volksgrenzen durch die Eisenbahnlinien geschnitten werden. Hier kann man im interventionistischen und im etatistischen Staat die Staatsgrenze der Volksgrenze nicht anpassen. Es geht nicht an, über den Boden des deutschen Staates Staatsbahnen des tschechischen Staates zu führen, und es geht noch weniger an, eine Eisenbahnlinie zu betreiben, bei der alle paar Kilometer eine andere Verwaltung den Betrieb führt. Es wäre ebenso undenkbar, nach je einigen Minuten oder Viertelstunden Eisenbahnfahrt wieder vor einer Zollgrenze mit allen ihren Förmlichkeiten zu stehen. So ist es denn leicht zu begreifen, wenn die Etatisten und Interventionisten zum Schlusse gelangen, daß die „geographische“ oder „wirtschaftliche“ Einheit solcher Gebiete nicht „zerrissen“ werden dürfe, daß man daher das Gebiet „einem Herrn“ zuweisen müsse. (Daß jedes Volk zu beweisen sucht, daß es allein berechtigt und berufen sei, diese Herrenrolle zu spielen, ist selbstverständlich.) Für den Liberalismus gibt es hier überhaupt kein Problem. Privatbahnen können, wenn sie frei sind von jeder obrigkeitlichen Einmengung, ungehindert auch das Gebiet mehrerer Staaten durchziehen. Wenn es keine Zollgrenzen und keine Verkehrsbeschränkungen für Menschen, Tiere und Waren gibt, dann macht es auch nichts aus, ob ein Eisenbahnzug in einigen Stunden Fahrt mehr oder weniger oft die Staatsgrenzen übersetzt.

Die Sprachenkarte zeigt uns auch die nationalen Enklaven. Ohne gleichnationale Landverbindung mit dem Hauptstamm des Volkes wohnen Volksgenossen in geschlossener Siedlung in Sprachinseln beisammen. Unter den staatlichen Verhältnissen der Gegenwart kann man sie nicht dem Stammlande politisch angliedern. Das Zollwirtschaftsgebiet, als welches der Staat heute besteht, bedarf des unmittelbaren Landzusammenhanges. Eine kleine „Außenbesitzung" wäre in ihrer durch die Wirtschafts- und Zollpolitik gegebenen Isolierung von dem unmittelbar angrenzenden Gebiet dem wirtschaftlichen Verdorren ausgesetzt. Wenn aber Freiheit des Wirtschaftsverkehrs besteht und der Staat sich auf die Aufrechterhaltung des Sondereigentums beschränkt, wäre nichts einfacher als die Lösung dieses Problems. Keine Sprachinsel müßte es sich gefallen lassen, sich bloß darum national vergewaltigen zu lassen, weil sie mit dem Hauptstamm des eigenen Volkes durch keine von Volksgenossen besiedelte Landbrücke in Verbindung steht.

Das berüchtigte „Korridorproblem" gibt es auch nur im imperialistisch-etatistisch-interventionistischen System. Ein Binnenstaat glaubt, eines „Korridors" zum Meer zu bedürfen, um seinen Außenhandel von der Einwirkung der interventionistischen und etatistischen Politik der Staaten, deren Gebiete ihn vom Meere trennen, freizuhalten. Herrschte Freihandel, so wäre nicht abzusehen, was einem Binnenstaat den Besitz eines „Korridors" wünschenswert erscheinen lassen könnte.

Der Übergang von einem „Wirtschaftsgebiet" im Sinne des Etatismus in das andere greift tief in die materiellen Verhältnisse ein. Man denke etwa an die oberelsässische Baumwollindustrie, die das nun schon zweimal mitgemacht hat, man denke an Oberschlesien, an die polnische Textilindustrie usf. Wenn der Wechsel der Staatszugehörigkeit eines Gebietes den Bewohnern Vorteile oder Nachteile bringt, dann ist ihre Freiheit, sich für den Staat, dem sie anzugehören wünschen, zu entscheiden, wesentlich eingeschränkt. Von wahrer Selbstbestimmung kann nur gesprochen werden, wenn der Entschluß jedes einzelnen aus freiem Willen entspringt und nicht aus der Furcht vor Verlust oder aus der Hoffnung auf Gewinn. Die liberal organisierte kapitalistische Welt kennt keine abgesonderten „Wirtschaftsgebiete". In ihr bildet die ganze Erdoberfläche ein einziges Wirtschaftsgebiet.

Das Selbstbestimmungsrecht kommt nur denen zugute, die die Mehrheit bilden. Um auch die Minderheiten zu schützen, bedarf es innerpolitischer Maßnahmen, von denen wir zunächst die unterrichtspolitischen betrachten wollen.

In den meisten Staaten besteht heute Schul- oder zumindest Unter-

richtszwang. Die Eltern sind verpflichtet, die Kinder während einer bestimmten Anzahl von Jahren in die Schule zu schicken oder ihnen an Stelle dieses Schulunterrichtes einen gleichwertigen häuslichen Unterricht erteilen zu lassen. Es hat keinen Zweck, auf die Gründe einzugehen, die seinerzeit für und wider diesen Schul- und Unterrichtszwang geltend gemacht wurden. Sie alle kommen heute nicht im mindesten in Betracht. Es kommt bei der Beurteilung dieser Frage überhaupt nur ein Argument in Frage, nämlich das, daß die Beibehaltung des Schul- und Unterrichtszwanges ganz und gar unverträglich ist mit den Bestrebungen zur Schaffung dauernden Friedens.

Die Einwohner von London, Paris und Berlin werden hier ungläubig den Kopf schütteln. Was in aller Welt soll denn der Schul- und Unterrichtszwang mit Krieg und Frieden zu tun haben? Man darf eben diese wie so viele anderen Fragen nicht vom Gesichtspunkte des europäischen Westens allein beurteilen. In London und Paris und Berlin ist die Schulfrage allerdings leicht zu lösen. Es kann in diesen Städten kein Zweifel darüber bestehen, in welcher Sprache der Unterricht erteilt werden soll. Die Bevölkerung, die in diesen Städten wohnt und ihre Kinder zur Schule schickt, ist im großen und ganzen vom nationalen Standpunkt als einheitlich zu betrachten. Aber auch die Nichtengländer, die in London wohnen, finden es als selbstverständlich und im Interesse ihrer Kinder gelegen, daß der Unterricht in der englischen und in keiner anderen Sprache erteilt wird, und nicht anders steht es in Paris und in Berlin.

Die Schul- und Unterrichtsfrage hat aber eine ganz andere Bedeutung in jenen weiten Gebieten, in denen verschiedene Sprachen sprechende Völker durch- und nebeneinander wohnen. Hier gewinnt die Frage, welche Sprache zur Grundlage des Unterrichtes gemacht werden soll, eine entscheidende Bedeutung. Sie kann über die Zukunft der Nation entscheiden. Man kann die Kinder durch die Schule dem Volk, dem ihre Eltern angehören, entfremden, man kann die Schule in den Dienst der nationalen Vergewaltigung stellen. Wer über die Schule herrscht, hat die Macht, der fremden Nation zu schaden und seiner eigenen zu nützen.

Es ist keine Lösung dieses Problems, wenn man vorschlägt, jedes Kind in eine Schule zu schicken, in der die Sprache seiner Eltern gelehrt wird. Zunächst ist es nicht immer — ganz abgesehen von Mischehen — leicht zu entscheiden, welche die Sprache der Eltern ist. In gemischtsprachigen Gebieten nötigt der Beruf viele Leute, sich aller im Lande gesprochenen Sprachen zu bedienen. Anderseits aber ist es, wieder aus

Rücksicht auf die Erwerbsverhältnisse, dem einzelnen nicht möglich, sich für die eine oder andere Nation offen auszusprechen; es könnte, unter der Herrschaft des Interventionismus, ihn die Kundschaft bei den Angehörigen der übrigen Nationen oder den Arbeitsplatz bei einem einer anderen Nation angehörigen Unternehmer kosten. Dann wieder gibt es viele Eltern, die ihre Kinder gerade in die Schule der anderen Nation schicken möchten, weil sie die Vorteile der Doppelsprachigkeit oder die des Anschlusses an die andere Nation höher einschätzen als die Treue zum eigenen Volkstum. Läßt man den Eltern die Wahl, in welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen, dann setzt man sie allen denkbaren Erpressungen aus. In allen national gemischten Gebieten ist die Schule ein Politikum von höchster Bedeutung. Man kann sie nicht entpolitisieren, wenn man sie als öffentliche und Zwangseinrichtung beibehält. Es gibt da nur ein Mittel, der Staat, die Regierung, die Gesetze dürfen sich in keiner Weise um die Schule und um den Unterricht kümmern, öffentliche Gelder dürften dafür nicht verwendet werden, Erziehung und Unterricht müssen ganz den Eltern und privaten Vereinigungen und Anstalten überlassen werden.

Es ist besser, eine Anzahl von Buben wachsen ohne Schulunterricht auf als daß sie wohl Schulunterricht genießen, dafür aber, wenn sie einmal herangewachsen sind, die Chance haben, totgeschlagen oder verstümmelt zu werden. Ein gesunder Analphabet ist doch immer besser daran als ein des Lesens und Schreibens kundiger Krüppel.

Doch mit der Beseitigung des geistigen Zwanges, der durch die Pflichtschule und den Pflichtunterricht ausgeübt wird, ist noch lange nicht alles geschehen, was notwendig ist, um alle Reibungsflächen zwischen den Völkern in den gemischtsprachigen Gebieten zu beheben. Die Schule ist ein Mittel der nationalen Vergewaltigung, sie ist vielleicht das unserem Empfinden am gefährlichsten erscheinende, aber sie ist gewiß nicht das einzige. Jede Einmischung der Regierung in das wirtschaftliche Leben kann zu einem Mittel nationaler Vergewaltigung werden. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens für die Beschränkung der Staatstätigkeit auf das Gebiet, auf dem sie im strengsten Sinne des Wortes unentbehrlich ist, eintreten. Man kann nicht darauf verzichten, daß der Staatsapparat Freiheit, Leben, Gesundheit der einzelnen Menschen und das Sondereigentum beschützt und aufrechterhält. Schon die richterliche und polizeiliche Tätigkeit, die im Dienste dieser Zwecke ausgeübt wird, kann in Gebieten, in denen irgendein Grund für parteiisches Amtshandeln vorwaltet, gefährlich werden. Nur in Ländern, in denen keine besondere

Veranlassung zur Parteilichkeit besteht, ist im allgemeinen nicht zu befürchten, daß ein Richter, der die zum Schutze von Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum bestehenden Gesetze anzuwenden hat, allzu parteilich vorgehen wird. Besteht aber, aus religiösen, nationalen oder ähnlichen Ursachen eine tiefe Kluft zwischen den einzelnen Gruppen der Bevölkerung, eine Kluft, die jede Regung des Billigkeitsgefühls oder der Menschlichkeit ausschließt und nichts als Haß übrig läßt, dann ist die Sache anders. Dann denkt der Richter, der bewußt und noch viel öfter unbewußt parteiisch vorgeht, eine höhere Pflicht zu erfüllen, wenn er sein Amt im Dienste seiner Gruppe verwaltet. Soweit der Staatsapparat nichts anderes zu besorgen hat als den Schutz von Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum, kann man die Regeln, die die Behörden und Richter zu befolgen haben, immerhin noch so genau umschreiben, daß für freies Ermessen oder gar für Willkür des Beamten oder Richters nur ein enger oder gar kein Spielraum bleibt. Wo aber dem Staatsapparat ein Teil der Geschäftsführung der Produktion überlassen wird, indem er über die Verwendung von Gütern höherer Ordnung zu verfügen berufen wird, da ist es unmöglich, die Verwalter der Regierungsbefugnisse an Normen zu binden, die dem Bürger bestimmte Ansprüche sichern. Ein Strafgesetz, das die Mörder bestrafen will, kann einigermaßen zwischen Mord und Nichtmord eine Scheidelinie ziehen, die dem freien Ermessen des Richters gewisse Grenzen setzt. Jeder Jurist weiß freilich nur zu gut, daß auch das beste Gesetz durch Auslegung, Deutung und Handhabung in konkreten Fällen mißbraucht werden kann. Doch dem Organ, das Verkehrsanstalten, Bergwerke oder Domänen verwalten soll, kann man, auch wenn man es in seiner freien Verfügung aus anderen Gründen, die schon im II. Abschnitt besprochen wurden, noch so sehr bindet, zur Vermeidung von Parteilichkeit in nationalpolitisch strittigen Fragen kaum einige ganz allgemein und somit nichtssagend gehaltene Weisungen geben; man muß ihm in vielen Dingen freien Spielraum geben, weil man nicht im voraus zu beurteilen vermag, unter welchen Umständen es zu handeln haben wird. Da wird nun Tür und Tor der Willkür, der Parteilichkeit und dem Mißbrauch der Amtsgewalt geöffnet.

Auch in Gebieten, in denen Angehörige verschiedener Völker wohnen, muß eine einheitliche Verwaltung aufgebaut werden. Man kann nicht an jede Straßenecke einen deutschen und einen tschechischen Polizisten stellen, von denen jeder nur für die Angehörigen der eigenen Nation zu wachen hätte. Und wenn man es selbst könnte, entstünde erst die Frage, wer zum Einschreiten berufen ist, wenn den Anlaß des Einschreitens Angehörige beider Völker gegeben haben. Die Nachteile, die sich aus

der Notwendigkeit der Einheitlichkeit der Verwaltung in diesen Gebieten ergeben, kann man nun einmal nicht umgehen. Doch man darf die Schwierigkeiten, die schon auf dem Gebiete des Schutzes von Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum bestehen, nicht ins Ungeheuere dadurch steigern, daß man die Staatstätigkeit auch auf andere Gebiete erweitert, und zwar auf Gebiete, in denen vermöge ihrer Natur der Willkür großer Spielraum eingeräumt bleiben muß.

Weite Gebiete der Welt sind nicht nur von Angehörigen eines Volkes, einer Rasse, einer Religion, sondern in buntem Gemenge von allerlei Volk besiedelt. Durch die Wanderbewegung, die notwendig den Verschiebungen der Standorte der Produktion folgen muß, werden immer neue Gebiete vor das Problem der gemischten Bevölkerung gestellt. Will man nicht künstlich die Reibungen, die aus diesem Zusammenwohnen entstehen müssen, noch vergrößern, dann muß man den Staat auf jene Aufgaben beschränken, die nur von ihm erfüllt werden können.

4. Nationalismus.

Solange fürstliche Despoten die Völker regierten, konnte der Gedanke, die Staatsgrenzen nach den Volksgrenzen auszurichten, nicht platzgreifen. Wenn ein Potentat eine Provinz seinem Reiche einzuverleiben gedachte, fragte er wenig darnach, ob die Bewohner — die Untertanen — mit dem Wechsel der Herrschaft einverstanden waren oder nicht. Der einzige Gesichtspunkt, der in Frage kam, war der, ob die vorhandenen militärischen Machtmittel zur Eroberung und Festhaltung genügen würden; nach außen hin rechtfertigte man sein Vorgehen mit der mehr oder weniger gekünstelten Konstruktion eines Rechtsanspruches. Die Frage der nationalen Eigenart der Bewohner des betroffenen Gebietes wurde überhaupt nicht berührt.

Die Frage, wo die Grenzen der Staaten verlaufen sollten, wurde erst für den Liberalismus ein von militärischen und rechtshistorischen Erwägungen unabhängiges Problem. Der Liberalismus, der den Staat auf dem Willen der Mehrheit der ein bestimmtes Gebiet bewohnenden Menschen aufbaut, verwirft alle militärischen Gesichtspunkte, die früher für die Abgrenzung der Staatsgebiete maßgebend waren. Er verwirft das Recht der Eroberung, er kann nicht begreifen, wie man von strategischen Grenzen sprechen kann, und ganz unverständlich ist es ihm, wie man etwa die Forderung aufstellen kann, ein Land dem eigenen Staate einzuverleiben, um ein Glacis zu besitzen. Das historische Recht eines Fürsten, eine Provinz zu erben, erkennt der Liberalismus nicht an. Ein Königtum im liberalen Sinne kann es nur als ein Königtum

über Menschen und nicht als ein Königtum über ein bestimmtes Stück Land geben, als dessen Zubehör die Menschen erscheinen. Der Fürst von Gottesgnaden führt den Titel von einem Landstrich, z. B. „König von Frankreich"; die Könige, die der Liberalismus eingesetzt hat, führten den Titel nicht nach dem Gebiet, sondern nach dem Namen des Volkes, über das sie als verfassungsmäßige Könige herrschten. So führte Louis Philippe den Titel „König der Franzosen", so gibt es einen „König der Belgier", so gab es einen „König der Hellenen".

Der Liberalismus hat die Rechtsform geschaffen, in der der Wille des Volkes, einem bestimmten Staate anzugehören oder nicht anzugehören, zum Ausdrucke gelangt: das Plebiszit. Durch Abstimmung soll festgelegt werden, welchem Staatsgebiete die Bewohner eines bestimmten Landstriches anzugehören wünschen. Doch selbst wenn alle allgemein politischen (z. B. schul- und unterrichtspolitischen) und alle wirtschaftspolitischen Voraussetzungen erfüllt wären, um das Plebiszit nicht zu einer Farce werden zu lassen, und wenn es dann ohne weiteres möglich wäre, in jeder Gemeinde über die Staatszugehörigkeit abstimmen zu lassen und diese Abstimmungen, wenn sich die Verhältnisse geändert haben, zu wiederholen, bliebe freilich noch ein ungelöster Rest zurück, der zu Reibungen zwischen den verschiedenen Völkern führen kann. Einem Staate angehören zu müssen, dem man nicht anzugehören wünscht, ist nicht weniger arg, wenn man in diese Lage durch das Ergebnis einer Abstimmung gelangt ist, als wenn man es als Folge einer militärischen Eroberung tragen muß. Doppelt schwer aber wird es für den, der von der Mehrheit seiner Staatsgenossen durch die Sprache geschieden ist.

Angehöriger einer nationalen Minderheit zu sein bedeutet immer, daß man Bürger zweiter Klasse ist. Die Auseinandersetzungen über politische Fragen müssen sich naturgemäß in Wort und Schrift, in Reden, Zeitungsaufsätzen und Büchern vollziehen. Diese Mittel aber stehen den Angehörigen einer fremdsprachigen Minderheit nicht in demselben Maße zur Verfügung wie jenen, deren Mutter- und Umgangssprache die ist, in der diese politischen Debatten ausgetragen werden. Die politische Meinung eines Volkes ist ein Gebilde der Ideen seiner politischen Literatur. Der Fremdsprachige, für den der in Gesetzesform gegossene Niederschlag dieser Meinung unmittelbare Bedeutung gewinnt, weil er den Gesetzen gehorchen muß, hat die Empfindung, von der wirksamen Teilnahme an der Bildung des Willens des Gesetzgebers ausgeschlossen zu sein oder doch an der Bildung dieses Willens nicht in demselben Maße mitwirken zu dürfen wie die Angehörigen des Mehrheitsvolkes. Und wenn er vor den Richter oder Verwaltungsbeamten tritt, um konkrete Ent-

scheidungen der ihn betreffenden Fälle zu beantragen, steht er Männern gegenüber, deren politisches Denken, weil unter anderen ideologischen Einflüssen groß geworden, ihm fremd ist.

Aber auch ganz abgesehen von all dem ergibt sich schon aus dem Umstande, daß die Angehörigen der Minderheit genötigt sind, sich vor Gericht und vor Verwaltungsbehörden einer ihnen fremden Sprache zu bedienen, in vieler Hinsicht eine schwere Benachteiligung. Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob ein Angeklagter vor Gericht unmittelbar zu seinen Richtern sprechen kann oder ob das Verhör sich durch Vermittlung eines Dolmetschers abwickeln muß. Auf Schritt und Tritt bekommt es der Angehörige des Minderheitsvolkes zu spüren, daß er unter Fremden lebt, und daß er, mag es auch der Buchstabe des Gesetzes leugnen, nur ein Bürger zweiter Klasse ist.

Alle diese Nachteile wiegen schon im liberalen Rechtsstaate sehr schwer, in dem die Tätigkeit der Regierung auf den Schutz des Lebens und des Eigentums der Staatsgenossen beschränkt ist. Aber ganz unerträglich werden sie im Staate, der interventionistisch oder gar sozialistisch regiert wird. Wenn die Verwaltungsbehörden überall nach freiem Ermessen in das Wirtschaftsleben einzugreifen haben, wenn der Spielraum, innerhalb dessen Richter und Beamte ihre Entscheidungen zu treffen haben, so weit ist, daß in ihm auch Platz für Rücksichtnahme auf politische Vorurteile gegeben ist, dann sieht sich der Angehörige der nationalen Minderheit der Willkür und der Vergewaltigung durch die dem Mehrheitsvolke angehörigen öffentlichen Funktionäre ausgeliefert. Was es bedeutet, wenn auch Schule und Kirche nicht frei sind, sondern der Regelung durch die Regierung unterworfen sind, wurde schon ausgeführt.

Hier sind die Wurzeln des aggressiven Nationalismus, den wir heute am Werke sehen, zu suchen. Man geht fehl, wenn man die politischen Gegnerschaften, die heute zwischen den Nationen bestehen, auf natürliche und nicht auf politische Ursachen zurückzuführen bemüht ist. Alle jene Symptome ursprünglicher Abneigung zwischen den Völkern, die man da als Beweis anzuführen pflegt, finden sich auch innerhalb der einzelnen Nationen. Der Bayer haßt den Preußen, der Preuße den Bayer. Bei den Franzosen und bei den Polen ist der Haß zwischen den einzelnen Volksgruppen nicht minder stark. Dennoch leben Deutsche, Polen und Franzosen friedlich in ihrem Staatswesen. Was der Abneigung des Polen gegen den Deutschen und des Deutschen gegen den Polen die besondere politische Bedeutung gibt, ist das Bestreben jedes der beiden Völker, in den Grenzgebieten, in denen Deutsche und Polen nebeneinander leben,

die politische Herrschaft an sich zu reißen und sie zur nationalen Vergewaltigung der anderen Nation zu benutzen. Daß man Kinder durch die Schule der Sprache der Väter entfremden will, daß man durch die Gerichte und Verwaltungsbehörden, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und durch Enteignung die Fremdsprachigen verfolgt, das hat den Haß zwischen den Völkern zum verzehrenden Feuer entfacht. Weil man durch gewaltsame Mittel für die künftige Politik der eigenen Nation günstige Vorbedingungen schaffen will, hat man in den gemischtsprachigen Gebieten ein Unterdrückungssystem eingerichtet, das dem Frieden der Welt gefährlich geworden ist.

Solange in den national gemischten Gebieten der Liberalismus nicht ganz durchgeführt ist, muß der nationale Haß immer stärker werden und immer neue Kriege und Aufstände entfachen.

5. Imperialismus.

Die Eroberungslust der absoluten Monarchen der früheren Jahrhunderte strebte nach Erweiterung der Machtsphäre und Mehrung des Reichtums. Kein Fürst konnte mächtig genug sein, weil er seine Herrschaft gegen innere und gegen äußere Feinde nur durch Gewalt aufrechterhalten konnte. Kein Fürst konnte reich genug sein, weil er Mittel zur Erhaltung seiner Krieger und zur Belohnung seiner Anhänger bedurfte.

Für den liberalen Staat ist die Frage, ob die Grenzen des Staatsgebietes weiter hinausgerückt werden oder nicht, von untergeordneter Bedeutung. Reichtum ist durch die Einverleibung von neuen Provinzen nicht zu gewinnen, da den „Einkünften“ eines Landesteiles die zur Erhaltung der Verwaltung erforderlichen Kosten entgegengehalten werden müssen. Stärkung der militärischen Macht ist dem liberalen Staat, der keine Angriffspläne heckt, unwichtig. So leisteten denn die liberalen Parlamente Widerstand gegen die Bestrebungen, die Kriegsmittel des Staates auszugestalten, gegen aggressive Politik und gegen Annexionsgelüste.

Doch die liberale Friedenspolitik, die man zu Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, als der Liberalismus von Erfolg zu Erfolg eilte, zumindest für Europa bereits für gesichert hielt, hat zur Voraussetzung, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall durchgeführt ist. Um das zu erreichen, bedurfte es aber, da die absolutistischen Mächte nicht freiwillig abtreten wollten, vorerst einer Anzahl schwerer Kriege und Aufstände. Die Beseitigung der Fremdherrschaft in Italien, die Bewahrung der Deutschen in Schleswig-Holstein vor der drohenden

Entnationalisierung, die Befreiung der Polen und der Balkanslaven konnten nur durch Waffengewalt versucht werden. Nur an einer der vielen Stellen, wo das Selbstbestimmungsrecht mit der gegebenen politischen Ordnung in Widerspruch geraten war, konnte die Lösung friedlich erfolgen: das liberale England gab die jonischen Inseln frei. Überall sonst kam es zu Kriegen und Aufständen. Aus den Kämpfen um den deutschen Staat entwickelte sich der unheilvolle moderne deutsch-französische Konflikt, die Polenfrage blieb, weil der Zar noch einmal einen Aufstand niederwarf, ungelöst, die Balkanfrage wurde nur teilweise gelöst, und aus der Unmöglichkeit, die Probleme des Habsburgerstaates gegen den Willen der Dynastie zu entwirren, keimte schließlich der unmittelbare Anlaß des Weltkrieges.

Der moderne Imperialismus ist von dem Expansionsdrang des absoluten Fürstentums dadurch unterschieden, daß sein Träger nicht der Herrscher und sein Haus, auch nicht Adel, Beamtentum und Soldaten, die auf Bereicherung durch Beute und auf Ausstattung aus den Mitteln der eroberten Gebiete rechnen, sind, sondern daß er von der Masse des Volkes als das geeignetste Mittel zur Bewahrung nationaler Unabhängigkeit angesehen wird. Im Gefüge antiliberaler Politik, die die Aufgaben des Staates so erweitert, daß kaum ein Feld menschlicher Lebensbetätigung staatsfrei gelassen wird, muß an einer auch nur einigermaßen befriedigenden Lösung der politischen Probleme jener Gebiete, in denen Angehörige mehrerer Nationen nebeneinander wohnen, verzweifelt werden. Wenn die Verwaltung dieser Gebiete nicht durchaus liberal geführt wird, dann kann von auch nur annähernder Gleichberechtigung der verschiedenen Völkerschaften nicht die Rede sein. Dann kann es nur Herrschende und Beherrschte geben. Es steht nur zur Wahl, ob man Hammer oder Amboß sein will. So wird das Streben nach einem möglichst starken Nationalstaat, der seine Herrschaft über alle national gemischten Gebiete ausdehnen kann, zu unabweislicher Forderung nationaler Selbsterhaltung.

Doch das Problem der sprachlich gemischten Gebiete ist nicht auf den Boden alter Siedlung begrenzt. Der Kapitalismus erschließt der Kultur neue Länder, die der Produktion günstigere Bedingungen gewähren als große Teile der altbewohnten. Kapital und Arbeit wenden sich dem günstigsten Standort zu. Eine Wanderbewegung setzt ein, die alle früheren Völkerwanderungen bei weitem übertrifft. Nur wenige Völker können ihre Auswanderer in Länder ziehen lassen, in denen die politische Macht in der Hand von Volksgenossen liegt. Wo aber diese Bedingung nicht zutrifft, da entstehen durch die Wanderbewegung von

neuem die Konflikte, die die Gemischtsprachigkeit eines Gebietes nach sich zieht. Im einzelnen liegen, worauf hier nicht näher eingegangen werden soll, die Dinge in den überseeischen Ansiedlungsgebieten anders als in den altbesiedelten europäischen Ländern; doch die Konflikte, die aus der unbefriedigenden Lage nationaler Minderheiten entspringen, sind in letzter Linie gleich. Aus dem Wunsche, die Volksgenossen von diesem Schicksal zu bewahren, entspringt auf der einen Seite das Streben nach Erwerbung von Kolonien, die zur Besiedlung von Europäern geeignet sind, und auf der anderen Seite die Schutzzollpolitik, die die unter ungünstigeren Bedingungen arbeitende Inlandserzeugung gegen den überlegenen Wettbewerb des Auslandes schützen und damit die Abwanderung von Arbeitern entbehrlich machen soll. Um den geschützten Markt möglichst auszudehnen, wird wieder darnach gestrebt, auch Gebiete, die nicht für die Ansiedlung von Europäern in Betracht kommen, zu erwerben. Mit der handelspolitischen Reaktion seit dem Ende der 70iger Jahre des 19. Jahrhunderts und mit dem Wettlauf der europäischen Industriestaaten um „Absatzgebiete" in Afrika und Asien beginnt der moderne Imperialismus.

Der Ausdruck Imperialismus wurde zur Bezeichnung der modernen Expansionspolitik zuerst in Beziehung auf England verwendet. Englands Imperialismus war freilich zunächst nicht so sehr auf die Eingliederung neuer Gebiete als vielmehr auf die Bildung einer handelspolitischen Einheit aus den verschiedenen Teilen der dem König von England untertanen Besitzungen gerichtet. Das ergibt sich aus der besonderen Lage, in der sich England, das Mutterland der größten Kolonialansiedlungen der Welt, befindet. Doch das, was die englischen Imperialisten durch die Schaffung eines Zollverbandes der Dominions und des Mutterlandes erreichen wollten, sollte demselben Zweck dienen, dem die Kolonialerwerbungen Deutschlands, Italiens, Frankreichs, Belgiens und anderer europäischer Staaten dienen sollten: der Schaffung geschützter Absatzgebiete für die Warenausfuhr.

Die großen handelspolitischen Ziele des Imperialismus sind nirgends erreicht worden. Der Gedanke des allbritischen Zollvereins blieb unverwirklicht. Die Gebiete, die europäische Staaten in den letzten Jahrzehnten annektierten, und die, in denen sie „Konzessionen" erwerben konnten, spielen in der Beschickung des Weltmarktes mit Rohstoffen und Halbfabrikaten und in der ihr entsprechenden Aufnahme von Industrieprodukten eine so untergeordnete Rolle, daß durch ihre handelspolitische Bindung keine wesentliche Änderung der Verhältnisse erreicht werden konnte. Um die Ziele, die der Imperialismus anstrebte, zu er-

reichen, konnten die Staaten sich nicht damit begnügen, von widerstandsunfähigen Wilden bewohnte Gebiete zu okkupieren. Sie mußten schon nach Gebieten greifen, die sich in Händen von Völkern befinden, die genug kriegstauglich sind, um sich zu wehren. Da aber hat die imperialistische Politik überall Schiffbruch gelitten oder wird demnächst Schiffbruch leiden. In Abessinien, in Mexiko, im Kaukasus, in Persien, in China, überall sehen wir die imperialistischen Angreifer im Rückzug oder doch zumindest schon in großen Schwierigkeiten.

6. Kolonialpolitik.

Die Ideen und Absichten, die die Kolonialpolitik der europäischen Mächte seit dem Zeitalter der großen Entdeckungen geleitet haben, stehen im schroffsten Gegensatz zu allen Grundsätzen des Liberalismus. Der leitende Gesichtspunkt der Kolonialpolitik war die Ausnützung der Übermacht der weißen Rasse über die Angehörigen anderer Rassen. Die Europäer zogen, ausgerüstet mit allen Waffen und Hilfsmitteln, die ihnen die europäische Kultur zur Verfügung stellte, aus, um schwächere Völker zu unterwerfen, ihres Eigentums zu berauben und zu versklaven. Man hat die wahren Motive der Kolonialpolitik mit dem Vorwand zu beschönigen und zu verschleiern gesucht, man wünsche nichts anderes, als die wilden Völker der Segnungen der europäischen Kultur teilhaftig werden zu lassen. Gesetzt den Fall, dies wäre die wahre Absicht der in fernen Erdteilen erobernden Regierungen gewesen, so könnte der Liberale darin doch keine ausreichende Begründung der Nützlichkeit und Ersprießlichkeit dieser Art von Kolonisation erblicken. Wenn die europäische Zivilisation wirklich, wie wir glauben, höher steht als die Zivilisation der primitiven Völkerschaften Afrikas und als die in ihrer Art hoch zu wertende Zivilisation Asiens, so müßte sich doch wohl ihre Überlegenheit vor allem schon darin bewähren können, daß sie jene Völker freiwillig zu ihrer Annahme veranlaßt. Könnte es ein ärgeres Armutszeugnis für die europäische Zivilisation geben, als daß man sie nicht anders zu verbreiten vermag als durch Feuer und Schwert?

Kein Kapitel der Geschichte ist stärker von Blut getränkt als die Geschichte der Kolonialpolitik. Nutzlos und zwecklos wurde Blut vergossen, wurden blühende Landstriche verwüstet, Völker verderbt und ausgerottet. Daß alles dies in keiner Weise beschönigt oder gerechtfertigt werden kann, ist klar. Die Herrschaft der Europäer in Afrika und in wichtigen Teilen von Asien ist absolute Herrschaft, sie steht im schroffsten Gegensatz zu allen Grundsätzen des Liberalismus und der Demokratie, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß man

auf ihre Beseitigung hinarbeiten muß. Das, um was es sich dabei allein handelt, ist, die Liquidierung dieses unhaltbaren Zustandes in einer Weise durchzuführen, die den geringsten Schaden stiftet.

Die einfachste und radikalste Lösung wäre die, daß die Europäer ihre Beamten, Truppen und Polizisten aus diesen Gebieten zurückziehen und die Bewohner sich selbst überlassen. Es ist ohne Belang, ob man dies ohne weiteres verlangt oder der Aufgabe der Kolonien eine unbeeinflußte Abstimmung der Eingeborenen vorausgehen lassen will. Denn darüber, wie das Ergebnis einer wirklich unbeeinflußten Abstimmung aussehen würde, besteht doch wohl kaum ein Zweifel. Die Herrschaft der Europäer in den überseeischen Kolonien kann nicht darauf rechnen, die Zustimmung der Unterworfenen zu finden.

Die Folgen dieser radikalen Lösung wären zunächst die, daß die von den Europäern geräumten Gebiete der Anarchie, zumindest aber beständigen Kämpfen überlassen bleiben würden. Man kann mit gutem Grund annehmen, daß die Eingeborenen bisher von den Europäern nur Schlechtes und nichts Gutes gelernt haben. Das spricht gar nicht gegen die Eingeborenen, sondern nur gegen die Europäer, die ihnen nichts als Schlechtes beigebracht haben. Sie haben in die Kolonien Waffen und Vernichtungswerkzeuge aller Art gebracht, sie haben ihre schlechtesten und gewalttätigsten Individuen als Beamte und Offiziere hinausgeschickt, sie haben in den Kolonien eine Säbel- und Polizeiherrschaft aufgerichtet, die an Blutrünstigkeit und Grausamkeit kaum hinter dem Regierungssystem der Bolschewiken zurückstand. Die Europäer werden sich nicht wundern dürfen, wenn das böse Beispiel, das sie selbst in den Kolonien gegeben haben, nun auch böse Früchte tragen wird. Jedenfalls würden sie kein Recht haben, sich pharisäisch über den niedrigen Stand der öffentlichen Moral bei den Eingeborenen zu beklagen. Unberechtigt wäre es auch, wenn sie behaupten wollten, daß die Eingeborenen noch nicht reif seien für die Freiheit und daß sie, um diese Reife zu erlangen, zumindest noch einer langjährigen weiteren Erziehung durch die Knute fremder Herrscher bedürftig seien. Denn diese „Erziehung" trägt jedenfalls einen Teil der Schuld an den bösen Verhältnissen, die heute in den Kolonien bestehen, mögen auch ihre Wirkungen sich erst nach einem allfälligen Abzug der europäischen Truppen und Beamten voll geltend machen.

Doch man wird vielleicht behaupten, daß es die Pflicht der Europäer als einer höherstehenden Rasse sei, die Anarchie, die nach der Räumung der Kolonien dort voraussichtlich platzgreifen würde, zu vermeiden und darum im Interesse der Eingeborenen und zu ihrem Wohle ihre

Kolonialherrschaft aufrechtzuerhalten. Man mag, um dieses Argument zu bestärken, in düsteren Farben die Zustände ausmalen, die in Innerafrika und in manchen Teilen Asiens vor der Aufrichtung der europäischen Herrschaft bestanden; man mag an die Sklavenjagden der Araber in Innerafrika und an die wilden Ausschreitungen, die sich manche indischen Despoten erlaubt haben, erinnern. Sicher ist in diesem Argument viel Heuchelei enthalten und man darf z. B. nicht vergessen, daß der Sklavenhandel in Afrika nur blühen konnte, weil die Abkömmlinge der Europäer in den amerikanischen Kolonien als Käufer von Sklaven auftraten. Aber es ist für uns gar nicht nötig, auf das Für und Wider dieser Argumentation einzugehen. Könnte man zugunsten der Aufrechthaltung der europäschen Herrschaft in den Kolonien nichts anderes anführen als das vermeintliche Interesse der Eingeborenen, so müßte man sagen, daß diese Herrschaft je eher desto besser ganz aufzuheben sei. Niemand hat ein Recht dazu, sich in die Verhältnisse eines anderen zu mischen, um sein Wohl zu befördern, und niemand soll, wenn er an seine eigenen Interessen denkt, vorschützen, daß er selbstlos nur im Interesse anderer handelt.

Für die Aufrechterhaltung des europäischen Einflusses auf die Verhältnisse in den Kolonialgebieten spricht jedoch noch ein anderes Argument. Hätten die Europäer niemals die tropischen Kolonien unter ihre Botmäßigkeit gebracht, hätten sie nicht ihr Wirtschaftssystem zu einem guten Teil aufgebaut auf dem Bezuge tropischer Rohstoffe und überseeischer Agrarprodukte, die sie mit Industrieprodukten bezahlen, dann könnte man wohl heute die Frage ruhig erörtern, ob es angezeigt sei, diese Gebiete in den Kreis der Weltwirtschaft einzubeziehen oder nicht. Aber so stehen die Dinge nicht, da nun einmal alle diese Gebiete durch die Kolonisierung in den Rahmen der Weltwirtschaftsgemeinschaft hineingezwängt wurden. Die europäische Wirtschaft beruht heute zu einem guten Teil darauf, daß Afrika und weite Teile von Asien in die Weltwirtschaft als Lieferanten von Rohstoffen aller Art einbezogen sind. Diese Rohstoffe werden den Eingeborenen dieser Gebiete nicht zwangsweise abgenommen, sie werden von ihnen nicht als Tribut abgeführt, sondern sie werden in freiwilligem Tausch gegen europäische Industrieerzeugnisse abgegeben. Die Beziehungen sind also nicht auf einseitigem Vorteil aufgebaut, ihr Nutzen ist vielmehr wechselseitig, und die Bewohner der Kolonien ziehen aus ihm ebensoviele Vorteile wie die Bewohner Englands oder der Schweiz. Die Unterbindung dieser Austauschbeziehungen würde sowohl über Europa als auch über die Kolonien schwere wirtschaftliche Nachteile bringen und den Lebensstandard der weiten Massen tief hinunterdrücken. Wenn die langsame Ausbreitung

der Wirtschaftsbeziehungen über die ganze Erde und der allmähliche Ausbau der Weltwirtschaft eine der wichtigsten Quellen des steigenden Reichtums der letzten 150 Jahre war, so würde die beschleunigte Rückbildung dieser Verhältnisse eine weltwirtschaftliche Katastrophe darstellen, wie sie ähnlichen Umfanges noch nicht dagewesen ist. Diese Katastrophe würde in ihrem Ausmaße und in ihren Wirkungen weit jene Krise übertreffen, die sich an die wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges geknüpft hat. Soll man den Wohlstand Europas und zugleich auch den der Kolonien weiter hinabgleiten lassen, um den Eingeborenen eine politische Selbstbestimmungsmöglichkeit zu geben, die doch nicht zu ihrer Freiheit, sondern nur zu einem Wechsel der Beherrscher führen würde?

Das ist der Gesichtspunkt, der bei der Beurteilung der kolonialpolitischen Fragen ausschlaggebend sein muß. Die europäischen Beamten, Truppen und Polizisten müssen in diesen Gebieten verbleiben, soweit ihre Anwesenheit notwendig ist, um dort jene rechtlichen und politischen Voraussetzungen aufrechtzuerhalten, die notwendig sind, um die Teilnahme der Kolonialgebiete am internationalen Warenaustausch zu sichern. Es muß möglich sein, in den Kolonien Handel und Gewerbe und Landwirtschaft zu betreiben, Bergwerke auszubeuten, die Landesprodukte auf Bahnen und Flüssen an die Küsten und nach Europa und Amerika zu bringen. Die Erhaltung dieser Möglichkeit liegt im Interesse aller Menschen, nicht nur in dem der Bewohner Europas, Amerikas und Australiens, sondern auch in dem der Eingeborenen Asiens und Afrikas selbst. Soweit die Kolonialmächte in den Kolonien nichts weiter tun als dies, kann man heute auch vom liberalen Standpunkt gegen ihre Tätigkeit in den Kolonien nichts einwenden.

Aber jedermann weiß, wie sehr von allen Kolonialmächten gegen dieses Prinzip gesündigt wird. Man braucht gar nicht erst an die Greuel zu denken, die glaubwürdige englische Berichterstatter vom Kongostaate berichtet haben. Wir wollen annehmen, daß diese Greuel auch von der belgischen Regierung nicht beabsichtigt waren und nur den Übergriffen und den schlechten Eigenschaften der in das Kongoland entsendeten Funktionäre zuzuschreiben sind. Aber schon die Tatsache, daß nahezu alle Kolonialstaaten in den Kolonien ein handelspolitisches Regime etabliert haben, das den Waren des Mutterlandes eine Vorzugsstellung einräumt, zeigt, daß in der Kolonialpolitik heute ganz andere Gesichtspunkte vorwalten als die, die in ihr vorwalten sollten.

Um die Interessen Europas und der weißen Rasse mit jenen der farbigen Rassen in den Kolonien in allen Fragen der ökonomischen Ver-

waltung in einen harmonischen Einklang zu bringen, müßte dem Völkerbund die oberste Leitung der Verwaltung aller jener überseeischen Gebiete eingeräumt werden, in denen keine parlamentarische Verfassung besteht. Der Völkerbund hätte darüber zu wachen, daß die Selbstverwaltung jedem Gebiete, das sie heute noch nicht besitzt, so bald als möglich verliehen wird, und daß die Einflußnahme des Mutterlandes auf die Sicherung des Eigentums, der persönlichen Rechte der Fremden und der Handelsbeziehungen beschränkt werde. Es müßte sowohl den Eingeborenen als auch den Angehörigen anderer Mächte das Recht eingeräumt werden, unmittelbar beim Völkerbund Beschwerde zu führen, wenn irgendwelche Maßnahmen des Mutterlandes über das hinausgehen würden, was notwendig ist, um die Sicherheit von Handel und Verkehr und der wirtschaftlichen Betätigung überhaupt in diesen Ländern zu gewährleisten. Dem Völkerbund müßte das Recht eingeräumt werden, solche Beschwerden wirksam abzustellen.

Die Durchführung dieser Grundsätze würde alle überseeischen Gebiete der europäischen Staaten zunächst in Mandatsgebiete des Völkerbundes verwandeln. Aber auch dies hätte nur als Übergangsstadium angesehen zu werden. Als Endziel muß die vollständige Befreiung der Kolonien von dem despotischen Regime, unter dem sie heute stehen, festgehalten werden.

Mit dieser Lösung des schwierigen und immer noch schwieriger werdenden Problems müßten nicht nur die nicht am Kolonialbesitz beteiligten Völker Europas und Amerikas, sondern auch die anderen beiden Parteien, Kolonisatoren und Eingeborene, zufrieden sein. Die Kolonialmächte müssen einsehen, daß sie auf die Dauer nicht imstande sein werden, ihre Herrschaft in den Kolonien zu erhalten. Die Eingeborenen sind durch das Eindringen des Kapitalismus selbständiger geworden, der kulturelle Abstand zwischen ihrer Oberschicht und den Offizieren und Beamten, die im Namen des Mutterlandes die Verwaltung besorgen, ist geschwunden, militärisch und politisch ist die Machtverteilung heute ganz anders als noch vor einem Menschenalter. Der Versuch der europäischen Mächte, der Vereinigten Staaten und Japans, China nach Art eines Kolonialgebietes zu behandeln, ist fehlgeschlagen. In Ägypten sind die Engländer schon auf dem Rückzuge, in Indien sind sie bereits in einer Verteidigungsstellung. Daß die Niederländer nicht imstande sind, Insulinde gegenüber einem ernstlichen Angriff zu halten, ist bekannt. Nicht anders steht es mit den französischen Kolonien in Afrika und in Asien. Die Amerikaner werden der Philippinen nicht froh und würden bereit sein, sie aufzugeben, wenn sich dafür eine passende

Gelegenheit bietet. Die Überleitung der Kolonien in die Obhut des Völkerbundes würde den Kolonialmächten den ungeschmälerten Besitz ihrer Kapitalanlagen verbürgen und sie davor bewahren, zur Bekämpfung von Aufständen Opfer zu bringen. Die Eingeborenen müßten es wieder dankbar begrüßen, wenn die Unabhängigkeit ihnen im Wege einer friedlichen Entwicklung zufällt und wenn sie mit ihr zugleich auch die Garantie erhalten, daß kein eroberungslüsterner Nachbar ihre politische Selbständigkeit in Hinkunft bedrohen wird.

7. Freihandel.

Die Lehre von den Wirkungen des Schutzzolles und des Freihandels ist das Kernstück der klassischen Nationalökonomie. Sie ist so klar, so einleuchtend, so unwiderlegbar, daß die Gegner nicht imstande waren, gegen sie irgend etwas vorzubringen, was nicht gleich als ganz verfehlt und unsinnig zurückgewiesen werden muß.

Nichtsdestoweniger finden wir heute auf der ganzen Welt überall Schutzzölle, ja vielfach selbst unverblümte Einfuhrverbote. Selbst in England, dem Mutterland der Freihandelspolitik, ist heute Schutzzoll Trumpf. Von Tag zu Tag gewinnt das Prinzip der nationalen Autarkie immer neue Anhänger. Selbst Staaten, die nur wenige Millionen Einwohner zählen, wie Ungarn und die tschechoslowakische Republik, versuchen, sich durch Hochschutzzollpolitik und Einfuhrverbote von der Einfuhr vom Auslande unabhängig zu machen. In den Vereinigten Staaten liegt der auswärtigen Handelspolitik der Gedanke zugrunde, alle Waren, die im Auslande mit niedrigeren Kosten erzeugt werden, in der vollen Höhe dieser Differenz durch Einfuhrzölle zu belasten. Das Groteske ist dabei, daß alle Staaten zwar die Einfuhr verringern, gleichzeitig aber die Ausfuhr steigern wollen. Das Ergebnis dieser Politik ist Unterbindung der internationalen Arbeitsteilung und damit allgemeine Verringerung der Produktivität der Arbeit, die nur darum nicht sinnfälliger zutage tritt, weil die Fortschritte der kapitalistischen Wirtschaft noch immer groß genug sind, um sie aufzuwiegen. Daß aber alle heute reicher wären, wenn nicht durch die Schutzzollpolitik die Produktion künstlich von den günstigeren örtlichen Produktionsbedingungen zu den weniger günstigen hingedrängt würde, ist klar.

Bei vollkommener Freiheit des Handelsverkehres würden Kapital und Arbeit dort angesetzt werden, wo sich die günstigsten Produktionsbedingungen bieten. Weniger günstige Produktionsbedingungen würden nicht ausgenützt werden, solange die Möglichkeit besteht, irgendwo unter günstigeren Bedingungen zu produzieren. In dem Maße, in dem

durch die Ausgestaltung der Verkehrsmittel, durch Verbesserung der Technik und durch gründlichere Erforschung neu dem Verkehr erschlossener Länder sich herausstellt, daß es günstigere Standorte für die Produktion gibt als die, an denen gerade produziert wird, verschieben sich die Standorte der Produktion. Kapital und Arbeit streben von den Gebieten mit weniger guten Produktionsbedingungen nach den Gebieten mit günstigeren Produktionsbedingungen.

Die Wanderungen von Kapital und Arbeit setzen aber voraus, daß nicht nur volle Handelsfreiheit besteht, sondern daß auch Kapital und Arbeit auf dem Wege von Land zu Land keinen Hindernissen begegnen. Diese Voraussetzung traf nun zur Zeit, als die klassische Freihandelsdoktrin ausgebaut wurde, nicht zu. Eine ganze Reihe von Hindernissen stellte sich sowohl der freien Beweglichkeit des Kapitals als auch der der Arbeiter in den Weg. Die Kapitalisten mußten infolge der Unkenntnis der Verhältnisse, infolge der allgemeinen Rechtsunsicherheit und einer Reihe von ähnlichen Gründen die Anlage ihrer Kapitalien im Auslande scheuen. Den Arbeitern war es wegen der Unkenntnis der Sprache und wegen rechtlicher, religiöser und sonstiger Schwierigkeiten nicht möglich, den Heimatstaat zu verlassen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts konnte man zwar im allgemeinen davon sprechen, daß innerhalb eines jeden Staates Kapital und Arbeit frei beweglich sind; im zwischenstaatlichen Verkehr aber standen der Beweglichkeit von Kapital und Arbeit Hindernisse im Wege. Lediglich darin, daß die Voraussetzung der freien Beweglichkeit von Kapital und Arbeit wohl für den Binnenverkehr, nicht aber auch für den Verkehr von Staat zu Staat zutrifft, kann die Rechtfertigung dafür gefunden werden, in der volkswirtschaftlichen Theorie zwischen Binnenhandel und Außenhandel zu unterscheiden. Das Problem, das die klassische Theorie zu beantworten hatte, lautete mithin folgendermaßen: Welches sind die Wirkungen des freien Warenverkehres von Land zu Land, wenn die Beweglichkeit von Kapital und Arbeit von Land zu Land beschränkt ist? Auf diese Frage gab nun die Ricardosche Doktrin die Antwort. Sie lautet: Die Produktionszweige verteilen sich in der Weise über die einzelnen Länder, daß jedes Land sich jenen Produktionen zuwendet, in denen es die stärkste Überlegenheit über die anderen Länder besitzt. Die Merkantilisten hatten gefürchtet, daß ein Land mit ungünstigeren Produktionsbedingungen mehr einführen als ausführen werde, so daß es schließlich ohne Geld dastehen werde, und hatten verlangt, daß Schutzzölle und Einfuhrverbote erlassen werden, um diesem befürchteten Übelstand rechtzeitig entgegenzutreten. Die klassische Doktrin zeigt, daß die merkantilistischen Befürchtungen

grundlos waren. Denn auch ein Land, das in jedem Produktionszweig ungünstigere Produktionsbedingungen hätte als die anderen Länder, braucht nicht zu befürchten, daß es weniger ausführen als einführen wird, und in glänzender, unwiderleglicher und von niemand bestrittener Weise erbrachte die klassische Doktrin den Nachweis, daß es auch die Länder mit besseren Produktionsbedingungen vorteilhaft finden müssen, aus Ländern mit weniger günstigen Produktionsbedingungen jene Artikel einzuführen, in deren Erzeugung sie zwar überlegen wären, aber doch nicht in demselben Maße überlegen als in den anderen Artikeln, auf deren Erzeugung sie sich dann spezialisieren.

Das, was die klassische Freihandelsdoktrin dem Politiker sagt, ist also folgendes: Es gibt Länder mit günstigeren und solche mit weniger günstigen natürlichen Produktionsbedingungen. Die internationale Arbeitsteilung wird auch ohne Eingriffe der Regierungen von selbst dazu führen, daß jedes Land, gleichviel ob seine Produktionsbedingungen günstiger oder weniger günstig sind, seinen Platz in der internationalen Arbeitsgemeinschaft finden wird. Gewiß, die Länder, die günstigere Produktionsbedingungen aufweisen, werden reicher, die anderen werden ärmer sein, aber daran kann auch durch Politik nichts geändert werden. Das ist eben die Folge der Verschiedenheit der natürlichen Produktionsfaktoren.

Das war die Situation, vor die der ältere Liberalismus gestellt war, und auf diese Situation gab er in der klassischen Freihandelsdoktrin seine Antwort. Aber seit den Tagen Ricardos haben sich die Verhältnisse in der Welt ganz beträchtlich geändert, und die Lage, vor die die Freihandelsdoktrin in den letzten sechzig Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges gestellt war, war eine ganz andere als jene, mit der sie am Ausgang des 18. und am Beginn des 19. Jahrhunderts zu rechnen hatte. Denn das 19. Jahrhundert hat zum Teil jene Hindernisse beseitigt, die an seinem Beginn der freien Beweglichkeit von Kapital und Arbeit entgegengestanden waren. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war es dem Kapitalisten weitaus leichter möglich, seine Kapitalien im Auslande zu plazieren, als in den Tagen Ricardos. Die Rechtssicherheit war ganz beträchtlich erhöht worden, die Kenntnis fremder Länder, Sitten und Gebräuche hatte sich verbreitet, und das Aktienwesen hatte die Möglichkeit geboten, das Risiko an fernen Unternehmungen auf viele zu verteilen und damit herabzusetzen. Es wäre gewiß übertrieben, wollte man sagen, daß am Beginn des 20. Jahrhunderts das Kapital im Verkehr von Land zu Land so beweglich gewesen wäre wie innerhalb des Staatsgebietes selbst. Gewiß bestanden da noch ziemliche Unterschiede. Aber nichts-

destoweniger war es nicht mehr möglich, die Annahme zu machen, daß das Kapital an die Grenzen des Staates gebunden sei. Und ebensowenig galt dies von der Arbeitskraft. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben Millionen von Europäern Europa verlassen, um in überseeischen Gebieten leichtere Erwerbsmöglichkeit zu finden.

In dem Maße, in dem die Voraussetzung der Unbeweglichkeit von Kapital und Arbeit, die die klassische Freihandelstheorie gemacht hat, geschwunden war, in dem Maße mußte auch die Unterscheidung zwischen den Wirkungen des Freihandels im Binnenverkehr und im Außenverkehr an Richtigkeit verlieren. Wenn Kapital und Arbeit auch ins Ausland wandern können, dann schwindet die Berechtigung, eine Unterscheidung zwischen den Wirkungen des Freihandels im Binnenverkehr und im Außenverkehr zu machen. Dann gilt für den Außenverkehr dasselbe, was vom Binnenverkehr gesagt wurde: der Freihandel führt dahin, daß nur die günstigeren Produktionsbedingungen ausgenützt werden und daß weniger günstige unbenützt bleiben. Aus den Ländern mit weniger günstigen Produktionsbedingungen strömen Kapital und Arbeit nach den Ländern, die die günstigeren Produktionsbedingungen aufweisen oder, deutlicher gesprochen, aus den alt und dicht besiedelten europäischen Ländern strömen Kapital und Arbeit nach Amerika und Australien, als den Gebieten, die günstigere Produktionsbedingungen aufweisen. Für diejenigen europäischen Völker, die außer dem alten Siedlungsgebiet in Europa auch noch über für die Ansiedlung von Europäern geeignetes Gebiet über See verfügen, bedeutete dies nichts anderes, als daß sie einen Teil ihrer Bevölkerung nun in Übersee ansiedelten; für England z. B., daß es einen Teil seiner Söhne nun drüben in Kanada, in Australien oder Südafrika wohnen hatte. Die Auswanderer, die England verlassen hatten, konnten drüben in ihren neuen Wohnsitzen Bürger des englischen Staates und Angehörige der englischen Nation verbleiben. Anders lag die Sache etwa für Deutschland. Der Deutsche, der auswanderte, kam in fremdes Staatsgebiet und unter Angehörige fremder Nationen; er wurde Bürger eines fremden Staates, und es war anzunehmen, daß nach ein, zwei, höchstens drei Generationen auch sein deutsches Volkstum sich verlieren werde und daß er sich einer fremden Nation eingliedern werde. Deutschland war vor die Frage gestellt, ob es ruhig zusehen soll, daß ein Teil seines Kapitals und seiner Söhne nach dem Ausland abwandert.

Man darf nicht in den Irrtum verfallen, anzunehmen, daß das handelspolitische Problem, vor das England und vor das Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gestellt waren, dasselbe war. Für England handelte es sich darum, ob es die Abwanderung einer Anzahl

von Söhnen Englands nach den Dominions dulden soll oder nicht, und es lag kein Grund vor, der Abwanderung irgendwie in den Weg zu treten. Für Deutschland lag aber das Problem darin, ob es die Abwanderung von Deutschen nach den britischen Kolonien, nach Südamerika und nach anderen Ländern ruhig hinnehmen soll, wo anzunehmen war, daß diese Auswanderer ihre Volks- und Staatszugehörigkeit im Laufe der Zeit ebenso aufgeben werden, wie es bereits Hunderttausende, ja Millionen Deutscher getan hatten, die schon früher ausgewandert waren. Weil es das nicht wollte, ist das Deutsche Reich, das sich in den 60er und 70er Jahren immer mehr dem Freihandel angenähert hatte, Ende der 70er Jahre neuerdings dazu übergegangen, durch Schutzzölle die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Industrie gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen. Unter dem Schutze dieses Zolles konnte die deutsche Landwirtschaft die Konkurrenz der auf besserem Boden wirtschaftenden osteuropäischen und überseeischen Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade ertragen, konnte die deutsche Industrie Kartelle bilden, die im Inland den Preis über den Weltmarktpreis hielten und ihr durch die dadurch erzielten Gewinne ermöglichten, im Ausland zum Weltmarktpreis, mitunter sogar darunter zu verkaufen.

Doch der endliche Erfolg, den die deutsche Handelspolitik durch die Rückkehr zum Schutzzoll angestrebt hat, konnte nicht erreicht werden. Je höher die Lebens- und Produktionskosten in Deutschland gerade der Schutzzölle wegen wurden, desto schwieriger mußte sich die handelspolitische Lage gestalten. Wohl ward es Deutschland möglich, in den ersten drei Jahrzehnten der neuen handelspolitischen Ära einen gewaltigen industriellen Aufschwung zu nehmen. Doch dieser Aufschwung wäre auch ohne den Schutzzoll erfolgt, da er vorwiegend die Folge der Einführung neuer Verfahren in der Eisenindustrie und in der chemischen Industrie war, die es der deutschen Industrie ermöglichten, die großartigen Naturschätze des deutschen Bodens besser auszunützen.

Die handelspolitische Lage von heute ist dadurch gekennzeichnet, daß die antiliberale Politik, die die Freizügigkeit des Arbeiters im internationalen Verkehr beseitigt und auch die Beweglichkeit des Kapitals nicht unbeträchtlich eingeengt hat, gewissermaßen den Unterschied, der in den Voraussetzungen des internationalen Verkehrs zwischen dem Anfang und dem Ende des 19. Jahrhunderts bestand, wieder beseitigt hat. Wieder sind Kapital und vor allem die Arbeitskraft in ihrer Beweglichkeit behindert. Unbehinderter Warenverkehr würde unter solchen Umständen keine Wanderbewegungen auslösen können; wieder würde er dazu führen, daß die einzelnen Völker sich auf die Produktionstätig-

keit verlegen, für die bei ihnen die relativ besten Bedingungen gegeben sind.

Wie immer aber die Voraussetzungen des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs beschaffen sind, Schutzzölle vermögen immer nur eines zu erreichen: daß nämlich nicht dort produziert wird, wo die natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen dafür am günstigsten sind, sondern anderswo, d. h. also dort, wo die Bedingungen schlechter sind. Das Ergebnis der Schutzzollpolitik ist also immer Minderung des Ertrages der menschlichen Arbeit. Es fällt dem Freihändler nicht ein, zu bestreiten, daß das Übel, das die Völker durch die protektionistische Politik bekämpfen wollen, ein Übel sei. Was er behauptet, ist nur das, daß die von den Imperialisten und Schutzzöllnern vorgeschlagenen Mittel jenes Übel nicht beheben können. Er schlägt daher einen anderen Weg vor. Daß Völker wie das deutsche oder das italienische bei der Verteilung der Welt stiefmütterlich bedacht wurden, so daß ihre Söhne in Gebiete auswandern müssen, in denen sie unter den Bedingungen nichtliberaler Staatlichkeit zur Entnationalisierung genötigt sind, ist eine jener Bedingungen der zwischenstaatlichen Verfassung von heute, die der Liberalismus ändern will, weil er nur so die Voraussetzungen ungestörten Friedens schaffen kann.

8. Freizügigkeit.

Man hat dem Liberalismus mitunter vorgeworfen, daß sein Programm vorwiegend negativ sei. Das Wesen der Freiheit bedinge dies schon, da Freiheit nur als Freiheit von irgend etwas gedacht werden könne und die Freiheitsforderung in der Abwehr irgendwelcher Ansprüche bestehe. Dagegen meinte man, sei das Programm der Autoritätsparteien positiv. Da in den Ausdrücken negativ und positiv in der Regel eine ganz bestimmte Wertbetonung mitschwingt, lag in dieser Charakteristik der Versuch, das politische Programm des Liberalismus durch Erschleichung zu diskreditieren.

Es braucht hier nicht noch einmal wiederholt zu werden, daß das Programm des Liberalismus — ein auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebautes Gemeinwesen — nicht weniger positiv ist als jedes andere denkbare politische Programm. Was am Programm des Liberalismus negativ ist, das ist die Verneinung, die Ablehnung, die Bekämpfung aller jener Zustände, die mit diesem positiven Programm in Widerspruch stehen. In dieser Abwehrtätigkeit ist das Programm des Liberalismus — übrigens wie das jeder Richtung — abhängig von der Stellung, die die Gegner zu seinem Programm einnehmen. Wo der Wider-

stand der Gegner am stärksten ist, dort muß auch der Ansturm des Liberalismus am stärksten sein, wo er schwächer ist oder gar ganz fehlt, genügt unter Umständen ein kurzes Wort. Und da der Widerstand, der dem Liberalismus entgegentrat, im Laufe der geschichtlichen Entwicklung gewechselt hat, ist auch der Abwehrteil des liberalen Programms manchem Wechsel unterworfen gewesen.

Das tritt am deutlichsten zutage bei der Freizügigkeit. Wenn der Liberalismus für jeden Menschen das Recht fordert, sich dort aufzuhalten, wo er es wünscht, so ist auch das keine „negative" Forderung. Es gehört mit zum Wesen der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Gesellschaft, daß jeder dort arbeiten und dort verzehren darf, wo es ihm am besten dünkt. Negativ wird dieses Postulat erst dort, wo es den auf die Beschränkung der Freizügigkeit arbeitenden Kräften gegenübertritt. In diesem negativen Teil hat das Freizügigkeitsrecht im Laufe der Zeiten einen vollkommenen Wandel durchgemacht. Als der Liberalismus im 18. und 19. Jahrhundert aufkam, hatte er für die Freiheit der Auswanderung zu kämpfen; heute geht der Kampf um die Freiheit der Zuwanderung. Damals mußte er gegen die Gesetze auftreten, die den Bewohner des flachen Landes verhinderten, in die Stadt zu ziehen, und die dem Manne, der sein Vaterland verlassen wollte, um sich in der Fremde ein besseres Schicksal zu zimmern, strenge Strafen in Aussicht stellten. Die Zuwanderung aber konnte sich damals im allgemeinen frei und ungehemmt vollziehen.

Heute ist das bekanntlich anders. Es fing vor einigen Jahrzehnten mit Gesetzen gegen die Einwanderung von Kulis und Chinesen an. Heute bestehen in allen Staaten der Welt, in die Einwanderung lockend erscheinen könnte, mehr oder weniger strenge Gesetze, die entweder die Einwanderung ganz verhindern oder doch sehr stark einschränken.

Die auf Beschränkung der Einwanderung gerichtete Politik ist unter doppeltem Gesichtspunkt zu betrachten: einmal als Politik der Gewerkschaften, dann als nationale Schutzpolitik.

Die Gewerkschaften können den Arbeitsmarkt — wenn wir hier von den Gewaltmitteln der Zwangsorganisation aller Arbeiter, des obligatorischen Streikes und der gewaltsamen Behinderung der Arbeitswilligen absehen — nur dadurch in ihrem Sinne beeinflussen, daß sie das Angebot an Arbeitskräften beschränken. Da es nun aber den Gewerkschaften nicht möglich ist, die Zahl der auf der Welt lebenden Arbeiter herabzumindern, so bleibt ihnen nur die Möglichkeit, in einem Industriezweig oder in einem Land auf Kosten der in anderen Industriezweigen tätigen oder in anderen Ländern lebenden Arbeiter die Zahl der Arbeiter durch

Sperrung des Zuzuges herabzusetzen. Die Absperrung eines Industriezweiges gegen die übrigen im Lande lebenden Arbeiter ist aus praktischen politischen Gründen nur in einem beschränkten Umfange möglich. Dagegen ist die Absperrung gegen das Ausland politisch unschwer durchzuführen.

Die natürlichen Produktionsbedingungen und damit auch die Produktivität der Arbeit und sohin der Lohn sind in den Vereinigten Staaten günstiger als in großen Teilen Europas. Bestünde Freizügigkeit, dann würden europäische Arbeiter in großer Zahl nach den Vereinigten Staaten auswandern, um dort Arbeit zu suchen. Das wird durch die amerikanischen Einwanderungsgesetze außerordentlich erschwert. Damit wird in den Vereinigten Staaten der Arbeitslohn über dem Niveau erhalten, das er bei völliger Freiheit der Wanderung annehmen würde, in Europa aber unter dieses Niveau herabgedrückt. Auf der einen Seite gewinnt der amerikanische Arbeiter, auf der anderen Seite verliert der europäische Arbeiter.

Doch es wäre verfehlt, die Wirkungen der Freizügigkeitsbeschränkung nur vom Gesichtspunkt der unmittelbaren Wirkung auf den Arbeitslohn zu betrachten. Sie gehen weiter. Durch das relative Überangebot von Arbeitskraft in Gebieten mit weniger günstigen Produktionsverhältnissen und den relativen Mangel an Arbeitern in Gebieten mit verhältnismäßig günstigeren Produktionsverhältnissen wird in jenen die Produktion weiter ausgedehnt, in diesen mehr eingeschränkt als es bei voller Freizügigkeit der Fall wäre. Die Wirkungen der Beschränkung der Wanderungsfreiheit sind also ganz dieselben wie die eines Schutzzolles. Sie führen dazu, daß in einem Teil der Welt günstigere Produktionsgelegenheiten nicht ausgenützt werden und in einem anderen Teil der Welt weniger günstige Produktionsgelegenheiten ausgebeutet werden. Vom Standpunkt der Menschheit gesehen: Verringerung der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit, Verminderung des der Menschheit zur Verfügung stehenden Güterreichtums.

Die Versuche, die Politik der Einwanderungsbeschränkungen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu rechtfertigen, sind also von vornherein ganz aussichtslos. Die Einwanderungsbeschränkungen verringern, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen, die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit. Wenn die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten oder Australiens die Einwanderung behindern, so kämpfen sie nicht nur gegen die Interessen der Arbeiter der übrigen Länder der Erde, sondern auch gegen die Interessen aller übrigen Menschen, um sich einen Sondervorteil herauszuschlagen. Dabei bleibt es noch durchaus ungewiß, ob

nicht die Steigerung der allgemeinen Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit, die durch die Herstellung der vollen Freizügigkeit bewirkt werden könnte, so groß wäre, daß sie auch für die Mitglieder der amerikanischen und australischen Gewerkschaften die Einbuße, die sie durch die Zuwanderung der fremden Arbeiter erfahren könnten, vollkommen wettmachen müßte.

Die Arbeiter der Vereinigten Staaten und Australiens könnten die Einwanderung nicht beschränken, wenn ihnen nicht noch ein anderes Argument zur Begründung ihres Tuns zur Verfügung stünde. Noch immer ist heute die Macht gewisser liberaler Grundsätze und Ideen so groß, daß man sie nicht zu bekämpfen vermag, wenn man nicht über das Interesse an Erzielung höchster Ergiebigkeit der Produktion ein vermeintliches höheres und wichtigeres Interesse zu stellen hat. Wir haben schon gesehen, wie der Schutzzoll mit nationalen Motiven gerechtfertigt wird. Nationale Interessen sind es auch, die zugunsten der Einwanderungsbeschränkungen geltend gemacht werden.

Wird die Einwanderung vollkommen freigegeben, dann werden sich von Europas übervölkerten Gebieten die Einwanderer in dichten Scharen nach Australien und Amerika ergießen. Sie werden so zahlreich kommen, daß mit ihrer nationalen Assimilation nicht mehr zu rechnen sein wird. Wenn früher die Einwanderer in den Vereinigten Staaten bald die englische Sprache und die amerikanischen Sitten und Gebräuche angenommen haben, so war dies zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie nicht in so großer Zahl auf einmal hinüberkamen. Die kleinen Gruppen von Einwanderern, die sich über das weite Land verteilten, lösten sich schneller in dem großen amerikanischen Volkskörper auf, der einzelne Einwanderer war schon halb assimiliert, wenn die nächsten Einwanderer Amerikas Boden betraten. Eine der wichtigsten Voraussetzungen der nationalen Assimilation war die, daß die fremdnationalen Einwanderer nicht zu zahlreich kamen. Das werde sich jetzt ändern, meint man, und es bestehe die Gefahr, daß die Vorherrschaft oder richtiger gesagt Alleinherrschaft der angelsächsischen Nationalität in den Vereinigten Staaten gebrochen werde. Ganz besonders befürchtet man dies von einer starken Einwanderung asiatisch-mongolischer Elemente.

Diese Befürchtungen mögen für die Vereinigten Staaten vielleicht übertrieben sein. Für Australien sind sie es sicher nicht. Australien hat ungefähr die Einwohnerzahl Österreichs. Sein Flächenraum aber ist hundertmal so groß wie der Österreichs, und seine natürlichen Hilfsquellen sicherlich unvergleichlich reicher als die Österreichs. Würde man die Einwanderung nach Australien freigeben, dann ist mit großer Wahr-

scheinlichkeit anzunehmen, daß Australiens Bevölkerung in wenigen Jahren in der Mehrzahl aus Japanern, Chinesen, Malayen und Kulis bestehen wird.

Die Abneigung, die die Mehrzahl der Menschen der Welt heute gegen den Angehörigen fremder Nationen und besonders noch gegen solche fremder Menschenrassen empfindet, ist so groß, daß man es ohne weiteres verstehen kann, daß sie sich dem Gedanken friedlichen Ausgleichs solcher Gegensätze widersetzen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Australier die Einwanderung nicht der englischen Nation angehöriger Europäer freiwillig gestatten werden, und es ist ganz ausgeschlossen, daß sie auch den Asiaten gestatten sollten, Arbeit und Niederlassung in ihrem Erdteil zu suchen. Die Australier englischer Abkunft stehen auf dem Standpunkt, daß der Umstand, daß die Besiedlung dieses Landes zuerst durch Engländer erfolgte, für ewige Zeiten der englischen Nation ein Vorrecht auf den ausschließlichen Besitz dieses ganzen Erdteiles gibt. Die Angehörigen der anderen Völker der Welt aber wollen den Australiern allen Besitz, den sie in Australien nutzen, nicht im geringsten streitig machen. Sie meinen nur, daß es unbillig sei, daß die Australier es nicht gestatten, günstigere Produktionsbedingungen in Australien, die heute brach liegen, auszunützen, und sie zwingen, ungünstigere Produktionsbedingungen in ihrer Heimat zu bearbeiten.

Der Stand dieser für das Schicksal der Welt wichtigsten Streitfrage, von deren befriedigender Lösung Sein oder Nichtsein der Zivilisation abhängt, ist also der: auf der einen Seite stehen Dutzende, ja Hunderte von Millionen Europäer und Asiaten, die gezwungen sind, unter ungünstigeren Produktionsbedingungen zu arbeiten, als es jene sind, die sie in den verschlossenen Gebieten finden können. Sie verlangen Öffnung der Grenzen des verbotenen Paradieses, weil sie sich davon Erhöhung der Ergiebigkeit ihrer Arbeit und damit höheren Wohlstand versprechen. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die so glücklich sind, das Land mit den günstigeren Produktionsbedingungen bereits ihr eigen zu nennen. Sie wollen — soweit sie Arbeiter und nicht Besitzer von Produktionsmitteln sind — den höheren Lohn, den ihnen diese Stellung gewährleistet, nicht fahren lassen. Einmütig aber fürchtet die ganze Nation die Überflutung durch die Fremden. Sie fürchtet, daß sie einmal in ihrem Lande in die Minderzahl gedrängt werden könnte, und daß sie dann alle jene Schrecken der nationalen Verfolgung erdulden müßte, denen z. B. heute die Deutschen in der tschechoslowakischen Republik, in Italien, in Polen ausgesetzt sind.

Man kann nicht bestreiten, daß diese Befürchtungen berechtigt sind.

Bei der Machtfülle, die dem Staate heute zu Gebote steht, muß die nationale Minderheit von der andersnationalen Mehrheit das Schlimmste befürchten. Solange der Staatsapparat bei der Machtfülle belassen wird, die er heute hat und die ihm von der öffentlichen Meinung heute zuerkannt wird, ist es ein entsetzlicher Gedanke, in einem Staate leben zu müssen, dessen Regierung in der Hand Angehöriger einer anderen Nation ist. Es ist fürchterlich, in einem Staate zu leben, in dem man auf Schritt und Tritt der — sich unter dem Scheine der Gerechtigkeit verbergenden — Verfolgung durch eine herrschende Mehrheit ausgesetzt ist. Es ist fürchterlich, schon in der Schule wegen seiner Volkszugehörigkeit zurückgesetzt zu werden und vor jeder Gerichts- und vor jeder Verwaltungsbehörde Unrecht zu behalten, weil man nicht der herrschenden Nation angehört.

Betrachtet man den Konflikt unter diesem Gesichtspunkt, so scheint es, daß er eine andere als die gewaltsame Lösung durch Krieg nicht zuläßt. Es ist anzunehmen, daß dabei die an Zahl schwächere Nation unterliegen wird, daß es also z. B. den Hunderte Millionen zählenden Völkern Asiens gelingen werde, die Nachkommen der weißen Rasse aus Australien zu verdrängen. Doch wir wollen uns auf solche Vermutungen gar nicht einlassen. Denn sicher ist, daß solche Kriege — und wir dürfen doch wohl annehmen, daß ein Weltproblem von so großer Tragweite nicht mit einemmal in einem Krieg gelöst werden kann — zur fürchterlichsten Katastrophe der Zivilisation führen müßten.

Es ist eben klar, daß die Lösung des Wanderungsproblems nicht möglich ist, wenn man an dem Ideal des vielgeschäftigen Staates, der sich in jede menschliche Lebensäußerung einmengt, oder gar an dem des sozialistischen Staates festhält. Die Durchführung des Liberalismus würde es ermöglichen, das Wanderproblem, das heute unlösbar erscheint, zum Verschwinden zu bringen. Welche Schwierigkeiten könnten in einem liberal regierten Australien daraus entstehen, daß in einigen Teilen dieses Kontinents Japaner und in anderen Deutsche die Oberhand hätten?

9. Die Vereinigten Staaten von Europa.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der mächtigste und reichste Staat der Welt. Nirgends sonst konnte sich der Kapitalismus freier und weniger behindert durch die Regierung entfalten. Die Bewohner der Vereinigten Staaten von Amerika sind daher weitaus reicher als die Bewohner irgendeines anderen Landes der Erde. Seit mehr als sechzig Jahren ist ihr Land von keinem Krieg mitgenommen worden. Hätten sie nicht

die Ausrottungskriege gegen die Ureinwohner des Landes geführt, hätten sie nicht ohne jede Nötigung 1898 mit Spanien Krieg geführt und hätten sie sich nicht am Weltkrieg beteiligt, so wüßten unter den Bürgern des Landes heute kaum einige Greise aus eigener Erfahrung zu berichten, was Krieg heißt. Man mag es bezweifeln, ob die Amerikaner selbst zu würdigen wissen, was sie alles dem Umstande verdanken, daß die Politik in den Staaten mehr Liberalismus und Kapitalismus verwirklicht hat als die irgendeines anderen Staatswesens. Auch die Ausländer wissen nicht, was es gewesen ist, das die viel beneidete Republik reich und mächtig gemacht hat. Aber darin sind doch alle — von denen abgesehen, die, voll von Ressentiment, vorgeben, den „Materialismus" der amerikanischen Kultur tief zu verachten — einig, daß sie nichts sehnlicher wünschen, als daß auch ihr Staatswesen so reich und mächtig dastünde wie die Union.

Von verschiedenen Seiten wird nun als der einfachste Weg, um dieses Ziel zu erreichen, die Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa" bezeichnet. Die einzelnen Staaten des europäischen Kontinents wären zu wenig volkreich und hätten nicht genug Land zur Verfügung, um sich am Kampf der Staaten um die Vormacht gegen die immer mächtiger werdende nordamerikanische Union, gegen Rußland, gegen das englische Empire, gegen China und gegen andere Gebilde ähnlicher Größe, die — etwa in Südamerika — noch entstehen könnten, zu behaupten. Sie müßten sich daher zu einer militärischen und politischen Einheit zusammenschließen, zu einem Schutz- und Trutzbündnis, das allein imstande wäre, Europa in den kommenden Jahrhunderten die Bedeutung in der Weltpolitik zu sichern, die ihm in den letzten Jahrhunderten zugekommen ist. Eine ganz besondere Förderung empfängt die Idee der paneuropäischen Union aus der sich Tag für Tag jedermann mit stärkerer Evidenz aufdrängenden Erkenntnis, daß es nichts Widersinnigeres geben kann als die Schutzzollpolitik der europäischen Staaten. Nur die weitere Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung kann den Wohlstand mehren und jene Fülle von Gütern erzeugen, deren wir bedürfen, um die Lebenshaltung und damit das Kulturniveau der Massen zu heben. Die Wirtschaftspolitik aller Staaten, ganz besonders aber die der kleineren europäischen Staaten, ist gerade darauf bedacht, die internationale Arbeitsteilung ganz zu unterbinden. Vergleicht man die Lebensbedingungen der nordamerikanischen Industrie, die einen durch keinerlei Zölle und ähnliche Hindernisse beengten Markt von mehr als 120 Millionen reichen Verbrauchern zur Verfügung hat, mit denen der deutschen oder gar etwa mit denen der tschechoslowakischen oder der ungarischen

Industrie, dann zeigt es sich klar, wie widersinnig die Bestrebungen sind, kleine autarke Wirtschaftsgebiete zu schaffen.

Die Übelstände, gegen die die Vorkämpfer der Idee der Vereinigten Staaten von Europa auftreten, sind ohne Zweifel vorhanden, und man müßte sie je eher desto besser abstellen. Aber die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa wäre kein geeigneter Weg, um dieses Ziel zu erreichen.

Jede Reform der zwischenstaatlichen Beziehungen muß darauf ausgehen, den Zustand zu beseitigen, in dem der einzelne Staat nur darauf lauert, wie er sein Gebiet auf Kosten anderer Staaten erweitern könnte. Das Problem der Staatsgrenzen, heute von unendlicher Wichtigkeit, muß seine Bedeutung verlieren. Die Völker müssen erkennen, daß das wichtigste Problem der äußeren Politik die Herstellung des ewigen Friedens ist, und sie müssen begreifen, daß man den Weltfrieden nur sichern kann durch Einschränkung der Staatstätigkeit auf das engste Gebiet, so daß dem Staate und seiner räumlichen Begrenzung nicht mehr jene überragende Bedeutung für das Leben des einzelnen zukommt, die es verständlich erscheinen läßt, daß in der Vergangenheit und in der Gegenwart Ströme von Blut vergossen wurden, um die Grenzen der einzelnen Staaten abzustecken. An Stelle der geistigen Enge, die in der eigenen Staatlichkeit und im eigenen Volk alles sieht und kein Verständnis hat für die Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit, muß das kosmopolitische Denken treten. Das aber ist nur möglich, wenn man die Staatengesellschaft, den internationalen Über- und Oberstaat so eingerichtet hat, daß kein Volk und kein einzelner wegen seines Volkstums und seiner völkischen Sonderart unterdrückt wird.

Um die Völker aus der Enge der nationalistischen Politik, die stets auf das Verderben des Nachbars lauert und in letzter Linie das Verderben aller herbeiführt, zu einer wahrhaften Weltpolitik hinauszuführen, bedarf es sohin in erster Linie der Erkenntnis, daß die Interessen der Völker nicht widerstreiten und daß jedes Volk seinen eigenen Vorteil dann am besten wahrt, wenn es darauf bedacht ist, die Entwicklung aller Völker zu fördern, und sich ängstlich von jedem Versuch fernhält, andere Völker oder Teile anderer Völker zu vergewaltigen. Es geht also nicht etwa darum, daß die Völker den auf das eigene Volk eingestellten Chauvinismus durch einen auf einen größeren Kreis eingestellten Chauvinismus ersetzen, sondern daß sie erkennen, daß jede Art von Chauvinismus verkehrt ist und daß man an Stelle der alten militaristischen Mittel der internationalen Politik nun neue friedliche Mittel treten lassen muß, die auf gemeinschaftliche Arbeit und nicht auf wechselseitiges Bekriegen abzielen.

Die Vorkämpfer von Paneuropa und der Vereinigten Staaten von

Europa verfolgen aber andere Ziele. Sie planen nicht eine neue Form der Staatlichkeit, die sich von den bisherigen, imperialistisch und militaristisch orientierten Staaten dem Wesen ihrer Politik nach unterscheiden soll, sondern ein Neugebilde der alten imperialistischen und militaristischen Staatsidee. Paneuropa soll größer sein als die einzelnen Staaten, die in ihm aufgehen werden, es soll mächtiger sein als diese und daher militärisch leistungsfähiger, besser geeignet, den Großstaaten England, Vereinigte Staaten von Amerika und Rußland Widerstand zu leisten. An Stelle des französischen, des deutschen, des magyarischen Chauvinismus soll der europäische treten; seine Spitze soll sich gegen die „Ausländer" kehren, gegen Briten, Amerikaner, Russen, Chinesen, Japaner; nach innen aber soll es ein alle europäischen Völker einigendes Gebilde sein.

Nun kann man chauvinistisches Staatsempfinden und chauvinistische Staats- und Kriegspolitik wohl auf nationaler Grundlage aufbauen, aber nicht auf geographischer. Die Sprachgemeinschaft knüpft auf der einen Seite ein enges Band zwischen den Volksgenossen, und die Sprachfremdheit läßt zwischen den Völkern eine Kluft sich auftun; ohne diese — von allen Ideologien unabhängige — Tatsache hätte sich chauvinistisches Denken nie entwickeln können. Doch der Umstand, daß das geistige Auge des Geographen, der die Landkarten betrachtet, den europäischen Kontinent (mit Ausschluß von Rußland) als eine Einheit ansehen kann (aber nicht muß!), schafft zwischen den Bewohnern dieses Raumes keine Gemeinsamkeit, auf die der Politiker seine Entwürfe aufbauen könnte. Man kann einem Rheinländer begreiflich machen, daß er seine eigene Sache verficht, wenn er für die Deutschen Ostpreußens in den Kampf zieht, man wird ihm vielleicht einmal begreiflich machen können, daß die Sache aller Menschen in der Welt auch seine eigene Sache ist. Er wird es aber nie verstehen können, daß er für die Sache der Portugiesen, weil sie auch Europäer sind, einzutreten habe, daß aber die Sache Englands die Sache eines Feindes oder bestenfalls eines gleichgültigen Fremden sei. Eine lange geschichtliche Entwicklung, die man aus dem Leben der Menschheit nicht tilgen kann (und die, nebenbei bemerkt, der Liberalismus auch nicht tilgen will), hat es dahin gebracht, daß das Herz eines Deutschen höher schlägt, wenn von deutscher Art, von deutschem Volk, von Deutschland gesprochen wird. Dieses nationale Gefühl war gegeben, ehe die Politik darauf ausging, auf seiner Grundlage deutsche Staatsidee, deutsche Politik und auch deutschen Chauvinismus aufzubauen. Daß die Worte Europa oder Paneuropa und europäisch oder paneuropäisch diesen Klang nicht haben, daß sie alles das nicht auslösen können, was die Worte

Deutschland und deutsch auslösen, das nicht beachtet zu haben ist der Grundfehler aller jener gutgemeinten Entwürfe, die an Stelle der Nationalstaaten Unionstaaten treten lassen wollen, möge es sich nun um Mitteleuropa, Paneuropa, Panamerika oder sonst ein ähnliches Gebilde handeln.

Am klarsten wird die Sache, wenn wir die handelspolitische Seite ins Auge fassen, die in allen diesen Projekten eine entscheidende Rolle spielt. Man kann, wie die Dinge heute liegen, einen Bayer dazu bringen, daß er es für richtig ansieht, daß ihm der Bezug irgendeines Artikels durch einen Zoll verteuert wird, damit die deutsche Arbeit — etwa in Sachsen — geschützt wird. Es wird hoffentlich einmal gelingen, ihn zur Einsicht zu bekehren, daß alle handelspolitischen Autarkiebestrebungen und somit alle Schutzzölle zweck- und sinnwidrig und daher aufzuheben sind. Niemals aber wird es gelingen, einen Polen oder einen Magyaren dazu zu bringen, daß er es als richtig anerkenne, daß er für irgendwelche Waren mehr als den Weltmarktpreis bezahlen soll, damit Frankreich, Deutschland oder Italien eine Erzeugung dieser Art in ihrem Lande betreiben können. Man kann eben die Schutzzollpolitik auf das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl und auf die nationalistische Theorie von der Unverträglichkeit der Interessen der einzelnen Völker stützen; man hat aber keine ähnliche ideologische Grundlage, auf der man ein System unionstaatlicher Schutzpolitik aufbauen könnte. Es ist offenbarer Widersinn, die sich immer mehr und mehr ausbildende Einheit der Weltwirtschaft in kleine möglichst autarke nationale Wirtschaftsgebiete zu zerschlagen. Aber man kann die nationalistische Absperrungspolitik nicht dadurch überwinden, daß man an ihre Stelle die Absperrungspolitik eines größeren Staatsgebildes, das verschiedene Völker zu einer politischen Einheit zusammenfaßt, setzt. Das einzige, was die Schutzzollpolitik und die Autarkiebestrebungen überwinden kann, ist die Erkenntnis ihrer Schädlichkeit und das Verständnis für die Interessensolidarität aller Völker.

Wenn man den Nachweis erbracht hat, daß die Spaltung der Einheit der Weltwirtschaft in kleine autarke Wirtschaftsgebiete schädlich ist, dann ergibt sich daraus mit Notwendigkeit die Schlußfolgerung, daß man zum Freihandel übergehen muß. Um zu beweisen, daß man ein paneuropäisches Schutzzollgebiet zur Erreichung paneuropäischer Autarkie bilden soll, müßte man erst den Beweis erbringen, daß zwar die Interessen der Portugiesen und der Rumänen solidarisch sind, daß aber beider Interessen mit denen Brasiliens und Rußlands kollidieren. Man müßte den Beweis erbringen, daß es für den Magyaren gut sei, die magyarische Textilindustrie zugunsten der deutschen, der französischen und der

belgischen aufzugeben, daß aber die Interessen der Magyaren durch die Einfuhr englischer oder amerikanischer Textilwaren geschädigt werden.

Die Bewegung zur Bildung von Unionstaaten ist aus der richtigen Erkenntnis der Unhaltbarkeit aller chauvinistischen Nationalpolitik entsprungen. Aber das, was sie an deren Stelle setzen will, ist undurchführbar, weil es der lebendigen Grundlagen im Bewußtsein der Völker ermangelt. Und könnte selbst das Ziel der paneuropäischen Bewegung erreicht werden, dann würde es in der Welt nicht um ein Haar besser werden. Der Kampf des geeinten Kontinentaleuropa gegen die großen Weltmächte außerhalb seines Gebietes wäre nicht weniger verderblich als es der Kampf der europäischen Staaten untereinander ist.

10. Der Völkerbund.

Wie der Staat in den Augen des Liberalen nicht das Höchste ist, so ist er für ihn auch nicht die beste Zwangsorganisation. Die metaphysische Staatslehre erklärt, dabei der Eitelkeit und Überhebung der Fürsten entgegenkommend, daß jeder einzelne Staat souverän sei, d. h. daß er die oberste und letzte Instanz darstelle. Aber wie für den Liberalen die Welt nicht an den Grenzen des Staates endet, wie für ihn die Staatsgrenzen überhaupt nur eine nebensächliche und untergeordnete Bedeutung haben, wie sein politisches Denken die gesamte Menschheit umfaßt, wie der Ausgangspunkt aller seiner politischen Doktrinen die Überzeugung ist, daß die Arbeitsteilung eine internationale und nicht bloß eine nationale ist, wie er von vornherein weiß, daß es nicht genügt, den Frieden im Innern des Staates herzustellen, daß es vielmehr notwendig ist, daß alle Staaten untereinander in Frieden leben, so fordert er auch, daß die staatliche Organisation ihre Fortsetzung und ihren Abschluß finde in einer staatsgleichen Verbindung aller Staaten zu einem Weltstaat. Darum erscheint ihm das Völkerrecht dem Staatsrecht übergeordnet, und darum fordert er über den Staaten stehende Gerichte und Behörden, die in ebensolcher Weise den Frieden zwischen den Staaten sicherstellen, wie innerhalb des Staates die staatlichen Behörden und Gerichte für die Aufrechterhaltung des Friedens sorgen oder wenigstens zu sorgen haben.

Lange Zeit hindurch war die Forderung nach der Errichtung einer derartigen überstaatlichen Weltorganisation eine kaum beachtete Utopie einiger weniger Denker. Wohl sah die Welt seit dem Ausgang der napoleonischen Kriege wiederholt die Staatsmänner der wichtigsten Staaten um den Konferenztisch versammelt, um einheitliche Beschlüsse zuwege zu bringen, wohl entstanden seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr überstaatliche Gebilde, von denen das „Rote Kreuz“ und der

Weltpostverein die bekanntesten sind, doch all das war noch himmelweit entfernt von der Herausbildung einer wahren überstaatlichen Organisation. Auch die Haager Friedenskonferenzen haben hier kaum einen Fortschritt bedeutet. Erst die Greuel des Weltkrieges haben dem Gedanken einer Organisation der Welt, die künftigen Kriegen vorzubeugen in der Lage wäre, weite Anerkennung zu bringen vermocht. Nach Beendigung des Krieges sind die Sieger dazu geschritten, ein Gebilde zu schaffen, dem sie den Namen Völkerbund gegeben haben und das man vielfach in der Welt für den Ausgangspunkt einer wirklich brauchbaren künftigen überstaatlichen Organisation hält.

Darüber kann allerdings kein Zweifel bestehen, daß das, was heute unter dem Namen Völkerbund besteht, in keiner Weise jenes Ideal einer überstaatlichen Organisation verwirklicht, das der Liberalismus fordert. Zunächst gehören dem Völkerbund einige der wichtigsten und größten Nationen der Welt überhaupt nicht an. Außerhalb des Völkerbundes stehen, von kleineren Völkern abzusehen, vor allem die Vereinigten Staaten. Die Verfassung des Völkerbundes leidet von vornherein darunter, daß sie zwei Kategorien von Staaten unterscheidet, solche, die volles Recht genießen, und solche, die, weil sie im Weltkrieg auf jener Seite gestanden sind, die den Krieg verloren hat, nicht voll berechtigte Mitglieder sind. Es ist klar, daß eine derartige ständische Gliederung der Gemeinschaft der Völker ebenso den Keim von Kriegen in sich tragen muß wie jede ständische Gliederung innerhalb eines Staates. Alles dies zusammengenommen hat dazu geführt, daß der Völkerbund in allen Fragen eine beklagenswerte Schwäche und Unfähigkeit gezeigt hat. Man denke nur an die Haltung des Völkerbundes in dem Konflikte zwischen Italien und Griechenland, in der Mossulfrage und ganz besonders in allen jenen Fällen, wo das Schicksal bedrückter Minderheiten von seiner Entscheidung abhängig war. Es gibt in allen Ländern, besonders aber in England und Deutschland, Gruppen, die glauben, daß es im Interesse der Ausgestaltung dieses Scheinvölkerbundes zu einem wahren Völkerbund, zu einem echten Oberstaat der Staaten, gelegen sei, daß man die Schwächen und Mängel des Völkerbundes möglichst schonungsvoll bespreche. Solcher Opportunismus tut aber niemals und in keiner Frage wohl. Wenn der Völkerbund — und dies dürfte wohl mit Ausnahme der Funktionäre und Angestellten der Völkerbundsämter allgemein zugegeben werden — ein unzulängliches Gebilde ist, das in keiner Weise jenen Forderungen entspricht, die man an eine überstaatliche Organisation der Welt zu stellen berechtigt ist, so muß man dies immer wieder und immer wieder hervorheben, um zu zeigen, was alles geändert werden müßte,

damit aus diesem Scheinvölkerbund das wird, was ein wahrer Völkerbund zu leisten hat. Nichts hat die Idee der überstaatlichen Organisation der Welt so sehr geschädigt wie die Ideenverwirrung, die daraus entstanden ist, daß man mitunter glaubt, der Völkerbund von Genf habe bereits alles oder wenigstens einen großen Teil von dem verwirklicht, was der ehrliche und aufrichtige Liberale fordern muß. Man kann einen wahren Völkerbund, der den ewigen Frieden sicherstellen soll, unmöglich aufbauen auf dem Grundsatze der Schonung der historisch überlieferten Grenzen der einzelnen Staaten. Der Völkerbund behält den Grundmangel alles bisherigen Völkerrechtes bei, indem er lediglich das Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Völkern regelt, aber nicht im mindesten darauf bedacht ist, andere Normen für die Austragung dieser Streitigkeiten zu schaffen als die Aufrechterhaltung des bestehenden Rechtszustandes und der abgeschlossenen Verträge. Unter solchen Bedingungen aber kann der Frieden nicht gesichert werden, es sei denn, daß alle Verhältnisse der Welt in vollkommene Erstarrung verfallen wären.

Freilich, der Völkerbund stellt, wenn auch sehr vorsichtig und zurückhaltend, künftige Grenzverschiebungen, die den Wünschen der Völker und Volksteile Rechnung tragen, in Aussicht, und er verspricht den nationalen Minderheiten, auch sehr vorsichtig und zurückhaltend, Schutz. Das würde uns erlauben, zu hoffen, daß aus den höchst unzulänglichen Anfängen einmal etwas werden könnte, was wirklich den Namen Weltüberstaat verdient und den Völkern den Frieden gibt, dessen sie bedürfen. Doch die Entscheidung darüber wird nicht in den Sitzungen des Völkerbundes selbst in Genf, noch auch in den Parlamenten der einzelnen Staaten fallen. Denn es handelt sich hier überhaupt nicht um ein Problem der Organisation oder gar nur der Technik internationaler Verwaltung, sondern um das größte ideologische Problem, vor dessen Lösung die Menschheit je gestellt war. Es handelt sich darum, ob es gelingen wird, in der Welt jene Gesinnung aufzurichten, ohne die alle Vereinbarungen über Frieden und schiedsgerichtliches Verfahren im kritischen Augenblick stets nur ein wertloses Stück Papier bleiben werden. Diese Gesinnung kann aber keine andere sein als das uneingeschränkte, vorbehaltlose Bekenntnis zum Liberalismus. Liberales Denken muß die Völker erfüllen, liberale Grundsätze müssen alle Staatseinrichtungen durchdringen, damit die Voraussetzungen des Friedens geschaffen und die Kriegsursachen beseitigt werden. Solange es Schutzzölle und Wanderungsverbote, Zwangsschulen und Zwangsunterricht, Interventionismus und Etatismus gibt, werden immer wieder Konflikte entstehen, die zu kriegerischen Verwicklungen führen.

11. Rußland.

Der friedliche Bürger, der sich durch seine Arbeit in die Gesellschaft eingliedert und sich selbst und seinen Mitmenschen dient, wird durch den Räuber bedroht, durch den Mann, dessen Gesinnung nicht eingestellt ist auf die Arbeit, sondern auf die gewaltsame Aneignung des Produktes fremder Arbeit. Jahrtausendelang hat die Welt das Joch der Eroberer und Feudalherren ertragen müssen, die es als ganz selbstverständlich fanden, daß sie dazu da seien, die Früchte fremden Fleißes zu verzehren. Die Entwicklung der Menschen zur Gesittung und die Verdichtung der gesellschaftlichen Beziehungen bestanden in erster Linie darin, den geistigen und materiellen Einfluß der Militär- und Herrenkasten, die die Welt beherrschen wollten, zurückzudrängen und an die Stelle des Herrenideals das Bürgerideal zu setzen. Ganz gelungen ist die Verdrängung des militaristischen Ideals, das allein den Krieger gelten lassen will und die Arbeit verachtet, noch lange nicht. In jedem Volk gibt es noch immer Individuen, deren Geist ganz und gar erfüllt ist von den Vorstellungen der militaristischen Periode; es gibt Völker, in denen vorübergehend immer wieder die Instinkte des Raubes und der Gewalt, die man längst für überwunden erachtet hatte, zum Durchbruche und zur Herrschaft gelangen. Aber im großen und ganzen kann man sagen, daß bei den Völkern weißer Rasse, die heute das mittlere und westliche Europa und Amerika bewohnen, jene Denkungsart, die Herbert Spencer die militaristische genannt hat, durch die verdrängt wurde, der er den Namen die industrielle beigelegt hat. Nur ein großes Volk gibt es heute, das unentwegt an dem militaristischen Ideal festhält: die Russen.

Gewiß gibt es auch im russischen Volk Elemente, die der Denkungsart, die in ihrem Volke vorherrscht, abhold sind; das Bedauerliche ist nur, daß sie sich unter ihren Volksgenossen nicht durchzusetzen wußten. Seit Rußland auf die europäische Politik einen Einfluß auszuüben in der Lage ist, steht es zu Europa immerfort in der Stellung des Räubers, der sprungbereit auf den Augenblick wartet, in dem er sich der Beute bemächtigen kann. Niemals haben die russischen Zaren eine andere Grenze für die Ausdehnung ihres Reiches anerkannt als die, die ihnen durch den Zwang der Verhältnisse diktiert worden ist. Nicht um ein Haar anders ist die Stellung der Bolschewiken zu dem Problem der räumlichen Ausdehnung der russischen Herrschaft. Auch sie wissen es nicht anders, als daß man soweit in der Eroberung gehen darf und gehen muß, als man es im Hinblick auf seine Kräfte wagen darf. Der glückliche Umstand, der die Zivilisation vor der Vernichtung durch die Russen

gerettet hat, war der, daß die europäischen Staaten so stark waren, daß sie dem Ansturm der russischen Barbarenhorden mit Erfolg standhalten konnten. Die Erfahrungen, die die Russen in den napoleonischen Kriegen, im Krimkrieg und im türkischen Feldzug 1877—1878 gemacht hatten, zeigten ihnen, daß ihre Armee trotz großer Zahl der Streiter nicht fähig sei, die Offensive gegen Europa zu ergreifen. Der Weltkrieg hat das bestätigt.

Gefährlicher als die Bajonette und Kanonen sind die Waffen des Geistes. Freilich, den Widerhall, den die russischen Ideen in Europa gefunden haben, verdanken sie in erster Linie dem Umstand, daß eben Europa von ihnen schon voll war, bevor sie aus Rußland nach Europa kamen. Richtiger wäre es vielleicht zu sagen, daß diese russischen Ideen selbst nicht ursprünglich russisch waren, wenn sie auch dem Wesen der Russen entsprachen, sondern daß sie von den Russen von Europa entlehnt worden waren. Die geistige Unfruchtbarkeit des russischen Volkes ist eben so groß, daß es nicht einmal imstande war, Ideen, die den Ausdruck seines eigensten Wesens darstellen, selbst zu erfassen und auszudrücken.

Der Liberalismus, der ganz auf die Wissenschaft gegründet ist, und dessen Politik nichts anderes darstellt als die Anwendung der Ergebnisse der Wissenschaft, muß sich davor hüten, unwissenschaftliche Werturteile zu verwenden. Die Werturteile stehen außerhalb der Wissenschaft und sind immer rein subjektiv. Man kann daher nicht die Völker nach ihrem Werte klassifizieren und von wertvollen und minderwertvollen Völkern sprechen. Die Frage, ob die Russen minderwertig sind oder nicht, scheidet daher für unsere Betrachtung vollkommen aus. Wir behaupten gar nicht, daß sie es wären. Was wir behaupten, ist einzig und allein dies: sie wollen sich nicht in die gesellschaftliche Zusammenarbeit der Menschen fügen. Sie stehen der Gesellschaft der Menschen und Völker gegenüber als ein Volk, das auf nichts anderes als auf das Verzehren dessen bedacht ist, was die anderen angesammelt haben. Ein Volk, in dem die Ideale Dostojewskis, Tolstois und Lenins lebendig sind, kann keine gesellschaftliche Bindung hervorbringen; es kann mit der Welt nie im Frieden leben. Es muß in den Zustand völligster Barbarei und Wildheit zurückfallen. Von der Natur ist Rußland weit reicher mit Fruchtbarkeit und Bodenschätzen aller Art bedacht als die Vereinigten Staaten. Hätten die Russen kapitalistische Politik gemacht wie die Amerikaner, sie wären heute das reichste Volk der Welt. Despotie, Imperialismus und Bolschewismus haben sie zum ärmsten Volk gemacht. Nun suchen sie in der ganzen Welt Kapital und Kredite.

Hat man dies einmal erkannt, so ergibt sich daraus klar die Folgerung,

die für die Politik der zivilisierten Völker gegenüber Rußland als Richtschnur dienen muß: Lasset die Russen Russen sein, lasset sie in ihrem Land machen was sie wollen, aber lasset sie nicht über ihre Landesgrenzen herauskommen, um die europäische Zivilisation zu zerstören. Das heißt nun freilich nicht, daß man etwa ein Einfuhr- und Übersetzungsverbot für russische Schriften aussprechen soll. Mögen die Neurastheniker sich an ihnen erfreuen, soviel es ihnen gefällt; die Gesunden werden sich ohnehin von ihnen abwenden. Das heißt auch nicht, daß man den Russen verbieten soll, Propagandafahrten durch die Welt zu unternehmen und Bestechungsgelder zu verteilen, wie die Zaren einst den Rubel haben rollen lassen. Wenn die moderne Kultur nicht imstande wäre, sich gegen die Angriffe bezahlter Subjekte zu wehren, dann könnte sie ohnehin nicht bestehen bleiben. Das heißt auch nicht, daß man es Europäern oder Amerikanern verwehren soll, nach Rußland zu reisen, wenn es sie dahin zieht. Mögen sie auf eigene Gefahr und Verantwortung sich das Land der Massenmorde und des Massenelends nur recht genau besehen. Das heißt auch nicht, daß man es Kapitalisten verwehren soll, Darlehen an die Sowjets zu gewähren oder sonst Kapital in Rußland zu investieren. Wenn sie so töricht sind zu glauben, sie könnten jemals etwas davon wiedersehen, so mögen sie es nur tun.

Aber: Die Regierungen Europas und Amerikas müssen aufhören, die sowjetistische Zerstörungswut dadurch zu fördern, daß sie Exportprämien für die Ausfuhr nach Sowjetrußland bezahlen, d. h. also, den russischen Sowjetismus durch Geldunterstützung fördern. Sie mögen aufhören, für die Auswanderung nach Sowjetrußland und für die Ausfuhr von Kapital dorthin Propaganda zu machen.

Ob dann das russische Volk sich vom Sowjetismus abkehren wird oder nicht, das möge es mit sich selbst ausmachen. Eine Gefahr droht der Welt heute nicht mehr von dem Lande der Knute und der Kerker. Bei allem ihren Kriegs- und Zerstörungswillen sind die Russen nicht fähig, den Frieden Europas ernstlich zu bedrohen. Man lasse sie daher gewähren. Das, wogegen man sich kehren muß, ist nur, daß die destruktionistische Politik der Sowjets von uns unterstützt und gefördert wird.

IV. Der Liberalismus und die politischen Parteien.

1. Der „Doktrinarismus" der Liberalen.

Man hat dem älteren Liberalismus vorgeworfen, daß er zu starrköpfig und nicht genug bereit zu Kompromissen gewesen sei. Er sei wegen seiner Unnachgiebigkeit im Kampfe mit den aufkommenden antikapitalistischen Parteien aller Art unterlegen. Hätte er es wie diese verstanden, durch Konzessionen und durch Entgegenkommen an volkstümliche Schlagworte die Gunst der Massen zu erwerben, so hätte er sich seine Stellung wenigstens zum Teil bewahren können. Er habe sich aber nie wie die antikapitalistischen Parteien eine Parteiorganisation und einen Propagandaapparat aufgebaut, habe der politischen Taktik in Wahlkämpfen und parlamentarischen Verhandlungen nie Gewicht beigelegt, habe sich nie auf das Diplomatisieren und Transigieren verlegt. Dieser starre Doktrinarismus habe seinen Untergang herbeiführen müssen.

Die tatsächlichen Behauptungen, die in diesen Ausführungen enthalten sind, stimmen mit der Wahrheit überein; aber wer darin einen Vorwurf gegen den Liberalismus zu erblicken vermeint, der zeigt, daß er vom Wesen des Liberalismus nichts versteht. Die tiefste und letzte Grunderkenntnis liberalen Geistes ist die, daß es die Ideen sind, die das gesellschaftliche Gebäude menschlicher Kooperation aufbauen und aufrechthalten, und daß auf dem Fundament falscher und verkehrter Ideen ein dauerhafter Gesellschaftsbau nicht errichtet werden kann. Nichts kann die lebenfördernde gesellschaftsaufbauende Ideologie ersetzen, am wenigsten die Lüge, mag sie sich auch Taktik, Diplomatie oder Kompromiß nennen. Wenn die Menschen nicht aus Erkenntnis der gesellschaftlichen Notwendigkeit freiwillig das tun, was zur Erhaltung der Gesellschaft und zur Förderung des Wohlstandes in ihr getan werden muß, kann man sie durch keine List und durch keinen Kunstgriff auf den richtigen Weg bringen. Wenn sie irren und fehlgehen, dann muß man trachten, sie

durch Belehrung aufzuklären; wenn man sie aber nicht aufzuklären vermag, wenn sie im Irrtum beharren, dann läßt sich nichts machen, um den Untergang aufzuhalten. Alle jene Kunstgriffe und Lügen demagogischer Taktiker mögen wohl geeignet sein, die Sache jener zu fördern, die — ob nun in gutem oder in bösem Glauben — auf den Untergang der Gesellschaft hinarbeiten. Doch die Sache des gesellschaftlichen Fortschrittes, die Sache der Weiterentwicklung und Höherentwicklung der Gesellschaft kann man nicht durch Lügen und durch Demagogie fördern. Keine Macht auf Erden, keine List und kein Betrug vermöchten es, der Menschheit durch schlaue Überlistung eine Gesellschaftstheorie beizubringen, die sie nicht anerkennt, ja die sie offen ablehnt.

Für den, der die Welt zum Liberalismus zurückführen will, bleibt kein anderer Weg offen als der, seine Mitbürger von der Notwendigkeit der liberalen Politik zu überzeugen. Diese Aufklärungsarbeit ist das einzige, was der Liberale leisten kann und was er leisten muß, um, soviel an ihm liegt, dem Untergang entgegenzuwirken, dem die Gesellschaft heute mit raschen Schritten zueilt. Dabei ist für Konzessionen an irgendwelche liebgewordene und eingelebte Vorurteile und Irrlehren kein Raum. In Fragen, die über Sein und Nichtsein der Gesellschaft, über Aufstieg oder Untergang von Millionen Menschen entscheiden, gibt es keine Konzession aus Schwachheit oder übelangebrachter Höflichkeit.

Wenn der Liberalismus wieder zur Richtschnur der Politik der großen Völker werden sollte, wenn ein Umschwung in der Gesinnung der Menschen dem Kapitalismus wieder freie Bahn eröffnen könnte, dann wird sich die Welt allmählich aus dem Zustand zu erheben vermögen, in den sie die Politik der vereinigten antikapitalistischen Gruppen gestürzt hat. Einen anderen Weg, der aus den politischen und sozialen Wirren der Gegenwart herausführen könnte, gibt es nicht.

Der schwerste Irrtum, in dem der ältere Liberalismus befangen war, war sein Optimismus in bezug auf die Richtung, die die Entwicklung der Gesellschaft nehmen müßte. Den Vorkämpfern des liberalen Gedankens, den Soziologen und Nationalökonomen des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und ihren Freunden galt es als ausgemacht, daß die Menschheit zu immer höherer Stufe der Vollkommenheit fortschreite und daß nichts imstande sei, diesen Fortschritt aufzuhalten. Sie waren der festen Überzeugung, daß die vernünftige Erkenntnis der Grundgesetze des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die sie entdeckt hatten, bald Allgemeingut sein werde, und daß sich die Menschheit hinfort friedlich ohne Störungen zu immer engerer Verknüpfung der gesellschaftlichen Beziehungen, zu immer größerem Wohlstand, zu immer höherer

geistiger Kultur verbinden werde. Nichts war imstande, ihren Optimismus zu erschüttern. Als der Kampf gegen den Liberalismus immer stärker und stärker einsetzte, als von allen Seiten Sturm gelaufen wurde gegen die Herrschaft der liberalen Ideen in der Politik, dachten sie, daß es sich um letzte Rückzugsgefechte einer absterbenden Weltanschauung handle, die man gar nicht ernstlich studieren und bekämpfen müsse, weil sie ohnehin bald von selbst zusammenbrechen werde.

Die Liberalen waren der Meinung, daß alle Menschen die geistige Fähigkeit besitzen, die schwierigen Probleme des gesellschaftlichen Lebens vernunftgemäß zu verstehen und danach zu handeln. Sie waren von der Klarheit und Selbstverständlichkeit der Gedankengänge, die sie zu ihren politischen Ideen geführt hatten, so sehr durchdrungen, daß sie es gar nicht verstehen konnten, daß irgend jemand sie nicht fassen könnte. Sie haben zwei Dinge niemals begriffen: erstens, daß die große Masse nicht die Fähigkeit besitzt, logisch zu denken, und zweitens, daß den meisten, selbst wenn sie das Richtige erkannt haben sollten, ein augenblicklicher Sondervorteil wichtiger scheint als ein dauernder größerer Gewinn. Die meisten Menschen haben nicht einmal jene geistige Begabung, die notwendig ist, um die doch immerhin verwickelten Probleme des gesellschaftlichen Lebens zu durchschauen, und sie haben schon gar nicht die Willenskraft, die erforderlich ist, um das provisorische Opfer zu bringen, in dessen Darbringung alles soziale Handeln besteht. Die Schlagworte des Interventionismus und des Sozialismus, ganz besonders die Vorschläge auf Enteignung von Teilen des Privateigentums, finden bei den Massen, die dadurch unmittelbar zunächst zu profitieren erwarten, immer begeisterte Zustimmung.

2. Die politischen Parteien.

Man kann den Sinn und das Wesen des Liberalismus nicht ärger verkennen, als wenn man meint, es wäre möglich, die liberalen Ideen durch die Mittel zum Siege zu führen, die die anderen politischen Parteien heute anwenden.

In der ständisch gegliederten Gesellschaft, die nicht aus gleichberechtigten Staatsbürgern, sondern aus Ständen mit verschiedenen Gerechtsamen gebildet wird, gibt es keine politischen Parteien im modernen Sinn. Solange die Vor- und Sonderrechte der einzelnen Stände nicht in Frage gestellt werden, herrscht zwischen den Ständen Frieden. Werden aber einmal die Standesprivilegien angefochten, dann kommt es zur Auseinandersetzung zwischen den Ständen, die nur dann ohne Bürgerkrieg ablaufen kann, wenn die eine oder die andere Seite in Er-

kenntnis ihrer Schwäche der Entscheidung durch die Waffen ausweicht. In allen diesen Ständekämpfen ist die Stellung jedes einzelnen durch seine Standeszugehörigkeit von vornherein gegeben. Es kann Überläufer geben, die, in der Erwartung, ihren persönlichen Vorteil auf der Seite der Gegner besser wahrnehmen zu können, gegen ihre Standesgenossen kämpfen und von ihnen dafür als Verräter angesehen werden. Doch von solchen Ausnahmefällen abgesehen, tritt an den einzelnen die Frage, welcher der kämpfenden Gruppen er sich anzuschließen hätte, gar nicht heran. Er steht zu seinen Standesgenossen und teilt deren Schicksal. Der Stand oder die Stände, die mit ihrer Stellung nicht zufrieden sind, lehnen sich gegen die herrschende Ordnung auf und haben gegen die anderen ihre Forderungen durchzusetzen. Das Ergebnis der Kämpfe ist, wenn nicht etwa alles beim Alten bleibt, weil die Angreifer unterliegen, schließlich das, daß an Stelle der alten ständischen Ordnung eine neue tritt, in der die Rechte der Stände anders abgestuft sind, als sie es früher waren.

Da kam der Liberalismus und forderte die Beseitigung aller Sonderrechte. Die ständische Gliederung der Gesellschaft habe einer neuen Ordnung platzzumachen, in der es nur noch gleichberechtigte Staatsbürger geben soll. Nicht mehr die einzelnen Standesprivilegien werden angefochten, sondern der Bestand aller Standesprivilegien. Der Liberalismus reißt die Schranken, die die Stände scheiden, nieder und befreit den Menschen aus der Beengtheit, in die ihn die ständische Ordnung gewiesen hat. Erst in der kapitalistischen Gesellschaft, erst in dem nach liberalen Grundsätzen eingerichteten Staatswesen wird der einzelne zur unmittelbaren Mitwirkung an der politischen Gestaltung des Staates aufgerufen, und erst hier hat er sich für politische Ziele und Ideale zu entscheiden. Im Ständestaat gibt es nur Kämpfe zwischen den Ständen, in denen die Stände geschlossen einander gegenübertreten, und, wenn es gerade keine ständischen Kämpfe auszutragen gibt, innerhalb der Stände, die ein politisches Leben führen dürfen, Parteiungen und Koterien, das heißt Kämpfe von Cliquen um Einfluß, Macht und den Platz an der Krippe. Erst in dem Rechtsstaat gleichberechtigter Staatsbürger, der dem nirgends und niemals ganz erreichten Ideal der Liberalen entspricht, kann es politische Parteien geben, das sind Verbindungen von Personen, die in der Gesetzgebung und Verwaltung ihre Ideen verwirklichen wollen. Denn darüber, auf welchem Wege das liberale Ziel: Sicherung des friedlichen Zusammenwirkens der Menschen, am besten erreicht werden kann, mag es ganz gut Meinungsverschiedenheiten geben, und diese Meinungsverschiedenheiten müssen als Ideenkämpfe ausgetragen werden. So

könnte es in der liberalen Gesellschaft auch sozialistische Parteien geben. Selbst Parteien, die einzelnen Schichten eine rechtliche Sonderstellung einräumen wollen, wären in einer liberalen Gesellschaft nicht unmöglich. Aber alle diese Parteien müßten den Liberalismus, wenn sie ihn auch in letzter Linie als Sozialisten oder als Anhänger von Standesvorrechten ablehnen, doch zunächst, bis sie den Sieg errungen haben, soweit anerkennen, daß sie sich in ihren politischen Kämpfen nur der geistigen Mittel bedienen, die der Liberalismus als die allein zulässigen Waffen des politischen Kampfes ansieht. So hat ein Teil der vormarxistischen, der „utopischen" Sozialisten für den Sozialismus auf dem Boden des Liberalismus gekämpft. So haben in Westeuropa in der Blütezeit des Liberalismus zeitweilig Kirche und Adel versucht, auf dem Boden des modernen Rechtsstaates ihre Ziele zu verfolgen.

Die Parteien, die wir heute am Werke sehen, sind von ganz anderer Art. Sie alle haben zwar in ihrem Programm auch einen Teil, der auf das Ganze der menschlichen Gesellschaft gerichtet ist und darlegt, wie die gesellschaftliche Kooperation beschaffen sein sollte. Aber das, was dieser Teil ihres Programms sagt, ist nur eine notgedrungene Konzession, die sie der liberalen Idee machen müssen; das, was sie in Wahrheit anstreben, wird in einem anderen Teil ihres Programms dargelegt, das allein beachtet wird, und mit jenem allgemeinen Teil in unlösbarem Widerspruch steht. Die Parteien sind Vertreter bestimmter Stände, die die Vorrechte, die ihnen der Liberalismus noch belassen mußte, weil sein Sieg nicht vollständig war, gewahrt und erweitert sehen wollen, und bestimmter Gruppen, die Sonderrechte anstreben, die also erst „Stand" werden wollen. Der Liberalismus wendet sich an alle und stellt ein Programm auf, das für alle in gleicher Weise annehmbar ist. Er verspricht niemand Sondervorteile, er verlangt, indem er Verzicht auf die Verfolgung von Sonderinteressen fordert, selbst Opfer, freilich nur provisorische Opfer, Hingabe eines kleineren Vorteils zur Erlangung eines größeren. Aber die Parteien der Sonderinteressen wenden sich nur an einen Teil der Gesellschaft; diesem Teil, für den sie allein wirken wollen, versprechen sie Sondervorteile auf Kosten des Restes der Gesellschaft.

Alle modernen politischen Parteien und alle modernen Parteiideologien sind als Reaktion ständischer Sonderrechte und Sonderinteressen gegen den Liberalismus entstanden. Vor dem Auftreten des Liberalismus gab es wohl Stände, Sonderinteressen und Sonderrechte der Stände und Ständekämpfe, aber damals konnte sich die Ideologie des Ständewesens ganz naiv und unbefangen äußern, sie war — in ihrem antisozialen Charakter — weder den Anhängern noch den Gegnern

problematisch und mußte nicht nach einer sozialen Rechtfertigung Ausschau halten. Man kann das alte Ständewesen daher nicht ohne weiteres mit dem Treiben der heutigen Parteien der Sonderinteressen und ihren Lehren vergleichen. Das Wesen aller dieser Parteien ist nur zu verstehen, wenn man beachtet, daß sie in ihrem Ursprung nichts anderes sein wollten als Kritik und Abwehr der liberalen Doktrin. Ihre Parteidoktrinen sind nicht wie die des Liberalismus die Anwendung einer umfassenden durchdachten Gesellschaftstheorie auf die Politik. Beim Liberalismus war zuerst die wissenschaftliche Grundlage ohne jede Absicht auf politische Wirkung geschaffen worden, dann ergab sich daraus eine politische Ideologie. Dagegen waren die Ziele antiliberaler Politik — Sonderrechte und Sondervorteile — von Anfang an gegeben; zur Rechtfertigung dieser Politik suchte man dann nachträglich eine Ideologie zu konstruieren. Damit durfte man es sich freilich sehr leicht machen. Die Agrarier halten es für ausreichend, auf die Unentbehrlichkeit des Ackerbaues hinzuweisen, die Gewerkschaften berufen sich auf die Unentbehrlichkeit der Arbeit, die Mittelstandsparteien auf die Wichtigkeit des Bestehens einer Schichte der goldenen Mitte. Daß mit solcher Berufung noch nichts getan ist, um die Notwendigkeit oder nur Ersprießlichkeit der angestrebten Sondervorteile für die Gesamtheit zu erweisen, kümmert sie wenig. Die Schichten, die sie gewinnen wollen, gehen auch so mit, und bei den anderen Schichten wäre jeder Versuch der Werbung vergebens.

Alle diese modernen Parteien der Sonderinteressen, soweit auch ihre Ziele auseinandergehen mögen und so sehr sie sich auch bekämpfen, stehen daher dem Liberalismus gegenüber in einer Kampffront. Der Satz des Liberalismus, daß die richtig verstandenen Interessen aller letzten Endes vereinbar sind, ist das rote Tuch für sie alle. Nach ihrer Auffassung gibt es unüberbrückbare Interessengegensätze, die nur durch den Sieg des einen Teiles über den anderen zum Vorteil des einen und zum Nachteil des anderen ausgetragen werden können. Der Liberalismus, behaupten diese Parteien, sei nicht das, was er zu sein vorgibt; auch er sei nichts als eine Partei, die die Sonderinteressen einer bestimmten Gruppe, nämlich der Kapitalisten und Unternehmer, der Bourgeoisie, gegen die Interessen aller anderen Schichten zu vertreten suche.

Diese Behauptung ist vom Marxismus mit großem äußeren Erfolg vorgebracht worden. Wenn man die Lehre von der unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen innerhalb der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft als das wesentliche Lehrstück des Marxismus ansehen will, dann müßte man alle Parteien, die heute auf dem europäischen Kontinent tätig sind, als An-

hänger des Marxismus bezeichnen. Die Lehre von den Klassengegensätzen und vom Klassenkampf wird auch von den nationalistischen Parteien insofern als richtig angesehen, als sie die Meinung teilen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft diese Gegensätze bestehen und dieser Kampf ausgetragen werden muß. Was sie von den marxistischen Parteien unterscheidet, ist nur das, daß sie durch die von ihnen empfohlene ständische Gliederung der Gesellschaft den Klassenkampf überwinden und jene Kampffront herstellen wollen, die sie für richtig halten, die Kampffront für den Kampf zwischen den Völkern. Sie bestreiten nicht, daß es in der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft Gegensätze dieser Art gibt; sie sagen nur: es soll solche Gegensätze nicht geben, und um sie zu beseitigen, wollen sie das Sondereigentum durch obrigkeitliche Eingriffe leiten und regulieren, wollen sie Interventionismus an Stelle des Kapitalismus. Aber schließlich sagen auch die Marxisten nichts anderes; auch sie versprechen ja, die Welt einem Zustand entgegenzuführen, in dem es keine Klassen, keine Klassengegensätze und keine Klassenkämpfe mehr geben werde.

Um den Sinn der Lehre vom Klassenkampf zu erfassen, muß man beachten, daß sie sich gegen die liberale Lehre von der Solidarität aller Interessen in der freien, auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Gesellschaft wendet. Die Liberalen hatten die Behauptung aufgestellt, daß nach Beseitigung der Standesunterschiede, Aufhebung aller Privilegien und Herstellung der Gleichheit vor dem Gesetz nichts mehr der friedlichen Kooperation aller Glieder der Gesellschaft im Wege stehe, weil dann die richtig verstandenen Interessen letzten Endes zusammenfallen. Die Einwendungen, die die Anhänger des Feudalismus, der Privilegien und der Standesunterschiede gegen diese Lehre vorzubringen wußten, hatten sich schnell als unberechtigt erwiesen und hatten keinen nennenswerten Anhang zu gewinnen vermocht. Doch in Ricardos System der Katallaktik findet sich der Ausgangspunkt einer neuen Lehre von der Gegensätzlichkeit der Interessen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Ricardo glaubt aufzeigen zu können, wie sich im Laufe des Fortschreitens der wirtschaftlichen Entwicklung das Verhältnis der drei Einkommenszweige seines Systems: Profit, Rente und Lohn verschiebt. Das gab im dritten und vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts einigen englischen Schriftstellern die Anregung, von den drei Klassen der Kapitalisten, der Grundbesitzer und der Lohnarbeiter zu sprechen und zu behaupten, daß zwischen diesen Gruppen ein unheilbarer Gegensatz bestehe. An sie knüpfte dann später Marx an.

Noch im Kommunistischen Manifest weiß Marx nicht zwischen

Stand und Klasse zu unterscheiden. Erst als er später in London die verschollenen Pamphletisten der zwanziger und dreißiger Jahre kennenlernte und, von ihnen angeregt, sich mit dem System Ricardos zu befassen begann, erkannte er, daß es sich darum handle, zu zeigen, daß auch in einer Gesellschaft ohne Standesunterschiede und Standesprivilegien unüberbrückbare Gegensätze bestehen. Diese Gegensätzlichkeit der Interessen leitet er aus dem ricardianischen System ab, indem er die drei Klassen der Kapitalisten, der Grundbesitzer und der Arbeiter unterscheidet. Aber er hält daran keineswegs streng fest. Bald spricht er davon, daß es nur zwei Klassen gebe, Besitzende und Besitzlose, dann wieder unterscheidet er mehr Klassen als die großen zwei oder drei Klassen. Niemals aber hat Marx oder einer seiner vielen Nachfolger versucht, den Begriff und das Wesen der Klassen irgendwie zu umschreiben. Es ist bezeichnend, daß der dritte Band des „Kapital" in dem „die Klassen" überschriebenen Kapitel nach wenigen Sätzen abbricht. Zwischen dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests, in dem Marx zuerst Klassengegensatz und Klassenkampf zum tragenden Begriff seiner Lehre macht, und dem Tode von Marx lag mehr als ein Menschenalter. In dieser Zeit hat Marx Bände über Bände geschrieben, aber er ist nicht dazu gekommen, zu sagen, was unter einer Klasse zu verstehen ist. In der Behandlung des Klassenproblems ist Marx über die beweislose Aufstellung eines Dogmas — oder, sagen wir lieber, eines Schlagworts — nicht hinausgekommen.

Um die Lehre vom Klassenkampf zu erweisen, müßte man zwei Dinge zeigen können: auf der einen Seite, daß zwischen den Klassengenossen Solidarität herrscht, und auf der anderen Seite, daß das, was einer Klasse nützt, die andere schädigt. Das aber ist nie geschehen, ja es ist nie auch nur versucht worden. Zwischen den „Klassengenossen" besteht infolge der Gleichartigkeit der „sozialen Lage" nicht Solidarität der Interessen, sondern zunächst Konkurrenz. Der Arbeiter z. B., der unter besseren Bedingungen arbeitet, als durchschnittlich vorhanden sind, hat das Interesse, den Zuzug des Konkurrenten, der sein Einkommen auf das Durchschnittseinkommen ermäßigen könnte, fernzuhalten. In den Jahrzehnten, in denen auf internationalen Marxistenkongressen mit einem Aufwand von großen Worten immer wieder die Lehre von der internationalen Solidarität des Proletariates verkündet wurde, haben die Arbeiter der Vereinigten Staaten und Australiens der Einwanderung die größten Hindernisse entgegengesetzt. Die englischen Gewerkschaften haben durch ein System von feingesponnenen Maßnahmen den Zuzug Außenstehender zu ihren Arbeitszweigen unmöglich gemacht. Was in

dieser Hinsicht in den letzten Jahren in allen Staaten durch die Arbeiterparteien getan wurde, ist bekannt. Man kann nun gewiß sagen, dies hätte nicht sein sollen, die Arbeiter hätten anders handeln sollen, was sie tun, sei verkehrt. Aber man kann doch nicht bestreiten, daß das, was sie hier tun, ihren Interessen zunächst — für den Augenblick — unmittelbar nützt.

Der Liberalismus hat gezeigt, daß die Gegensätzlichkeit der Interessen, die zwischen den einzelnen Personen, Gruppen und Schichten innerhalb der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung nach weit verbreiteter Ansicht bestehen soll, in Wahrheit nicht gegeben ist. Wenn die Kapitalmenge wächst, so steigt das Einkommen der Kapitalisten und der Grundbesitzer absolut, das der Arbeiter absolut und relativ. Die Einkommensinteressen der einzelnen Gruppen und Schichten der Gesellschaft — der Unternehmer, der Kapitalisten, der Grundbesitzer und der Arbeiter — bewegen sich in der gleichen Richtung; was verschieden ist, ist nur das Verhältnis ihrer Anteile am Sozialprodukt. Die Interessen der Grundbesitzer treten denen der Angehörigen der übrigen Schichten nur in dem einen Falle des echten Monopols bestimmter Bergwerksprodukte entgegen. Die Interessen der Unternehmer können nie von denen der Konsumenten divergieren; der Unternehmer schneidet um so besser ab, je besser er es verstand, die Wünsche der Verbraucher vorauszusehen. Interessengegensätze bestehen nur insofern, als durch Eingriffe der Obrigkeit oder anderer mit Zwangsgewalt ausgestatteter gesellschaftlicher Faktoren Beschränkungen der freien Verfügung über die Produktionsmittel durch die Eigentümer getroffen werden. Es werden z. B. durch einen Schutzzoll die Preise eines bestimmten Artikels oder durch Sperrung eines Berufes die Löhne einer Gruppe von Arbeitern „künstlich“ erhöht. Hier nun setzt die berühmte niemals widerlegte und für immer unwiderlegbare Beweisführung der Freihandelsschule ein. Solche Sondervorteile können wohl einer einzelnen Gruppe, zu deren Gunsten sie verfügt wurde, nützen, doch nur dann, wenn nicht auch andere Gruppen ähnliche Vorteile zu erringen wußten. Aber es kann nicht angenommen werden, daß es auf die Dauer möglich sein könnte, die Mehrheit über den Sinn solcher Sonderrechte zu täuschen, so daß sie sie freiwillig duldet. Will man sie aber gewaltsam zwingen, sie zu ertragen, dann fordert man gewaltsame Auflehnung heraus, kurz Störung des friedlichen Ganges der wirtschaftlichen Arbeit, dessen Erhaltung im Interesse aller liegt. Sollte man das Problem dadurch zu lösen suchen, daß man diese Sonderrechte nicht als Ausnahme zugunsten einer oder weniger Personen, Gruppen oder Schichten

bestehen läßt, sondern sie zur allgemeinen Regel macht, also z. B. die meisten Artikel durch Schutzzölle schützt oder die Ergreifung der Mehrzahl der Berufe gleichmäßig erschwert, dann heben sich die Vorteile und Nachteile für jede einzelne Gruppe oder Schichte auf, und das Endergebnis ist nur das, daß alle durch die Senkung der Produktivität der Arbeit geschädigt werden.

Wenn man diese Lehre des Liberalismus nicht anerkennen will, wenn man über die umstrittene „Interessenharmonie" spottet, dann bleibt nicht, wie fälschlich von allen Richtungen des Antiliberalismus angenommen wird, Interessensolidarität engerer Kreise, also etwa der Volksgenossen (gegen die anderen Völker) oder der Klassengenossen (gegen die anderen Klassen) übrig. Um solche vermeintliche Solidarität zu erweisen, wäre erst eine besondere Beweisführung notwendig, die niemand geführt hat oder auch nur zu führen gesucht hat. Denn alle Argumente, die verwendet werden könnten, um die Solidarität innerhalb dieser engeren Kreise zu erweisen, beweisen viel mehr: nämlich die allgemeine Solidarität der Interessen innerhalb der ökumenischen Gesellschaft. Wie die zunächst in die Augen springenden scheinbaren Interessengegensätze behoben werden, kann nur mit Mitteln gezeigt werden, die die ganze Menschheit als eine solidarische Gemeinschaft zeigen und keinen Raum übrig lassen für die Aufzeigung von unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen den Völkern, Klassen, Rassen oder dgl. m.

Die antiliberalen Parteien beweisen nicht die Solidarität der Völker, der Klassen, der Rassen usw., wie sie wohl glauben mögen. Was sie tun, ist in Wahrheit nur das, daß sie den Angehörigen dieser Gruppen Allianzen zum gemeinsamen Kampfe gegen alle anderen Gruppen empfehlen. Die Solidarität der Interessen innerhalb der Gruppe, von der sie sprechen, ist nicht die Feststellung einer Tatsache, sondern Aufstellung eines Postulates. Sie sagen in Wahrheit nicht: die Interessen sind solidarisch, sondern: die Interessen sollen solidarisch gemacht werden durch ein Bündnis zu einheitlichem Vorgehen.

Die modernen Interessenparteien erklären von vornherein klipp und klar, daß das Ziel ihrer Politik die Schaffung von Sonderrechten für eine bestimmte Gruppe ist. Es gibt landwirtschaftliche Parteien, die Schutzzölle und andere Vorteile (z. B. Subventionen) für die Landwirte anstreben; es gibt Beamtenparteien, die Vorteile für die Beamten anstreben; es gibt regionale Parteien, die Vorteile für die Bewohner eines bestimmten Gebietes anstreben. Bei allen diesen Parteien ist es klar, daß sie nichts anderes suchen als den Vorteil einer Gruppe in der Gesellschaft ohne Rücksicht auf das Ganze und ohne Rücksicht auf alle anderen

Schichten der Gesellschaft, mögen sie auch ihr Vorgehen damit zu bemänteln suchen, daß sie erklären, daß das Heil der ganzen Gesellschaft nur durch Förderung der Landwirtschaft, der Beamtenschaft usf. erreicht werden könne. Daß sie sich nur an einen Teil der Gesellschaft wenden, daß sie nur in seinem Interesse handeln und wirken, wird im Laufe der Jahre immer stärker, immer zynischer betont. In den Anfängen der modernen antiliberalen Bewegung mußte man in diesem Punkte noch vorsichtiger sein, weil das in den Anschauungen des Liberalismus großgewordene Geschlecht die unverhüllte Vertretung von Standessonderinteressen als antisozial empfand.

Die Vertreter von Sonderinteressen können große Parteien nur dadurch bilden, daß sie verschiedene Gruppen mit gegensätzlichen Sonderinteressen zu einer Kampfeinheit zusammenfassen. Standesvorrechte haben jedoch nur dann praktischen Wert, wenn sie einer Minderheit zukommen und nicht durch Standesvorrechte, die einer anderen Gruppe gewährt wurden, aufgewogen werden. Eine kleine Gruppe kann aber, von besonders günstigen Umständen abgesehen, in der Gegenwart, da die liberale Verwerfung der Adelsprivilegien noch nachwirkt, nicht hoffen, gegen alle anderen Gruppen ihren Anspruch auf Vorrechte mit Erfolg geltend machen zu können. Die Aufgabe aller Sonderinteressenparteien besteht daher darin, aus kleineren Gruppen mit verschiedenen, und zwar gegensätzlichen unmittelbaren Interessen große Parteien zu bilden. Bei dem Geiste, der zur Aufstellung und Vertretung der Interessentenforderung nach Sonderrechten führt, ist es aber ganz und gar untunlich, dieses Ziel auf dem Wege offener Bündnisse der verschiedenen Gruppen zu erreichen. Man kann von dem Mann, der die Erringung eines Sonderrechtes für seine Gruppe oder gar für seine Person anstrebt, kein provisorisches Opfer verlangen; würde er fähig sein, den Sinn des provisorischen Opfers zu verstehen, dann würde er ja liberal und nicht interessenpolitisch denken. Man kann ihm ebensowenig offen sagen, daß er durch das ihm zugedachte Privileg mehr gewinnen werde als er durch das anderen einzuräumende Privileg verlieren wird. Die Reden und Schriften, in denen dies gesagt wird, könnten auf die Dauer den anderen nicht verborgen bleiben und würden sie zu Höherspannung ihrer Forderungen veranlassen. So sind die Interessenparteien zur Vorsicht genötigt. Sie müssen darauf ausgehen, über diesen wichtigsten Punkt ihrer Bestrebungen in zweideutigen, den wahren Sachverhalt verdunkelnden Ausdrücken zu sprechen. Schutzzollparteien sind das beste Beispiel dafür. Sie müssen immer bestrebt sein, das Interesse an den Schutzzöllen, die sie empfehlen, als ein Interesse eines weiteren Kreises darzustellen. Wenn

die Industriellen für Schutzzölle eintreten, dann pflegen ihre Führer gewöhnlich nicht davon zu sprechen, daß die Interessen der einzelnen Gruppen und oft auch der einzelnen Unternehmungen durchaus nicht identisch und solidarisch seien. Der Weber wird durch Garnzölle und durch Maschinenzölle geschädigt und kann die Schutzzollbewegung nur in der Erwartung fördern, daß die Gewebezölle hoch genug sein werden, um den Schaden, den er durch andere Zölle erleidet, wettzumachen. Der Landwirt, der Futtermittel baut, fordert Futterzölle, die der Viehzüchter ablehnt; der Weinbauer fordert den Weinzoll, der jedem nicht gerade Wein bauenden Landwirt geradeso Nachteile bringt wie etwa dem städtischen Verbraucher. Wenn wir nichtsdestoweniger die Schutzzöllner geschlossen als Partei auftreten sehen, so ist das nur durch Verdunklung des Tatbestandes möglich geworden.

Ganz widersinnig wäre der Versuch, eine Partei der Sonderinteressen auf einer gleichmäßigen Privilegierung der Mehrheit der Bevölkerung aufzubauen. Ein Sonderrecht, das den meisten zusteht, hört auf, ein solches zu sein. In einem Lande, das überwiegend agrarisch ist und Agrarprodukte ausführt, wäre eine agrarische Partei als Interessenpartei auf die Dauer unmöglich. Was sollte sie fordern? Schutzzölle könnten diesen Landwirten, die ausführen müssen, nichts nützen, und Subventionen können an die Mehrheit der Produzenten nicht gezahlt werden, weil die Minderheit sie nicht aufbringen kann. Umgekehrt aber müssen die Minderheiten, die für sich Privilegien fordern, den Anschein erwecken, als stünden große Massen hinter ihnen. Wenn die agrarischen Parteien in Industriestaaten ihre Forderungen erheben, dann rechnen sie auch die besitzlosen Arbeiter, die Häusler und die Zwergwirte, die an dem Schutzzoll der Agrarprodukte nicht interessiert sind, in den Begriff „landwirtschaftliche Bevölkerung“ mit ein. Wenn die Arbeiterparteien eine Forderung zugunsten einer Arbeitergruppe erheben, dann sprechen sie immer von der Masse der Arbeiterschaft und gleiten leicht über die Tatsache hinweg, daß die gewerkschaftlichen Interessen der in den einzelnen Produktionszweigen Tätigen zunächst nicht identisch, sondern gegensätzlich sind, ja daß auch innerhalb der einzelnen Produktionszweige und Betriebe zunächst scharfe Interessengegensätze bestehen.

Das ist der eine der beiden Grundfehler aller auf die ständischen Vorrechte hinarbeitenden Parteien, daß sie auf der einen Seite genötigt sind, sich nur auf einen kleinen Kreis zu stützen, weil Vorrechte aufhören, Vorrechte zu sein, wenn sie der Mehrheit zugebilligt werden sollen, daß sie aber auf der anderen Seite nur als Vertreter der Mehrheit Aussicht

haben, ihre Forderungen durchzusetzen. Daß es mitunter in einzelnen Ländern manchen Parteien gelungen ist, diese Schwierigkeit in der Agitation zu überwinden und mit Erfolg jeder Schichte oder Gruppe die Überzeugung beizubringen, daß gerade sie von dem Siege der Partei besondere Vorteile zu erwarten habe, spricht nur für das diplomatische und taktische Geschick der Führung und für die Urteilslosigkeit und politische Unreife der Wählermassen, beweist aber keineswegs die grundsätzliche Lösbarkeit des Problems. Man kann wohl gleichzeitig den Städtern billigeres Brot und den Bauern höhere Getreidepreise versprechen, man kann aber nicht beide Versprechungen gleichzeitig halten. Man kann wohl gleichzeitig den einen versprechen, daß man für die Erhöhung bestimmter Staatsausgaben ohne entsprechende Einschränkung der anderen Staatsausgaben eintreten werde, und den anderen Steuererleichterungen in Aussicht stellen, aber man kann auch diese Versprechungen nicht gleichzeitig halten. Der Technik dieser Parteien gehört die Gliederung der Gesellschaft in Produzenten und Konsumenten an; sie pflegen auch von der üblichen Hypostasierung des Staates in finanzpolitischen Fragen zu dem Zwecke Gebrauch zu machen, um neue Ausgaben den öffentlichen Finanzen aufzuerlegen, ohne sich zunächst um die Bedeckungsfrage zu kümmern, gleichzeitig aber auch über Steuerdruck klagen zu können.

Der andere Grundfehler dieser Parteien ist der, daß die Forderungen, die sie für jede einzelne Gruppe erheben, grenzenlos sind. Es gibt in ihren Augen nur eine Grenze für das Maß des Geforderten: den Widerstand, der von anderer Seite kommt. Das liegt ganz naturgemäß im Wesen der auf die Standesvorrechte hinarbeitenden Parteien. Doch Parteien, die kein bestimmtes Programm verfolgen, sondern in Verfolgung unbegrenzter Wünsche nach Bevorrechtung der einen und rechtlicher Zurücksetzung der anderen kämpfend aufeinanderprallen, müssen jedes Staatswesen zugrunde richten. Seit dies immer deutlicher erkannt wird, sprechen wir von einer Krise des modernen Staates und von einer Krise des Parlamentarismus. In Wahrheit handelt es sich um die Krise der Parteiideologie der modernen Interessenparteien.

3. Die Krise des Parlamentarismus und die Idee des Stände- oder Wirtschaftsparlaments.

Der Parlamentarismus, wie er sich in England und in einigen seiner Kolonien langsam seit dem 17. Jahrhundert, auf dem europäischen Kontinent seit der Niederwerfung Napoleons I., seit der Juli- und seit der Februarrevolution ausgebildet hat, setzt die Herrschaft der liberalen

Ideologie voraus. Alle, die in ein Parlament einziehen, um dort über die Regierung des Landes zu entscheiden, müssen von der Überzeugung durchdrungen sein, daß die richtig verstandenen Interessen aller Teile und Glieder der Gesellschaft zusammenfallen und daß alle Arten von Sonderrechten für einzelne Gruppen und Schichten der Bevölkerung dem Gemeinwohl schädlich sind und beseitigt werden müssen. Die Parteien eines Parlaments, das die Funktionen auszuüben vermag, die ihm alle Verfassungsurkunden der Neuzeit zuweisen, dürfen sich wohl durch Meinungsverschiedenheit über einzelne politische Fragen unterscheiden, sie müssen sich aber alle als Vertreter des ganzen Volkes, nicht als Vertreter einzelner Gebiete oder einzelner sozialer Schichten betrachten. Über allen Meinungsverschiedenheiten muß die Überzeugung stehen, daß letzten Endes Identität der Absichten und Wünsche besteht und daß nur die Mittel zur Erreichung der angestrebten Ziele umstritten sind. Die Parteien sind nicht durch eine unüberbrückbare Kluft geschieden, nicht durch Interessengegensätze, die sie bis zum äußersten auszutragen bereit sind, mag auch darunter das ganze Volk leiden und mag auch der Staat dabei zugrunde gehen; was die Parteien trennt, das ist die Stellung, die sie zu konkreten Aufgaben der Politik einnehmen. Es gibt daher nur zwei Parteien, die, die regiert, und die, die regieren will. Auch die Opposition strebt die Regierung an, nicht um bestimmte Interessen durchzusetzen oder um die Ämter durch Parteimitglieder zu besetzen, sondern um ihre Ideen in Gesetzgebung und Verwaltung durchzuführen.

Nur unter diesen Bedingungen sind Parlamente und ist parlamentarisches Regime durchführbar. Sie waren eine Zeitlang in den angelsächsischen Ländern verwirklicht, und ein Nachhall davon ist dort noch heute wirksam. Auf dem europäischen Festland konnte man, selbst zur Zeit, die man als die Blütezeit des Liberalismus zu bezeichnen pflegt, eigentlich nur von einer gewissen Annäherung an diese Bedingungen sprechen. Seit Jahrzehnten sind die Verhältnisse in den europäischen Volksvertretungen so ziemlich das Gegenteil. Es gibt eine große Anzahl von Parteien, und jede einzelne Partei zerfällt im Innern in verschiedene Untergruppen, die nach außen hin zwar meist geschlossen auftreten, in den internen Parteiberatungen aber einander ebenso heftig entgegenzutreten pflegen, wie sie in der Öffentlichkeit den anderen Parteien entgegentreten. Jede einzelne Partei und Parteigruppe fühlt sich ausschließlich zur Vertretung bestimmter Sonderinteressen berufen, die sie ohne alle Rücksicht durchzusetzen bestrebt ist. Aus den Staatskassen soviel als möglich den „Eigenen“ zukommen zu lassen, sie durch Schutzzölle, Einwanderungsverbote, durch „sozialpolitische“ Gesetze, durch Vor-

rechte aller Art auf Kosten der anderen Teile der Gesellschaft zu begünstigen, ist das Um und Auf ihrer Politik. Die grundsätzliche Grenzenlosigkeit der Parteiforderungen macht es unmöglich, daß eine Partei jemals das ihr vorschwebende Ziel erreichen könnte. Es ist undenkbar, daß das, was die agrarischen oder die Arbeiterparteien anstreben, jemals ganz verwirklicht werden könnte. Darum wünscht zwar jede Partei, daß sie den Einfluß erlangt, um ihre Wünsche möglichst weit durchzusetzen, sie muß aber immer auch darauf bedacht sein, es ihren Wählern gegenüber rechtfertigen zu können, warum nicht alle Wünsche durchgesetzt wurden. Das kann entweder in der Weise geschehen, daß sie, obwohl in Wahrheit am Ruder, versucht, in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, daß sie in der Opposition sei, oder daß sie die Schuld auf irgendwelche ihrer Einwirkung nicht zugängliche Mächte — in monarchischen Staaten auf den Herrscher, unter bestimmten Voraussetzungen auf das Ausland oder dgl. — abzuwälzen sucht. Die Bolschewiken können Rußland, die österreichischen Sozialisten Österreich nicht glücklich machen, weil der „westliche Kapitalismus" es verhindert. Seit 50 Jahren zumindest herrschen in Deutschland und in Österreich antiliberale Parteien; immer aber noch lesen wir in ihren Kundgebungen, auch in denen ihrer „wissenschaftlichen" Vertreter, daß alle Schuld an den gegebenen Mißständen die Herrschaft der „liberalen" Grundsätze trage.

Ein Parlament, das aus Anhängern der antiliberalen Interessenparteien gebildet ist, kann nicht arbeitsfähig sein, muß auf die Dauer alle enttäuschen. Das ist es, was man heute und seit Jahren meint, wenn man von der Krise des Parlamentarismus spricht.

Zur Behebung dieser Krise fordern die einen die Beseitigung der demokratisch-parlamentarischen Staatseinrichtungen und die Einführung der Diktatur. Was gegen die Diktatur spricht, wollen wir hier nicht noch einmal erörtern. Wir haben es schon ausführlich genug getan.

Ein zweiter Vorschlag geht dahin, das aus den einheitlichen Wahlen aller Staatsbürger hervorgehende Parlament durch ein aus Vertretern der einzelnen Berufsstände gebildetes Parlament entweder zu ergänzen oder auch ganz zu ersetzen. Den Mitgliedern der allgemeinen Volksparlamente mangle die Sachlichkeit und die notwendige Kenntnis der Wirtschaft. Es wäre nötig, weniger allgemeine Politik zu treiben als Wirtschaftspolitik. Die Vertreter der Berufsstände würden sich schnell über Fragen einigen können, zu deren Lösung die Abgesandten der bloß territorial gebildeten Wahlbezirke nicht oder erst nach langem Zögern gelangen.

Man muß sich darüber klar werden, daß im berufsständischen Parlament die entscheidende Frage die ist, wie abgestimmt werden soll, oder, wenn nach Köpfen abgestimmt werden soll, wieviele Vertreter den einzelnen Berufsständen zugebilligt werden sollen. Diese Frage muß gelöst sein, ehe das Ständeparlament zusammentritt, und ist sie einmal gelöst, dann kann man sich die Zusammentretung sparen, da doch das Ergebnis der Abstimmung im Parlament damit schon bestimmt ist. Eine andere Frage ist es freilich, ob die Machtverteilung zwischen den Ständen, die einmal festgelegt wurde, auch aufrecht erhalten werden kann. Sie wird immer — darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben — der Mehrheit des Volkes nicht genehm sein; um ein der Mehrheit genehmes Parlament zu schaffen, bedarf es ja nicht des ständisch gegliederten Parlaments. Es wird nun darauf ankommen, ob die Unzufriedenheit, die das vom Ständeparlament gestützte System in der Bevölkerung erweckt, groß genug ist, um zu einem gewaltsamen Umsturz des Systems zu führen. Garantien dafür, daß eine von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung erwünschte Änderung der Politik erfolgt, bietet ja dieses System im Gegensatz zur demokratischen Verfassung nicht. Damit ist alles gesagt, was vom liberalen Standpunkt gegen die Idee der ständischen Gliederung der Parlamente zu sagen ist. Für den Liberalen ist ein System, das nicht jede gewaltsame Störung der friedlichen Entwicklung ausschließt, von vornherein indiskutabel.

Viele Anhänger des Gedankens des Ständeparlaments denken, daß die Gegensätze dort nicht durch Überstimmen der einen Partei durch die andere, sondern durch Vergleiche ausgetragen werden sollen. Was aber soll geschehen, wenn es nicht gelingt, eine Vereinbarung zu treffen? Kompromisse kommen nur zustande, wenn das drohende Gespenst eines für ihn ungünstigen Ausganges der Sache jeden Streitteil zum Nachgeben veranlaßt. Niemand hindert die einzelnen Parteien, sich auch unter der Herrschaft des vom ganzen Volke einheitlich gewählten Parlamentes zu vertragen. Niemand wird sie zum Vertragen zwingen können, wenn einmal das Parlament berufständisch zusammengesetzt ist.

Ein berufständisch aufgebautes Parlament kann mithin das nicht leisten, was ein Parlament als Organ demokratischer Verfassung leistet; es kann nicht die Stätte sein, in der die Gegensätze der politischen Meinung friedlich ausgetragen werden; es ist nicht imstande, gewaltsame Störungen der friedlichen Entwicklung der Gesellschaft durch Putsch, Revolution und Bürgerkrieg zu verhindern. Denn die entscheidenden politischen Vorgänge, durch die die Verteilung der politischen Macht im Staate festgelegt wird, vollziehen sich nicht innerhalb des berufstän-

dischen Parlaments und der Wahlen, aus denen seine Zusammensetzung hervorgeht. Das, was die Machtverteilung bestimmt, sind die Normen über das Gewicht, das den einzelnen Ständen bei der Bildung des Staatswillens zukommen soll; über sie wird aber außerhalb des Ständeparlaments und ohne organische Verbindung mit den Wahlakten, aus denen es hervorgeht, entschieden.

Es ist daher durchaus richtig, wenn man der berufständischen Vertretung den Namen Parlament vorenthält. Die politische Sprache hat in den letzten zwei Jahrhunderten sich immer mehr und mehr daran gewöhnt, einen strengen Unterschied zwischen Parlament und Ständeversammlung zu machen. Will man nicht alle Begriffe der Politik verwirren, so tut man gut, an dieser Unterscheidung festzuhalten.

Es ist natürlich keine Behebung der Mängel einer berufständischen Vertretung, wenn man — wie Sidney und Beatrice Webb und mit ihnen zahlreiche Syndikalisten und Gildensozialisten und wie schon früher manche kontinentale Verfechter einer Oberhausreform — vorschlägt, zwei Kammern nebeneinander bestehen zu lassen, von denen die eine aus einheitlicher Wahl des ganzen Volkes, die andere aus Wahlen durch berufständisch gegliederte Wählergruppen gebildet werden sollen. Das Zweikammersystem kann praktisch nur in der Weise funktionieren, daß entweder das eine Haus unbedingt die Oberhand hat, so daß das andere alles tut, was jenes will, oder aber, daß bei verschiedener Stellungnahme der beiden Kammern der Versuch einer Lösung durch Vergleich gemacht werden muß. Kommt aber ein Vergleich nicht zustande, dann bleibt wieder als ultimo ratio nur der außerhalb des Parlamentes mit Gewalt auszutragende Kampf. Man kann das Problem drehen und wenden wie man will, man kommt immer zu derselben unüberwindbaren Schwierigkeit. An ihr müßten alle Vorschläge dieser und ähnlicher Art, ob sie nun ihr Gebilde Ständehaus, Wirtschaftsparlament oder sonstwie nennen, scheitern. Es ist ein Eingeständnis der Undurchführbarkeit dieser Entwürfe, wenn man sich schließlich damit begnügt, eine ganz belanglose Neuerung zu empfehlen: die Errichtung eines nur mit beratender Stimme ausgestatteten Wirtschaftsrates.

Die Verfechter des Gedankens der berufständischen Vertretung geben sich einer schweren Täuschung hin, wenn sie meinen, durch die berufständische Gliederung der Bevölkerung und der Volksvertretung könnten die Gegensätze, die die Volkseinheit heute zerreißen, überwunden werden. Diese Gegensätze kann man durch verfassungstechnische Kunstgriffe nicht aus der Welt schaffen. Nur die liberale Ideologie kann sie überwinden.

4. Die Sonderinteressenparteien und der Liberalismus.

Die Sonderinteressenparteien, die in der Politik nichts anderes sehen als die Sicherung von Vor- und Sonderrechten für ihre Gruppe, machen nicht nur den Parlamentarismus unmöglich; sie zerreißen die Einheit des Staates und der Gesellschaft, sie führen nicht bloß zur Krise des Parlamentarismus, sondern zur Krise des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens überhaupt. Die Gesellschaft kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn sie in lauter Gruppen zerfällt, die für sich Sondervorteile herauszuschlagen bemüht sind, beständig nachrechnen, ob sie nicht zu kurz gekommen sind, und jederzeit bereit sind, die wichtigsten staatlichen Einrichtungen preiszugeben, wenn sie irgendwie einen kleinen Vorteil herausschlagen können.

Den Interessenparteien erscheinen alle politischen Probleme als Probleme der politischen Taktik. Das Ziel, dem sie zustreben, ist ihnen von vornherein gegeben; es lautet: Erreichung möglichst großer Vorteile und Sonderrechte für die von ihnen vertretene Gruppe auf Kosten der Übrigen. Das Parteiprogramm hat dieses Ziel zu verhüllen und etwa noch zu rechtfertigen; keineswegs ist es etwa seine Aufgabe, das Ziel der Parteipolitik darzulegen. Dieses Ziel ist ja allen Parteiangehörigen ohnehin bekannt, ihnen braucht es nicht erst auseinandergesetzt zu werden. Die Frage, wieviel davon man der Welt mitteilen soll, ist aber schon eine rein taktische Frage.

Alle antiliberalen Parteien sind Parteien von Sonderinteressenten, die nichts anderes wollen, als ohne Rücksicht darauf, ob darob nicht der ganze Gesellschaftsbau in Stücke geht, Sonderbegünstigungen für ihre Anhänger zu erlangen. Sie können der Kritik, die der Liberalismus an ihren Absichten übt, nicht einen Augenblick lang Stand halten. Sie können, wenn sie ihre Forderungen logisch prüfen, nicht bestreiten, daß ihr Tun in letzter Linie antisozial und destruktiv wirkt, daß eine Gesellschaftsordnung, die aus dem Wirken von einander entgegenarbeitenden Sonderinteressenparteien entstehen soll, sich schon bei nur flüchtiger Überlegung als unmöglich herausstellen muß. Die Klarheit dieses Sachverhaltes hat den Parteien der Sonderinteressen in den Augen jener, die nicht imstande sind, weiter als über das Nächstliegende hinauszudenken, freilich nicht schaden können. Die große Menge fragt nicht darnach, was übermorgen oder später sein wird; sie denkt an das Heute und höchstens noch an den nächsten Tag. Sie fragt nicht darnach, was eintreten müßte, wenn auch alle anderen Gruppen in der Verfolgung ihrer Sonderinteressen dieselbe Unbekümmertheit um das allgemeine Wohl

entfalten würden, sie hofft darauf, daß es ihr nicht nur gelingen wird, die eigene Forderung durchzusetzen, sondern auch die der anderen abzuweisen. Für die wenigen, die an das Handeln der politischen Parteien höhere Maßstäbe anlegen, die fordern, daß auch im politischen Handeln der kategorische Imperativ befolgt wird („Handle so, daß die Maxime Deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann, d. h. beim Versuch, Dein Handeln als allgemein befolgtes Gesetz zu denken, kein Widerspruch herauskommt") bietet die Ideologie der Interessenparteien freilich nichts.

Der Sozialismus hat aus diesem logischen Mangel des Bekenntnisses zum Interessenstandpunkt beträchtliche Vorteile gezogen. Für viele, die den großen Gedanken des Liberalismus nicht zu fassen vermögen, die aber doch schärfer denken als daß sie sich bei den Forderungen der Interessenten beruhigen könnten, erlangte nämlich das grundsätzliche Bekenntnis zum Sozialismus eine besondere Bedeutung. Die sozialistische Idee, der man ungeachtet der ihr notwendigerweise innewohnenden Mängel, die wir oben eingehend erörtert haben, eine gewisse Größe der Konzeption nicht abstreiten kann, sollte die Schwäche des Interessentenstandpunktes zugleich verdecken und rechtfertigen. Sie sollte den Blick des Kritikers vom Handeln der Partei ablenken auf ein großes Problem, das, wie immer man auch darüber denken mag, jedenfalls ernster und eingehender Beachtung würdig war.

Das sozialistische Ideal hat in den letzten hundert Jahren in verschiedenen Gestalten aufrichtige und ehrliche Anhänger gefunden. Viele von den besten und edelsten Männern und Frauen sind ihm mit Begeisterung gefolgt, es hat den Leitstern für das Handeln ausgezeichneter Staatsmänner abgegeben, es hat die Katheder beherrscht, die Jugend entflammt. Es hat das Denken und Fühlen der letzten Menschenalter und der Gegenwart so sehr erfüllt, daß die Geschichte unser Zeitalter dereinst mit Recht als das Zeitalter des Sozialismus bezeichnen wird. Man ist in den letzten Jahrzehnten in allen Staaten daran gegangen, vom sozialistischen Ideal durch Verstaatlichung und Verstadtlichung von Unternehmungen und durch Maßnahmen, die zur Planwirtschaft hinführen sollten, so viel zu verwirklichen, als man nur irgend vermochte. Die dem sozialistischen Betrieb notwendigerweise anhaftenden Mängel, die ungünstigen Folgen für die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit und die Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung, haben diese Bestrebungen überall bald an die Grenzen gelangen lassen, über die hinaus jede weitere Sozialisierungsmaßnahme zu offenkundig die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern verschlechtert hätte. Man mußte auf dem Wege zum So-

zialismus notgedrungen innehalten, und das sozialistische Ideal wurde, wenn es auch seine Herrschaft in der Ideologie bewahrt hat, in der praktischen Politik nur zu einem Deckmantel der Interessenpolitik der Arbeiterparteien.

Das könnte am Beispiel jeder einzelnen der vielen sozialistischen Parteien gezeigt werden, so z. B. auch am Beispiel der verschiedenen Richtungen des christlichen Sozialismus. Wir wollen es aber nur am Beispiel der marxistischen Sozialisten zeigen, die unzweifelhaft die wichtigste Sozialistenpartei waren und sind.

Marx — und mit ihm den Marxisten — war es um den Sozialismus wirklich ernst. Alle jene Maßnahmen zugunsten einzelner Gruppen und Schichten der Gesellschaft, die die Interessenparteien fordern, hat Marx abgelehnt. Er hat die liberale Beweisführung, daß das Ergebnis solcher Eingriffe in das Wirtschaftsleben nur allgemeine Herabsetzung der Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit sein kann, nicht bestritten. Er hat immer dort, wo er folgerichtig dachte, schrieb und sprach, den Standpunkt eingenommen, daß jeder Versuch, den Mechanismus der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung durch Eingriffe der Obrigkeit oder anderer mit derselben Gewalt ausgestatteter gesellschaftlicher Organe zu beeinflussen, sinnwidrig sei, weil er nicht jenen Erfolg herbeiführt, der mit seiner Setzung beabsichtigt ist, dagegen aber die Ergiebigkeit der Wirtschaft herabsetzt. Er hat die Arbeiter für den Kampf zur Herbeiführung des Sozialismus organisieren wollen, aber nicht zur Erlangung bestimmter Sondervorteile innerhalb der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft. Er wollte eine sozialistische Arbeiterpartei, aber nicht eine, wie er sich ausdrückte, „kleinbürgerliche" Partei, die einzelne Reformen anstrebt. Durch die Scheuklappen seines scholastischen Systems an der unbefangenen Betrachtung der Dinge gehindert, dachte er, daß die Arbeiter, die die unter seinem geistigen Bann stehenden Literaten zu „sozialistischen" Parteien organisierten, bereit wären, der Doktrin gemäß der kapitalistischen Entwicklung ruhig zuzusehen, um den Tag des „Umschlagens" der für die Expropriation der Expropriateure heranreifenden Gesellschaft in den Sozialismus nicht hinauszuschieben. Er sah nicht, daß die Arbeiterparteien, genau wie die anderen Interessenparteien, die gleichzeitig überall im Entstehen waren, unter grundsätzlicher Anerkennung des sozialistischen Programms in der unmittelbar praktischen Politik nur darauf ausgingen, für die Arbeiter Sondervorteile zu erringen. Das marxistische Theorem von der Solidarität der Interessen aller Proletarier, zu ganz anderen politischen Zwecken von Marx auf

gestellt, leistete dabei vortreffliche Dienste, um die Tatsache, daß die Kosten der Erfolge, die die einzelne Arbeitergruppe errang, von anderen Arbeiterschichten getragen werden mußten, daß also in Sozialpolitik und Gewerkschaftskampf die Interessen der Proletarier ganz und gar nicht solidarisch waren, mit Geschick zu verhüllen. Für die Tätigkeit der Partei der Sonderinteressen der Arbeiter leistete die marxistische Doktrin somit denselben Dienst, den dem deutschen Zentrum und den anderen kirchlich gerichteten Parteien die Berufung auf die Religion, den nationalistischen Parteien die Berufung auf die Volksgemeinschaft, den agrarischen Parteien die Behauptung, die Interessen der verschiedenen Gruppen landwirtschaftlicher Erzeuger seien solidarisch, den Schutzzollparteien die Lehre von der Notwendigkeit eines lückenlosen Tarifs zum Schutze der nationalen Arbeit leistete. Je mehr die sozialdemokratischen Parteien wuchsen, desto stärker wurde in ihnen der Einfluß der Gewerkschaften, destomehr wurden sie zu einem Verband der Gewerkschaften, die alles und jedes unter dem Gesichtspunkte des Streikzwanges und der Lohnbewegung sahen.

Mit allen diesen Parteien hat der Liberalismus nicht das mindeste gemein. Er ist das gerade Gegenteil aller dieser Parteien. Er verspricht niemand Sondervorteile, er verlangt von allen Opfer zugunsten der Erhaltung der Gesellschaft. Diese Opfer — richtiger gesagt, Verzicht auf unmittelbar erzielbare Vorteile — sind freilich nur provisorisch; sie machen sich durch höhere und dauernde Gewinne sehr schnell bezahlt. Aber immerhin: zunächst sind es Opfer. Damit ist der Liberalismus im Wettbewerb der Parteien von vornherein in einer besonderen Lage. Der antiliberale Wahlkandidat verspricht jeder einzelnen Wählergruppe Sondervorteile: den Erzeugern höhere Preise und den Verbrauchern billigere Preise, den öffentlichen Beamten höhere Gehalte und den Steuerzahlern niedrigere Steuern; er ist bereit, auf Kosten des Staates oder der Reichen alle gewünschten Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zuzusagen; keine Gruppe ist ihm zu klein, als daß er sie nicht durch ein besonderes Geschenk aus der Tasche der „Allgemeinheit" zu gewinnen suchen würde. Der liberale Wahlkandidat kann allen Wählern nur sagen, daß die Verfolgung solcher Sonderwünsche antisozial ist.

5. Parteipropaganda und Parteiapparat.

Als die liberalen Ideen von ihrer westeuropäischen Heimat nach Mittel- und Osteuropa zu dringen begannen, da fühlten sich die alten Mächte — Fürstentum, Adel und Kirche — im Vertrauen auf die Gewaltmittel, die ihnen zur Verfügung standen, vollkommen sicher. Sie hielten

es nicht für nötig, den Geist der Aufklärung und des Liberalismus durch geistige Waffen zu bekämpfen. Unterdrückung, Verfolgung und Einkerkerung der Unzufriedenen schienen ihnen bessere Dienste zu leisten. Sie pochten auf den Gewalt- und Zwangsapparat des Heeres und der Polizei. Zu spät erkannten sie mit Schrecken, daß die neue Ideologie ihnen diese Waffen aus der Hand schlug, indem sie den Geist der Beamten und der Soldaten eroberte. Erst die Niederlage, die das alte System im Kampfe gegen den Liberalismus erlitt, lehrte seine Anhänger, die Wahrheit begreifen, daß es nichts Mächtigeres auf der Welt gibt als Ideologien und Ideologen, und daß man Geist stets nur durch Geist zu bekämpfen vermöge. Sie erkannten, daß es töricht sei, sich auf die Waffen zu verlassen, weil man über die Bewaffneten nur verfügen kann, wenn sie bereit sind, zu gehorchen, und daß die Grundlagen aller Macht und Herrschaft in letzter Linie ideologischer Natur seien.

Die Erkenntnis der ideologischen Grundlagen jeder Macht war eine jener soziologischen Erkenntnisse, auf denen sich die politische Ideologie des Liberalismus aufbaute. Der Liberalismus hatte aus dieser Erkenntnis keine andere Folgerung gezogen als die, daß letzten Endes doch die Wahrheit und das Gute zum Siege gelangen müssen, weil deren Sieg im Gebiete des Geistes nicht bezweifelt werden könne. Und was im Geiste gesiegt habe, müsse schließlich und endlich auch im Leben Erfolg haben, weil keine Verfolgung es zu unterdrücken imstande sei. Es sei daher überflüssig, sich um die Verbreitung der liberalen Ideen besonders zu bemühen. Ihr Sieg sei ohnehin gewiß.

Die Gegner des Liberalismus sind auch in diesem Punkte wieder nur zu verstehen, wenn man beachtet, daß ihr Handeln nichts ist als Gegenspiel des Liberalismus, Abwehr und Reaktion gegen die liberalen Ideen. Sie waren nicht in der Lage, der liberalen Ideologie eine geschlossene Gesellschafts- und Wirtschaftslehre entgegenzustellen, weil eine derartige Lehre immer nur zur liberalen Ideologie führen kann. Mit einem Programm, das nur einer oder einigen Schichten etwas versprach, die übrigen Schichten zu gewinnen, war aber von vornherein aussichtslos. So konnte es sich für diese Parteien nur darum handeln, Einrichtungen zu treffen, die die Kreise, an die sie sich wendeten, ganz in ihren Bann bringen und darin festhalten mußten. Sie hatten dafür Vorsorge zu treffen, daß die liberalen Ideen keine Anhänger in den Schichten gewinnen, auf die sie rechnen. Zu diesem Zwecke schufen sie Parteiorganisationen, die den einzelnen so fest umklammern, daß er an den Austritt aus der Partei gar nicht denken darf. In Deutschland und Österreich, wo dieses System mit pedantischer Gründlichkeit ausgebildet wurde, und in den

Staaten Osteuropas, wo es nachgebildet wurde, ist der einzelne heute in erster Linie nicht mehr Staatsbürger, sondern Parteimitglied. Schon als Kind wird er von der Partei in Obhut genommen. Sport und geselliger Verkehr sind parteipolitisch organisiert. Das Genossenschaftswesen der Landwirte, durch dessen Vermittlung allein der Landwirt seinen Teil von den den agrarischen Produzenten zufließenden Subventionen und Begünstigungen in Anspruch nehmen kann, die Einrichtungen zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes und Arbeitsvermittlung und Kassenwesen der Arbeiter werden parteimäßig verwaltet. In allen Dingen, über die die Behörden nach freiem Ermessen zu entscheiden haben, bedarf der einzelne, um berücksichtigt zu werden, der Unterstützung seiner Partei. Unter solchen Umständen macht Laxheit in Parteisachen verdächtig, der Austritt aber bedeutet schweren wirtschaftlichen Nachteil, wenn nicht Untergang und gesellschaftlichen Boykott.

Eine besondere Behandlung lassen die Parteien der Sonderinteressen dem Problem des Akademikers angedeihen. Die freien Berufe des Anwalts, des Arztes, des Schriftstellers und des Künstlers sind nicht zahlreich genug vertreten, als daß man daran denken könnte, sie als Interessenpartei selbständig auftreten zu lassen. Sie sind daher zunächst für die Ideologie der Standessonderrechte nicht erreichbar; ihre Angehörigen hielten am längsten und hartnäckigsten am Liberalismus fest; sie konnten von der unentwegten rücksichtslosen Verfechtung von Sonderinteressen nichts erwarten. Das war ein Zustand, den die Parteien der Sonderinteressen als höchst bedenklich ansehen mußten. Sie konnten es nicht dulden, daß die „Intelligenz" dem Liberalismus erhalten blieb. Denn sie mußten fürchten, daß die liberalen Ideen, von einzelnen Männern dieser Kreise neu ausgestaltet und wieder vorgetragen, von der Masse der Angehörigen dieser Kreise mit Verständnis und Zustimmung aufgenommen, die Kraft gewinnen könnten, die Reihen der Sonderinteressenparteien zu lichten. Sie hatten eben erst erfahren, wie gefährlich solche Ideologien dem Standessonderrecht werden können. Die Organisationen der Sonderinteressenparteien gingen daher planmäßig darauf aus, die Angehörigen der freien, der „liberalen" Berufe von sich abhängig zu machen. Das war bald erreicht, indem man sie in das System des Parteiapparates eingliederte. Der Arzt, der Anwalt, der Schriftsteller, der Künstler müssen sich der Organisation ihrer Patienten, Klienten, Leser und Auftraggeber ein- und unterordnen. Wer es nicht tun will, oder sich gar offen auflehnt, wird durch Boykott dazu gezwungen.

Die Unterwerfung der freien Berufe findet ihre Ergänzung durch das Verfahren, das bei der Anstellung im öffentlichen Dienste und im Lehr-

amt geübt wird. Dort, wo das Parteisystem ausgebaut wird, werden nur Angehörige der Parteien der Sonderinteressen angestellt, sei es nur die der gerade am Ruder befindlichen, sei es die aller Parteien nach einem zwischen ihnen — wenn auch nur stillschweigend — getroffenen Abkommen. Und schließlich wird auch die unabhängige Presse durch Androhung des Boykotts zur Raison gebracht.

Die Parteiorganisation fand ihre Krönung in der Aufstellung eigener Parteitruppen. Sie sind nach dem Muster der Staatstruppen organisiert, haben Mobilisierungs- und Operationspläne, verfügen über Waffen und sind bereit, loszuschlagen. Mit Musikbanden und Standarten ziehen sie durch die Straßen der Städte und verkünden der Welt den Ausbruch einer Ära endloser Wirren und Kämpfe.

Zwei Umstände sind es, die vorläufig noch die Gefahren dieser Zustände herabmindern. Zunächst das, daß in einigen wichtigen Staaten ein gewisses Gleichgewicht der Parteikräfte erreicht wurde. Wo dies fehlt, wie in Rußland und in Italien, wird die Regierungsgewalt ohne Rücksicht auf jenen Rest liberaler Grundsätze, den die übrige Welt anerkennt, zur Unterdrückung und Verfolgung der Angehörigen der nicht am Ruder befindlichen Parteien ausgenützt.

Der zweite Umstand, der vorläufig noch das Äußerste verhindert, ist der, daß die von antiliberalem und antikapitalistischem Geist erfüllten Völker auf Kapitalzufuhr aus den klassischen Ländern des Kapitalismus und Liberalismus, vor allem aus den Vereinigten Staaten, rechnen. Ohne diese Kredite wären die Folgen der von ihnen betriebenen Kapitalaufzehrungspolitik schon viel deutlicher zutage getreten. Der Antikapitalismus kann sich nur dadurch am Leben erhalten, daß er beim Kapitalismus schmarotzt. Er muß daher bis zu einem gewissen Grad auf die öffentliche Meinung des Westens Rücksicht nehmen, in dem auch noch heute der Liberalismus, wenn auch nur sehr verwässert, anerkannt wird. Darin, daß die Kapitalisten im allgemeinen nur solchen Schuldnern borgen wollen, bei denen eine gewisse Aussicht auf Rückerstattung des Geborgten gehegt werden kann, wollen die destruktionistischen Parteien die „Weltherrschaft des Kapitals“ erblicken, über die sie Zeter und Mordio rufen.

6. Die Partei des Kapitals?

Daß der Liberalismus mit den Parteien der Sonderinteressen nicht in eine Reihe treten kann, ohne sein Wesen zu verleugnen, ist mithin leicht zu verstehen. Er ist von Grund aus ganz etwas anderes als sie alle. Sie gehen auf Kampf aus und preisen die Gewalt; er aber will Frieden

und Herrschaft des Geistes. Darum stehen alle Parteien, so uneinig sie auch sonst sein mögen, in einer Kampffront gegen den Liberalismus.

Die Gegner des Liberalismus haben ihn als die Partei der Sonderinteressen der Kapitalisten bezeichnet. Das ist für ihre Denkungsart bezeichnend. Sie können eine politische Ideologie gar nicht anders verstehen denn als Vertretung bestimmter, dem Allgemeininteresse entgegenstehender Sonderrechte.

Man kann den Liberalismus schon darum nicht als eine Partei der Sonderinteressen, der Sonderrechte und der Privilegien ansehen, weil das Sondereigentum an den Produktionsmitteln kein Privileg zugunsten der Eigentümer ist, sondern eine Einrichtung im Interesse der Gesellschaft, mithin eine allen zugute kommende Einrichtung. Das ist nicht nur die Auffassung der Liberalen, sondern selbst bis zu einem gewissen Grade die seiner Gegner. Wenn die Marxisten die Auffassung vertreten, daß der Sozialismus erst in die Tat umgesetzt werden kann, bis die Welt für ihn „reif" geworden ist, weil eine Gesellschaftsformation nie untergehe, „bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist", so geben sie doch zumindest für die Gegenwart die gesellschaftliche Unentbehrlichkeit der Einrichtung des Sondereigentums zu. Selbst die Bolschewiken, die doch noch vor kurzem mit Feuer, Schwert und Galgen für ihre Auffassung des Marxismus, daß nämlich jene „Reife" schon erreicht sei, Propaganda gemacht haben, müssen nun zugeben, daß es noch zu früh sei. Wenn aber — und sei es auch nur für den Augenblick — die Dinge so liegen, daß man den Kapitalismus und seinen juristischen „Überbau", das Sondereigentum, nicht entbehren kann, kann man dann von einer Ideologie, die das Sondereigentum als Grundlage der Gesellschaft betrachtet, sagen, sie sei Beförderung der eigensüchtigen Interessen der Eigentümer gegen die Interessen aller anderen?

Freilich, wenn die antiliberalen Ideologien — sei es bloß für die Gegenwart, sei es für immer — das Sondereigentum als unentbehrlich bezeichnen, so glauben sie doch, daß man es durch obrigkeitliche und ähnliche Eingriffe der politischen Gewalt leiten und beschränken müsse. Sie empfehlen nicht Liberalismus und Kapitalismus, sondern Interventionismus. Doch die Nationalökonomie hat nachgewiesen, daß das System des Interventionismus sinn- und zweckwidrig ist, daß es die Ziele nicht erreichen kann, die es der Absicht seiner Befürworter nach erreichen soll, daß es mithin ein Irrtum sei, anzunehmen, daß neben Sozialismus (Gemeineigentum) und Kapitalismus (Sondereigentum) noch ein drittes System der gesellschaftlichen Arbeitsverfassung, nämlich das des Interventionismus denkbar und durchführbar sei. Die Versuche, den Inter-

ventionismus durchzuführen, müssen notwendigerweise zu Zuständen führen, die den Absichten ihrer Urheber zuwiderlaufen, und diese sind dann vor die Wahl gestellt, entweder alle Eingriffe zu unterlassen — also das Sondereigentum gewähren zu lassen — oder aber das Sondereigentum durch Sozialismus zu ersetzen.

Auch das ist nicht etwa eine Behauptung, die nur der liberale Nationalökonom vertritt, wie denn überhaupt die volkstümliche Vorstellung, daß es verschiedene parteimäßig eingestellte Nationalökonomien gebe, ganz verfehlt ist. Auch Marx hat in allen seinen theoretischen Ausführungen nur die Alternative Sozialismus oder Kapitalismus gesehen und hat nur Spott und Hohn übrig gehabt für die in „kleinbürgerlichem Denken" befangenen Reformer, die den Sozialismus verwerfen und dabei dennoch das Sondereigentum umgestalten wollten. Nie hat die Nationalökonomie auch nur versucht, zu zeigen, daß jenes System des durch Eingriffe der Obrigkeit geleiteten und beschränkten Sondereigentums durchführbar sei. Als die Kathedersozialisten es um jeden Preis beweisen wollten, fingen sie damit an, die Möglichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis auf dem Gebiete des Wirtschaftlichen zu leugnen und endeten schließlich damit, daß sie erklärten, was der Staat tue, müsse wohl vernünftig sein; da die Wissenschaft die Politik, die sie empfehlen wollten, als Widersinn erklärte, versuchten sie, die Wissenschaft und die Logik abzuschaffen.

Übrigens steht es mit dem Nachweis, daß sozialistische Gesellschaftsordnung möglich und durchführbar sei, nicht anders. Die vormarxistischen Sozialisten hatten vergebens versucht, ihn zu erbringen; es ist ihnen nicht gelungen, und sie haben nicht vermocht, die gewichtigen Einwendungen, die von den mit dem Rüstzeug der Wissenschaft arbeitenden Kritikern gegen die Durchführbarkeit ihrer Utopien erhoben wurden, zu entkräften. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts schien der sozialistische Gedanke damit schon erledigt. Da trat Marx auf. Er erbrachte nicht etwa den — eben nicht zu erbringenden — Nachweis, daß der Sozialismus verwirklicht werden könnte, sondern er erklärte nur — freilich ohne es beweisen zu können — daß das Kommen des Sozialismus unabwendbar sei. Aus diesem willkürlich angenommenen Satz und aus dem ihm selbstverständlich scheinenden Axiom, daß alles, was in der Menschheitsgeschichte später kommt, einen Fortschritt gegenüber dem früher Dagewesenen darstelle, zog er den Schluß, daß mithin der Sozialismus auch vollkommener sei als Kapitalismus, daß mithin natürlich an seiner Durchführbarkeit kein Zweifel zulässig sei. Es sei daher ganz und gar unwissenschaftlich, sich mit der Frage der Möglichkeit sozialistischer Gesellschaftsordnung zu befassen, ja auch nur überhaupt die Probleme dieser Ge-

sellschaftsordnung zu studieren. Wer es versuchen wollte, den taten die Sozialisten und die von ihnen beherrschte öffentliche Meinung in Acht und Bann. Ungeachtet aller dieser — freilich nur äußeren Schwierigkeiten — hat sich die Nationalökonomie doch mit dem Gedankenbild der sozialistischen Gesellschaftsordnung befaßt und den unwiderlegbaren Nachweis erbracht, daß jede Art von Sozialismus undurchführbar ist, weil in einem sozialistischen Gemeinwesen Wirtschaftsrechnung undenkbar ist. Die Anhänger des Sozialismus haben kaum gewagt, darauf irgend etwas zu erwidern, und das, was sie zur Erwiderung vorgebracht haben, war ganz und gar belanglos und nichtssagend.

Was die Wissenschaft in der Theorie erwiesen hat, fand seine Bestätigung im Leben durch das Fehlschlagen sowohl aller sozialistischen als auch aller interventionistischen Experimente.

Es ist mithin nichts als ein Schlagwort, das auf die Urteilslosigkeit der Denkunfähigen berechnet ist, wenn man behauptet, für den Kapitalismus einzutreten sei allein die Sache der Unternehmer und Kapitalisten, deren den Interessen der übrigen Schichten entgegenstehende Sonderinteressen durch die kapitalistische Ordnung gefördert werden. Die „Besitzenden" haben keinen anderen Grund, für die Einrichtung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln einzutreten als die „Besitzlosen". Wenn ihre unmittelbaren Sonderinteressen in Frage kommen, dann sind sie nichts weniger als liberal. Die Vorstellung, als könnten die Besitzenden, wenn nur der Kapitalismus erhalten bleibt, ewig im Besitze verbleiben, entstammt einer Verkennung des Wesens der kapitalistischen Wirtschaft, in der das Eigentum stets auf dem Wege vom weniger tüchtigen zum tüchtigeren Geschäftsmann ist. In der kapitalistischen Gesellschaft kann Vermögen nur erhalten werden, wenn man es durch geschickte Anlage immer wieder von neuem erwirbt. Die sich schon im Besitze befinden, die Reichen, haben keinen besonderen Grund, die Aufrechthaltung des Zustandes der uneingeschränkten Konkurrenz aller zu wünschen; sie haben — besonders wenn sie nicht die ersten Erwerber des Reichtums, sondern Erben sind — vom Wettbewerb mehr zu fürchten als zu hoffen. Sie sind am Interventionismus besonders interessiert, der immer im Sinne einer Erhaltung der unter den Besitzenden gerade bestehenden Verteilung der Güter wirkt, aber nicht am Liberalismus, in dessen System es keinen Platz gibt für Rücksichtnahme auf das Hergebrachte und auf seinen Träger, den alten Reichtum.

Der Unternehmer kann nur gedeihen, wenn er das ausführt, was die Verbraucher verlangen. Wenn die Welt von Kriegslust brennt, dann sucht der Liberale die Vorteile des Friedens auseinanderzusetzen; der

Unternehmer aber erzeugt Kanonen und Maschinengewehre. Wenn heute die öffentliche Meinung für Kapitalsinvestition in Rußland eintritt, dann mag der Liberale sich bemühen, auseinanderzusetzen, daß es ebenso klug ist, Kapital in einem Land anzulegen, dessen Regierung die Enteignung aller Kapitalien offen als letztes Ziel ihrer Politik verkündet, als es etwa wäre, Güter ins Meer zu versenken; der Unternehmer liefert ruhig nach Rußland, wenn er nur das Risiko auf andere — sei es auf den „Staat", sei es auf weniger kluge Kapitalisten, die sich von der durch russisches Geld bearbeiteten öffentlichen Meinung irreführen lassen — abzuwälzen in der Lage ist. Der Liberale bekämpft die handelspolitischen Autarkiebestrebungen; doch der deutsche Fabrikant baut in dem sich gegen deutsche Waren abschließenden Oststaat eine Fabrik, um unter Ausnützung des Zollschutzes den Markt dieses Landes zu bedienen. Unternehmer und Kapitalisten, die klar denken können, mögen die Folgen der antiliberalen Politik als für das Ganze verderblich ansehen; in ihrer Eigenschaft als Unternehmer und Kapitalisten müssen sie sich widerstandslos den gegebenen Bedingungen anzupassen suchen.

Es gibt keine Schichte, die für den Liberalismus aus eigennützigen, der Gesamtheit und den übrigen Schichten schädlichen Sonderinteressen eintreten könnte, weil eben der Liberalismus keinem Sonderinteresse dient. Der Liberalismus kann auf die Hilfe nicht zählen, die die antiliberalen Parteien darin finden, daß sich ihnen alle anschließen, die auf Kosten der Übrigen einen Sondervorteil zu erhaschen suchen. Wenn der Liberale als Wahlwerber von denen, deren Stimmen er gewinnen will, gefragt wird: was wollen Sie, was will Ihre Partei für mich und meine Gruppe tun? Dann kann er nur antworten: der Liberalismus dient allen, doch keinem Sonderinteresse.

Liberal sein, heißt eben, erkannt zu haben, daß ein einer kleinen Schichte zum Nachteil der anderen eingeräumtes Sonderprivileg nicht auf die Dauer ohne Kampf (Bürgerkrieg!) erhalten bleiben kann, daß man aber andererseits nicht die Mehrheit privilegieren könne, da die Privilegien sich dann in ihrem Wert für die Begünstigten wechselseitig aufheben und nur den Erfolg haben, daß die Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit herabgesetzt wird.

V. Die Zukunft des Liberalismus.

Alle älteren Kulturen sind untergegangen oder doch zumindest stehen geblieben, lange ehe sie jene Stufe der materiellen Entwicklung erreicht haben, zu der die moderne europäische Zivilisation gelangt ist. Kriege mit auswärtigen Feinden und Bürgerkriege im Innern haben die Staaten zerstört; die Anarchie zwang zur Rückbildung der Arbeitsteilung, die Städte, der Handel, das Gewerbe verfielen, und die geistige und sittliche Verfeinerung mußte mit dem Verfall der wirtschaftlichen Grundlagen der Unbildung und der Roheit weichen. Den modernen Europäern ist es gelungen, die gesellschaftliche Verknüpfung der einzelnen und der Völker weit mehr zu verdichten, als es jemals vorher in der Geschichte der Fall war. Das war das Werk der liberalen Gesellschaftsideologie, die seit dem Ende des 17. Jahrhunderts immer klarer und schärfer herausgearbeitet wurde und immer mehr Einfluß auf die Geister gewann. Liberalismus und Kapitalismus haben die Grundlagen geschaffen, auf denen alle jene Wunderwerke ruhen, die das Kennzeichen unserer modernen Lebenshaltung sind.

Nun weht ein Hauch des Todes unsere Gesittung an. Dilettanten verkünden laut, daß alle Kulturen und so denn auch unsere untergehen müssen; das sei ein unabwendbares Gesetz. Die Sterbestunde Europas sei gekommen, lehren sie, und sie finden Glauben; überall spürt man Herbststimmung.

Doch die moderne Kultur wird nicht untergehen, wenn sie sich nicht selbst aufgibt. Kein auswärtiger Feind kann sie zerstören, etwa wie einst die Spanier die Kultur der Azteken vernichtet haben, denn niemand auf Erden kann sich mit den Trägern der modernen Gesittung messen. Nur innere Feinde können ihr gefährlich werden; sie kann nur sterben, wenn die gesellschaftsfeindliche antiliberale Ideologie die liberalen Ideen verdrängt.

Die Erkenntnis, daß materieller Fortschritt nur in der liberalen

kapitalistischen Gesellschaft möglich ist, beginnt sich immer mehr durchzusetzen. Wenn sie auch von den Antiliberalen nicht ausdrücklich zugegeben wird, so liegt mittelbar in der Lobpreisung des Ideals des stationären Zustandes eine volle Anerkennung.

Man meint, die materiellen Fortschritte der letzten Menschenalter seien zwar ganz schön gewesen und hätten manchen Nutzen gestiftet. Nun aber sei es genug. Das Hasten und Jagen des modernen Kapitalismus müsse ruhiger Beschaulichkeit Platz machen. Man müsse Zeit bekommen zur inneren Einkehr, und darum müßte man an die Stelle des Kapitalismus eine andere Wirtschaftsverfassung treten lassen, die nicht immerfort ruhelos Neues schafft. Der Blick des Wirtschaftsromantikers schweift ins Mittelalter zurück, nicht in das Mittelalter, das einst gewesen ist, sondern in ein Phantasiegebilde, das es nie gegeben hat. Er blickt nach dem Orient, freilich wieder nicht nach dem wahren Orient, sondern nach einem Traumgebilde seiner Phantasie. Wie glücklich waren da die Menschen ohne moderne Technik und ohne moderne Bildung! Wie konnten wir nur leichtfertig auf dieses Paradies verzichten!

Wer die Rückkehr zu einfacheren Formen der gesellschaftlichen Wirtschaft predigt, möge sich vor Augen halten, daß nur unsere Wirtschaftsverfassung die Möglichkeit bietet, die Zahl von Menschen, die heute die Erde bevölkern, in der Weise zu versorgen, in der es heute geschieht. Rückkehr zum Mittelalter heißt Vertilgung von mehreren Hundert Millionen Menschen. So weit, sagen allerdings die Freunde des stationären Zustandes, müsse man gar nicht gehen. Es genüge, am schon Erreichten festzuhalten und auf weitere Fortschritte zu verzichten.

Wer den stationären Zustand der Wirtschaft anpreist, vergißt, daß dem denkenden Menschen der Wunsch nach Verbesserung seiner materiellen Lage innewohnt. Diesen Drang kann man nicht ausrotten; er ist die Triebkraft alles menschlichen Handelns. Versperrt man den Weg, auf dem er sich zum Wohle der Gesellschaft durch Ausgestaltung der Bedürfnisdeckung zu betätigen vermag, dann bleibt ihm nur ein Feld übrig: durch Vergewaltigung und Beraubung der Mitmenschen sich zu bereichern und andere ärmer zu machen.

Es ist wahr, alles Streben und Jagen nach Erhöhung des Wohlstandes macht die Menschen nicht glücklicher. Doch es ist des Menschen Natur, immerfort nach Verbesserung seiner materiellen Lage zu streben. Wird ihm die Befriedigung dieses Strebens verwehrt, so wird er stumpf und vertiert. Die Masse hat für die Ermahnung zur Genügsamkeit kein Ohr; es mag sein, daß auch die Weltweisen, die diesen Mahnruf erheben, sich einer schweren Selbsttäuschung hingeben. Wenn man den Leuten sagt,

ihre Väter hätten es viel schlechter gehabt, dann antworten sie, sie wüßten nicht, warum sie es nicht noch besser haben sollten.

Ob es nun gut sein mag oder böse, ob es die Billigung des Sittenrichters findet oder nicht, fest steht, daß die Menschen stets nach Verbesserung ihrer Lage streben und streben werden. Es ist das Schicksal des Menschen, dem er sich nicht entziehen kann. Die Rast- und Ruhelosigkeit des modernen Menschen ist Regsamkeit des Geistes, der Nerven und der Sinne. Man kann ihn ebensowenig zur Gelassenheit vergangener Perioden der Menschheitsgeschichte zurückführen wie man einem Manne die Unbefangenheit der Kinderjahre geben kann.

Vor allem aber: Was bietet man als Gegengabe für den Verzicht auf weiteren materiellen Fortschritt? Glück und Zufriedenheit, innere Ausgeglichenheit und Frieden werden sich nicht schon darum allein einstellen, weil man nicht auf weitere Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung bedacht sein wird. Die aus dem Ressentiment verkommener Literaten entsprungene Vorstellung, daß Armut und Bedürfnislosigkeit für die Entfaltung seelischer Kräfte besonders günstige Vorbedingungen schaffen, ist unsinnig. Man soll, wenn man über diese Fragen spricht, Umschreibungen meiden und die Dinge bei ihrem rechten Namen nennen. Der moderne Reichtum äußert sich vor allem in der Körperkultur — Hygiene, Reinlichkeit, Sport. Heute noch — vielleicht nicht mehr in den Vereinigten Staaten, aber überall sonst — Luxus der Wohlhabenden, wird sie, wenn die wirtschaftliche Entwicklung fortschreitet wie bisher, in nicht allzu langer Zeit Besitztum aller sein. Meint man, daß man das Innenleben der Menschen irgendwie fördert, wenn man die Massen von der Erreichung jenes Standes von Körperpflege ausschließt, den heute die Wohlhabenden bereits genießen können? Wohnt das Glück im ungepflegten Leib?

Den Lobrednern des Mittelalters kann man nur antworten, daß wir darüber, ob der mittelalterliche Mensch sich wohler gefühlt hat als der moderne Mensch, nichts wissen. Aber die, die uns den Lebensstil der Orientalen als Muster hinstellen, mögen uns die Frage beantworten, ob denn Asien wirklich jenes Paradies ist, als das sie es schildern?

Die Anpreisung der stationären Wirtschaft als Gesellschaftsideal ist die letzte Möglichkeit, die den Gegnern des Liberalismus verblieben ist, um ihre Lehren zu rechtfertigen. Vergegenwärtigen wir uns doch, daß der Ausgangspunkt ihrer Kritik der war, daß Liberalismus und Kapitalismus die Entfaltung der Produktivkräfte hemmen und daß sie die Massenarmut verschulden. Die Gegner des Liberalismus haben vorgegeben, eine Gesellschaftsverfassung anzustreben, die mehr Reichtum

schaffen könne als die von ihnen bekämpfte. Und nun müssen sie, von der Antikritik der Nationalökonomie und der Soziologie in die Enge getrieben, zugestehen, daß nur Kapitalismus und Liberalismus, nur Sondereigentum und freie Unternehmungstätigkeit die höchste Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit verbürgen.

Man pflegt vielfach zu behaupten, das, was die politischen Parteien der Gegenwart trennt, wären Weltanschauungsgegensätze, über die man durch verstandesmäßige Beweisführung nicht hinwegkommen könne. Die Erörterung dieser Gegensätze müsse daher notwendigerweise ergebnislos verlaufen; jeder werde nach wie vor bei seiner Meinung verbleiben, weil diese Meinung auf einer Gesamtanschauung der Dinge beruhe, die nicht durch Erwägungen der Vernunft geändert werden könne. Die letzten Ziele, denen die Menschen zustreben, seien eben verschieden; da sei es doch wohl ganz ausgeschlossen, daß diese nach verschiedenen Zielen hinstrebenden Menschen sich zu einem einheitlichen Vorgehen einigen könnten.

Nichts ist verkehrter als diese Auffassung. Wenn wir von jenen wenigen absehen, die als folgerichtige Asketen das Leben aller äußeren Güter zu entkleiden suchen und schließlich zum Aufgeben des Handelns und Wirkens überhaupt, ja zur Selbstvernichtung gelangen, stimmen alle Menschen der weißen Rasse, so verschieden sie auch über die überirdischen Dinge denken mögen, doch darin überein, daß sie ein gesellschaftliches System, in dem die Arbeit ergiebiger ist, einem solchen, in dem sie weniger ergiebig ist, vorziehen. Selbst diejenigen, die glauben, daß eine immer steigende Entwicklung der Bedürfnisbefriedigung nicht gut tue und daß es besser wäre, wir würden weniger materielle Güter erzeugen — es sei dahingestellt, ob die Zahl derer, die ehrlich dieser Meinung sind, groß ist — werden nicht wünschen, daß dieselbe Menge Arbeit weniger Güter hervorbringt; sie werden höchstens wünschen, daß weniger gearbeitet und dadurch weniger erzeugt werde, aber nicht, daß die gleiche Arbeitsmenge weniger erzeuge.

Die politischen Gegensätze von heute sind nicht Gegensätze der Weltanschauung, sondern Gegensätze in der Frage, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln ein von allen als richtig anerkanntes Ziel am schnellsten und mit den geringsten Opfern erreicht werden kann. Dieses Ziel, dem alle zustreben, ist beste Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, ist Wohlstand und Reichtum. Das ist nicht alles, was die Menschen anstreben, aber alles, was sie mit äußeren Mitteln durch gesellschaftliche Kooperation anzustreben vermögen. Die inneren Güter — Glück, Seelenfrieden, Erhebung — muß jeder in sich selbst allein suchen.

Der Liberalismus ist keine Religion, keine Weltanschauung und keine Partei der Sonderinteressen. Er ist keine Religion, weil er weder Glauben noch Hingabe fordert, weil nichts Mystisches um ihn webt und weil er keine Dogmen hat; er ist keine Weltanschauung, weil er nicht den Kosmos erklären will und weil er uns nichts sagt und nichts sagen will über Sinn und Zweck des Menschendaseins; er ist keine Partei der Interessen, weil er keinem einzelnen und keiner Gruppe irgendeinen Sondervorteil verspricht, verschaffen will oder verschafft. Er ist ganz etwas anderes. Er ist Ideologie, Lehre von dem Zusammenhang der gesellschaftlichen Dinge und zugleich Anwendung dieser Lehre auf das Verhalten der Menschen in gesellschaftlichen Dingen. Er verspricht nichts, was über das hinausgeht, was in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft geleistet werden kann. Er will den Menschen nur eines geben: friedliche, ungestörte Entwicklung des materiellen Wohlstandes für alle, um so von ihnen die äußeren Ursachen von Schmerz und Leid fernzuhalten, soweit das überhaupt in der Macht gesellschaftlicher Einrichtungen steht. Leid zu mindern, Freude zu mehren, das ist sein Ziel.

Keine Sekte und keine politische Partei haben geglaubt, darauf verzichten zu können, ihre Sache durch den Appell an die Sinne der Menschen zu vertreten. Rhetorisches Wortgepränge, Musik und Gesang erklingen, Fahnen flattern, Blumen und Farben dienen als Symbole und die Führer suchen die Gefolgschaft an ihre eigene Person zu binden. Der Liberalismus tut da nicht mit. Er hat keine Parteiblume und keine Parteifarbe, kein Parteilied und keine Parteigötzen, keine Symbole und keine Schlagworte; er hat die Sache und die Argumente. Die müssen ihn zum Siege führen.

Anhang.

1. Zur Literatur des Liberalismus.

Ich habe mich, um das Buch nicht allzusehr anschwellen zu lassen, kurz fassen müssen. Ich hielt mich dazu für berechtigt, da ich in einer Reihe von umfassenden Werken und Abhandlungen alle Grundprobleme des Liberalismus eingehend bearbeitet habe.

Für den, der die Dinge gründlicher kennen lernen will, folgt hier eine Zusammenstellung des wichtigsten Schrifttums.

Liberale Gedanken finden sich schon bei vielen älteren Schriftstellern. Zu einem System haben den Liberalismus erst die großen englischen und schottischen Denker des achtzehnten und des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts gestaltet. Auf sie muß jeder zurückgreifen, der die Wurzel liberaler Denkungsart kennen lernen will.

David Hume (Essays Moral, Political and Literary, 1741 und 1742) und

Adam Smith (An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, 1776), besonders aber

Jeremy Bentham (zahlreiche Schriften, beginnend mit Defence of Usury, 1787, bis zu der nach dem Tode, 1834, veröffentlichten Deontology or the Science of Morality; alle Schriften mit Ausnahme der Deontology in der von Bowring 1838 bis 1843 veranstalteten Gesamtausgabe) müssen hier vor allen anderen genannt werden.

John Stuart Mill ist schon ein Epigone des klassischen Liberalismus und, besonders in seinen späteren Jahren unter dem Einflusse seiner Frau, voll von schwächlichen Kompromissen. Er gleitet langsam in den Sozialismus über und ist der Urheber der gedankenlosen Vermengung liberaler und sozialistischer Ideen, die zum Niedergang des englischen Liberalismus und zur Erschütterung des englischen Volkswohlstandes führte. Dennoch — oder vielleicht gerade darum — muß man Mill's wichtigste Schriften (Principles of Political Economy, zuerst 1848;

On Liberty, 1859; Utilitarianism, 1862) kennen. Ohne gründliches Studium Mill's ist es unmöglich, die Geschichte der beiden letzten Menschenalter zu verstehen. Denn Mill ist der große Anwalt des Sozialismus; alle Argumente, die zugunsten des Sozialismus geltend gemacht werden könnten, sind von ihm mit liebevoller Sorgfalt ausgearbeitet worden. Neben Mill gehalten sind alle übrigen sozialistischen Schriftsteller — auch Marx, Engels und Lassalle — kaum von Belang.

Man kann Liberalismus nicht ohne Nationalökonomie verstehen. Denn der Liberalismus ist angewandte Nationalökonomie, ist Staats- und Gesellschaftspolitik auf wissenschaftlicher Grundlage. Hier muß man, nächst den schon genannten Schriften, von den älteren vor allem den großen Meister der klassischen Nationalökonomie,

David Ricardo (Principles of Political Economy and Taxation, 1817) kennen lernen. In das Studium der modernen wissenschaftlichen Nationalökonomie führen am besten ein:

H. Oswalt, Vorträge über wirtschaftliche Grundbegriffe (mehrere Auflagen) und

C. A. Verrijn Stuart, Die Grundlagen der Volkswirtschaft (1923). Die deutschen Meisterwerke der modernen Nationalökonomie sind

Carl Menger's, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (erste Ausgabe 1871) und

Eugen v. Böhm-Bawerk's Kapital und Kapitalzins (erste Ausgabe 1884 und 1889).

Die beiden wichtigsten Beiträge, die Deutschland dem liberalen Schrifttum beizusteuern hatte, hat ein böses Geschick verfolgt, nicht anders wie den deutschen Liberalismus selbst. Wilhelm von Humboldt's Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, lagen 1792 vollendet vor. In demselben Jahr veröffentlichte Schiller einen Teil daraus in der Neuen Thalia, andere Teile erschienen in der Berliner Monatsschrift. Doch da sich Humboldt's Verleger Göschen scheute, das Buch zu veröffentlichen, blieb es liegen, wurde vergessen und erst nach dem Tode des Verfassers entdeckt und veröffentlicht.

Hermann Heinrich Gossen's Schrift „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln" fand zwar einen Verleger, aber, als sie 1854 erschien, keine Leser. Das Werk und sein Verfasser blieben verschollen, bis der Engländer Adamson ein Exemplar auffand.

Liberales Denken durchweht die deutsche klassische Dichtung, vor allem die Werke von Goethe und Schiller.

Die Geschichte des politischen Liberalismus in Deutschland ist kurz und wenig erfolgreich. Das moderne Deutschland ist himmelweit von dem Geist des Liberalismus entfernt, die Verteidiger der Weimarer Verfassung nicht weniger als ihre Gegner. Man kennt in Deutschland den Liberalismus nicht mehr, aber man weiß ihn zu schmähen. Der Haß gegen den Liberalismus ist das Einzige, in dem die Deutschen einig sind. Von neueren deutschen Schriften über den Liberalismus wären zu nennen die Arbeiten von Leopold von Wiese (Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft, 1917; Staatssozialismus, 1916; Freie Wirtschaft, 1918).

Zu den Völkern Osteuropas ist kaum ein Hauch liberalen Geistes gelangt.

Doch auch in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten ist das liberale Denken im Niedergange, mag man auch diese Völker, wenn man sie mit den Deutschen vergleicht, noch immer liberal nennen.

Von den älteren liberalen Schriftstellern soll man auch Frédéric Bastiat (Oeuvres complètes, Paris 1855) lesen. Bastiat war ein glänzender Stilist, so daß die Lektüre seiner Schriften einen ganz besonderen Genuß gewährt. Daß seine Lehren heute überholt sind, ist angesichts der gewaltigen Fortschritte, die die theoretische Nationalökonomie seit seinem Tode gemacht hat, nicht erstaunlich. Seine Kritik aller protektionistischen und verwandten Bestrebungen ist auch heute noch unübertroffen. Die Schutzzöllner und Interventionisten haben kein Wort sachlicher Entgegnung vorbringen können. Sie stammeln nur immerfort: Bastiat ist „oberflächlich".

Bei der Lektüre der neueren angelsächsischen politischen Literatur darf man nie außer acht lassen, daß dort heute unter dem Ausdruck Liberalismus vielfach ein gemäßigter Sozialismus verstanden wird. Eine knappe Darstellung des Liberalismus geben der Engländer

L. T. Hobhouse, Liberalism (erste Ausgabe 1911) und der Amerikaner

Jacob H. Hollander, Economic Liberalism, 1925. Besser noch führen in die Denkungsart der englischen Liberalen ein

Hartley Withers, The Case for Capitalism, 1920,

Ernest J. P. Benn, The Confessions of a Capitalist, 1925, und If I were a Labour Leader, 1926, und The Letters of an Individualist. 1927. In der letztgenannten Schrift auf S. 74f. ein Verzeichnis englischer Literatur zu den Grundproblemen der Volkswirtschaft.

Eine Kritik der Schutzzollpolitik bringt Francis W. Hirst, Safeguarding and Protection, 1926.

Lehrreich ist auch die Verhandlungsschrift einer öffentlichen Disputation, die über den Satz That Capitalism has more to offer to the workers of the United States than has Socialism am 23. Januar 1921 in New York zwischen E. R. A. Seligmann und Scott Nearing abgehalten wurde.

In das soziologische Denken führen ein Jean Izoulet, La Cité moderne (erste Ausgabe 1890) und R. M. Maciver, Community, 1924.

Ideengeschichtliche Darstellungen geben Charles Gide und Charles Rist, Histoire des Doctrines économiques (mehrere Auflagen);

Albert Schatz, L'Individualisme économique et social, 1907;

Paul Barth, Die Geschichte der Philosophie als Soziologie (mehrere Auflagen).

Die Theorie des Parteiwesens behandelt Walter Sulzbach, Die Grundlagen der politischen Parteibildung, 1921.

Eine Geschichte des deutschen Liberalismus versucht Oskar Klein-Hattingen, Geschichte des deutschen Liberalismus 1911/2, 2 Bde.

Zum Schlusse führe ich noch meine eigenen Arbeiten an, soweit sie mit den Problemen des Liberalismus in enger Verknüpfung stehen:

Nation, Staat und Wirtschaft, Beiträge zur Politik und Geschichte der Zeit, 1919,

Die Gemeinwirtschaft, Untersuchungen über den Sozialismus, 1922,

Antimarxismus (Weltwirtschaftliches Archiv, 21. Bd., 1925).

Sozialliberalismus (Zeitschrift f. die gesamte Staatswissenschaft, 81. Bd., 1926),

Interventionismus (Archiv für Sozialwissenschaft, 56. Bd., 1926),

Theorie der Preistaxen (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, VI. Bd., 1925).

Bedauerlicherweise ist nur ein Teil der vorstehend genannten fremdsprachigen Schriften ins Deutsche übertragen worden.

2. Zur Terminologie „Liberalismus".

Wer die in den letzten Jahren erschienenen Schriften über Liberalismus und den heute üblichen Sprachgebrauch kennt, wird vielleicht die Einwendung machen, daß das, was in der vorliegenden Schrift Liberalismus genannt wird, mit dem, was die politische Literatur der Gegenwart als Liberalismus bezeichnet, nicht übereinstimmt. Ich bin weit entfernt davon, das zu bestreiten. Im Gegenteil! Ich habe ja selbst ausdrücklich darauf hingewiesen, daß heute unter Liberalismus, besonders in Deutschland, etwas verstanden wird, was mit dem, was die Ideengeschichte als

Liberalismus bezeichnen muß, weil es den wesentlichen Inhalt des liberalen Programms des 18. und des 19. Jahrhunderts ausgemacht hat, in Widerspruch steht. Nahezu alle, die sich heute liberal nennen, lehnen es ab, sich zum Sondereigentum an den Produktionsmitteln zu bekennen und befürworten teils sozialistische, teils interventionistische Maßnahmen. Sie glauben dies damit rechtfertigen zu können, daß sie die Behauptung aufstellen, daß das Wesen des Liberalismus nicht in dem Festhalten an dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln, sondern in anderen Dingen liege, und daß diese anderen Dinge eine Fortentwicklung des Liberalismus in dem Sinne verlangen, daß er heute sich nicht mehr für das Sondereigentum, sondern entweder für Sozialismus oder für Interventionismus aussprechen müsse.

Was diese anderen Dinge sein sollen, das mitzuteilen bleiben uns allerdings diese Pseudoliberalen schuldig. Wir hören mancherlei von Humanität, von Edelsinn, von wahrer Freiheit u. dgl. Das sind gewiß sehr schöne Worte, und jedermann wird sie gerne unterschreiben. Und in der Tat, jede Ideologie unterschreibt sie auch. Jede Ideologie — von einigen zynischen Richtungen abgesehen — glaubt, daß sie für Humanität, Edelsinn, wahre Freiheit u. dgl. eintritt. Das, was die Gesellschaftsideologien unterscheidet, ist nicht dieses Endziel allgemeiner Menschen- und Weltbeglückung, sondern der Weg, auf dem sie ihr Ziel erreichen wollen. Für den Liberalismus ist eben charakteristisch, daß der Weg, den er wählt, der des Sondereigentums an den Produktionsmitteln ist.

Man mag übrigens über terminologische Fragen denken, wie man will. Nicht die Namen entscheiden, sondern die Sache. Doch man mag ein noch so verbohrter Gegner des Sondereigentums an den Produktionsmitteln sein, man wird immerhin zugeben müssen, daß es zumindest denkbar ist, daß jemand für dieses Sondereigentum eintreten will, und wenn man das zugibt, dann muß man wohl auch für diese Richtung irgendeine Bezeichnung gebrauchen. An diejenigen, die sich heute liberal nennen, muß man dabei die Frage stellen, welchen Namen sie einer Richtung beilegen würden, die für die Aufrechterhaltung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln eintritt? Sie werden vielleicht antworten, daß sie diese Richtung Manchestertum nennen wollen. Die Bezeichnung Manchestertum war ursprünglich als Spott- und Schimpfname gedacht. Es würde dennoch nichts im Wege stehen, sie als Bezeichnung der liberalen Ideologie in Anwendung zu bringen, wenn dem nicht die Tatsache entgegenstehen würde, daß dieser Ausdruck bisher stets nur für das Wirtschaftsprogramm, nicht aber auch für das allgemeine Programm des Liberalismus gebraucht wurde.

Irgendwie muß doch wohl auch jene Richtung den Anspruch auf einen Namen erheben dürfen, die für das Sondereigentum an den Produktionsmitteln eintritt. Dann ist es aber das beste, man bleibt bei dem altüberlieferten Namen. Es würde nur Verwirrung stiften, wenn man dem neuen Brauche folgen wollte, der auch Schutzzöllnern, Sozialisten und Kriegshetzern gestattet, sich liberal zu nennen, wenn es ihnen gerade paßt.

Eher könnte die Frage auftauchen, ob man nicht im Interesse der leichteren Propagierung liberaler Ideen der liberalen Ideologie einen neuen Namen beilegen soll, damit ihr nicht das allgemeine Vorurteil, das besonders in Deutschland gegen den Liberalismus großgezogen wurde, hindernd in den Weg trete. Ein derartiger Vorschlag wäre wohlgemeint, aber ganz und gar unliberal gedacht. So wie der Liberalismus aus innerer Notwendigkeit jeglichen Kunstgriff in der Propaganda und alle bei den anderen Ideologien beliebten Mittel zur Erschleichung allgemeiner Zustimmung vermeiden muß, so muß er es auch vermeiden, seinen alten Namen aufzugeben, weil er unvolkstümlich ist. Gerade weil das Wort liberal in Deutschland einen schlechten Klang hat, gerade darum muß es der Liberalismus beibehalten. Man darf den Weg zum liberalen Denken niemand leichter machen, denn nicht darauf kommt es an, daß die Menschen sich zum Liberalismus bekennen, sondern darauf, daß sie liberal werden und daß sie liberal denken und handeln.

Ein zweiter Einwand, der gegen den Sprachgebrauch dieses Buches erhoben werden dürfte, ist der, daß hier Liberalismus und Demokratie nicht als Gegensatz aufgefaßt werden. Man versteht heute in Deutschland vielfach unter Liberalismus jene Richtung, deren Verfassungsideal die konstitutionelle Monarchie ist, und unter Demokratie jene, deren Verfassungsideal die parlamentarische Monarchie oder die Republik ist. Diese Auffassung ist auch historisch durchaus unhaltbar. Der Liberalismus hat die parlamentarische, nicht die konstitutionelle Monarchie angestrebt. Darin, daß er im Deutschen Reiche und in Österreich nur die konstitutionelle Monarchie durchsetzen konnte, bestand eben seine Niederlage in der Verfassungsfrage, und der Triumph des Antiliberalismus lag darin, daß der deutsche Reichstag so schwach war, daß man ihn — wenn auch nicht höflich, so doch zutreffend — als „Schwatzbude" bezeichnen durfte und daß der konservative Parteiführer, der meinte, ein Leutnant und zwölf Mann würden ausreichen, um ihn aufzulösen, die Wahrheit sprach.

Liberalismus ist der weitere Begriff; er bezeichnet eine das ganze gesellschaftliche Leben erfassende Ideologie. Demokratie bezeichnet

eine nur ein Teilgebiet der gesellschaftlichen Beziehungen — die Staatsverfassung — erfassende Ideologie. Warum der Liberalismus notwendigerweise im Staate Demokratie fordern muß, wurde im ersten Teile dieses Buches gezeigt. Warum alle antiliberalen Richtungen, also auch der Sozialismus, auch antidemokratisch sein müssen, das zu zeigen, ist Aufgabe von Untersuchungen, die sich mit dem Wesen dieser Richtungen eingehend befassen. Für den Sozialismus habe ich es in meinem Buche „Gemeinwirtschaft" versucht.

Man geht hier als Deutscher leicht irre, weil man immer an die Nationalliberalen und an die Sozialdemokraten denkt. Doch die Nationalliberalen waren von Anfang an — zumindest in verfassungsrechtlichen Dingen — keine liberale Partei. Sie waren der Flügel der vormals liberalen Partei, der sich auf den Boden „der realen Tatsachen" stellte, d. h., der die Niederlage, die der Liberalismus im preußischen Verfassungskonflikt durch die Gegner von „rechts" (Bismarck) und von „links" (Lassalleaner) erlitten hatte, als unabänderlich hinnahm. Die Sozialdemokraten waren nur solange demokratisch, als es jede noch nicht herrschende Partei ist, d. h. solange sie sich noch nicht stark genug fühlten, um die Gegner mit Gewalt niederzuhalten. In dem Augenblick, in dem sie sich für die Stärksten hielten, haben sie — wie ihre Literaten es auch stets für diesen Zeitpunkt als angezeigt erklärt hatten — sich sogleich zur Diktatur bekannt. Erst als die Freikorps der Rechtsparteien ihnen blutige Niederlagen zugefügt hatten, wurden sie wieder „bis auf weiteres" Demokraten; ihre Parteiliteraten drücken das in der Weise aus, daß sie sagen: „Im Schoße der sozialdemokratischen Parteien siegte der Flügel, der sich für die Demokratie ausspricht, über den, der für die Diktatur eintritt."

Demokratisch darf man natürlich nur eine Partei nennen, die unter allen Umständen — also auch dann, wenn sie die stärkste und am Ruder ist — für demokratische Einrichtungen eintritt.

Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. S.

Ludwig Mises

Die Gemeinwirtschaft

Untersuchungen über den Sozialismus

VIII, 503 S. gr. 8° 1922 Rmk 6.—, geb. 8.—

Inhalt: Einleitung. — I. Liberalismus und Sozialismus. — II. Die Wirtschaft des sozialistischen Gemeinwesens. 1. Das isolierte sozialistische Gemeinwesen. 2. Das sozialistische Gemeinwesen im Verkehr. 3. Besondere Gestaltung des sozialistischen Ideals und pseudosozialistische Gebilde. III. Die Lehre von der Unentrinnbarkeit des Sozialismus. 1. Die gesellschaftl. Entwicklung. 2. Kapitalskonzentration und Monopolbildung als Vorstufe des Sozialismus. — IV. Sozialismus als sittliche Forderung. — V. Der Destruktionismus. — Schluß: Die geschichtliche Bedeutung des Sozialismus.

Das Buch von Professor Mises hat in der wissenschaftlichen Welt großes Aufsehen erregt und zu einer Reihe von wissenschaftlichen Diskussionen Anlaß gegeben. Allein über das eine in dem Werk zuerst berührte Problem, „die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen", ist eine ganze Literatur entstanden.

In seinem Aufsatze „Sozialpolitische Wandlungen in der wissenschaftlichen Nationalökonomie" (Der „Arbeitgeber". 1923, 1. Febr.), der den Anstoß zu den unter dem Schlagworte „Die Krisis in der Sozialpolitik" in der „Sozialen Praxis" (1923) erschienenen bekannten Erörterungen gegeben hat, sagt Professor Herkner bei Erwähnung der den Kathedersozialismus ablehnenden Nationalökonomen: „Die weitaus bedeutsamste Leistung dieser Richtung tritt uns in dem glänzend geschriebenen, gedankenreichen Werke des Wiener Nationalökonomen L. Mises „Die Gemeinwirtschaft" entgegen. Im Vollbesitze der modernsten wissenschaftlichen Errungenschaften übt der Autor eine geradezu zermalmende, zum Teil von durchaus neuen Gesichtspunkten ausgehende Kritik an dem Sozialismus jeder Spielart und an allem, was er als Sozialismus ansieht. Der Sozialismus ist, wie er nachweist, ganz außerstande, auch nur den bescheidensten Ansprüchen in bezug auf die Wirtschaftlichkeit der Produktion zu genügen, weil er seinem Prinzip nach die Selbstverantwortlichkeit, das Selbstinteresse und die Geldwertrechnung ausschaltet. Ohne letztere ist rationales, wirtschaftliches Handeln aber ganz undenkbar."

Zeitschr. f. Volkswirtsch. u. Sozialpol. N. F. Bd. II, 10/12: . . . eine große Leistung, weil es in einem weiten, aber nicht ungerechtfertigten Rahmen das ganze Gebiet des Sozialismus kritisch durchforscht und mit großer Entschiedenheit die Ueberzeugung des Verf. von der Ueberlegenheit der liberalen Wirtschaftslehre über die sozialistische Doktrin in einer besonders anziehenden Form zum Ausdruck bringt.

E. Plener, Wien.

Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Von **Charles Gide,** Prof. am Collège de France, Paris, und **Charles Rist,** Prof. a. d. Rechtsfakultät d. Univ. Paris. Preisgekrönt von der Académie des Sciences morales et politiques. Dritte Auflage, nach der vierten durchgesehenen u. verbesserten französ. Ausgabe herausgegeben von Franz Oppenheimer, Dr. phil. et med., Prof. an der Universität Frankfurt a. M. Deutsch von R. W. Horn. XX, 811 S. gr. 8° 1923 Rmk. 15.—, geb. 17.—

Archiv für Geschichte des Sozialismus, Band X, 1: . . . Unter den abgeschlossenen Gesamtdarstellungen der Geschichte der Nationalökonomie erfreut sich der vorstehend angezeigte wohl der größten Popularität. Mit Recht auch. Es entspricht allen Forderungen, die man an eine einführende Darstellung zu stellen hat. Es ist leicht und anregend, stellenweise faszinierend geschrieben, zeigt auf jeder Seite, neben gediegenen Kenntnissen und präziser, aber namentlich bei G. nirgends starr doktrinärer Formulierung der eigenen Anschauung, Liebe zum Stoff, sowie zu den behandelten Autoren, deren Lehrmeinungen die Verfasser im ständigen Suchen der richtigen Lösung durchaus objektiv entgegentreten; und selbst wo die Ansichten des Historikers denen des behandelnden Autors entgegengerichtet sind, findet man keine Spur spießiger Rechthaberei, sondern verständnisvolle Bemühung, zu ergründen und zu erklären, stellenweise gewürzt mit einer kaum merkbaren Dosis feiner Ironie. . . . Das Werk ist nicht nur das beste unter den mir bekannten gleichartigen Werken, sondern was viel mehr bedeutet — eine gute, zuverlässige, anregende und ideenreiche Arbeit von bleibendem Wert, ein standard-work, in dem die historischen und literarischen Qualitäten der beiden Verfasser sich in glücklichster Weise verbinden. . . . Die Verdeutschung ist — soweit eine Uebersetzung überhaupt möglich ist — im großen und ganzen als gelungen zu bezeichnen. . . .

Manuel Saitzew, Zürich.

Vorträge über wirtschaftliche Grundbegriffe. Von **H. Oswalt.** Vierte Auflage. VI, 169 S. gr. 8° 1922 Rmk 2.40

Jahrbücher für Nationalökonomie, Bd. 87, Heft 1: . . . In Wahrheit bietet der Verf. in seiner Arbeit viel mehr, als ihr Titel verrät. Nicht eine bloße Bestimmung der wirtschaftlichen Grundbegriffe, sondern eine Erörterung der wirtschaftlichen Grundtatsachen oder genauer, die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens der Völker erhalten wir von ihm. . . .

Im Ganzen bedeuten die „Vorträge" eine sehr erfreuliche wissenschaftliche Leistung und legen Zeugnis ab von einer theoretischen Begabung, wie sie nicht häufig zu finden ist. . . . Mir erscheint die Schrift sehr geeignet, um ihre Lektüre der Besprechung von theoretischen Fragen in volkswirtschaftlichen Seminaren zugrunde zu legen. Gerade der Umstand, daß sie viele Fragen nicht erschöpfend behandelt, sondern Anlaß gibt, neue Fragen aufzuwerfen, macht sie hierfür besonders tauglich. Dabei erhebt sie sich weit über das Niveau der gewöhnlichen Einführungen in die Volkswirtschaftslehre. Sie gibt nicht ein buntes Durcheinander von wirtschaftsgeschichtlichen Tatsachen und Worterklärungen volkswirtschaftlicher Begriffe, sondern in ihr wird echte und rechte Theorie getrieben, und zwar eine Theorie, die auf ernster Gedankenarbeit, auf langem und gründlichem Nachdenken über die Grundfragen der Volkswirtschaft beruht. . . .

Der Gedankengang der Schrift ist von Anfang bis zu Ende vollkommen durchsichtig und klar, der Verf. marschiert so sicher auf sein Endziel los, daß man bei der Lektüre zugleich einen ästhetischen Genuß hat. . . . L. Pohle, Frankfurt a. M.

Kapital und Kapitalzins. Von **Eugen von Böhm-Bawerk,** Professor an der Universität Wien, k. k. Minister a. D. Vierte, unveränderte Auflage. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Friedrich Wieser, Wien. In 3 Bänden. 1921 Rmk 26.—, geb. 32.—

Erste Abteilung: **Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien.** XXVI, 546 S. gr. 8° 1921 Rmk 10.—, geb. 12.—

Zweite Abteilung: **Positive Theorie des Kapitals.**

I. Bd : Buch 1—4. XXIV, 488 S. gr. 8° 1921 Rmk 9.—, geb. 11.—

II. Bd.: Exkurse. VIII, 350 S. gr. 8° 1921 Rmk 7.—, geb. 9.—

Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes. Von **Adam Smith.** Unter Zugrundelegung der Uebersetzung Max Stirners, aus dem englischen Original nach der Ausgabe letzter Hand (4. Aufl. 1786) ins Deutsche übertragen von Dr. Ernst Grünfeld und eingeleitet von Prof. Dr. H. Waentig, Halle. Drei Bände. (Sammlung sozialwissenschaftl. Meister. Hrsg. von H. Waentig, Halle a. S. Bd. 11/12).

Bd. 1.	Dritte Auflage. XII, 351 S. kl. 8° 1923	Rmk 3.50, geb. 4.50
Bd. 2.	Zweite Auflage. VI, 561 S. kl. 8° 1923	Rmk 4.50, geb. 6.—
Bd. 3.	VI, 367 S. kl. 8° 1923	Rmk 3.50, geb. 4.40

Die Nationalökonomie der Gegenwart (1848) und Zukunft und andere gesammelte Schriften. Von **Bruno Hildebrand.** Hrsg. und eingeleitet von Prof. Dr. Hans Gehrig. Band I. (Sammlung sozialwissenschaftl. Meister. Hrsg. von Prof. Dr. H. Waentig in Halle a. S. Bd. 22.) XXVI, 388 S. kl. 8° 1922 Rmk 5.—, geb. 6.—

Inhalt: A. Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft (1848). I. Die Systeme der Nationalökonomie. 1. **Adam Smith und seine Schule.** 2. Adam Müller und die nationalökonomische Romantik. 3. Friedrich List und das nationale System der politischen Oekonomie. 4. Die sozialen Wirtschaftstheorien. 5. Die nationalökonomische Theorie Proudhons. — B. Gesammelte Schriften. I. 1. Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie. 2. Die wissenschaftliche Aufgabe der Statistik. 3. Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft. 4. Die Entwicklungsstufen der Geldwirtschaft. 5. Die Verdienste der Universität um die Fortbildung und das Studium der Staatswissenschaften.

Untersuchungen zur Geschichte der Nationalökonomie. Von Dr. **Emanuel Leser,** Prof. an der Univers. Heidelberg. 1. Heft. IV, 121 S. gr. 8° 1881 Rmk 2.40

Inhalt: 1. Aus der Lebensgeschichte des Adam Smith. 2. Robert Malthus als Entdecker der modernen Grundrentenlehre.

Grundsätze der politischen Oekonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie. Von **John Stuart Mill.** Nach der Ausgabe letzter Hand (7. Aufl. 1871) übersetzt von Wilh. Gehrig und durchgesehen von Dr. Jos. Müller, Weimar. Eingeleitet von Prof. Dr. H. Waentig. Zwei Bände. („Sammlg. sozialwissenschaftl. Meister." Hrsg. von H. Waentig. Bd. 17 und 18.)

Bd. I.	Zweite Auflage. XXX, 739 S. kl. 8° 1924	Rmk 10.—, geb. 11.50
Bd. II.	XVIII, 737 S. kl. 8° 1921	Rmk 9.—, geb. 11.—

Inhalt: 1. Produktion. 2. Verteilung. 3. Tausch. 4. Der Einfluß des Fortschrittes der Gesellschaft auf Produktion und Verteilung. 5. Vom Einfluß der Regierung.

Tote und lebendige Wissenschaft. Abhandlungen zur Auseinandersetzung mit Individualismus und Marxismus. Von Dr. **Othmar Spann,** o. ö. Prof. der Volkswirtschaftslehre u. Gesellschaftslehre an der Universität Wien. Zweite, stark vermehrte und durchgesehene Auflage. XV, 172 S. gr. 8° 1925 Rmk 6.—, geb. 7.20

Inhalt: I. Die vier Grundgestalten der Wirtschaft. II. Tausch und Preis (nach individualistischer und universalistischer Auffassung). III. Die Ausgliederungsordnung der Wirtschaft und ihre Vorrangverhältnisse. IV. Bemerkungen zu Max Webers Soziologie.

Deutscher Wille (Berlin). 1926, Nr. 7: . . . Spann entwickelt eine neue Wirtschafts- und Weltauffassung, die er den kinetischen Universalismus nennt. Dieser ist organisch und nicht mechanistisch, energetisch uud nicht materialistisch, dynamisch und nicht starr und tot, ethisch und nicht amoralisch. Der Spannsche Universalismus ist eine neue Staatsphilosophie, wie sie für Europa notwendig war. . . .

Dr. Rich. Kaysenbrecht.

Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung. Von **David Ricardo.** Aus dem engl. Original, und zwar nach der Ausgabe letzter Hand (3. Aufl. 1821), ins Deutsche übertragen und eingeleitet von Prof. Dr. H. Waentig in Halle a. S. Dritte Auflage. („Sammlung sozialwissenschaftl. Meister." Hrsg. von Prof. Dr. H. Waentig. Bd. 5.) XX, 443 S. kl. 8° 1923 Rmk 4.–, geb. 5.50

Ricardo als Begründer der theoretischen Nationalökonomie. Eine Einführung in sein Hauptwerk und zugleich in die Grundprobleme der nationalökonomischen Theorie. Zur hundertjährigen Wiederkehr seines Todestages (11. September 1823). Von **Alfred Amonn,** o. ö. Prof. an der Deutschen Universität in Prag. V, 122 S. gr. 8° 1924 Rmk 3.—, geb. 4.—

Inhalt: 1. Gegenstand und Aufgabe der nationalökonomischen Theorie. 2. Der Wertbegriff in der theoretisehen Nationalökonomie. 3. „Wert" und „Reichtum". Theoretische Nationalökonomie und Volkswohlstandslehre. 4. Das Grundprinzip der Tauschwerterklärung. 5. Das Grundgesetz der Tauschwertbildung. 6. Arbeitsmenge und Arbeitswert. (Verschiedenheit der Arbeitsarten.) 7. Unmittelbare und „vorgetane" Arbeit (Kapital). 8. Der Kapitalprofit. 9. Der verschiedene Dauergrad des Kapitals. 10/13. Die Grundrente: Allgemeiner Charakter der Ricardoschen Grundrententheorie. Die Qualitätsrente. Die Intensitätsrente. 14. Die Bergwerksrente. 15. „Natürlicher Preis" und „Marktpreis". Angebot und Nachfrage. 16. Der Arbeitslohn. 17. Rückblick. Die Unhaltbarkeit des Arbeitswertprinzips. 18. Der Umbau der Ricardoschen Theorie. Das wahre Prinzip der Tauschwerterklärung. 19. Anwendung des Prinzips. Die Seltenheitswerttheorie. 20. Der Allzusammenhang der Tauschwerte. Das Tauschwertsystem. Die Casselsche Formel.

Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie. Mit besonderer Berücksichtigung des Problems der Durchschnittsprofitrate. Von Privatdoz. Dr. **Goetz Briefs,** Freiburg i. Br. VII, 283 S. gr. 8° 1915 Rmk 6.—

Das Buch will ein Beitrag zur kritischen und historischen Erkenntnis der Klassiker sein. Es beschäftigt sich zunächst mit der Entwicklung der Lehre vom Durchschnittsprofit und weist nach, daß diese Lehre ein Eckpfeiler der klassischen Schule war. Diesen Ausführungen folgt eine kritische Untersuchung über das Problem der Gewinnausgleichung. Im weiteren sucht der Verfasser die engen Beziehungen aufzuweisen, die zwischen der englischen ökonomischen wie auch kulturellen Wirklichkeit und der klassischen Schule sich spannen, wobei besonders Ricardo in ganz anderer Beleuchtung erscheint. Daran schließt sich eine Untersuchung über die Entwicklung der sozialphilosophischen Voraussetzungen des ökonomischen Liberalismus in der klassischen Schule und die Wandlung zum Manchestertum.

Theoretische Grundfragen zum Problem Freihandel oder Schutzzoll? Von Prof. Dr. h. c. **Rudolf Stolzmann,** Senatspräsident a. D. V, 109 S. gr. 8° 1927 Rmk 5.—

Inhalt: Einleitung. — 1. Der Nahrungsspielraum. 2. Das Wesen der Konkurrenz. 3. Die Lehre von den Einzelabfindungen. 4. Die große wirtschaftliche Gleichung zwischen Produktion und Konsumtion. 5. Die Grenznutzenlehre. 6. Die Grundrente. 7. Zur Kritik der Grundrentenlehre Ricardos. 8. Das Bodengesetz. 9. Der Ersatz des natürlich-technischen Bodengesetzes durch ein soziales Bodengesetz. 10. Die Rente ein positiver Reichtum. 11. Die Grundrente nach der Opfer- und Tributtheorie und im Lichte der Bevölkerungslehre. 12. Die moralische Würdigung der Grundrente. 13. Ergebnisse für das Schutzzollproblem. 14. Ist der Schutzzoll eine internationale Unmoral?

Die volkswirtschaftlichen Anschauungen David Humes. Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Von Dr. phil. **Max Klemme.** (Sammlg. nationalökon. Abhandlg. Hrsg. von J. Conrad, Halle a. S. Bd. 25.) 100 S. gr. 8° 1900 Rmk 2.50

Soziale Praxis. 1900, Nr. 37: Diese Monographie trägt die in zahlreichen Schriften zerstreuten Gedanken eines großen Denkers über die Volkswirtschaft zusammen und sucht sie im Zusammenhang mit den Zuständen und Anschauungen ihrer Zeit zu erklären. Für das eingehendere Verständnis wichtiger volkswirtschaftlicher Fragen sind solche literarhistorische Untersuchungen sehr fördernd.

Die Grundlagen der Volkswirtschaft. Von Dr. **C. A. Verrijin Stuart,** o. ö. Prof. an der Universität Utrecht. Mit 4 Abbild. im Text. VIII, 296 S. gr. 8° 1923 Rmk 7.—, geb. 8.50

Inhalt: Einleitung: Die Wissenschaft als Volkswirtschaftslehre. Die Grundlagen der Volkswirtschaft. — Erster Teil: Die allgemeinen Grundlagen. 1. Das Gesetz der Arbeit. 2. Das Gesetz des Wertes. Das Wesen und der Ursprung der Werterscheinung. Die Größe des Wertes. Der Wert der komplementären und der Kapitalgüter. Die Kostentheorie. 3. Die Theorie der Preisbildung. — II. Die besonderen Grundlagen. a) Ursprünglicher Art: Die Natur. Der Mensch. b) Abgeleiteter Art: Die Gesellschaft. Der Staat. — Personenregister.

Wirtschaftsdienst (Hamburg). 1926, Nr. 30: Dieses recht unterhaltsam geschriebene Lehrbuch stellt keine eigene Theorie, geschweige eine eigene Begriffsbildung auf, aber übermittelt mit Hilfe einer Fülle von hübschen Beispielen wirklich erlebte Wirtschaftserkenntnisse und macht die schwierigsten Theorien verständlich. Der Schwerpunkt liegt auf den Lehren vom Wert und von der Preisbildung. . . . Gr.

Die Systemgedanken der sogenannten klassischen Volkswirtschaftslehre. Eine kritische Untersuchung von Dr. **Gustav Seidler-Schmid.** („Deutsche Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftslehre". Herausgegeben von Othmar Spann und Georg v. Below, Freiburg i. Br. Bd. 2.) V, 130 S. gr. 8° 1926 Rmk 6.—. geb. 7.50

Literar. Zentralblatt. 1926, Nr. 14: Die aus der Schule Spanns stammende Arbeit gilt der Untersuchung, inwieweit die Wirtschaftstheorie Smiths und Ricardos zu Erkenntnissen von allgemein-notwendiger Geltung führen kann. Verf. weist die Zusammenhänge dieser Theorie mit Naturrecht und Naturmoral des Aufklärungszeitalters auf und kommt abschließend zu dem kritischen Ergebnis, daß „sie alle ihre Beobachtungen und Darlegungen nicht zum Bau einer wahren Volkswirtschaftslehre zu fügen vermochte, weil sie aus dem Gesichtswinkel des Gewinnstrebens der privaten Erwerbswirtschaft gesehen waren".

Die Grundlagen des ökonomischen Liberalismus in der Geschichte der englischen Volkswirtschaft. Von Dr. **Hermann Levy,** ao. Professor an der Universität Heidelberg. IX, 128 S. 1912 Rmk 3.50

Inhalt: Zur Einleitung. — 1. Der Kampf um Rechts- und Religionsfreiheit in seiner ökonomischen Bedeutung. 2. Die Gewerbefreiheit der frühkapitalistischen Industrie. 3. Das Immigrantenproblem. 4. Die Bedeutung der „puritanischen" Berufs- und Arbeitsethik. 5. Armut und Arbeitslosenfrage. 6. Philosophische Hilfskräfte. 7. Der Anteil der freiheitlichen Errungenschaften an dem wirtschaftlichen Aufsteigen Englands. — Nachwort.

Weltwirtschaft und Weltanschauung. Von Prof. Dr. **A. Sartorius von Waltershausen.** V, 172 S. gr. 8° 1927 Rmk 9.—

Inhalt: I. Theoretisches. 1. Einleitung. 2. Lebenszwecke und Weltanschauung. 3. Der Individualismus. 4. Der Sozialismus. 5. Die Soziologie der gegliederten Totalität. 6. Historischer Verlauf und relative Bedeutung der Weltanschauungen. — II. Praktische Anwendung. 1. Arbeiterfrage und Weltwirtschaft. a) Ein Kapitel aus der Lehre vom Arbeitslohn. b) Lohnarbeit in der heutigen Volks- und Weltwirtschaft. 2. Auswärtige Wirtschaftspolitik.

Die Staatslehre Oswald Spenglers. Eine Darstellung und eine kritische Würdigung. Von **Otto Koellreutter,** Oberverwaltungsgerichtsrat und ordentlicher Prof. der Rechte in Jena. 45 S. gr. 8° 1924 Rmk 1.80

Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 22 (1925), Heft 1: Der Verf. stellt die Staatslehre Spenglers, „des Schilderers der politischen Wirklichkeit", dar als den Ausfluß zweier metaphysischer Grundgedanken: der Kulturkreislehre und der Idee des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen den Ständen. In der Kritik versucht K., diese Staatslehre in die heutigen Auffassungen vom Staat einzuordnen. Er macht dabei Spengler den Vorwurf einer „Ueberspannung der Analogien", während er als Verdienst die Herausstellung des Wertes der politischen Traditionen betont. ehe

University of British Columbia Library

DUE DATE

DEC 5 1970	
DEC 8 REC'D	

FORM 310

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 01981 5585

POSTE LUDDECKE BÖHMISCH & CO
GROSSBUCHBINDEREI LEIPZIG